

hochschule

politischakademisches journal aus ostdeutschland ost

Leipzig Juli/August 1994

4/94

3. Jahrgang ISSN 0944-7989

Themen:

Berufungsverfahren West und Ost

Singularitäten 1. Folge

u.a.

Mit Beiträgen von:

Marianne Kriszio Sonja Brentjes/ Peer Pasternack Dietrich Scholze Frank Richter Werner Anton

u.a.

hochschule

politischakademisches journal aus ostdeutschland

OSI

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit

beim StuRa der Universität Leipzig Verantwortlich: Peer Pasternack

Redaktion: Sonja Brentjes, André Debüser, Frank Geißler, Monika Gibas, Matthias Middell, Peer Pasternack, Georg Schuppener, Dirk Siebert

Redaktionsanschrift: Universität Leipzig, PSF 920, 04 009 Leipzig, Tel. 0171 / 614 61 64, 0341 / 719 22 61, Fax 0341 / 719 22 55. E-Mail: hso @ stura.uni-leipzig.d400.de hso erscheint zweimonatlich. Der Jahrgang orientiert sich am Semesterablauf und läuft jeweils von Oktober bis September.

Schutzgebühren: Einzelheft DM 9,50 zzgl. Versand. Jahresabonnement (6 Ausgaben) DM 65,-. PrivatabonnentInnen DM 37,-. Nichtverdienende DM 25,- (Abo-Gebühren incl. Inlandversand).

Kto.: 45 37 343, Bayerische Vereinsbank Leipzig, BLZ 860 200 86.

Die Artikel geben selbstverständlich nicht in jedem Falle Meinungen des Arbeitskreises HPÖ bzw. der Redaktion wieder.

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manuskripten ein. Ein Veröffentlichungsanspruch besteht nicht.

ISSN 0944-7989



Editorial	7
THEMA I: Berufungsverfahren West und Ost	
Marianne Kriszio: Mechanismen akademischer Selbstrekrutierung - zu den Spielregeln von Berufungsverfahren Sonja Brentjes / Peer Pasternack:	9
Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung	28
Nature:	20
Deutsche Akademiker finden Karriereboom im Osten	44
THEMA II: Singularitäten 1. Folge Dietrich Scholze:	
Sorbisches Institut e.V. / Serbski institut z.t. Bautzen. Herkunft und Standort	47
FORUM Frank Richter: Das Potential an arbeitslosen Wissenschaftlern in Sachsen und Thüringen im F&E-Bereich unter dem Aspekt von Beschäftigungsperspektiven Werner Anton: Entwicklung und Probleme des Wissenschaftspotentials in Sachsen-Anhalt	54 68
ERGÄNZUNG Zu: Bruno W. Reimann: "Die Habilitation in der Perspektive empirischer Studien", hso 2/1994	78
REAKTIONEN Bärbel Last / Hans-Dieter Schaefer: Nachbetrachtung zu einer Rezension Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, Berlin, Juli 1994	79 82
BERICHTE Abiturienten aus den neuen Ländern: Anhaltender Trend an die Fachhochschulen und in die Berufsausbildung (HIS) "Centers of Excellence" an ostdeutschen Hochschulen (DFG)	84 86

MPG gründet neue Institute in Brandenburg und Mecklenburg- Vorpommern (Michael Globig)	88
Grundsteinlegung in Potsdam: Neubau für GeoForschungs- Zentrum (BMFT)	90
Hannah-Arendt-Ínstitut schließt Vertrag mit TU Dresden (Sächs. Wissenschaftsministerium)	92
DOKUMENTATION	
100 Jahre Ingenieurausbildung in Ilmenau. Wissenschaftsminister Dr. Fickel: "TU Ilmenau wird wissenschafts- und technologieorientiertes Zentrum Thüringens!"	93
Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen: Rektorbericht 1993/94 Hinrich Enderlein: Die Universität Potsdam hat mein Vertrauen und meine	95
Unterstützung Viadrina Frankfurt/Oder: Fehlendes akademisches Umfeld gefährdet Be-	98
gründung internationaler Forschungskapazität an der Europa-Universität Presseerklärung der Kultusministerin des Landes Mecklenburg-	100
Vorpommern zu dem Artikel "Ost-Professoren liebäugeln mit Beamtenstatus" in der Schweriner Volkszeitung (SVZ) vom 16.08.94	101
PROJEKTE	
GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH	103
" stürmt die Festung Wissenschaft". Die Humboldt-Universität zu Berlin 1946-1996. Eine wissenschaftliche Konferenz anläßlich des 50jährigen Jubiläums der Wiedereröffnung der Berliner Universität im Januar 1995	105
DOKUMENTATION	
Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland":	
Rolle und Funktion der Wissenschaft im SED-Staat	106
GELESEN	
Anne Pütz: Literaturwissenschaft zwischen Dogmatismus und	
Internationalismus. Das Dilemma der Komparatistik in der Geschichte der DDR (Matthias Middell)	117
Christiane Krause: Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschichte (Ingo Koch)	119
Krönig, Waldemar; Müller, Klaus-Dieter: Anpassung Widerstand	119
Verfolgung: Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961 (Roland Köhler)	122
PUBLIKATIONEN	129
ZUM SCHLUSS	
Üb immer Treu, und red nicht rein! Tips für Arbeitssuchende aus den neuen Bundesländern	135

Editorial

Die Selbstergänzung des akademischen Lehrkörpers durch in wesentlichen Teilen nichtöffentliche Berufungsverfahren gilt in der Bundesrepublik als unübertreffliche Prozedur, um einen neuen Professor, manchmal auch eine neue Professorin ins Haus zu bekommen. In Ostdeutschland erstrahlte das Verfahren noch einmal deutlich heller vor dem düsteren Hintergrund kader-politisch gesteuerter akademischer Laufbahnwege.

Das praktische Erlebnis des mit hehren Ansprüchen überfrachteten Verfahrens hat jenes unterdessen in Ostdeutschland ein wenig entzaubert. hochschule ost, immer um höchstens in der Summe ausgewogene Einseitigkeit bemüht, leiht den kritikbenötigenden Aspekten von deutschen Berufungsverfahren die Stimme: aus westdeutscher, ostdeutscher und nichtdeutscher Sicht. -

Zu den Ergebnissen des ostdeutschen Wissenschaftsumbaus gehört die erfolgte sog. Filetierung. Filetstücke der DDR-Wissenschaft hatten beim großen Institutionentransfer zuweilen auch dann eine Chance zur Fort-existenz, wenn sie strukturell eigentlich völlig inkompatibel waren. Vermochten sie inhaltlich zu überzeugen und gewichtige Fürsprecher zu finden, dann ließ sich aller sonstigen Inflexibiltät zum Trotz mitunter doch noch eine Lösung finden. Daß es auch bei solch erfolgreichen Überführungen nicht ohne zwischenzeitliche Unsicherheiten abging, belebte die jeweiligen Abläufe und verschaffte den Beteiligten das Gefühl, nicht außerhalb des deutschen Vergesamtstaatlichungsprozesses zu stehen.

Eine Reihe der Filetstücke zeichnete sich dadurch aus, daß es sie so nicht noch einmal gab, zumindest nicht in Westdeutschland. Damit schied eine ansonsten überaus erfolgreich praktizierte Variante aus: die Schaffung einer Ost-Dependance einer zum (Adoptiv- resp. Stief-)Mutterinstitut gewordenen westdeutschen Einrichtung. Was es bislang nicht oder so nicht in der Bundesrepublik

"Ich habe vielfältige Erfahrungen im Umgang mit weiblichen Personen. Bei mir fühlen sich Frauen zu Hause, Ich bin mit einer Sportart großgeworden, wo die eine Hälfte aus Frauen, die andere aus Männern besteht: dem Tanzsport."

Der Agrarwissenschaftler Prof. Adalbert Schulz, Kandidat für das Amt eines Vizepräsidenten der Berliner Humboldt-Universität, während seiner Vorstellung auf die Frage der Frauenbeauftragten, wie sich die Kandidaten für die Belange von Frauen an der Universität engagieren wollen

(aus: UnAufgefordert. Studentenzeitung der HUB 58/59-1994)

hochschule ost juli/aug. 1994

gegeben hatte, nun aber da ist, weil das ostdeutsche Siedlungsgebiet hinzugetreten ist, das darf, wenn es dann auch noch gut und interessant ist, als Bereicherung empfunden werden.

Solche Bereicherung wuchs, als, darüber hinaus, tatsächlich noch vereinzelt einige Dinge neu entstanden, die es so bislang nicht gab, weder in der ehemaligen Bundesrepublik noch in der DDR. Dies kam auch im Wissenschaftsbereich vor und meint hier einmal nicht Rekordmarken der akademischen ABM-Beschäftigung oder dergleichen Eindrücklichkeiten. Es meint Institute und Einrichtungen, die sich den o.g., einmalig gebliebenen Erb-stücken der DDR-Wissenschaft hinzugesellten und nun mit ihnen gemeinsam eine Menge von Singularitäten bilden. Solche forschungsinstitutionellen Singularitäten in Ostdeutschland sollen mit einer im vorliegenden Heft startenden Artikelserie vorgestellt werden. Wir beginnen sie mit dem Serbski institut/ Sorbischen Institut in Bautzen.

p.p.

THEMA I: Berufungsverfahren West und Ost



Marianne Kriszio (Berlin):

Mechanismen akademischer Selbstrekrutierung - zu den Spielregeln von Berufungsverfahren

Vorbemerkung: Als frühere Fachbereichsplanerin an einer universitären Neugründung in Westdeutschland und mehrjährige Frauenbeauftragte an dieser Hochschule sowie in meiner neuen Funktion als Frauenbeauftragte der Ostberliner Humboldt-Universität hatte ich in den vergangenen 20 Jahren vielfältig Gelegenheit, die Spielregeln von Berufungs-

verfahren und die dabei zum Zuge kommenden Mechanismen der Konfliktaustragung aus der Nähe zu beobachten. Die Redaktion von hochschule ost hat mich gebeten, einmal aufzuschreiben, wie im Zusammenspiel von Verfahrensregelungen und deren - häufig interessengebundener - Interpretation Entscheidungsprozesse ablaufen.

Rechtliche Grundlagen, einheitliche Verfahrensregelungen und Unterschiede in der Praxis

In früheren Zeiten konnten Landesfürsten Professoren nach eigenem Gusto berufen. Grundsätzlich hatte sich in der akademischen Welt aber seit langem ein System der Selbstrekrutierung entwickelt: die Professoren - und nur sie entschieden in den damaligen (sehr großen) Fakultäten darüber, wer auf eine neue Professorenstelle berufen werden sollte. Vertreter des wissenschaftlichen Mittelbaus, Studierende, selbst die habilitierten Privatdozenten waren daran nicht beteiligt. Ausschreibungen waren nicht üblich. Man kannte sich und seine Schüler untereinander und traf seine Wahl

unter denen, die man kannte und für geeignet hielt. Der zuständige Minister hatte allerdings die Möglichkeit, vom Vorschlag der Fakultät abzuweichen und ggf. auch ganz andere Personen zu berufen. Diese Möglichkeit wurde nie ganz abgeschafft und besteht grundsätzlich auch heute noch. Im Normalfall handelte es sich aber um Mechanismen akademischer Selbstrekrutierung: diejenigen Wissenschaftler, die innerhalb der Institution an der Spitze der Hierarchie standen, die Professoren (früher: die Lehrstuhlinhaber bzw. die Institutsdirektoren), bestimmten darüber, welcher Wissenschaft-

ler (Frauen konnten es bis nach dem 1. Weltkrieg überhaupt nicht sein und waren es auch danach nur höchst selten) in ihren Kreis aufgenommen wurde. Dies Verfahren bein-haltete implizit einen Trend zur Bevor-zugung traditioneller und anerkannter Wissenschaftskonzepte, zur Weiterführung etablierter wissenschaftlicher Schu-len. Vertreterinnovativer Wissenschafts-ansätze, welche die dominierende Richtung kritisierten, hatten es in der Vergangenheit bis weit in die Nach-kriegszeit hinein immer schwer, innerhalb dieser Strukturen zum Zuge zu kommen.

Über die Mechanismen, wie Entscheidungsverläufe über die Vergabe von Professuren in der DDR abliefen, wissen die hiesigen LeserInnen von hochschule ost besser Bescheid als ich.

In Westdeutschland gab es in den Diskussionen, die schließlich zu den Hochschulreformen der 70er Jahre führten, u. a. auch Kritik an den bisherigen Entscheidungsstrukturen bei Berufungen und dem darin enthaltenen Konservatismus. Dies führte im Zusammenhang mit der generellen Verrechtlichung des Hochschulwesens auch zur Festlegung allgemeinverbindlicher Verfahrensregelungen, die schließlich im Hochschulrahmengesetz von 1976 (HRG) festgeschrieben wurden. Alle Regelungen im HRG sind verbindlich für alle Bundesländer und Hochschulen, hiervon darf nicht abgewichen werden. Änderungen sind nur möglich über eine Novellierung (Veränderung) des HRG selbst. Die Vorschriften des HRG werden in den einzelnen Landeshochschulgesetzen in der Regel wiederholt. Dazu kommen dort zusätzliche Vorschriften, z. B. über die Zusammensetzung der Berufungskommissionen. Schließlich gibt es unterhalb der Gesetzesebene weitere Verfahrensregelungen für die konkrete Durchführung in den einzelnen Bundesländern bzw. in den Hochschulen, die auch leichter wieder geändert werden können, und die sich dann durchaus voneinander unterscheiden können - manchmal sogar zwischen den verschiedenen Fachbereichen an einer Hochschule, wobei es sich dann eher um Gewohnheitsrecht handelt als um verbindliche Vorschriften.

Zu den allgemeinen Regeln, die in den §§ 44 und 45 HRG festgelegt sind, zählt folgendes:

- Im Unterschied zur früheren Praxis sind alle Professorenstellen ohne Ausnahme öffentlich auszuschreiben (selbst dann, wenn es im Fachbereich einen klaren Konsens darüber geben sollte, wen man auf der Stelle haben will).
- Zu den verbindlichen Einstellungsvoraussetzungen für Professoren an Hochschulen gehört neben "besonderer Befähigung zur wissenschaftlichen Arbeit, die in der Regel durch die Qualität der Promotion nachgewiesen wird", oder besonderer Befähigung zur künstlerischen Arbeit sowie pädagogischer Eignung (die allerdings nur durch Erfahrungen in der Lehre oder Ausbildung nachgewiesen werden muß), "zusätzliche wissenschaftliche Leistungen", die "in der Regel durch eine Habilitation nachgewiesen werden." Bei Berufungen aus dem Ausland sowie in Fächern, in denen Habilitationen nicht üblich sind (z. B. künstlerische oder technische Disziplinen) soll der Nachweis durch gleichwertige andere wissenschaftliche Leistungen erfolgen.

- Bei Professorenstellen an Fachhochschulen wird keine Habilitation verlangt, dafür aber eine mindestens fünfjährige berufliche Praxis, von der mindestens drei Jahre außerhalb des Hochschulbereichs ausgeübt worden sein müssen.
- Bei erziehungswissenschaftlichen oder fachdidaktischen Professorenstellen in der Lehrerbildung soll zusätzlich zu den generellen Anforderungen an Professorenstellen eine mindestens dreijährige Schulpraxis vorliegen.
- Hausberufungen sind generell unerwünscht. "Mitglieder der eigenen Hochschule (können) nur in begründeten Ausnahmefällen berufen werden." Im universitären Alltag wird dies in Westdeutschland so verstanden, daß Hausberufungen normalerweise verboten sind und nur in besonders begründeten Ausnahmefällen gegenüber dem zuständigen Ministerium durchgesetzt werden
- Die Berufung von Personen, die sich überhaupt nicht für diese Stelle beworben haben, ist grundsätzlich zulässig (wenn auch faktisch selten).
- Die Hochschule macht einen Vorschlag für die Besetzung der Stelle (Berufungsliste). Aufgrund dieses Vorschlags beruft der zuständige Minister bzw. die zuständige Ministerin.
- § 38 Abs. 6 HRG regelt zusätzlich die besondere Rolle der Statusgruppe der Professoren in Berufungsverfahren: Bei Entscheidungen, die Berufungen berühren, ist außer der Mehrheit des zuständigen Gremiums auch die Mehrheit der Professoren in diesem Gremium erforderlich. Aufgrund der Novellierung des HRG von 1985 wurde außerdem wieder

zu der traditionellen Sitte zurückgekehrt, daß alle Professoren imjeweiligen Fachbereich bzw. in der Fakultät sich bei Berufungsverfahren einmischen und an der entsprechenden Abstimmung im Fachbereichsrat teilnehmen dürfen (§ 38 Abs. 5 HRG). An den einzelnen Hochschulen gibt es hierzu teilweise einschränkende Verfahrensregelungen, unter welchen Bedingungen dies erfolgen muß (z. B. rechtzeitige vorherige Anmeldung).

Die Hochschulgesetze der einzelnen Länder (LHGs) präzisieren das Verfahren insofern, daß die Fachbereichsräte für die Vorlage der Berufungslisten zuständig sind, und daß die Akademischen Senate dazu Stellung nehmen müssen; dabei gelten die o. g. Vorgaben über die besonderen Rechte der Professoren. Die Landeshochschulgesetze sehen in der Regel zur Vorbereitung der Entscheidungen der Fachbereichsräte die Einsetzung von Berufungskommissionen vor. Die Zusammensetzung ist nicht einheitlich geregelt; in einigen LHGs wie z. B. im Berliner Hochschulgesetz ist sie überhaupt nicht geregelt. In anderen Ländern sind Paritäten wie 3:1:1 oder 4:1:1:1 vorgegeben. Gemeinsames Grundprinzip ist, daß die Gruppe der Professoren immer mindestens eine Stimme mehr als alle übrigen haben muß.

Auch die Vorschrift, daß Berufungslisten immer drei Namen enthalten sollen, und daß nur ausnahmsweise davon abgewichen werden darf, findet sich in den LHGs.

Schließlich ist dort festgelegt, daß Gutachten auswärtiger Professoren oder Sachverständiger des betreffenden Faches einzuholen sind. Über die Anzahl der erforderlichen Gutachten steht in den Gesetzen meist nichts. Dies ist in Erlassen oder in Berufungs-Richtlinien der einzelnen Hochschulen geregelt, oder durch eine Art Gewohnheitsrecht innerhalb der Hochschule bzw. des jeweiligen Fachbereichs. Das gilt auch für die Frage, ob ein vergleichendes Gutachten erforderlich ist oder nicht.

Im folgenden sollen die üblichen bzw. häufig zu beobachtenden Mechanismen an Hand der einzelnen Schritte im Berufungsverfahren rekapituliert werden.

Stellenausschreibung

Wie bereits erwähnt, soll die Verpflichtung zur Stellenausschreibung Obiektivität und Chancengleichheit für die Bewerberinnen und Bewerber garantieren, und sie soll verhindern, daß sich das Auswahlverfahren auf diejenigen beschränkt, welche den Mitgliedern der Berufungskommission bereits bekannt sind. Diesem Zweck entspricht das Ausschreibungsverfahren in der Praxis immer dann, wenn die Kommission in ihrer Entscheidungsfindung tatsächlich offen ist. Wenn die entscheidenden Mitalieder der Berufungskommission, d. h. die Mehrheit der Professoren, allerdings von vornherein einen Wunschkandidaten (ausnahmsweise auch eine Wunschkandidatin) haben, dann wird auch das Ausschreibungsverfahren in der Regel kaum etwas daran ändern, daß die Kommission hinterher feststellt, genau diese Person passe am besten auf die Stelle. In manchen Fällen wird so etwas innerhalb des Fachbereiches relativ offen behandelt, und nicht nur die Professoren und wissenschaftliche Mitarbeiter, sondern

auch die Studierenden wissen Bescheid. Ich habe aber auch schon Verfahren erlebt, in denen die Professoren in der Kommission peinlich genau darauf achteten, daß alles formal korrekt ablief, und bis zum Schluß großen Wert darauf legten, den Anschein zu erwecken, daß die Berufungsliste erst das Ergebnis der Anhörungen, der Diskussion der jeweiligen Qualifikation und der eingegangenen Gutachten sei- und zugleich war ich mir völlig sicher, daß von vornherein feststand, Herr X solle die Stelle bekommen!

Einer der Mechanismen, dafür zu sorgen, daß der Wunschkandidat als Sieger hervorgeht, besteht darin, den Ausschreibungstext in seinen Formulierungen genau auf das spezifische Qualifikationsspektrum dieser Person zuzuschneiden. An westdeutschen Hochschulen haben die Fachbereiche in der Regel hier einen beträchtlichen Ermessensspielraum, solange sie innerhalb der offiziellen Stellendenomination (z. B. "Geschichte des Mittelalters" oder "Literaturwissenschaft in der Anglistik") bleiben. Genehmigungsvorbehalte von seiten der zuständigen Ministerien sind nur dann zu erwarten, wenn es um eine deutliche Verschiebung gegenüber dem bisherigen Stellenprofil geht. (z. B. von "Kunstgeschichte mit Schwerpunkt Architekturgeschichte"zu "Kunstgeschichte mit Schwerpunkt Geschlechterbeziehungen in der Kunst").

Ein extremes Beispiel der gezielten Stellenausschreibung für eine bestimmte Person ist mir aus einer universitären Neugründung der 70er Jahre bekannt. Dort durfte ein Assistent, der zu dem Zeitpunkt bereits den Ruf auf eine C 3-Stelle an einer anderen Hochschule hat-

te, in Absprache mit seinem Professor den Ausschreibungstext für eine auf ihn persönlich zugeschnittene C 4-Stelle selbst verfassen; er hat die Stelle dann auch erhalten. Und ein Fachdidaktik-Professor hat mir berichtet, daß er damals einen empörten Anruf von einem Professor bekommen habe, wo seine Bewerbung denn bliebe, diese Stelle sei doch für ihn gedacht; er hat sich dann natürlich beworben und die Stelle bekommen; es handelte sich dabei allerdings um einen der bekanntesten Fachdidaktiker der Bundesrepublik innerhalb dieses Faches.

Ob eine Stellenausschreibung einer bestimmten Person auf den Leib geschrieben ist oder explizit so formuliert ist, eine andere, unerwünschte Person zu verhindern, wird vielen Mitgliedern im Fachbereichsrat (oder auch den Frauenbeauftragten) häufig zunächst überhaupt nicht auffallen: man merkt es nur, wenn man den Markt der Bewerberinnen und Bewerber im jeweiligen Fachgebiet bereits gut kennt. Wenn sich allerdings zwei unterschiedliche Fraktionen bzw. zwei unterschiedliche Wissenschaftsauffassungen innerhalb eines Faches gegenüberstehen, dann wird die Vorstufe des späteren Berufungskonflikts bereits in der Phase der Kontroverse um die Spiegelstriche im Ausschreibungstext ausgetragen. - Zentrale Frauenbeauftragte können in dieser Phase erfahrungsgemäß nur relativ wenig bewirken. Für dezentrale Frauenbeauftragte innerhalb der einzelnen Fächer sind die Handlungsspielräume größer. Voraussetzung ist allerdings, daß sie sich ebenso wie die Professoren über das Qualifikationsspektrum der potentiellen Bewerberinnen und Bewerber informieren. Nur dann

können sie darauf achten, daß die Spezifizierung der Berufungsanforderungen mit dem Qualifikationsspektrum derjenigen Bewerberinnen, die auf Grund ihrer formalen Qualifikation (z.B. Habilitation) in Frage kommen, kompatibel ist. Ein Beispiel: wenn in einer Stellenausschreibung für eine Professur "Geschichte des Mittelalters" ein Schwerpunkt in Regionalgeschichte verlangt wird, und die habilitierten Bewerberinnen für dieses Fachgebiet eher zur Struktur des deutschen Kaiserreiches oder zum Verhältnis von Kirche und Staat gearbeitet haben, dann ist klar, daß die Frauenbeauftragte hinterher kaum noch Chancen hat, sich für diese Bewerberinnen einzusetzen.

Aus frauenpolitischer Sicht wäre es unabhängig von der Frage, ob eine Frau oder ein Mann die Stelle bekommt, inhaltlich wünschenswert, wenn auch fachspezifische Gesichtspunkte der Frauenforschung einbezogen und damit zum künftigen Bestandteil der Lehre werden könnten. Hierfür ist es zweckmäßig, im Denominationstext mindestens als Möglichkeit diesen Gesichtspunkt mit aufzunehmen. Ein Beitrag zur Frauenförderung muß dies allerdings nicht sein: Es ist möglich, daß im speziellen Fall eher ein Mann als eine der wenigen Frauen in diesem Spezialgebiet zu solchen Themen gearbeitet hat. Auch hier ist es zweckmäßig, sich bereits im Vorfeld einen Eindruck zu verschaffen, welche Personen als Bewerber und Bewerberinnen in Frage kommen.

Vorauswahl zur Anhörung

Bereits in der Vorauswahl derjenigen Kandidatinnen und Kandidaten, die zu einem Vortrag (häufig als "Anhörungsverfahren" bezeichnet) eingeladen werden, erfolgt eine entscheidende Weichenstellung. Es ist durchaus nicht sicher, daß alle diejenigen, die eigentlich für diese Stelle qualifiziert wären, tatsächlich unter den Ausgewählten sind. Dies zeigt sich daran, daß manchmal jemand in einem Verfahren überhaupt nicht eingeladen wird, der dann in einer anderen Universität auf einem vorderen Platz steht. Der Grund dafür kann darin liegen, welche fachlichen Schwerpunkte im Rahmen des jeweiligen Fachbereiches als besonders wünschenswert angesehen werden, oder auch, welche Profilierung bereits durch vorhandene Kollegen vertreten ist und deshalb als weniger interessant angesehen wird. Es kann aber genauso gut an unterschiedlichen Wissenschaftsauffassungen liegen.

An einem konservativem historischen Fachbereich wird z. B. jemand mit einem dezidiert marxistischen Ansatz (den es durchaus auch unter westdeutschen Wissenschaftlern gelegentlich gibt) nur wenig Chancen haben. Vertreter eines stark quantifizierenden Ansatzes in der Volkswirtschaftslehre werden alle dieienigen für weniger qualifiziert halten, die einen anderen Ansatz vertreten. In der Gründungsphase des Aufbaus neuer Universitäten Anfang der 70er Jahre habe ich es erlebt, daß verschiedene Fraktionen mit einem "linken" hochschulpolitischen Selbstverständnis sich gegenseitig mit genauso instrumentellen Mechanismen bekämpften wie beide gemeinsam mit konservativen Professoren, und die Kandidaten der Gegenseite möglichst bereits in der Vorauswahl vom weiteren Verfahren ausgeschlossen haben.

Alle genannten Mechanismen können auch dann eine Rolle spielen, wenn das Ergebnis des Verfahrens offen ist und kein Wunschkandidat von vornherein feststeht. Ist dieses aber der Fall, dann kann ein zusätzlicher Gesichtpunkt eine Rolle spielen: Zu starke Kandidaten, die unter anderen Bedingungen vielleicht für diesen Fachbereich durchaus akzeptabel wären, könnten eine zu starke Konkurrenz für die gewünschte Nummer 1 werden. Es kann deshalb sicherer erscheinen, diese Person überhaupt nicht erst einzuladen.

In Fachgebieten, in denen eine Habilitation üblich ist, und in denen genügend Habilitierte zur Verfügung stehen, scheiden nicht habilitierte Bewerberinnen und Bewerber häufig von vornherein aus. Es ist aber durchaus möglich, solche Personen mit einzubeziehen, bei denen die Habilitation zwar formal noch nicht abgeschlossen ist, bei denen dies aber in Kürze zu erwarten ist. Wichtig wäre es in solchen Fällen nur, ob man davon ausgehen kann, daß bis zum Zeitpunkt der Berufung das Verfahren abgeschlossen ist. Wenn Kommissionen an jemandem interessiert sind, sind sie in diesem Fall in der Regel großzügig. Wenn sie jemanden nicht haben wollen, bzw. wenn es genügend andere Bewerber gibt, die sie interessant finden, werden sie hier zu einer restriktiven Auslegung tendieren. Hier ist es z. B. für eine Frauenbeauftragte wichtig, im Falle einer Bewerberin, deren Habilitationsverfahren kurz vor dem Abschluß steht, dennoch auf ihrer Einladung zu bestehen. Es gibt genügend Beispiele, daß Personen, die zum Zeitpunkt der Stellenausschreibung noch nicht habilitiert waren, aber kurz davor standen, dann hinterher auf der Liste plaziert wurden bzw. tatsächlich einen Ruf erhalten haben.

Einer der wichtigsten Gesichtspunkte ist das jeweilige fachliche Profil. Dabei geht es keinesfalls nur um den Umfang der Publikationen, sondern auch um die Themen. Hier gibt es in der Praxis durchaus Interpretationspielraum, ob ein fachliches Profil der Stellenausschreibung entspricht oder nicht. Bei Personen, an denen man interessiert ist, wird die Kommission auch hier großzügig interpretieren. Bei anderen, die man explizit nicht haben will, oder die einfach unbekannt sind, wird strenger geurteilt.

Eine Auseinandersetzung mit den Schriften der Bewerberinnen und Bewerber erfolgt in dieser frühen Phase nach meinen Erfahrungen in den meisten Fällen noch nicht. Bei denjenigen, die man persönlich kennt - sei es durch Tagungen oder Kongresse, sei es durch gemeinsame Arbeit an Publikationen, sei es, weil der Bewerber früher an dieser Hochschule tätig war - spielt ein solcher inhaltlicher Gesichtspunkt natürlich eine Rolle, Bei anderen wird die Kommission zunächst nach dem Eindruck des Bewerbungsschreibens und den Titeln der Publikationsliste vorgehen. Häufig sehen die Mitglieder der Berufungskommission selbst gar nicht alle Bewerbungsunterlagen durch, sondern ein Mitglied übernimmt für alle die Aufgabe einer zusammenfassenden Übersicht. Eine geschickte Präsentation des eigenen fachlichen Qualifikationsschwerpunktes im Bewerbungsschreiben mit der besonderen Hervorhebung derjenigen Publikationen, Vorträge, Forschungsschwerpunkte und Lehrtätigkeiten, die genau auf diese Stelle passen, kann hier durchaus wichtig sein.

In manchen Bundesländern bzw. an manchen Hochschulen ist es üblich bzw. erforderlich, die Vorauswahl zu begründen. Dies soll zu größerer Transparenz des Verfahrens beitragen. Bei solchen Bewerberinnen und Bewerbern, bei denen die formalen Voraussetzungen eigentlich vorliegen, die die Kommission aber nicht einladen will, lautet die Begründung dann meist: das Qualifkationsspektrum des Bewerbers entspricht nicht dem hier gewünschten Profil.

Durchführung der Anhörungen mit den Bewerberinnen und Bewerbern

Die Durchführung der "Anhörungen" oder Probevorträge erfolgt grundsätzlich öffentlich. Faktisch ist die Öffentlichkeit häufig sehr klein oder überhaupt nicht vertreten. Wenn vorher bekannt ist, daß es Kontroversen um interessante Bewerberinnen und Bewerber geben wird, kommt es allerdings vor, daß sowohl Kolleginnen und Kollegen wie Vertreter der Studierenden zahlreich erscheinen. Normalerweise findet das Verfahren in relativ kleinen Räumen statt. Ich habe aber auch schon Anhörungen in Hörsälen erlebt. Im letztgenannten Fall konnte es vorkommen, daß sich eine zu leise bzw. zu wenig artikulierte Stimme einer Bewerberin deutlich negativ für sie ausgewirkt hat.

In der Anhörung geht es zum einen darum, sich einen Eindruck vom Profil und der wissenschaftlichen Arbeitsweise des bzw. der Kandidatln zu verschaffen. In neuerer Zeit wird die Anhörung außerdem als Indiz für die sogenannten "didaktischen Fähigkeiten" genutzt, da in Deutschland andere objektivierbare

Belege hierfür in der Regel kaum zur Verfügung stehen. Und schließlich möchte man natürlich auch einen Eindruck von der Person bekommen. In den offiziellen Diskussionen der Kommission spielt es nach meinen Erfahrungen keine Rolle, ob man jemand sympathisch oder unsympathisch fand; ich bin mir aber sicher, daß dies implizit eine Rolle spielt - schließlich holt man sich jemand ins Haus, mit dem bzw. mit der man hinterher jahrelang zusammenarbeiten muß. - Nach Berichten von Frauenbeauftragten kann dieser Gesichtspunkt gerade bei Frauen in einer bisher ausschließlich männlich dominierten Fachkultur ein Negativargument für die Bewerberin sein; zu Zeiten, als man noch nicht durch Frauenförderrichtlinien gehalten war, in der Argumentation vorsichtig zu sein, hieß es dann oft: "Frau X paßt hier bei uns nicht so gut ins Team." Nicht nur zu schroffes, überhebliches, eitles Verhalten kann sich negativ auswirken. Zu große Bescheidenheit im Auftreten kann ebenfalls von Nachteil sein-zumindestbei Bewerberinnen. (Das Argument lautet dann häufig: Wir befürchten, daß Frau X die mit dieser Stelle notwendig verbundene Leitungsfunktion nicht angemessen wahrnehmen kann, daß sie nicht durchsetzungsfähig ist.) Bei Bewerbern, die bereits innerhalb des Faches einen guten Ruf haben, und die von vornherein zu den Wuschkandidaten zählen, wird Bescheidenheit im Auftreten dagegen positiv bewertet.

Ein einziger Vortrag kann eigentlich kein hinreichendes Indiz für didaktische Fähigkeiten sein. Man kann hieraus bestenfalls darauf schließen, ob Vorlesungen anschaulich und lebendig gestaltet werden, während ein guter Vortrag nichts

darüber aussagt, ob jemand in der Lage ist, die Lernprozesse anderer Menschen in Proseminaren, Übungen und Seminaren gut zu strukturieren. Die Art und Weise, wie jemand auf Fragen reagiert und sie beantwortet, kann allerdings einen Eindruck davon geben, wie jemand sich in Diskussionen verhält (obwohl dies täuschen kann). Letzten Endes läuft die Beurteilung der didaktischen Qualität des Vortrages darauf hinaus, ob die Argumentation plausibel, logisch konsistent und in sich schlüssig vorgetragen wurde, und ob der Vortrag interessant oder langweilig war.

Das letzte Argument sollte eigentlich gerade aus der Sicht der Studierenden eine wichtige Rolle spielen. Nach meinen Erfahrungen trauen sich diese aber selten, eine so "unwissenschaftliche" Formulierung offen und direkt zu gebrauchen, und zu sagen: "Diesen Vortrag fanden wir langweilig. Wir können uns nur schwer vorstellen, daß wir bei ihm ein ganzes Semester lang in einer Vorlesung konzentriert zuhören können." (An amerikanischen Hochschulen hat man da weniger Skrupel. In einer Befragung zur Evaluation der Lehre sagte mir einmal ein Institutsleiter: "Wenn wir uns schon beim Vortrag eines Bewerbers langweilen, dann werden wir so jemanden unseren Studenten auf keinen Fall zumuten.") Die Lehrenden selbst berücksichtigen diesen Gesichtspunkt in der faktischen Beurteilung aber durchaus. Die übliche Formulierung lautet dann etwas diplomatischer: "Der Vortrag war nicht so überzeugend". Bei Bewerbern, die von vornherein eine starke Lobby unter den Professoren der Kommission hatten, wird in der Praxis allerdings auch ein "schlechter" bzw. langweiliger Vor-

trag in der Regel nur wenig schaden. Dann heißt es meistens: die Anhörung ist doch nur eins von mehreren Kriterien, und es kommt in erster Linie auf die wissenschaftliche Qualität der Publikationen an. Bei jemand, den man sowieso nicht haben will, oder an dem niemand von vornherein ein spezifisches Interesse hatte, wird ein wenig überzeugender Vortrag allerdings in der Regel dazu führen, daß er oder sie aus dem weiteren Verfahren ausscheidet, wenn es nicht insgesamt einen starken Mangel an qualifizierten Bewerbern gibt.

Was den inhaltlichen Teil der Anhörungen betrifft, so kann die Art und Weise der Fragen nach dem Vortrag das Verfahren zusätzlich beeinflussen. Man kann Bewerbern Stichworte geben, die sie veranlassen, zu Themen, von denen sie offensichtlich viel verstehen, zusätzliche Ausführungen zu machen. Man kann auch gezielt Bewerberinnen und Bewerber auf ein Gebiet ansprechen, von dem man weiß, daß sie dazu wenig gearbeitet haben - oder daß sie dort eine Position vertreten, die vielen Mitgliedern der hiesigen Berufungskommission nicht gefällt.

In vielen Verfahren gibt es neben der öffentlichen Anhörung noch einen zweiten Teil, ein internes Gespräch mit der Berufungskomission. Dort wird dann eventuell nach Umfang und Planung früherer oder künftiger Forschungsvorhaben gefragt. Bei C 4-Stellen kommt es in finanziell besser ausgestatteten Universitäten auch häufig vor, daß gefragt wird, welche Ausstattung die Bewerberinnen und Bewerber benötigen, bzw. was ihre Mindestforderung ist. (Als Frauenbeauftragte habe ich mir in solchen Fällen angewöhnt, zusätzlich nachzufragen, wie

das Verhältnis von Männern und Frauen unter den bisherigen Mitarbeitern war, und welche Personen sie im Falle eines Rufes auf Nachwuchsstellen mitbringen wollen.) Auch Fragen danach, ob der oder die Bewerberln bereit ist, im Falle eines Rufes an den neuen Hochschulstandort umzuziehen, sind inzwischen üblich. In einigen Bundesländern wird dies übrigens explizit von den Wissenschaftsministerien verlangt, bzw. es steht bereits im Ausschreibungstext (z.B. Nordrhein-Westfalen). Zu große Ehrlichkeit einer Bewerberin in dem Sinne, sie werde pendeln, der gemeinsame Familienwohnsitz werde in der anderen Stadt bleiben, kann sich hier negativ auswirken. - Faktisch ist es bei Wissenschaftler-Paaren in der Praxis sehr verbreitet. daß einer von beiden pendeln muß; dies erfolgt bei männlichen Professoren genau so häufig wie bei Professorinnen, denn auf einer solchen Stelle läßt sich dies leichter mit der Arbeit vereinbaren als bei Menschen in anderen Arbeitsverhältnissen. (Wenn sich ein neuberufener Professor an einer ostdeutschen Hochschule darum bemüht, für seine Frau in der gleichen Stadt auch einen Arbeitsplatz zu finden, dann wird ihm dies vor dem Hintergrund der hier herrschenden Arbeitslosigkeit nach meinen Erfahrungen ebenfalls übel genommen - ganz besonders dann, wenn die Frau auch Wissenschaftlerin ist.)

Entscheidung über die Berufungsliste in der Berufungskommission bzw. der Struktur- und Berufungskommission

Nach den Anhörungen findet die eigentliche Entscheidung über die Reihenfolge auf der Berufungsliste statt. Das entscheidende Kriterium ist dabei in der Regel das wissenschaftliche Profil, und zwar in der von der Mehrheit der Kommission bzw. der Mehrheit der Professoren in ihr gewünschten Ausrichtung. Die reine Quantität der Publikationen spielt nach meiner Einschätzung faktisch eine geringere Rolle, als ihr eventuell hinterher in der schriftlichen Begründung bzw. in den Gutachten zukommt. Wenn die Kommission iemanden uninteressant findet, dann nützen auch lange Publikationslisten nichts. Umgekehrt kann aber ein geringerer Umfang an Publikationen bei solchen Kandidaten und Kandidatinnen, die auch aus anderen Gründen nicht gewollt werden, als offizielle Argumentation herangezogen werden.

In Entscheidungsverfahren, die inhaltlich offen sind, spielt die inhaltliche Breite der behandelten Themen eine wichtigere Rolle als das rein Quantitative, es gibt aber in dieser Frage durchaus fachspezifische Unterschiede. Ein zu enges Qualifikationsspektrum wird oft negativ beurteilt (besonders bei C 4-Stellen), außer wenn es sich um den Wunschkandidaten handelt, oder wenn genau dieses Forschungsgebiet besonders gut ins Profil des entsprechenden Faches bzw. Institutes paßt. (Ich habe es z. B. mehrfach erlebt, daß recht junge Männer auf C 3-Stellen in der Medizin berufen wurden, die relativ eng spezialisiert waren, wenn die Thematik besonders gut ins Forschungsprogramm des entsprechenden C 4-Professors paßte - interessanterweise handelte es sich dabei häufig um Leute, die aus der gleichen Hochschule kamen wie dieser Professor!)

Es gibt Fächer, in denen es für die Ent-

scheidung der Kommission eine Rolle spielt, ob jemand Publikationen in auswärtigen Journalen bzw. Vorträge auf internationalen Kongressen vorweisen kann. Auch hier gibt es wieder große fachspezifische Unterschiede. Dieser Gesichtspunkt spielt vor allem in der Medizin oder in den Naturwissenschaften eine Rolle, während ich es noch nicht erlebt habe, daß man einem Historiker vorwirft, er habe nur in deutschen Zeitschriften publiziert. Auch in den Wirtschaftswissenschaften spielen internationale Publikationen eine große Rolle, und ein zeitweiliger Aufenthalt an einer amerikanischen Universität gilt als Vorteil. In diesem Fach habe ich Verfahren erlebt, wo mir erklärt wurde, es ginge überhaupt nicht um den Umfang der Publikationen, sondern die Zeitschrift, in der diese Publikationen angenommen wurden, sei viel entscheidender. Vor kurzem wurde ein junger Mann Anfang 30 auf eine C 4-Stelle für Volkswirtschaftslehre auf Platz 1 gelistet, der insgesamt außer einer Dissertation an einer amerikanischen Eliteuniversität nur zehn Aufsätze vorweisen konnte - diese allerdings in den weltweit mit den höchsten Prestige versehenen Journalen; hier gilt die Tatsache, daß eine Publikation in dieser Zeitschrift angenommen wurde, bereits als Ausweis außerordentlicher Qualifikation.

Was die Gewichtung der schriftlichen Publikationen und des Vortrages angeht, so ist in der Regel die schriftlich dokumentierte Forschungsleistung wichtiger. Es gibt aber auch Verfahren, in denen der Vortrag eine größere Rolle spielte. Hierbei handelte es sich meist nicht um herkömmliche etablierte Fächer, sondern um interdisziplinäre Fachgebiete,

wo es weniger klare und eindeutige Qualifikationskriterien innerhalb des jeweiligen Fachgebietes gibt. Auch wenn die Publikationen überwiegen, kann ein guter oder schlechter Vortrag durchaus Auswirkungen auf die Prioritäten haben und vorläufige Präferenzen verändernwenn es nicht bereits im Vorfeld sehr klare Interessen gibt. In gewisser Weise dient der Vortrag als Kontrolle, ob die Person wirklich so gut ist, wie man nach der Aktenlage zunächst annahm. Wenn ein Vortrag nicht überzeugend war, dann verschlechtert das tatsächlich die Chancen, sofern das Verfahren offen ist.

Wie bereits erwähnt, dient die Beurteilung des Vortrags unter anderem als Argument für die sogenannte "Qualität der Lehre". Als weiteres Verfahren zu diesem Aspekt greifen Studierende gelegentlich auf die Methode zurück, sich bei der Fachschaft an der Heimatuniversität des jeweiligen Bewerbers zu erkundigen. Auch hier müssen die Antworten allerdings nicht in jedem Falle objektiv sein. Es ist möglich, daß jemand an einer Universität von den Studierenden positiv beurteilt wurde, während seine Lehrveranstaltungen im Rahmen eines Lehrauftrags an einer anderen Hochschule sehr polarisierte Reaktionen hervorrufen. - Auch wenn diese Methode ihre Fallstricke hat, so ist sie dennoch legitim. Lehrende fragen auch bei ihren Bekannten an anderen Hochschulen nach, und zwar nicht nur nach der fachlichen Qualifikation oder der Beliebtheit eines Bewerbers bei den Studierenden. sondern gelegentlich auch nach seiner oder ihrer hochschulpolitischen Position, der Rolle in der Vertretung von Mittelbauinteressen oder ähnlichem - in den offiziellen Argumentationen der Berufungskommission spielt derartiges selbstverständlich keine Rolle.

In vielen Berufungskommissionen wird versucht, ein einvernehmliches Ergebnis zu erzielen. Wenn dies nicht gelingt, bleibt der unterlegenen Minderheit neben ihrer Gegenstimme die Möglichkeit, explizit ein schriftliches Minderheitenvotum zu formulieren. Dieses ist wichtig, wenn versucht werden soll, in den folgenden Schritten im Fachbereichsrat und im Akademischen Senat Einwände gegen die Liste zu formulieren bzw. dieser nicht zuzustimmen. Außerdem werden schriftlich formulierte Minderheitsvoten immer mit den gesamten Berufungsakten bis zum Ministerium weitergeleitet, während rein mündliche Argumentationen untergehen und sich nur im quantitativen Abstimmungsergebnis wiederfinden. Die Frauenbeauftragte kann ebenso wie alle Mitglieder der Kommission eine abweichende Stellungnahme formulieren: in diesem Stadium wird es sich eher um die dezentrale, fachbereichsspezifische Frauenbeauftragte als um die zentrale Frauenbeauftragte der Universität handeln.

Noch eine Anmerkung zur Plazierung von Frauen: Da es in einigen Bundesländern einzelne Fälle gegeben hat, in denen ein Minister oder eine Ministerin eine Frau von Platz 2 berufen hat, ist inzwischen an verschiedenen Hochschulen eine Tendenz zu beobachten, eine Frau, die man nicht auf Platz 1 haben will, zur Sicherheit auch nicht auf Platz 2 oder 3 zu plazieren, selbst wenn sie inhaltlich eigentlich dorthin gehören würde. Dies wäre ebenso ein Fall für einen Einspruch der Frauenbeauftragten wie die Tatsache, daß eine besonders gut

ausgewiesene Frau nicht auf den ersten Listenplatz kommt. Schließlich kommt es immer wieder vor, daß ein Erstplazierter aus den unterschiedlichsten Gründen nach längeren Berufungsverhandlungen eine Stelle überhaupt nicht annimmt, so daß auch Platz 2 oder manchmal sogar Platz 3 von Bedeutung sein können. Außerdem sind abqualifizierende Beurteilungen von Frauen grundsätzlich nicht ohne Widerspruch hinzunehmen, denn es geht auch um deren Chancen in weiteren Verfahren an anderen Hochschulen.

Im folgenden soll noch auf drei Aspekte näher eingegangen werden, die in Entscheidungsprozessen eine Rolle spielen können: Das Erfordernis der Habilitation, der Umgang mit dem Hausberufungsverbot sowie der Einsatz der Gutachten.

Erfordernis der Habilitation

Wie bereits im ersten Abschnitt erwähnt. ist bei der Berufung auf eine Professorenstelle normalerweise eine Habilitation zwingend erforderlich. Das gilt nicht für Professoren an Fachhochschulen. Ausnahmen gibt es ferner für solche Fächer, in denen eine Habilitation nicht üblich ist; das sind zum Beispiel Kunst, Architektur, in der Vergangenheit die Ingenieurwissenschaften sowie kleine Lehramtsfächer (wie zum Beispiel Textiles Gestalten) in denen es keinen klaren Qualifikationsweg gibt. In anderen Fächern ist es zwar im Prinzip möglich, die Habilitation durch sogenannte "habilitationsadäquate Leistungen" zu ersetzen. In der Praxis wird dies jedoch sehr selten von den Berufungskommissionen so gesehen, und auch Wissenschaftsministerien wären in vielen Fächern nicht

bereit, einem solchen Berufungsvorschlag zu entsprechen. (So kann ich mir z. B. nicht vorstellen, daß ein Mann oder eine Frau in der Geschichtswissenschaft ohne Habilitation berufen wird, aber durchaus in der Geschichtsdidaktik.)

Abweichungen von diesem Prinzip gibt es durchaus, aber diese sind nicht willkürlich, sondern haben System. Abweichungen hat es immer dann gegeben, wenn zu einer bestimmten Zeit generell oder innerhalb des jeweiligen Faches nicht mehr genügend habilitierte Universitätsbewerber zur Verfügung standen. Das gilt z. B. für die Berufungsverfahren bei den Neugründungen Ende der 60er/ Anfang der 70er Jahre in Westdeutschland, als gleichzeitig sehr viele Professorenstellen auf einmal zu besetzen waren. Es gilt heute in bestimmten Fächern wie Informatik oder Betriebswirtschaftslehre, wo es viele offene Stellen gibt und die Universitäten sich gegenseitig qualifizierte Bewerber wegberufen. Schließlich gilt es in solchen Bereichen wie der Fachdidaktik, wo aufgrund der spezifischen Anforderungen mehrjähriger Schulpraxis Menschen mit dem typischen akademischen Profil, das zur Habilitation führt, seltener zu finden sind.

In solchen Zeiten, in denen das Erfordernis der Habilitation zum Problem in Anbetracht der Bewerberlage wird, wächst die Kritik an diesem spezifisch deutschen und international nicht üblichen zusätzlichen Qualifikationsverfahren nicht nur unter Nachwuchswissenschaftlern, sondern trifft auch bei Repräsentanten der offiziellen Hochschulpolitik auf Verständnis. Das war so in der Neugründungsphase der 70er Jahre, als die damalige Bundesassistentenkonferenz (BAK) die Abschaffung der Habilitation

forderte und die Westdeutsche Rektorenkonferenz (WRK) hierfür Verständnis zeigte. Das könnte demnächst wieder so werden, wenn im nächsten Jahrzehnt die Hälfte der Professuren zur Neubesetzung ansteht; die Hochschulrektorenkonferenz (HRK) hat bereits darauf hingewiesen, daß es einen Mangel an geeigneten habilitierten Bewerbern geben könnte.

Vom Erfordernis der Habilitation wird generell bei ausländischen Bewerbern aus solchen Ländern abgesehen, in denen es nichts der Habilitation Vergleichbares gibt - und das ist die Mehrzahl aller Länder, Habilitationen sind nur im deutschsprachigen Bereich üblich: Deutschland, Schweiz und Österreich (wo es z. B. eine landeseinheitliche Habilitationsordnung gibt). Wenn ein Promotionsverfahren an einer amerikanischen Universität (PhD) allerdings einer deutschen Habilitation gleichgesetzt wird, kann dies zu Konkurrenzverzerrungen führen, denn die Arbeit an einem PhD in den USA dauert im Rahmen der dort üblichen Promotionsstudiengänge nicht länger als das vergleichbare Verfahren auf einer westdeutschen Nachwuchsstelle. Ein Bewerber, der im Rahmen eines dreijährigen Promotionsstudiums seinen PhD an einer amerikanischen Eliteuniversität erworben hat, wird dann einem deutschen Konkurrenten gleichgestellt, der im Rahmen einer fünfjährigen Nachwuchsstelle zunächst promoviert hat und anschließend auf einer sechsiährigen Hochschulassistentenstelle seine Habilitation erworben hat.

Verbot von Hausberufungen

Im Zuge der neuen Hochschulgesetze wurde an den westdeutschen Hochschu-

len neben der Pflicht zur Ausschreibung auch das Hausberufungsverbot eingeführt. Beides dient einem ähnlichen Anliegen: Verhinderung zu enger Schwerpunktbildung und Qualitätskontrolle durch Unterbrechung von Belohnungsmechanismen im Lehrer-Schüler-Verhältnis.

Ein Nachteil dieses Verfahrens besteht darin, daß jede wissenschaftliche Karriere im (west) deutschen Bildungssystem notwendigerweise mit mehrfachem Ortswechsel verbunden ist; dies insbesondere, wenn man die mehrfachen Neubewerbungen auf die verschiedenen Typen von Nachwuchsstellen bis zur Habilitation berücksichtigt. Dies bringt notwendigerweise Probleme für alle Wissenschaftler-(Ehe-)Paare mit sich; einer von beiden muß dann häufig pendeln.

Im Zuge der Neubesetzung der Professuren in der ehemaligen DDR wurde insofern eine zeitlich befristete Ausnahme vom Hausberufungsverbot vorgenommen, als den ehemaligen Stelleninhabern sowie den Dozenten der betroffenen Hochschulen die Möglichkeit eingeräumt werden sollte, sich ohne Diskriminierung auf ihre frühere Stelle zu bewerben. Hieraus darf aber nicht gefolgert werden, daß diese Ausnahmeregelungen auch künftig bestehen. Das grundsätzliche Verbot von Hausberufungen ist im Hochschulrahmengesetz festgeschrieben und könnte nur durch eine Änderung dieses Gesetzes außer Kraft gesetzt werden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler auf Nachwuchsstellen können realistischerweise nicht davon ausgehen, daß sie eine Chance haben, an ihrer eigenen Hochschule berufen zu werden, sondern sie müssen

sich an auswärtigen Hochschulen bewerben.

Ausnahmen vom Hausberufungsverbot hat es in der Praxis ebenso gegeben wie vom Erfordernis der Habilitation, aber auch hier nur unter bestimmten Bedingungen:

- Nach der Verabschiedung der Landeshochschulgesetze der 70er Jahre ist es im Zuge der damaligen Personalüberleitung vielen Wissenschaftlern gelungen, an der eigenen Hochschule eine Professur zu erhalten (häufig eine C 2-Professur, höchstens eine C 3-Professur). Dabei handelte es sich ebenso wie beim Verzicht auf das Hausberufungsverbot in den neuen Bundesländern um zeitlich befristete Sonderregelungen.
- Bei Berufungen von Fachhochschulprofessoren von C 2- auf C 3-Stellen gibt es ebenfalls Ausnahmen vom Hausberufungsverbot, die bereits im HRG festgeschrieben sind.
- In der Medizin sind Fälle von Hausberufungen bei C 3-Stellen z. B. an der FU Berlin bekannt; als Argument hierfür wurde der dortigen Frauenbeauftragten unter anderem erklärt, daß die Lehrstuhlinhaber in diesen Fächern C 3-Stellen als eine Art besserer Nachwuchsstellen betrachten.
- Es gibt einzelne, allerdings relativ seltene Fälle, in denen jemand an seiner bisherigen Hochschule von einer C 3-Stelle auf eine C 4-Stelle kommt. Dies ist allerdings nur unter der Voraussetzung möglich, daß ein Ruf einer auswärtigen Hochschule auf eine C 4-Stelle vorliegt. In Berlin ist in solchen Fällen ein kompliziertes Verfahren einer Scheinausschreibung auf die neue C 4-Stelle erforder-

lich. In Niedersachsen ist man hier pragmatischer; an meiner ehemaligen Hochschule habe ich es in mindestens drei Fällen erlebt, daß jemand in dieser Konstellation ohne ein neues Berufungsverfahren eine Anhebung auf eine C 4-Professur erfahren hat.

- Im übrigen gilt beim Hausberufungsverbot ebenso wie beim Erfordernis der Habilitation: In solchen Fächern, in denen zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt der Markt leergefegt ist (z. B in der Wirtschaftspädagogik), sind Ausnahmen von üblichen Verfahren möglich.

Abgesehen von solchen, inhaltlich benennbaren Bedingungskonstellationen wird bisher das Hausberufungsverbot im westdeutschen Hochschulwesen rechtstreng gehandhabt. Dies hat einerseits für die Erweiterung des wissenschaftlichen Qualifikationsspektrums positive Auswirkungen. Andererseits kann sich eine solche Vorschrift frauenund familienfeindlich auswirken.

Zum Stellenwert der Gutachten

Von großer Bedeutung ist die Auswahl der Gutachter. Hiermit erfolgt eine entscheidende Weichenstellung, wer unter den KandidatInnen besser und wer schlechter beurteilt wird, denn je nach dem eigenen wissenschaftlichen Ansatz ergeben sich oft auch differierende Beurteilungen der Arbeiten anderer Personen. An manchen westdeutschen Hochschulen ist es zumindest in manchen Fächern üblich, daß die BewerberInnen selber Gutachter vorschlagen dürfen und damit die Chance haben, jemand zu finden, der ihre Qualifikation zumindest wohlwollend überprüft. Dies gilt natürlich nicht für das vergleichende Gutachten. Dieses sollte zumindest theoretisch den Zweck haben, eventuell zu wohlwollend formulierte Gutachten zugunsten einzelner Personen zu relativieren. Aber natürlich kann auch diese Person wiederum Partei sein und wird es in nicht wenigen Fällen auch sein.

Die Vorschrift zur Erbringung auswärtiger Gutachten beinhaltet inhaltlich eine Überprüfung der Kommissionsentscheidung. Der oder die vergleichende Gutachterin sollte deshalb zumindest theoretisch die Reihenfolge der Liste noch nicht kennen. Es gibt Kommissionen, die peinlich darauf achten, daß sie erst über die Reihenfolge beschließen, wenn alle Gutachten vorliegen. Ich habe es aber genauso erlebt, daß die Listenreihung ganz offiziell zugleich mit der Bitte um das vergleichende Gutachten mitgeteilt wurde (was anderenorts als eindeutiger Verfahrensfehler eingestuft worden wäre). Informell dürfte es weit verbreitet sein, den Gutachtern bekanntzugeben, welche Reihenfolge die Kommission sich wünscht.

Meistens werden nur für diejenigen Bewerber Gutachten vorgelegt, die auf der Berufungsliste stehen. Es kommt aber auch vor, daß für weitere BewerberInnen, die angehört, aber nicht gelistet wurden, Gutachten angefordert und vorgelegt werden. In solchen Dingen ist es möglich, daß innerhalb der gleichen Hochschule an verschiedenen Fachbereiche unterschiedliche Verfahrensweisen praktiziert werden, wobei die Betroffenen guten Glaubens davon ausgehen, das sei verbindlich vorgegeben, weil man es bei ihnen schon immer (d. h. seit den neuen Hochschulgesetzen der 70er Jahre) so gemacht habe.

Normalerweise ist es selbstverständlich, daß es sich bei den Gutachtern nicht um Mitglieder der Berufungskommission handeln darf. Im Zuge der Umstrukturierung der ostdeutschen Hochschulen und der damit zusammenhängenden Menge an Berufungsverfahren, die gleichzeitig bearbeitet werden mußten, ist es aber durchaus vorgekommen, daß auswärtige (d. h. westdeutsche) Mitglieder der jeweiligen Struktur- und Berufungskommission zugleich die Funktion des Gutachters übernahmen (z. B. an der Humboldt-Universität in Berlin in bestimmten Fächern). Der zuständige Senator hat auch diese Interpretation des Verfahrens akzeptiert, obwohl die eigentliche Intention des Gutachterverfahrens als Qualitätskontrolle auch über die Arbeit der Kommission damit natürlich nicht eingelöst wird.

Fortsetzung des Verfahrens im Fachbereichsrat und im Akademischen Senat

Der Fachbereichsrat ist offiziell für die Verabschiedung einer Berufungsliste zuständig. Er kann also nicht nur der Liste einer Berufungskommission zustimmen, sondern er kann sie theoretisch auch verändern. Dies habe ich praktisch aber bisher noch nicht erlebt. Es kommt allerdings vor, daß der Fachbereichsrat den Vorschlag an die Berufungskommission zurückverweist, aber nur in seltenen Fällen wird diese daraufhin ihre Meinungsbildung ändern.

Die fachbereichsspezifische Frauenbeauftragte ist auf dieser Ebene im Fachbereichsrat zu beteiligen. Ihr Einspruch kann dazu führen, daß der Berufungsvorschlag an die Berufungskommission zurückgewiesen wird. Das Gleiche gilt für ein studentisches Gruppenvotum, das in manchen Bundesländern (wie z. B. Berlin) im Hochschulrecht vorgesehen ist. Auch hier gilt allerdings: Wenn die Mehrheit der Berufungskommission sich ihrer Sache sicher ist, besteht wenig Hoffnung, daß eine Rückverweisung nicht nur zu einer Verzögerung, sondern zu einer echten Neuentscheidung führt.

Der Akademische Senat der Universität muß im Unterschied zum Fachbereichsrat der Liste nicht zustimmen, sondern er kann nur Stellung nehmen. In vielen Hochschulgesetzen ist vorgeschrieben, daß bei negativer Stellungnahme die Liste an den Fachbereichsrat zurückgeht. Sollte dieser allerdings auf seinem Vorschlag bestehen, dann geht der Berufungsvorschlag zusammen mit dem negativem Votum des Akademischen Senats an den zuständigen Minister.

In den Senatssitzungen zu Berufungsverfahren kann nicht nur die zentrale Frauenbeauftragte einer Universität teilnehmen, sondern auch die dezentrale Frauenbeauftragte des jeweiligen Fachbereiches, - In manchen Hochschulen ist dies selbstverständlich, in anderen muß gemäß den Geschäftsordnungen der Senat erst einmal formell darüber beschlie-ßen. Faktisch ist es inzwischen selten, daß Frauenbeauftragten das Recht der Teilnahme verweigert wird. Um ein solches Recht im jeweiligen Einzugsbereich durchzusetzen, ist ein Hinweis auf die Praxis anderenorts immer von Vorteil.

Handlungsspielraum des zuständigen Ministeriums für Wissenschaft

In allen Bundesländern gehen die Hochschulgesetze in Fortführung herkömmli-

cher Traditionen davon aus, daß der ieweilige Minister bzw. die Ministerin in begründeten Ausnahmefällen von Vorschlägen des jeweiligen Fachbereichsrats abweichen können. Dies geschieht auch immer wieder in Einzelfällen. Meistens gingen in solchen Fällen Minderheitenvoten von Professoren in der Berufungskommission, im Fachbereichsrat oder im Akademischen Senat voraus, oder besonders einflußreiche Professoren hatten sich in dieser Angelegenheit direkt an den Minister bzw. an den zuständigen Referenten gewandt. Minderheitenvoten aus anderen Statusgruppen haben demgegenüber in der Regel nur wenig Einfluß auf die Entscheidung. Es gibt allerdings unter den Sonderbedingungen des Umbaus in den neuen Bundesländern auch Hochschulen, wo die Stimme der Studierenden in den Gremien ein deutlich höheres Gewicht hat, als dies heutzutage an westdeutschen Hochschulen üblich ist, und wo dies auch für die Entscheidung der Referenten des Ministers bzw. Senators nicht völlig außer Betracht bleibt, z. B. in Berlin.

Stellungnahmen und Einsprüche der Frauenbeauftragten haben insgesamt einen sehr viel geringeren Stellenwert, als von männlichen Professoren manchmal behauptet wird. Ein Vetorecht haben sie in keinem Bundesland, sie können bestenfalls die Entscheidung verzögern und eine erneute Befassung im zuständigen Gremium verlangen. Es gibt durchaus einzelne Fälle, in denen Ministerien dem Einspruch der Frauenbeauftragten stattgegeben haben (und keineswegs nur dort, wo es eine Ministerin gibt), aber in diesem Fällen hatte es dann häufig auch ablehnende Stellung-

nahmen oder zumindest relativ viele Gegenstimmen im Akademischen Senat geben. Umgekehrt gibt es immer wieder Fälle, in denen eine Frau auf Platz 1 zugunsten eines männlichen Bewerbers übergangen wird (und dies selbst dann, wenn es in diesem Land eine Ministerin gibt). Wenn der Berliner Senator Erhardt angegriffen wird, weil er in letzter Zeit in 4 Fällen Frauen auf der Liste übergangen hat, verteidigt er sich regelmäßig damit, daß er in 10 anderen Fällen eine Frau von Platz 2 (ausnahmsweise sogar von Platz 3) berufen hat; darunter sind relativ viele Fälle an der Humboldt-Universität.

Es gibt auch Fälle, in denen ein Minister völlig unabhängig von der Willensbildung an der Hochschule jemand aus seinem

politischen Freundeskreis auf eine Professur beruft. Solche politischen Skandale sind aber heutzutage in Westdeutschland sehr selten geworden. Häufiger kommt es vor, daß Referenten einem Berufungsvorschlag die Zustimmung verweigern, der innerhalb der Hochschule einmütig verabschiedet worden war, weil aus ihrer Sicht die hochschulrechtlich erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind (z. B. wegen fehlender Habilitation oder wegen ungenügender Berufspraxis bei Fachhochschulprofessuren, oder auch. weil das fachliche Profil nicht der Stellenausschreibung entspreche). In solchen Fällen gelingt es selbst ansonsten sehr einflußreichen Professoren häufig nicht, zu erreichen, daß der Minister bzw. die Ministerin dennoch den Ruf erteilt.

Fazit

Wie aus der Darstellung deutlich wird, handelt es sich bei Berufungsverfahren insgesamt um komplexe Entscheidungsprozesse, in denen neben objektiver Qualifikationsbeurteilung noch viele andere Gesichtspunkte zum Tragen kommen. Aus dem spezifischen Profil des jeweiligen Faches ergeben sich an verschiedenen Hochschulen unterschiedliche Präferenzen für bestimmte Forschungsschwerpunkte und Themenstellungen. Wissenschaftsansätze, die an einer Hochschule bevorzugt oder zumindest toleriert werden, haben an einer anderen keine Chance. Bewerberinnen und Bewerber, welche den Professoren in der Kommission persönlich oder aus der Literatur bekannt sind, haben generell bessere Chancen als Unbekannte (sofern nicht im Gegenteil eine negative

Einschätzung über sie bereits feststeht). Und schließlich können auch ganz direkte Mechanismen persönlicher Protektion - z. B. gegenüber ehemaligen Schülern oder denen von befreundeten Professoren - zum Zuge kommen. Dies kann z. B. der Fall sein, wenn ehemalige Assistenten nach eine zeitweisen Tätigkeit an einer anderen Hochschule an ihre alte Universität zurückberufen werden - möglicherweise bereits lange im voraus geplant. Dies schließt nicht aus. daß diese Person im konkreten Fall tatsächlich besonders gut qualifiziert ist: auf jeden Fall hat sie in einem solchen Kontext einen deutlichen Startvorteil

Wie wenig Berufungsentscheidungen rein objektiv sind, wird daran deutlich, daß bei zeitlich parallelen Berufungsverfahren im gleichen Fachgebiet die Berufungslisten an verschiedenen Hochschulen oft ganz verschieden ausfallen - eine Person, die an einer Hochschule auf Platz 1 steht, ist woanders möglicherweise überhaupt nicht auf die Liste gekommen. Andererseits gibt es Fälle, wo bestimmte Leute anerkanntermaßen als die qualifiziertesten berufungsfähigen Nachwuchskräfte in diesem Bereich angesehen werden, und wo die Berufungslisten dann an mehreren Orten relativ ähnlich (wenn auch fast nie völlig gleich) aussehen.

Trotz aller faktischen Einschränkungen gegenüber einer völlig interessenfreien, rein objektiven Qualifikationskriterien verpflichteten Kandidatenauswahl haben die Verfahrensregelungen der modernen Hochschulgesetzgebung (insbesondere Ausschreibungspflicht und Mitwirkung bzw. begrenzte Mitbestimmung nicht-professoraler Hochschulmitglieder und die damit verbundene zumindest halb-öffentliche Kontrolle des Verfahrens) insgesamt doch die Selbstrekrutierungsmechanismen der alten Ordninarienuniversität in Frage gestellt und wenigstens teilweise durchbrochen. Dadurch, daß inzwischen das Spektrum derjenigen, welche über Berufungsvorschläge entscheiden, in den meisten Hochschulen differenzierter und weniger monolithisch geworden ist, sind auch die Chancen innovativer WissenschaftlerInnen mit neuartigen Wissenschaftsansätzen deutlich gestiegen, denen früher die Tore verschlossen geblieben wären. Wenn allerdings die entscheidenden Professoren in der Kommission sich von vornherein auf einen Kandidaten festgelegt haben, bzw. wenn sie jemand explizit nicht haben wollen, dann werden auch die modernen Verfahrensregelungen dieses genauso wenig verhindern wie die einfacheren Spielregeln von früher.

Die Chancen einer besonderen Gruppe von AußenseiterInnen haben sich auch durch die neuen Verfahrensregelungen nicht sehr verbessert. Wissenschaftlerinnen sind z. B. auch an den sich selbst als "fortschrittlich" verstehenden Hochschulneugründungen der bildungspolitischen Expansionsphase der 60er und 70er Jahre nicht häufiger berufen worden als an konservativen Hochschulen. In den Argumentationsmustern, die üblicherweise nach den Anhörungen oder bereits in der Phase der Vorauswahl gegenüber weiblichen Bewerberinnen verwandt werden, tauchen grundsätzliche alle Dimensionen auf, die auch sonst zur Ablehnung von Bewerbern verwendet werden: falsches fachliches Profil für diese Stelle; nicht breit genug ausgewiesen; zuwenig Publikationen; im Vortrag nicht überzeugend; Qualität der Arbeit ist insgesamt nicht differenziert genug; zu alt und nicht mehr kreativ genug; usw. Ein öfter als bei männlichen Bewerbern zu hörendes Argument besteht darin, die Arbeit von Frau X sei nicht so originell wie die von Herm Y (in diesem Fall wird ihr auch eine längere Publikationsliste überhaupt nichts nützen). Ein weiteres Argument, das nach den Erfahrungen von Frauenbeauftragten eher gegen Frauen vorgebracht wird. liegt auf der Ebene "Führungsqualitäten": Man befürchte, Frau X sei nicht durchsetzungsfähig genug für die mit dieser Stelle verbundenen Aufgaben. Dies wird eher bei C 4- als bei C 3-Stellen vorgebracht und eher in naturwissenschaftlichen Instituten oder medi-

zinischen Kliniken als in geisteswissenschaftlichen Fächern. Vergleichbare Einwände gegenüber einem männlichen Bewerber sind theoretisch denkbar, ich habe es bisher aber noch nie erlebt.

Auch wenn alle subtilen Diskriminierungen von Frauen auf diesen Ebenen ausgeschaltet werden, wäre dennoch nicht mit einer drastischen Erhöhung der Frauenquote unter den Professoren von 5 auf irgend eine Zahl in der Nähe von 50 % zu rechnen. Ein ganz zentrales Hindernis hierfür liegt in den Erfordernissen der westdeutschen Personalstruktur, die eine langjährige "Lehrzeit" mit immer neuen befristeten Verträgen und mehreren Qualifikationsstufen bis zum Abschluß der Habilitation verlangen. Der Frauenanteil an allen Habilitationen liegt in Westdeutschland auch 1991 immer noch bei etwa 10%, und Frauen sind auch heute noch gerade auf den Stellen, wo die günstigsten Arbeitsbedingungen zur Erlangung einer Habilitation bestehen, d. h. auf C 1-Stellen, stark unterrepräsentiert.

Solange das Erfordernis der Habilitation so wichtig genommen wird, wie dies abgesehen von zeitlichen oder fachlichen Sonderbedingungen - im deutschen Hochschulsystem der Fall ist, macht es deshalb durchaus Sinn, als effektiven Beitrag zur Frauenförderung gezielte Sonderprogramme mit Stellen bzw. Stipendien zur Habilitationsföderung ausschließlich für Frauen zu institutionalisieren, wie dies in Westberlin und Nordrhein-Westfalen seit Jahren prakti-

ziert und jetzt auch in Niedersachsen begonnen wird. Auch für ostdeutsche Hochschulen wäre dies künftig wichtiger, als mit Blick auf die hohen Frauenanteile der Vergangenheit zunächst angenommen wurde: Die im Zuge der Berufungszusagen entstandenen Geschlechterverhältnisse bei der Besetzung von C 1-Stellen zeigen deutlich, daß auch ostdeutsche Hochschulen in dieser Hinsicht heute "Westniveau" erreicht haben bzw. sogar noch darunter liegen. (An der Humboldt-Universität gibt es z. B. nur auf 21 % aller neubesetzten C1 -Stellen Frauen.)

Nach meiner Einschätzung wäre es vor dem Hintergrund der zahlreichen Neuberufungen, die im nächsten Jährzehnt insgesamt anstehen, eine der effektivsten Maßnahmen zur Erhöhung der Chancen qualifizierter, kreativer und innovativer Frauen, denen in ihrer bisherigen Karriere keine so günstigen Arbeitsmöglichkeiten, wie sie C 1-Stellen bieten, zur Verfügung standen, wenn möglichst bald auch in Deutschland auf das zwingende Erfordernis der Habilitation verzichtet würde, und in dieser Hinsicht eine Angleichung an die Bedingungen in anderen Ländern erfolgen würde.

Marianne Kriszio, Dipl.-Soz., Dr. rer.pol., war bis 1993 Studiengangsplanerin und wissenschaftliche Mitarbeiterin für Soziologie an der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg. Seit 1993 ist sie hauptamtliche Frauenbeauftragte der Humboldt-Universität zu Berlin

Sonja Brentjes (Leipzig/Princeton)/ Peer Pasternack (Leipzig):

> Berufungsverfahren Ost: Der Spagat zwischen Selbst- und Fremdergänzung¹

In den ostdeutschen Berufungsmodalitäten der Jahre 1990 bis 1994 widerspiegeln sich sowohl allgemeine Aspekte des Funktionierens von Wissenschaft als sozialem System wie auch spezielle Probleme des ost-westdeutschen Wissenschaftsumbaus. Unzufriedenheit mit dem politischen System der DDR und Bestrebungen nach seiner Überwindung artikulierten sich innerhalb der ostdeutschen Wissenschaften u.a. in den Vorwürfen an das DDRspezifische Rekrutierungsverfahren von HochschullehrerInnen und der Forde-

rung nach seiner Abschaffung. Die wesentlichen Kritikpunkte waren zweierlei: Zum einen die politische Einflußnahme der SED auf das Berufungsgeschehen, welche auch die Rolle des Kriteriums der politischen Loyalität begründete; zum anderen die durch die soziale und wirtschaftliche Stagnation in den Rang einer tugendhaften Normalität erhobene akademische Immobilität, die es erlaubte, eine akademische Laufbahn vom Studium bis zur Emeritierung an einer einzigen Hochschule zu absolvieren.

Legendenwechsel

Tiefstes Mißtrauen gegen die sog. Kaderentwicklungspläne, Unmut über die für Qualifikationsarbeiten im Laufe der Jahre immer stärker aufgesplitterten Kriterien und Auflagen, mangelnde Öffentlichkeit der Arbeit von Fakultäten, Senaten und anderen Gremien, die alles durchdringende Einflußnahme der SED sowie negative individuelle und kollektive Erlebnisse mit Aufstiegschancen und AufsteigerInnen - all dies führte nunmehr zu simplifizierenden Polarisierungen unter den ostdeutschen Studentlnnen und WissenschaftlerInnen. Eine zentrale Forderung des Transformations-

prozesses lautete folglich: Weg mit den Altlasten.

Legitimiert wurde diese Forderung nicht nur mit dem Verweis auf Fehlverhalten unterschiedlichster Art. Eine bedeutende Rolle spielte auch die generalisierende Aussage, alle oder doch die meisten HochschullehrerInnen hätten ihre Positionen nur oder vorrangig aufgrund politischer Kriterien, deren Befolgung durch die eigene Person und ihre repressive Übertragung auf andere Personen erlangt. Fachliche Kriterien und Standards seien dagegen von zweitrangiger Be-

deutung gewesen. Personen, die den politischen Kriterien nicht oder in unzureichendem Maße genügt oder Genüge getan hätten, seien demgegenüber benachteiligt und aus den Aufstiegsmöglichkeiten ausgegrenzt worden.

Als Elemente des vielmaschigen Benachteiligungsnetzes wurden dabei insbesondere benannt: die mangelnden Reisemöglichkeiten, vorrangig in westliche Länder; die schlechte Ausstattung mit internationaler Literatur; die diversen Restriktionen in bezug auf Publikationen im Ausland; der unterschiedliche Zugriff auf materielle, finanzielle und personelle Ressourcen; schließlich die politischen und formalen Barrieren, welche die Einflußmöglichkeiten der Einzelnen auf Entscheidungen und ihren Zugang zu Leitungspositionen auf allen Ebenen behinderten oder zumindest erschwerten.

Zur Unterstützung dieser tendenziell vereinfachten Beschreibung des DDR-Systems zur Rekrutierung von HochschullehrerInnen wurde einerseits die Hochschullehrerberufungsordnung von 19682 mit ihrer klaren Überordnung politischer Kriterien über fachliche Kriterien zur durchgehenden Berufungs- und Handlungspraxis der DDR verklärt. Andererseits wurden das Nichtaufsteigen in die Riege der HochschuliehrerInnen bzw. ihrer höchsten Positionen (ordentliche Professorlnnen) ebenso wie die relative oder absolute Kürze von Publikationslisten als Folgen der Repression benannt und nicht selten - ohne darüber hinaus gehenden Beleg - als gleichzeitiger Nachweis von Widerstand gegen das DDR-System idealisiert.

Ein weiteres Moment dieser nach-89er Fixierung des Bildes über die Berufungspraxis in der DDR bestand in einer doppelten Vernachlässigung: zum einen der Differenzen zwischen den verschiedenen Fächergruppen und unter deren jeweiligen Einzelwissenschaften, zum anderen ihrer Gemeinsamkeiten bezüglich der Einbindung in das zentral gesteuerte Wissenschaftssystem. Dies kulminierte in der durchaus einseitigen und vereinfachten Schuldzuweisung an die damaligen Gesellschaftswissenschaften für den repressiven, politisch dominierten und fachwissenschaftlich zunehmend in Mittelmäßigkeit versinkenden Charakter von Wissenschaft in der DDR. In der Folgezeit erst erfuhr dieses Bild teilweise Korrektur, als sich "der erstaunlich hohe Prozentsatz von notwendigen Rehabilitierungsverfahren" in den naturwissenschaftlich-medizinischen Hochschulbereichen offenbarte.3

Diese Trends zur Ablösung der alten DDR-Legende über ihr auf Chancengleichheit angelegtes, nach wissenschaftlichem Weltniveau strebendes, wissenschaftlich planbares und geplantes sowie zur Herausbildung einer neuen, der sozialistischen Intelligenz führendes Wissenschaftssystem erlaubten die Etablierung einer neuen Legende: Deren Kernthesen sind in der obigen Beschreibung zumindest umrissen, wenn auch nicht erschöpfend erfaßt.

Die Übergangsphase von der DDR der SED zur vergesamtstaatlichten Bundesrepublik war zu kurz, um die Auseinandersetzungen mit der DDR-Legende auf all ihre Aspekte auszudehnen, geschweige denn zu einem halbwegs akzeptierbaren Ergebnis zu führen. Implizite Differenzierungen freilich waren auch damals zu beobachten. Die Rigorosität der Forderung Weg mit den Altlasten variierte durchaus, doch manche Differenzierung wurzelte zuvörderst in individuellen und kollektiven Interessenbindungen. Letztere offenbarten sich etwa, als die Initiativgruppe zur demokratischen Erneuerung der Leipziger Universität am 6. August 1990 in einer Erklärung formulierte: "Im Interesse einer konsequen-

ten Erneuerung der Universität im politisch stark belasteten sozialwissenschaftlichen Bereich empfehlen wir, daß alle Hochschullehrer ab 58 Jahren in den Vorruhestand versetzt werden."⁴ In solchen durch schlichte Eingängigkeit ausgezeichneten Forderungen offenbarte sich zudem eine nachwirkende Prägung durch die marxistisch-leninistische Propaganda in der DDR: Für vermeintlich offenkundig einfache Probleme gebe es immer auch ganz einfache Problemlösungen. Der Soziologe würde es eine unterkomplexe Sichtweise nennen.

1990: Erste Veränderungen im Berufungsgeschehen

Praktische Schritte zur Veränderung der Berufungsprozeduren begannen parallel zu den ersten öffentlichen Diskussionen bzw. z.T. bereits vor ihnen. Sie widerspiegelten den Legitimationszusammenbruch der Institutionen des DDR-Wissenschaftssystems nicht nur bei seinen früheren offenen Kritikern, sondern auch unter den SED-Mitgliedern an den Hochschulen. In variierender Geschwindigkeit wurde die Einflußnahme der SED auf Berufungsverfahren entweder durch die Entscheidung ihrer führenden VertreterInnen auf Universitätsebene oder durch äußeren Druck beendet. Direkte und indirekte politische Kriterien für die Zulassung zu Graduierungen und als Voraussetzung für Berufungen wurden abgeschafft oder fielen ohne expressis verbis gefaßte Beschlüsse durch stillschweigenden Konsens weg.

Die Vorbereitung der anstehenden Berufungen von Dozentlnnen und Professorlnnen im Jahre 1990 wurde gestoppt und bereits eingereichte Unterlagen erneut überprüft. Das Modell dafür hatte Bildungsminister Hans Joachim Meyer in seiner Rede zur Investitur des neugewählten Rektors der Humboldt-Universität, Heinrich Fink, vorgestellt:

"Wie Sie wissen, hat das nur zu berechtigte Mißtrauen gegenüber der bisherigen Kaderpolitik zu der Forderung geführt, Berufungen in diesem Jahr überhaupt auszusetzen. Ich halte eine solche Forderung für verständlich, aber nicht für sinnvoll. Eine solche Maßnahme würde die Universität lähmen und würde... auch solche treffen, denen jetzt Gerechtigkeit widerfahren sollte... Ich werde die... Hochschulen bitten, die zur Berufung... vorgeschlagenen Frauen und Männer öffentlich bekannt zu geben. Wenn von Angehörigen der wissenschaftlichen Einrichtungen... Einwände gegen die Berufungsvorschläge vorgebracht werden, weil diese nicht durch Leistungen in Lehre und Forschung gerechtfertigt seien, dann werde ich Gegengutachten einholen. Und wenn Bürger dieses Landes Einspruch erheben,

weil sich der Kandidat an den Rechten und der Würde seiner Mitmenschen vergangen hat, dann werden solche Vorwürfe mit rechtsstaatlichen Mitteln geprüft."⁵

Dieses Verfahren führte zur Aussonderung eines Teils der vorgeschlagenen KandidatInnen. Es kam zu verschiedenen, z.T. recht hilflosen Versuchen, eine hochschulöffentliche Legitimierung für die vorliegenden Vorschläge zu erlangen. Die Reaktionen fielen in den einzelnen Disziplinen differenziert und im großen und ganzen wohl eher zurückhaltend aus.

Die Modrow-wie die de Malzière-Regierung beschlossen Umstrukturierungen bis hin zu Auflösungen von Einrichtungen innerhalb der Universitäten, Hochschulen und Akademien oder bereiteten sie zumindest vor. Eine Folge dieser Beschlüsse waren Abberufungen bzw. in einigen Fällen auch Umberufungen oder Umwidmungen. Die dafür erforderlichen rechtlichen Grundlagen wurden zumeist erst nachgereicht. Die Leitungen der wissenschaftlichen Institutionen verhielten sich unterschiedlich kooperativ, wobei die Dissenzpunkte augenscheinlich wohl eher verschwiegen als ausgesprochen wurden.

Der vorerst deutlichste Einschnitt in dieser Hinsicht bestand in dem Regierungsbeschluß zur "Abberufung von Hochschullehrern aufgehobener Berufungsgebiete", der sich auf die vormaligen Struktureinheiten Marxismus-Leninismus bezog, vom 23. Mai 1990. Er wurde durch ein Schreiben von Bildungsminister Meyer an die Hochschulleitungen vom 7. Juni 1990 in eine kla-rer normierte Form gebracht.⁶ Die Hochschulen schienen über den Regierungsbeschluß nicht unfroh zu sein. Seine Handhabung erfolgte unterschiedlich. Die in Aussicht gestellte Möglichkeit, beim Minister für Einzelfälle Umberufungen beantragen zu können, führte etwa in Rostock und Berlin zu entsprechenden (und dann bestätigten) Vorschlägen. Die Leipziger Universitätsleitung dagegen manövrierte ihren Akademischen Senat aus und protegierte die unterschiedslose Abberufung aller HochschullehrerInnen der betroffenen Bereiche.⁷

Der nachschleppende Prozeß der Fixierung gesetzlicher Grundlagen für den Umbau des DDR-Wissenschaftssystems durch die Regierung erregte zunehmend Spannungen zwischen den Universitäten und Hochschulen einerseits und dem letzten DDR-Bildungsminister andererseits. Diese lösten oszillierend verlaufende Entscheidungsprozesse aus, die von stürmischen Debatten begleitet wurden. Der Stil dieser Debatten erhellte die schweren Defizite der in der DDR erworbenen Fähigkeiten zu öffentlichen Auseinandersetzungen auch unter AkademikerInnen, zu deren beruflichem Profil immerhin bestimmte Formen öffentlichen Wirkens gehören.

Die letzte Maßnahme einer DDR-Regierung, Veränderungen im Bereich der Berufungspolitik durchzuführen, bestand in der hektischen Ausarbeitung der Hochschulverordnung der DDR³, ihrer überstürzten Kritik durch die Universitäten und Hochschulen während der Semesterpause im Sommer 1990 und ihrer infolge der politischen Ereignisse bis Ende September/Anfang Ok-tober 1990 bemerkenswert unvollkommenen, sie

quasi als überflüssige Nebensächlichkeit behandelnden Annahme durch die Volkskammer.

Die komplizierten, widersprüchlichen Veränderungen der Berufungspolitik des Auslaufmodells DDR wurden durch westdeutsche Medien und Politiker begleitet, beeinflußt und auch strukturiert.9 Infolge mangelhaften Wissens über das Alltagsleben im DDR-Wissenschaftssystem, über dessen strukturelle Details. Kompetenzen und Interna, geprägt von politisch determinierten Bildern und orientiert an politischen, wirtschaftlichen und sozialen Nahzielen, gab diese Einflußnahme dem Legendenwechsel Auftrieb und Unterstützung: Die Tendenzen zur Ab-lösung der DDR-Legende von den in hellen Farben gemalten Vorzügen des DDR-Wissenschaftssystems wurden überlagert durch eine neue Legende in Form einer hart konturierten Strichzeichnung seiner repressiven und kontraproduktiven Züge.

Mit dem westdeutschen Modell eines Wissenschaftssystems wurde auch das westdeutsche Berufungsverfahren offeriert. Diese Offerte fand sich in Ostdeutschland mehrheitlich begrüßt. Begründet war dies durch bereits erhobene Forderungen nach einer Wiederbelebung traditioneller deutscher Wissenschaftsstrukturen (Fächerkanon, institutionelle Gliederung und Grenzziehung, Graduierungs- und Prüfungstypen, nachvollziehbare Berufungsverfahren, Stellung der Ordinarien, Befristung der Stellen für sog. Nachwuchswissenschaftlerinnen), der durchgehenden Einführung internationaler Standards und dem Ausschluß von Politik aus der Wissenschaft und ihren Institutionen. Das westdeutsche Berufungsverfahren schien diesen Forderungen zu entsprechen oder zumindest sehr nahe zu kommen.

Anfänglich fand sich letztgenannte Forderung - der möglichst weitgehende Ausschluß politischer Einflußnahme auf innerwissenschaftliche Angelegenheiten - auch noch zugespitzt durch anhaltende Wirkungen der 1989er "basisdemokratischen Selbstenthusiasmierung"10. So formulierte etwa der Ber-liner Anglistik-Professor und spätere DDR-Bildungsminister Hans Joachim Meyer in einem Vorschlag für "Grundsätze für ein Universitätsstatut" der Humboldt-Universität Anfang 1990 (damit zu-gleich einen alten Streit der deutschen Universitätsgeschichte aufnehmend):

"Die Berufung von Professoren... sollte... durch die jeweilige Universität und durch den Rektor erfolgen... Der Bildungsminister sollte nur ein gesetzlich klar definiertes politisches Vetorecht auf der Grundlage der Verfassung haben, das wiederum einer parlamentarischen Kontrolle unterliegen müßte."¹¹

Auch an der Leipziger Universität wollte die Senatskommission "Autonomie/Demokratie" in ihrem im März 1990 vorgelegten Abschlußpapier den Minister in die Rolle eines lediglich Gegenzeichnenden gesetzt sehen. Es hieß dort seinerzeit:

"... schlägt die Fakultät bis zu drei Kandidaten mit einer entsprechenden Reihenfolge vor. Die Entscheidung über die Berufung liegt bei der Universität, bei einer Abweichung von der Rangfolge ist eine Rücksprache mit der Fakultät notwendig. Der Minister (als Berufungsinstanz) müßte den von Fakultät und Universität favorisierten Kandidaten bestätigen."12

Die Unterschiede zwischen dem westdeutschen Angebot, der klassischen deutschen Universitätstradition und den beschworenen internationalen Standards wurden in den Debatten zum Berufungsverfahren weitgehend ignoriert oder als vernachlässigbar empfunden. Hinzu traten die Unkenntnis disziplinärer Forschungsergebnisse über Wissenschaft als soziales System in der Psychologie, Soziologie, Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftsphilosophie bei nahezu allen ostdeutschen WissenschaftlerInnen, mangelnde Einblikke in die westdeutsche Berufungspraxis und ihre Auswirkungen, schließlich ein verbreitetes Desinteresse an den westdeutschen Auseinandersetzungen um

die Krisenhaftigkeit des dortigen Wissenschaftssystems. Diese Defizite lagen der naiv anmutenden Begeisterung der ersten Stunde bei einer Vielzahl ostdeutscher WissenschaftlerInnen über die mögliche Einführung des angebotenen Berufungsverfahrens zugrunde.

Zusammen mit den Auswirkungen der neuen Legendenbildung über das DDR-Wissenschaftssystem erleichterten sie die Verbreitung von Gefühlen der Unterlegenheit und - zumindest partiellen - Inkompetenz bei ostdeutschen WissenschaftlerInnen gerade in den Bereichen der Leitung, Steuerung und Verwaltung von Wissenschaft: Deren Ausmaß und Intensität sind allein mit dem Verweis auf faktische Inkompetenz nicht erklärbar.

Modifikationen des westdeutschen Modells für die Übergangszeit

Aus der Überlagerung dieser verschiedenen Prozesse und der zunehmenden sozialen Unsicherheit im ostdeutschen Wissenschaftssektor erklärt sich die bereitwillige bis zähneknirschende Akzeptanz von Abwandlungen des offerierten Modells für eine Übergangszeit durch die meisten ostdeutsche WissenschaftlerInnen. Diese Modifikationen waren durchaus zahlreich.

Sie bestanden zunächst in der personellen und sachlichen Dominanz westdeutscher TeilnehmerInnen sowohl als NachfragerInnen wie auch als AnbieterInnen in den Berufungsverfahren. Dies wurde besonders augenfällig durch den (nahezu) ausschließlichen Einsatz von westdeutschen Gründungsdekanen in den zum 2.1.1991 abgewickelten Hochschulbereichen.

Die Modifikationen des Vorbildmodells kamen im expliziten Einfluß politischer Kriterien auf den Auswahlprozeß von BerufungskandidatInnen und dem Fortwirken politischer Einflußnahme auf diesen Prozeß auch nach der offiziellen Beendigung der politischen Überprüfung der ostdeutschen Wissenschaftlerinnen zum Ausdruck. War in den meisten ostdeutschen Bundesländern die politische und fachliche Überprüfung des vorhandenen Personals verfahrensseitig strikt getrennt worden - insbesondere indem jeweils verschiedene Kommissionen damit befaßt waren -, so kam es inhaltlich zu zahlreichen Überschneidungen. Deutlichsten Ausdruck fand dies in einem sächsischen Vorgang, der 1992 unter dem Titel "Schwarze Listen" überregionales Aufsehen erregt hatte.

Der freistaatliche Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer hatte "eine Liste aller Personen, für die ich mangels persönlicher Eignung ein Kündigungsverfahren eingeleitet habe"13, erstellen und an die sächsischen Rektoren verschicken lassen. Auf dieser Liste fanden sich nicht nur sämtliche Personen verzeichnet, denen bereits rechtskräftig aufgrund von Personalkommissionsempfehlungen gekündigt worden war, sondern auch alle diejenigen, bei denen noch Arbeitsgerichtsprozesse liefen, dazu solche, die bislang keine Kündigung erhalten hatten (aber wohl eine erhalten sollten), und schließlich einige, die "mangels Bedarf" entlassen worden waren.14 "In allen Fällen ist eine Wiedereinstellung an einer sächsischen Hochschule grundsätzlich ausgeschlossen", lautete die Begründung für die Versendung der Listen.

Mit anderen Worten: Die diversen Einstellungs-, Überleitungs- und Berufungskommissionen sollten seitens der Hochschulleitungen auf diesen Sachverhalt aufmerksam gemacht werden, um entsprechende Bewerberlnnen von vornherein auszusondern. So geschah es auch, wie etwa für die Leipziger Universität bekannt geworden ist. 15 Hierfand mithin eine Vermischung von fach-licher und Integritätsüberprüfung statt. 16

Im Ansatz des entwickelten und kodifizierten Personalüberprüfungsmodells hingegen war etwas anderes vorgese-

hen gewesen: Nicht die Berufungskommission, sondern der Minister/die Ministerin sollte diejenige Stelle sein, die einen Zusammenhang zwischen - voneinander unabhängig zustande gekommenem - Ergebnis der politischen Überprüfung und Berufungsvorschlag herstellt. Erst hier, und nicht bereits im Kandidatenauswahlverfahren, sollte die Zusammenschau beider Ergebnisse stattfinden und darauf gründend ein Ruf ergehen oder nicht ergehen.

Eine Facette des Zusammenhangs von politischer Überprüfung und Berufungskandidatenauswahl bereits im Verfahren an der Hochschule ergab sich aus der Bindung beteiligter Personen an Eigeninteressen. Solches ist etwa von der Martin-Luther-Universität in Halle/S. überliefert, wo ein größerer Teil der künftigen ProfessorInnen über die Anhörungen in den Personalkommissionen bestimmt wurde. Dabei waren beachtenswerte Auffälligkeiten zu beobachten:

"Die Psychosomatikerin Erdmuthe Finkentscher überprüfte den Psychiater Helmut Späte mit negativem Ergebnis; kurz darauf wurde sie seine kommissarische Nachfolgerin als Direktor der Klinik für Psychaitrie und Neurologie. Der Physiologe Gerhard Szymanski überprüfte seinen Kollegen Leo Zett mit gleichfalls negativem Ergebnis: er wurde Zetts Nachfolger als kommissarischer Direktor des Instituts für Physiologie. Professor Volker Gall überprüfte Professor Peter Löbe mit negativem Ergebnis und wurde dessen Nachfolger als kommissarischer Direktor der Hals-Nasen-Ohren-Klinik... Michael Weiss schließlich überprüfte Professor Hans-Jürgen Mest. Mest wurde gekündigt, Weiss dessen Nachfolger als kommissarischer Direktor am Insitut für Pharmakologie."¹⁷

Modifikationen des westdeutschen Berufungsverfahren für eine Übergangszeit in Ostdeutschland bestanden außerdem in der zeitweisen Aussetzung eines Teils seiner offiziell sanktionierten Regeln durch die ostdeutschen Bundesländer. Anlaß dessen war vorrangig ein Bestreben: Im Unterschied zur Abwicklung eines Großteils der gesellschaftswissenschaftlichen Bereiche sollte nicht die gesamte ProfessorInnenschaft der anderen Disziplinen flächendeckender Chancenlosigkeit an-heim fallen. Den meisten Beteiligten war gegenwärtig, daß auf dem freien Berufungsmarkt nur eine geringe Anzahl ostdeutscher BewerberInnen Chancen haben würde: Zumindest in einer akademischen Landschaft, die durch Personen dominiert ist, denen sich die Vergleichbarkeit eines Forschungsaufenthaltes Kernforschungszentrum Dubna mit einem Jahr MIT oder CERN nicht spontan erschließt.

So regelte etwa des Hochschulerneuerungsgesetz in Sachsen-Anhalt die Bildung außerordentlicher Berufungskommissionen, welche für bis zu einem Viertel der zu besetzenden Professorenstellen Vorschläge aus dem Pool der vorhandenen WissenschaftlerInnen unterbreiten konnten. (§ 65 Abs. 3 HEG LSA) In Mecklenburg-Vorpommern wurde mit der "Überleitung" ein "berufungsähnliches Verfahren, in dem die fachliche Qualifikation des Antragstellers bewertet wird", inauguriert. (§ 3 HEG Meckl-Vorp.)

In Sachsen hatte sich zunächst der Minister das Recht gesichert, aus "für die Erneuerung des Hochschulwesens bedeutsamen Gründen... in verkürzten Berufungsverfahren" Hochschulangehörige berufen zu können. (§ 48 Abs. 2 SHEG) Hierbei spielten, mit anderen Worten, fachliche Berufungsgründe eine untergeordnete Rolle gegenüber hochschulpolitischen. Später setzte sich die christdemokratische Mehrheitsfraktion im Landtag mit ihrem Begehren durch, alle (noch nicht im verkürzten Verfahren besetzten) Professuren neu auszuschreiben. (§ 11 Abs. 3 SächsH-StrG) Dabei galt im realen Vollzug ein sog. Sachsen-Bonus, der freilich nirgends geregelt war. Er stellte eine informelle Absprache zwischen Minister und Hochschulleitungen dar, im Geltungszeitraum des Hochschulerneuerungsgesetzes Hausberufungen keine Steine in den Weg zu legen. 18 Ansprüche darauf waren allerdings höchstens im Individualfall begründbar. In anderen Fällen wurde die Existenz eines derartigen Bonus für Berufungen ausdrücklich dementiert und als lediglich für Mitarbeiterinnenstellen gültig bezeichnet.

Auch in Thüringen, Brandenburg und Ost-Berlin galten vergleichbare Regelungen.

Schließlich bestanden Modifizierungen des westdeutschen Berufungsverfahrens in einer Hierarchisierung der Verwertungsbedingungen bei gleichen Stellenarten in Abhängigkeit vom Geburtsort und Alter der neuen StelleninhaberInnen. Sozial relevante Implikationen, deren Alltagsdimensionen im Osten der Republik nur unzureichend bekannt waren, überraschten in ihren praktischen

Auswirkungen nicht nur neuberufene ostdeutsche ProfessorInnen, sondern auch AusländerInnen und gelegentlich westdeutsche KollegInnen. Die generelle deutsch-deutsche Entlohnungsdichotomie - im Wissenschaftsbereich höchstens politisch, nicht aber mit Produktivitätskennziffern legitmierbarstellte AusländerInnen auf eine Stufe mit Osteutschen. Dadurch erhielt der Slogan von den internationalen Standards eine heimelig lokalpatriotische Note.

Das Traumziel der Verbeamtung - wegen seiner sozialen Sicherheiten, aber auch wegen seines Staatsdienerprestiges für viele ostdeutsche Bewerberlnnen um Professuren von durchaus magnetischer Anziehungskraft - erwies sich bei näherem Hinsehen als altersdiskriminierend. Betroffene sprechen verärgert von sich als "Professoren dritter Klasse". Der ordentliche Professorenbeamte ist für die ostdeutsche Ministerialbürokratie jedoch nicht nur vorzugsweise jünger als sie selbst, sondern auch möglichst männlichen Geschlechts und von eindrucksvoller Gesundheit, letzteres populär begründet mit der Vermeidung "unnötiger" Be-lastung der öffentlichen Haushalte.

Parallel zu den bisher beschriebenen Modifikationen kam es auch zur Aussetzung eines Teils der sachlich vorgeschriebenen Kriterien für den Auswahlprozeß auf Seiten westdeutscher Mitglieder von Berufungskommissionen in Ostdeutschland. Der Mangel z.B. an hinreichend qualifizierten westdeutschen Juristlnnen entblößte die Berufungsverfahren in dieser Disziplin nicht selten von fast jeder Möglichkeit, irgendwelche Leistungskriterien anzuwenden, um Vorschläge

für die Berufungen zu unterbreiten. Vielmehr erhielt in der Tendenz entweder beinahe jede/r Bewerberln um eine Stelle an einer ostdeutschen Jurafakultät einen Listenplatz, oder aber Listenplätze blieben gegen ministerielle Wünsche bzw. Auflagen aus Mangel an als doch noch geeignet angesehenen Kandidatinnen frei. Zweierlisten mit Rückrufvorbehalt secundo loco betreffend waren von einer realsatirischen Komponente nicht freier - Ausdruck dieser Situation.

Öffentlich belegt fand sich diese Bewerbersituation unbeabsichtigt durch die Reaktion eines Leipziger Lehrstuhlinhabers auf die Behauptung, die Berufung an eine ostdeutsche Juristenfakultät sei "die Folge einer weitgehend konkurrenzfreien Bewerbung". 19 Er entgegnete: "... vielleicht ist es ja auch mehr an der nicht konkurrenzlosen - Universität Leipzig, dankbar zu sein"20 - nämlich dafür, daß er überhaupt gekommen, mithin der Stuhl nicht gelehrtenfrei geblieben ist.

In diesem Zusammenhang muß auch eine weitverbreitete Mißperzeption Erwähnung finden. Gemeinhin galt und gilt eines unter ostdeutschen Wissenschaftlerinnen als ausgemacht: Im west-deutschen Hochschulsystem sei ieder Professor ein Vertreter der Leistungsspitze seines jeweiligen Faches und habe überhaupt nur so auf die begehrte Stelle kommen können. Dem steht ent-gegen, daß es zwar 22.200 Professuren allein an westdeutschen Universitäten gibt21, jedoch keineswegs in allen Fächern eine entsprechend breite Leistungsspitze. So gehört es also zu den Normalitäten des bundesdeutschen Wissenschaftssystems, daß die ProfessorInnenschaft aus einem breitem Sockel von Durchschnittsbegabungen sowie einer kleineren Leistungsspitze von Koryphäen besteht (und einige Be-rufungsflops finden sich selbstredend auch). Insofern können wir eine Ähnlichkeit zu den DDR-Verhältnissen feststellen.

Aus der ostdeutschen Mißperzeption resultierte freilich ein gewichtiges Argument in den Berufungsverfahren der vergangenen vier Jahre. War anfangs allerorten noch die Rede von "internationalen Standards", die die ostdeutsche Wissenschaft und also ihre VertreterInnen künftig durchgehend auszeichnen sollten, so wurde daraus sehr bald die "internationale Anerkennung" der einzelnen WissenschaftlerInnenleistungen. Inflationär fanden sich plötzlich vorgeschlagene BerufungskandidatInnen durch die Aussage erhöht, ihre jeweiligen Arbeiten hätten "internationale Anerkennung" gefunden. Was darunter konkret verstanden werden konnte oder sollte, blieb unbestimmt. Es fand sich derart jedoch ein prekärer Maßstab eingeführt, von dem angenommen wurde, er sei üblicherweise Voraussetzung für eine Berufung nach westdeutschen Kriterien.

Die Folgen waren ambivalent. Einerseits erleichterte das unzureichend bestimmte Qualitätssiegel "internationale Anerkennung", KandidatInnen erfolgreich durch Fakultätsräte, Senate und Ministerentscheidungen zu protegieren. Andererseits führte es dazu, daß vielfach ostdeutsche BewerberInnen Überdurchschnittliches vorzuweisen haben mußten, um in die engere Auswahl zu gelangen, wo auswärtige BewerberInnen mit durch-

schnittlichen Leistungsnachweisen bestehen konnten.

Was die groben politischen Raster ostdeutscher Wissenschaftspolitik be-traf,
kann wohl als Tendenzbeschreibung
gesagt werden: Westdeutsche Mitglieder in Berufungskommissionen neigten
eher dazu, sie zu ignorieren oder als
nicht in die Zuständigkeit von Berufungskommissionen fallend abzulehnen.

Dagegen führten sie häufiger die subti-Ien westdeutschen Regeln zur Sicherstellung der Wahl von KandidatInnen ein, die im disziplinären oder personellen Kontext der jeweiligen Berufungskommission als genehm oder wenigstens noch akzeptabel gelten konnten. Dazu gehörten etwa: die Einführung zusätzlicher Kriterien, um den fachlichsozialen Erfolg von BewerberInnen zu messen; die unauffällige Steuerung der Reihenfolge und der Art der Begutachtung der eingereichten Unterlagen, um möglichst erfolgreich die persönlich bevorzugte Kandidatln auf den ersten Platz zu manövrieren; die vehemente, Einwänden anderer Mitglieder der Kommission weitgehend verschlossen bleibende Verschönerung des/der eigenen Wunschkandidatln; oder die differenzierende Behandlung von Mitgliedern einer Kommission und ihrer Beiträge in Abhängigkeit von ihrem sozialen Status und Geschlecht durch Professorinnen. Letzteres wurde durch eine differenzierende Behandlung von west- und ostdeutschen Mitgliedern der-selben Statusgruppe weiter verfeinert.

Zu beobachten war gleichzeitig auch eine gewisse Neigung bei anderen westdeutschen Kommissionsmitgliedern, ostdeutschen BewerberInnen wenigstens formal, gelegentlich auch real Chancen auf einen Listenplatz einzuräumen. Diese Neigung trat dann in einer Akzeptanz der unvermeidbar feststellbaren biographischen Unterschiede zwischen ost- und westdeutschen Laufbahnen, verbunden mit einer Gleichbewertung formaler Kriterien wie Auslandsaufenthalte oder Publikationsorte von Arbeiten zutage. Sie äußerte sich in solchen Fällen in geringeren Erwartungen

an ostdeutsche Bewerberinnen und folglich tendenziell zurückhaltenderen Bewertungen. In diesen Zusammenhang
ist auch der oben beschriebene OstBonus einzuordnen. Am stärksten ausgeprägt waren derartige Neigungen in
Kommissionen zur Auswahl nicht-professoraler MitarbeiterInnen in abgewikkelten Bereichen. In analogen Kommissionen der nichtabgewickelten Bereiche
wirkten in der Regel keine westdeutschen Mitglieder mit.

Zwischenzeitliche Ernüchterung

Nachdem zunächst freudige Akzeptanz, verbunden mit einem Hang zur Mystifizierung des westdeutschen Modells unter ostdeutschen WissenschaftlerInnen vorherrschten, hat sich inzwischen Ernüchterung eingestellt. Erfahrungen mit beabsichtigten und nichtintendierten Folgen der Anwendung dieses Modells auf ostdeutsche Verhältnisse des Wandels schufen Distanz ebenso, wie sie Ressentiments erzeugten.

Man beobachtete das bewußte sowie unbewußte Wirken westdeutscher Seilschaften innerhalb und außerhalb einzelner Fächer. Ein Leipziger Fall - hier als Beispiel für die fachinterne Wirkung von connections - wurde öffentlich benannt und ist unwidersprochen gelieben: Die als Nachfolgeeinrichtung der Journalistik gegründeten Kommunika-tionsund Medienwissenschaftenzeichnen sich dadurch aus, daß keine/r der von auswärts gekommenen Lehrstuhlinhaberinnen frei ist von persönlichen Beziehungen zum Gründungsdekan, zugleich aber nicht jede Besetzung als fachlich vorsichtig formuliert - optimal bezeichnet werden kann.22

Ein Beispiel für fachextern wirkende Einflüsse war die Besetzungsgeschichte der Gründungsprofessur für Politikwissenschaft an der Leipziger Universität. Hier war zunächst nicht dem Erstplazierten, sondern dem auf Platz Zwei Stehenden der Ruf erteilt worden: "Es gibt keinen Zweifel", resümierte der ansonsten eher bedächtig formulierende Gründungsdekan, daß bei dieser Entscheidung "nicht fachliche, sondern außerfachliche Gesichtspunkte, die po-litische Neigung der Vorgeschlagenen, die entscheidende Rolle spielten."²³

Man erlebte solch nicht nachvollziehbare oder unerwünschte Entscheidungen der (wissenschafts-)politischen Ad-ministration, wurde mit verschiedenen Formen informeller Einflußnahme auf die laufenden Auswahlprozesse konfrontiert, erfuhr die Bürde und Verletzlichkeit der nicht-öffentlichen Verfahrensteile, die dennoch fetischisiert wur-den. Man ärgerte sich sowohl über Ver-drängungen ostdeutscher durch westdeutsche StelleninhaberInnnen als auch über westdeutsche Gepflogenheiten, Listenplätze und noch mehr Berufungen als Druckmittel im Schacher um höhere Gehälter, bessere Ausstattungen oder günstigere sonstige Konditionen systematisch und gezielt einzusetzen. Letzteres ist unlängst eindrücklich beschrieben worden:

"(Es) bedarf schon eines besondern psychologischen Kraftaktes und eines Übermaßes an heiterer Gelassenheit, z.B. den vielseitigen Briefeines Westbewerbers' bis zu Ende zu lesen, der in den schwärzesten Farben den drohenden Weltuntergang - jedenfalls für dieses Fachgebiet - ankündigte, falls die C3 nicht in eine C4-Stelle umgewandelt wird. Man sieht förmlich, wie fassungslos der Briefschreiber ob der Borniertheit dieses Ministers ist, der derartig kleinlich mit Assistentenstellen, Institutsbibliotheken, neuen Geräten und anderen Notwendigkeiten zurückhält. Wenn man die Anstrengungen sieht, die in Berufungsverhandlungen unternommen werden, der mangelnden Einsicht von Ministerien in die finanziellen Bedürfnisse von Professoren abzuhelfen, braucht einem um den pädagogischen Eros der Hochschullehrerschaft nicht bange zu sein.

Dankenswerterweise hatte es der Hochschulverband unternommen, durch ein detailliertes Schriftstück den ins Ossiland zu Berufungsverhandlungen Aufbrechenden den nötigen Begleitschutz mitzugeben, falls die aus Mittelbauern frischgebackenen Ministerialen irgendeine rechtens zustehende Zulage (und deren gibt es viele) vergessen sollten. Das Abarbeiten der Seiten des Schriftstücks durch die zu Berufenden gab den Verhandlungen eine wiederkehrende Struktur. Für uns Greenhorns wurde

dadurch der Gang der Dinge vorhersehbar."24

Man lernte die offiziellen Regeln und Kriterien des Modells ebenso wie seine informellen Ausgestaltungen und Verbiegungen zu bewerten und die eigenen Standorte schärfer zu bestimmen. Dabei fällt - ungeachtet aller distanziertabwägenden Rhethorik, die teilweise von ost-west-deutschen Ressentiments durchsetzt ist - mehrerlei auf: Ostdeutsche ProfessorInnnen und Mittelbauerinnen beurteilen häufig ostdeutsche Bewerberinnen auf der Grundlage der neuen Legende über das DDR-Wissenschaftssystem nach wie vor primär politisch und bevorzugen westdeutsche Bewerberinnen in ihren Auswahlentscheidungen. Mit der Auflage, Frauen im Auswahlverfahren gleichberechtigt zu behandeln, gehen sie eher hilflos um. Und selbst bei deutlicher Distanz hinsichtlich der Anwendbarkeit quantitativer Maßstäbe für Forschungsleistungen hängen sie dem positivistischen Ideal an, Berufungsverfahren würden durchgeführt, um die fachlich Besten aus einem Angebot zu küren.

Betrachtet man aus der Perspektive von an diesem Prozeß teilhabenden Beobachtenden die bisherigen Ergebnisse, so läßt sich erstens feststellen:

In den abgewickelten Bereichen arbeiten kaum noch ostdeutsche WissenschaftlerInnen, unabhängig von der Stellenart. Es gibt Bestrebungen seitens der neuberufenen westdeutschen ProfessorInnen, die wenigen verbliebenen ostdeutschen WissenschaftlerInnen bei sich nächstbietender Gelegenheit durch eigenen Nachwuchs aus den ehemaligen Heimatuniversitäten zu ersetzen.

In den nichtabgewickelten geistes- und sozialwissenschaftlichen Disziplinen hat ein Verdrängungssyndrom bei ostdeutschen ProfessorInnen der Schnellberufungsphase gegenüber anderen ostdeutschen StelleninhaberInnen vor allem im Bereich der C3- und C4-Stellen in der Tendenz bewirkt, daß neben ersteren fast ausschließlich westdeutsche BewerberInnen die neuen Stellen einnehmen.

In den mathematisch-naturwissenschaftlichen Disziplinen sind dagegen wenig bis mitunter keine westdeutschen BewerberInnen berufen worden. Von den berufenen westdeutschen KollegInnen haben eine Reihe die Rufe nicht angenommen und noch mehr ihre Stelle bisher nicht eingenommen. Es gibt immer wieder Fälle von Rückfragen auch auf-

grund schlechter materieller, personeller und klimatischer Arbeitsbedingungen.²⁵

Zweitens schließlich fällt auf, daß die Aufforderungen zur Frauengleichstellung gemäß der unspezifizierten Auflagen des Gesetzgebers und im Einklang mit der eher müden Diskussion über ihre Details an den Hochschulen kaum nennenswerte Ergebnisse erbracht ha-ben. Auch in Disziplinen, in denen Be-rufungskommissionen nach Selbstdarstellungen sich kontinuierlich um die Wahl von Kandidatinnen auf erste Listenplätze bemüht haben, sind die C4-Professuren fast ausschließlich durch Männer besetzt worden. Die C3-Professuren dagegen gingen in überdurchschnittlichem Maße an Frauen. Ungleichheit hat offenkundig ein vielfältiges Gesicht und ist ohne Anstrengung auf immer neue Weise reproduzierbar.

Nach-Sätze

(1.) Keinem Zweifel können zweierlei Tatbestände unterliegen: Zum einen litt das ostdeutsche Berufungsprocedere unter der sich überschlagenden Art und Weise, mit der die Veränderungen der äußeren Rahmenbedingungen vorangetrieben wurden. Debatten über wie die Umsetzung von Verfahrensregelungen fanden durchgehend in einer von Zeitdruck und daraus entstehenden Hektik gekennzeichneten Atmosphäre statt.

Zum anderen gab es zweifelsohne bemerkenswerten persönlichen Einsatz an Kraft und Zeit von zahlreichen Beteiligten an den Verfahren. Der Wille zu

Unvoreingenommenheit und qualitätsorientierter Umsetzung des Auftrages war gleichfalls nicht durchgehend abwesend. Auch unter den involvierten Westdeutschen verstanden sich zahlreiche KollegInnen nicht als Missionare gegenüber erziehungsbedürftigen Ossis, sondern eher als Lernende in neugiererheischender Umgebung. Die Mängel der Verfahren ergaben sich freilich auch nicht aus böswilligen Vorgaben einer imaginären Zentrale. Sie sind Ergebnis von mannigfach verschränkten Einzelelementen gewesen, die in den Verfahren wirkten, und die, gleich welcher Art und Herkunft, von durch Tun oder Lassen verantwortlich gewordenen Personen eingebracht worden waren.

(2.) Die Beschreibung von Techniken und Verfahren sagt vordergründig nichts über die Qualität der Ergebnisse aus. So wenig wie jemand, dessen Absturz dem Zusammenbruch einer Seilschaft folgte, ein schlechter Kletterer gewesen sein muß – so wenig muß jemand, der den Gipfelaufstieg im Planquadrat C 4 vornehmlich einer erfolgreichen Seilschaft verdankt, zwangsläufig bislang den Pfaden des Massenwandertourismus gefolgt sein. Die Umkehrung gilt ebenso.

Zudem wirkten in den ostdeutschen Berufungsverfahren der letzten vier Jahre alte westdeutsche Loyalitäten genauso wenig flächendeckend, wie dies einem verbreiteten Ideologem geschuldet - für die alten Seilschaften unter Ostprofessoren angenommen wird. Es war bei letzteren, im Gegenteil, mitunter durchaus eindrucksvoll zu beobachten, wie wenig manche langjährigen Kolleglnnen schon immer voneinander gehalten haben wollten.

Die Qualität der Ergebnisse also, dies und nicht mehr sei hierzu gesagt, ist differenziert - und war an dieser Stelle nicht Betrachtungsgegenstand.²⁶

Sonja Brentjes, Dr. rer. nat. habil.,
Mathematikhistorikerin und Arabistin,
ist z.Z. am Institute for Advanced
Study in Princeton, USA, tätig.
Peer Pasternack, Dipl.pol., arbeitet an
einer Dissertation zur demokratischen
Qualität des ostdeutschen
Wissenschaftsumbaus

Anmerkungen:

- ¹ Es liegt in der Natur der Sache, daß dieser Beitrag nicht frei von kolportagehaften Zügen sein kann. Berufungsverfahren sind in ihren wesentlichen Bestandteilen der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Dafür können gute Gründe angeführt werden. Es können auch gute Gründe dagegen formuliert werden. Dies soll an dieser Stelle nicht Gegenstand sein. Hinzuweisen aber ist der Redlichkeit halber darauf, daß die folgende Darstellung über weite Strecken empirisch unbelegt bleiben muß. Die Beschreibung fokussiert Informationen und Eindrücke aus zahlreichen Quellen. So den Autoren schriftliches Material vorliegt, ist dieses aufgrund des nichtöffentlichen Charakters des Berufungsauswahlverfahrens oft nicht publizierbar. Einer Offenlegung stehen schutzwürdige Interessen involvierter Personen entgegen.
- Verordnung über die Berufung und die Stellung der Hochschullehrer an den wissenschaftschaftlichen Hochschulen (Hochschullehrerberufungsverordnung) vom 6.11.1968. In: GBI. der DDR Teil II Nr. 127.
- ³ Matthias Middell: Ostdeutsche Hochschulen zwischen Abwicklung und Integration in die gesamtdeutsche Wissenschaftslandschaft. Einige Erfahrungen und Vermutungen eines Leipziger Historikers. In: Bernhard Muszynski (Hg.): Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft. Opladen 1993. S. 23.
- ⁴ In: Universitätszeitung der Karl-Marx-Universität Leipzig. Sonderausgabe, 13.8.1990. Leipzig. S. 6.
- ⁵ Hans Joachim Meyer: Ansprache, gehalten anläßlich der Investitur des Rektors der

- Humboldt-Universität zu Berlin, Prof. Dr. sc. theol. Heinrich Fink, am 3. Mai 1990. In: ders.: Reden zur Hochschulpolitik. Hrsg. vom Ministerium für Bildung und Wissenschaft, o.O. (Berlin) 1990. S. 9 f.
- ⁶ Vgl. die Dokumentation der Schreiben in: StudentInnenrat der Universität Leipzig (Hg.): Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Universität Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. Leipzig 1991. S. 40.
- Ausführlichere Darstellung mit Belegen in: Peer Pasternack: Hochschule in die Demokratie. Fallstudie: Die demokratische Qualität des internen Umbauprozesses der (Karl-Marx-)Universität Leipzig 1989 - 1993. Leipzig 1994. S. 104 f.
- ⁸ Verordnung über Hochschulen (Vorläufige Hochschulordnung) vom 18.9.1990. In: GBI, der DDR Teil I Nr. 63. Die Verordnung ersetzte bis längstens 30.6.1991 die Landeshochschulgesetze in den ostdeutschen Ländern.
- ⁹ Vgl. dazu etwa die Beschreibung des letzten DDR-Bildungsministers, insbesondere zu einem diesbezüglichen Briefwechsel mit Bundesbildungsminister Jürgen Möllemann in; Hans Joachim Meyer: Zwischen Kaderschmiede und Hochschulrecht. In: hochschule ost 6/1992. Leipzig. S. 29 - 32.
- Matthias Middell: Überstanden? Einige Nachbetrachtungen zur "IV. Hochschulreform" der DDR aus der Perspektive des Jahres 1993. In: Peer Pasternack (Hg.): IV. Hochschulreform. Wissenschaft und Hochschulen in Ostdeutschland 1989/90. Eine Retrospektive. Leipzig 1993. S. 163.
- ¹¹ Hans Joachim Meyer: Grundsätze für ein Universitätsstatut. o.O. (Berlin) o.J. (1990).
 S. 8. Abgedr. in: GEW Dok E-90/5/2, Frankfurt a.M. 1990.
- ¹² Karl-Marx-Universität Leipzig, Senatskommission "Autonomie/Demokratie": [Ohne Titel: Abschlußpapier]. Leipzig, März 1990. In: StudentInnenrat der KMU (Hg.): Eine Uni wendet sich. Die (Karl-Marx-)Universität Leipzig zwischen Herbst '89 und Abwicklung. Leipzig 1991. S. 31.
- ¹³ Hans Joachim Meyer: An alle Hochschulen im Freistaat Sachsen. [Brief] Dresden, 9.11.1992. Abgedr. in: Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde/ Wolfgang Richter (Hg.): Unfrieden in Deutschland 2. Weißbuch. Wissenschaft und Kultur im Beitrittsgebiet. Berlin 1993. S. 155.
- ¹⁴ Vgl. Thomas Gießen: Pressekonferenz des Datenschutzbeauftragten des Sächsischen Landtages [Wortprotokoll]. Abgedr. in: Journal für Recht und Würde 1/1993. Berlin, S. 15-18.
- ¹⁵ Vgl. StudentInnenrat der Universität Leipzig: Schwarze Listen. In: *Universität Leipzig* 7/1992. Leipzig. S. 26.
- Der sächsische Datenschutzbeauftragte sprach Minister Meyer eine förmliche Beanstandung aus, sah den Vorgang als "kleinen Fehler formeller Art", betonte, sich "nicht vor den falschen Karren spannen" lassen zu wollen, da er "die Bemühungen des Staatsministers... zur Erneuerung des Hochschulpersonals... voll inhaltlich und grundsätzlich" mittrage, und hielt für "gravierender als die Versendung der Listen... die Indiskretion und den Bruch des Amtsgeheimnisses, durch den diese Listen veröffentlicht wurden", nachdem er zuvor gerügt hatte, daß die Listen teilweise per Fax übermittelt worden waren, und er dem Minister attestiert hatte, es nicht so genau mit

- dem Datenschutz zu nehmen, da von insgesamt drei Beanstandungen, die er 1992 habe aussprechen müssen, allein zwei Minister Meyer galten. (Giesen a.a.O., 16 f.)
- ¹⁷ Thomas Kruchem: Minister Frick und "die Saubermänner". In: Mitteldeutsche Zeitung, 25.9.1993. Halle/S. S. V 14.
- dpa meldete es folgendermaßen: "Der sächsische Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer (CDU) will bei gleicher Eignung Professoren aus dem Gebiet der früheren DDR den Vorrang vor anderen Bewerbern geben. Für jede in Sachsen ausgeschriebene Professorenstelle haben sich trotz der kurzen Bewerbungsfrist von Anfang Juli bis Mitte August im Durchschnitt 20 bis 30 Interessenten beworben. Mehr als die Hälfte der Bewerber um die 1762 Professuren kommt aus den alten Bundesländern oder aus dem Ausland. Bis Mitte Oktober sollen alle Lehrstuhlinhaber berufen werden." In: Süddeutsche Zeitung vom 28.9.1992, S. 33.
- ¹⁹ Peer Pasternack: Heitmann for Ehrendoktor, In: Universität Leipzig 1/1994. Leipzig. S. 25.
- Thomas Rauscher: Zu: "Heitmann for Ehrendoktor" (Heft 1/94). In: Universität Leipzig 2/1994. Leipzig. S. 31.
- ²¹ BMBW (Hrsg.): Grund- und Strukturdaten 1993/94. Bonn 1993. S. 198.
- ²² Vgl. Peer Pasternack: Betr.: Die wilden Jahre sind vorbei. In: Kreuzer. Leipziger Stadtillustrierte 4/1993. Leipzig. S. 7.
- ²³ Wolfgang Schluchter: Der Um- und Neubau der Hochschulen in Ostdeutschland. Ein Erfahrungsbericht am Beispiel der Universität Leipzig. In: hochschule ost 9/1993. Leipzig. S. 24 Vgl. dazu auch Peer Pasternack: Gründer-Zeit in Leipzig. Miszellen. In: Bernhard Muszynski (Hg.): Wissenschaftstransfer in Deutschland. Erfahrungen und Perspektiven bei der Integration der gesamtdeutschen Hochschullandschaft. Opladen 1993. S. 276 f.
- Hans Joachim Meyer: Zwischen Abbruch und Neuaufbau. West-Östliches im Berufungsgeschehen. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes 5/1993. Bonn. S. 298.
- Eine Befragung des Deutschen Hochschulverbandes bei den ostdeutschen Wissenschaftsministerien mit Stichtag 1.7.1993 hatte deutliche Unterschiede in den Besetzungen der Professuren mit Einheimischen und Auswärtigen ergeben: in Mecklenburg-Vorpommern 92,1 % Einheimische: 7,79 % Auswärtige; in Sachsen-Anhalt 92,18 %: 7,82 %; in Berlin 58,75: 41,25; in Brandenburg 85,9: 14,1; in Sachsen 58: 42; in Thüringen 65 %: 35 %. (Stand der personellen Erneuerung in den neuen Ländern eine Zwischenbilanz. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes 5/1993, S. 310; 6/1993, S. 387) Zu berücksichtigen ist, daß in dem seither vergangenen Jahr zahlreiche weitere Stellenbesetzungen vorgenommen worden sind, die möglicherweise zu zwischenzeitlichen Verschiebungen dieser Proportionen geführt haben.
- ²⁶ Eine empirischer Überprüfung sofern diese jemand in Angriff nähme möglicherweise standhaltende Gesamteinschätzung stammt von Wolfgang Schluchter: "Die Erneuerung veränderte... den Lehrkörper von Grund auf. Er wurde, verglichen mit DDR-Zeiten, erheblich reduziert, verwestlicht und vermännlicht. ... Einige erstklassige ältere Wissenschaftler fanden den Weg in den Osten, auch einige vielversprechende junge. Aber aufs Ganze gesehen rückte doch eher die zweite Garnitur des Westens in die ostdeutschen Positionen ein." (Wolfgang Schluchter, a.a.O., S. 13)

Deutsche Akademiker finden Karriereboom im Osten*

Eine von Nature durchgeführte Umfrage hat bestätigt, daß ein großer Teil der hochrangigen akademischen Positionen an den Einrichtungen des Hochschulwesens der früheren Deutschen Demokratischen Republik (DDR) an westdeutsche Akademiker vergeben worden ist.

Die Daten wurden aus einer an 57 ostdeutschen Hochschulen, einschließlich aller großen Universitäten bis auf die Humboldt-Universität in Berlin und die Technische Universität in Dresden, durchgeführten Umfrage zusammengestellt. Die Fragebögen waren von 30 Einrichtungen ausgefüllt worden.

Die Ergebnisse widerspiegeln den Erfolg von Bemühungen seit der Vereinigung 1990, Positionen an Universitäten an diejenigen zu vergeben, die am besten qualifiziert sind. Sie sind aber auch geeignet, Vorwürfen Nahrung zu verleihen, daß die Westdeutschen die Situation im Osten ausbeuten, um ihre eigenen Karrieren voranzutreiben.

Nach der Vereinigung hatten sich die Universitäten des früheren Ostteils des Landes entschieden, das westdeutsche Hochschulmodell anzunehmen, in dem Universitäten sowohl als Forschungs- als auch als Lehrzentren

agieren, anstelle sich vorrangig der Lehre zu widmen.

Als Teil der Veränderungen sind alle Hochschullehrer darauf überprüft worden, ob sie politisch und fachlich geeignet sind, ihre Positionen zu behalten. Jene, die als aktive Mitarbeiter der Stasi, der früheren ostdeutschen Geheimpolizei, ermittelt wurden oder sich als unterqualifiziert in westlichen Begriffen herausstellten, wurden entlassen. Jene, die blieben, mußten sich erneut um ihre Positionen in offener Konkurrenz stellen.

Antworten auf den Fragebogen zeigen, daß in den politisch neutralen Wissenschaftsgebieten die Mehrheit der neu berufenen Akademiker aus dem Osten kommt. Der Anteil beträgt zwei Drittel in den Natur- und Technikwissenschaften und nahezu drei Viertel in der Medizin und Veterinärmedizin.

In den ideologisch sensibleren Geistes- und Sozialwissenschaften dominieren im Gegensatz dazu westdeutsche Akademiker. In den Sozialwissenschaften kommen nun fast zwei Drittel aus dem Westen und in den Wirtschaftswissenschaften rund die Hälfte. Nur 10 % der Stellen an den neuen Jurafakultäten sind mit ostdeutschen Professoren besetzt.

Obwohl die Humboldt-Universität sich nicht an der Umfrage beteiligt hat, zeigen jüngste Überblickszahlen, daß dort etwas mehr als die Hälfte von den Berufungen auf die bislang ausgeschriebenen 387 Stellen Westdeutsche sind und 90 % des Restes ursprünglich von den Humboldt-Universität kamen.

Hinter den aggregierten Zahlen verbergen sich einige signifikante Trends. Die Bewegung von West nach Ost erfaßt zum größten Teil junge Akademiker. Nahezu die Hälfte der neu berufenen Professoren unter 50 kommen aus dem Westen im Vergleich zu weniger als 20 %, die älter als 50 sind.

Es gibt auch einen klaren Unterschied im Hinblick auf die Hierarchie der Stellen, die an Akademiker unter 50 gegangen sind. Jene an der Spitze (C4) kommen in der Regel eher aus dem Westen, während ihre östlichen Gegenspieler mehr Erfolg im Wettbewerb um die niedrigeren Positionen hatten.

Außerdem gibt es einen deutlichen Unterschied zwischen den Hochschularten. Während Ostdeutsche nur 50 % der Stellen an den Universitäten einnehmen, besetzen sie an den mehr technisch ausgerichteten Fachhochschulen - Einrichtungen, die eine Berufsausbildung auf hohem Niveau anbieten - 60 % der Stellen. Ostdeutsche haben 70 % der Spitzenprofessuren an den Fachhochschulen im

Vergleich zu nur 40 % an den Universitäten.

Die Frage nach der Anzahl von westdeutschen Akademikern, die Stellen in
den neuen Ländern eingenommen haben, ist politisch sehr sensibel und wird
von vielen im Westen nur ungern kommentiert. Gert Maibaum, Leiter der Abteilung Universitäten im Wissenschaftsministerium Sachsens (des größten der
fünf neuen Länder), sagt jedoch, daß
die Umfrageergebnisse nicht unerwartet sind. Nach einiger Zeit, sagt er, werden Ostdeutsche in der Lage sein, effektiv mit ihren westdeutschen Kollegen zu
konkurrieren.

Josef Langer, der Generalsekretär der Hochschulrektorenkonferenz, stimmt dem zu. "Es gibt keine Enttäuschung unter den Rektoren", sagt er in Bezug auf den relativ geringen Erfolg von Ostdeutschen im Wettbewerb um Professuren.

Es gibt aber eine erhebliche Enttäuschung unter ostdeutschen Akademikern. André Hahn, bildungspolitischer Sprecher der Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) - die Nachfolgerin der Kommunistischen Partei der DDR - betont, daß sie beim Vergleich mit ihren westdeutschen Kollegen automatisch im Nachteil waren. Die Isolation ihrer scientific community, beispielsweise, unter dem Kommunismus bedeutete, daß Wissenschaftler weniger Möglichkeiten hatten, ihre Arbeiten zu veröffentlichen. Ein zentrales Kriterium für eine Professur war aber die Publikationsliste eines Bewerbers.

Es gibt auch die ernste Gefahr, daß die

^{*} entnommen und übersetzt aus: Nature 370, 28 July 1994, p 240: German academics find career boost in east

neuen Professoren aus dem Westen im Osten nur so lange bleiben werden, wie es ihrer Karriere dient und, sobald bessere Angebote aus dem Westen, sofort wieder weggehen.

Ein ähnliches Ergebnis hatte die von Nature durchgeführte Umfrage an nichtuniversitären Forschungseinrichtungen (Nature 362, 685; 1993) erbracht, wonach die meisten Spitzenpositionen von Westdeutschen weggeschnappt worden sind. 1990 hatte
der Wissenschaftsrat seiner Hoffnung
Ausdruck gegeben, daß es eine "Befruchtung" dieser Einrichtungenen mit
10 % Westdeutschen auf allen Ebenen geben werde. In der Realität jedoch nahmen sehr wenige Westdeutsche untere Positionen an.

THEMA II: Singularitäten 1. Folge



Dietrich Scholze (Budyšin/Bautzen):

Serbski institut Budyšin

Němska Wědomostna rada je w lětomaj 1990/91 wšě instituty bywšeje Akademije wědomosćow NDR posudźowala. Na doporučenje wotpowědneje komisije stej Swobodny kraj Sakska a Kraj Braniborska k 1. januarej 1992 zhromadnje založiloj Serbski institut Budyšin w priwatnoprawniskej formje zapisaneho towarstwa.

Swoje tradicije ma Serbski institut jako zwonkauniwersitne slědžerske zarjadniščo w l. 1951 nastatym a l. 1952 tehdyšej Němskej akademiji wědomosćow w Berlinje přirjadowanym Instituće za serbski ludospyt. Nowe sorabistiske slědženišćo wupokazuje ze swojimi hłownymi fachowymi směrami serbska rěč, stawizny, kulturne stawizny a ludowěda interdisciplinarny zwisk, kiž we wysokej měrje wotpowěduje žadanjam na moderne duchowne wědomosće. Wustawki instituta mjenuja jako prěnjorjadny nadawk "přeslědženje a hajenje serbskeje rěče a kultury, přeslědženje serbskich stawiznow kaž tež hromadźenje a archiwizowanje k tomu trěbnych materialijow". Nowe je rozšěrjenje temoweho spektruma přez "přirunowace slědženje k problematice etniskich mjeńšin w Europje". Sobudźĕłaćerjo instituta budu tež w přichodže na uniwersitach a wysokich šulach wosebje Sakskeje a Braniborskeje wučić.

Zo bychu so slědženja hišće sylnišo mjez sobu zwjazali, su so stawizny a kulturne a wumělske wědomosće zjednoćili. Dalewjedzetej so wotrjadaj rěčespyt a ludowěda, posledni dopjelnjeny přez empiriske kulturne slědženje. Štwórty Budyski wotrjad wopřijímuje jako relativnje samostatna jednotka Serbsku centralnu biblioteku a Serbski kulturny archiw, kotrejž stejitej tež eksternym wužiwarjam k dispoziciji. Dźiwajo na wosebity strach za substancu delnjoserbšćiny je so w Choćebuzu wutworiła dźĕłowa wotnożka Serbskeho instituta, kotraž wobdźeła w přenim riedźe sociolinguistiske a leksikografiske projekty.

Institut disponuje tuchwilu nad 22 krutymi dźełowymi mestnami za wedomostnikow a 14 mestnami za techniske a zarjadniske mocy. Dźeławosć so podpera prez Wedomostnu priradu a so dohladuje prez Kuratorij, w kotrymż stej ministerstwje za wedomosć w Drjeżdzanach a Podstupimje zastupjenej.

W němskej wědomostnej krajinje jónkrótne je dwójne wusměrjenje funkcijow instituta: z jedneje strony za sorabistiskokulturowědne a přirunowace slědženje, z druheje strony za wšědnu kulturnu praksu w Hornjej a Delnjej Łužicy.

Sorbisches Institut e.V. / Serbski institut z.t. Bautzen Herkunft und Standort

Die Lausitzer Sorben, deren slawische Vorfahren etwa seit dem Jahr 600 in die Gebiete zwischen Elbe/Saale und Oder/ Queis einwanderten, bilden heute - in der Ober- und Niederlausitz - eine Volksgruppe von ca. 50-60 000 Menschen. Einen eigenen Staat haben sie nie besessen, seit dem 10. Jahrhundert waren sie stets deutschen Obrigkeiten untertan, die mit unterschiedlicher Konsequenz auf Egalisierung, also Germanisierung drängten. Angesichts eines fortdauernden ökonomischen und soziokulturellen Assimilierungsdrucks auch im vereinten Deutschland würde eine bloße Gleichbehandlung nicht Gleichberechtigung bedeuten, sondern - und mit dieser Gefahr leben allein in Europa rund zwei Dutzend weitere ethnische Minderheiten-rasche Auflösung, Angleichung, Verlust von gewachsener Kultur, Sprache und Tradition. Moderne, demokratische Gesellschaften wirken diesen Prozessen daher durch kompensatorische Förderung entgegen.

Die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Disziplin, die wir heute Sorabistik nennen, gewann größeren Umfang zur Zeit der sogenannten sorbischen nationalen Wiedergeburt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, speziell im Vormärz. Doch für Jahrzehnte handelte es sich lediglich um das Hobby einiger Lausitzer Gymnasiallehrer und Theologen, die sich deutschnationaler Arroganz – welche im deutsch-sorbischen Ethnikum ein dem Untergang geweihtes, minderwertiges Kuriosum sah – zu erwehren

hatten. 1847 gründeten aufgeklärte Sorben (oder Wenden) die wissenschaftlich-kulturelle Gesellschaft "Maćica Serbska", die – bis zum Verbot durch die Nationalsozialisten 1937 – gelehrte Schriften sowie eine eigene Zeitschrift herausgab.

Mit der Zeit fand die Sorbenkunde Interesse bei der deutschen Slawistik, zu deren wesentlichem Bestandteil sie nach dem Ersten Weltkrieg wurde. (Die Verdienste von Reinhold Trautmann in Leipzig oder Max Vasmer und Hans Holm Bielfeldt in Berlin sind unvergessen.) Das rigorose Verbot praktisch jeder öffentlichen sorbischen Kultur- und Sprachäußerung sowie die Beschlagnahme von Bibliotheken, Archiven und Sammlungen am Ende der dreißiger Jahre wirkten sich auf Entfaltung und Erforschung sorbischer kultureller Realität verheerend aus. Die Folgen sind bis heute spürbar.

Deshalb kann es nicht verwundern, daß die Bemühungen um einen Aufschwung der nationalen Bewegung, um Wiederbelebung von Kultur und Sprache nach 1945 von vielen sorbischen Intellektuellen verstanden wurden als "Wiedergutmachung für erlittenes Unrecht während der Naziherrschaft" (Pawoł Nowotny). Die ostdeutschen Kommunisten, die slawische Völker als ihre Befreier feierten, konnten sich der Unterstützung durch die sowjetische Besatzungsmacht gewiß sein, als sie das im März 1948 vom Sächsischen Landtag beschlossene

"Gesetz zur Wahrung der Rechte der sorbischen Bevölkerung" in die Praxis umsetzten. Auch die Sorabistik zog Nutzen aus der Tatsache, daß die Slawistik plötzlich zu einer Wissenschaft von den befreundeten Völkern geworden war. In diesem historischen Kontext kam es am 1. Mai 1951 zur Gründung des Instituts für sorbische Volksforschung in Bautzen (Sachsen), das ausdrücklich an die Traditionen der "Maćica Serbska" anknüpfte und deren z. T. gerettete Bestände übernahm. (Im Herbst des gleichen Jahres entstand in Leipzig als Ausbildungsstätte das Universitäts-Institut für Sorabistik.)

Das Institut für sorbische Volksforschung / Institut za serbski ludospyt, anfangs dem Sächsischen Volksbildungsministerium unterstellt, wurde zum 1. August 1952 auf Beschluß des Ministerrats der DDR (inzwischen gab es keine Länder mehr) der von Leibniz begründeten Deutschen Akademie der Wissenschaften (ab 1972: AdW der DDR) in Berlin zur wissenschaftlichen und materiellen Betreuung zugeordnet. Seine vorrangige Aufgabe war es, durch Forschungen auf den Gebieten Geschichte, Volkskunde, Sprache und Kulturgeschichte (genauer: Literatur, Musik, darstellende und bildende Kunst) Grundlagen für die sogenannte marxistisch-leninistische Nationalitätenpolitik zu schaffen und die Sorabistik zugleich als Zweig der nationalen und internationalen Slawistik zu etablieren. Eine relative Selbständigkeit konnte sich das Institut stets bewahren. auch als es - in den siebziger und zu Beginn der achtziger Jahre - dem Zentralinstitut für Geschichte der AdW angegliedert war. Im Oktober 1960, anläßlich einer sorabistischen Konferenz in

Bautzen, sprach Akademiemitglied Bielfeldt als höchstrangiger Slawist im Staate die denkwürdigen Sätze: "Der deutsche Slawist [nicht: der DDR-Slawist] weiß das Glück sehr hoch zu schätzen, den Vorteil vor den Slawisten der anderen nichtslawischen Länder, daß wir eine slawische Bevölkerung in unserem Staat haben. Die sorbische Sprache ist einer der wertvollsten Schätze unserer Slawistik."

Wenn in den vier Jahrzehnten DDR die Leistungen der ostdeutschen Slawistik bewertet wurden - und dafür war aus politischen Gründen allemal Konjunktur -, dann rangierte in der Fächerliste die Sorabistik hinter der Russistik meist an zweiter Position. Das war personell durchaus gerechtfertigt (es gab am Ende rund 25 Sorabisten in Bautzen und 5 in Leipzig), vor allem aber war es durch die Forschungsresultate begründet. Die Bautzener Sorbenkundler besaßen seit 1952 ihre eigene Zeitschrift, den "Lětopis" (die DDR - "Zeitschrift für Slawistik" kam erst 1956 hinzu), in der "Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung" erschienen zwischen 1954 und 1991 58 Monographien. Es war der institutionalisierten Sorabistik frühzeitig gelungen, durch Arbeitsergebnisse und Publikationen ihre Reputation im Ausland zu festigen. Sie verfügte in der Aufstiegsphase der DDR-Slawistik, also mindestens bis zur Akademie- und Hochschulreform von 1968, über die relativ meisten produktiven Kontakte vor allem nach Ost-, aber auch nach Westeuropa. In Kooperation mit dem Leipziger Universitätsinstitut fanden - noch bis 1991 in Bautzen bedeutende internationale Konferenzen statt, wurden - bis 1982 -Sommerferienkurse für sorbische Sprache und Kultur veranstaltet. Doch schon in den sechziger Jahren verschlechterten sich die Bedingungen für eine institutionenübergreifende Zusammenarbeit. Nur mit Mühe gelang es dem Bautzener Institut, Beziehungen zu Kollegen außerhalb der Lausitz aufrechtzuerhalten, die ihren Ausdruck fanden etwa "in der Teilnahme von slawischen Dialektologen an der Feldforschung zur Archivierung der sorbischen Mundarten oder in der Mitwirkung von ausländischen Historikern an der vierbändigen Geschichte der Sorben" (Helmut Faska).

Die Wende im Osten Deutschlands leitete eine neue Etappe ein. Wie alle Institute der ehemaligen DDR-Akademie der Wissenschaften wurde auch das Institut für sorbische Volksforschung laut Einigungsvertrag zum Ende des Jahres 1991 aufgelöst. Die Immobilie, das Institutsgebäude an der Bautzener Bahnhofstraße, fiel dem Sitzland Sachsen zu. Der Deutsche Wissenschaftsrat, der 1990/91 sämtliche Akademieeinrichtungen evaluieren ließ, gelangte jedoch im Falle des sorabistischen Forschungsinstituts zu einem beispiellos positiven Votum: Die Kommission unter Leitung des Historikers Jürgen Kocka bescheinigte dem Bautzener Institut eine Kohärenz der Problemstellung und einen inneren Arbeitszusammenhang, welche den Anforderungen an moderne Geistes- und Sozialwissenschaften weitgehend entsprachen. Am Institut selbst war rechtzeitig eine "Konzeption zur Reorganisation und Weiterführung" erarbeitet worden, auf die sich der Wissenschaftsrat berief, als er die Fortführung in neuer Trägerschaft empfahl. Dahinter stand wohl auch die Erkenntnis, daß Abwicklung und Neuaufbau angesichts

der Konzentration und Begrenztheit sorabistischer Forschung kaum aussichtsreich waren. Im Ergebnis schuf der Freistaat Sachsen gemeinsam mit dem Land
Brandenburg zum 1. Januar 1992 das
Sorbische Institut/Serbski institut Bautzen mit einer Arbeitsstelle in Cottbus in
der privatrechtlichen Organisationsform
eines eingetragenen Vereins. Unter den
neun Vereinsmitgliedern sind zwei juristische: Sachsen und Brandenburg, jeweils vertreten durch ihre Wissenschaftsminister.

Mit der Um- bzw. Neugründung wurde an eine Tradition angeknüpft und zugleich eine Chance für Innovation eröffnet. Die Struktur des Sorbischen Instituts / Serbski institut - 22 Stellen für Wissenschaftler, 14 für wissenschaftlich-technische bzw. Verwaltungsangestellte - erlaubte eine Weiterbeschäftigung der weitaus meisten Mitarbeiter aus dem Vorgängerinstitut, Disziplinäre und interdisziplinäre Projekte (z. T. mit dem Langzeitcharakter von Akademieprojekten) konnten in der Regel fortgeführt werden. Als primäre Aufgabe des Instituts nennt die Satzung vom 2. Dezember 1991 die "Erforschung und Pflege der sorbischen Sprache, Geschichte und Kultur sowie die Sammlung und Archivierung der hierfür erforderlichen Materialien". Neben ihrem ethnischen und regionalen Aspekt zielt die Tätigkeit des interdisziplinär angelegten Hauses auf die aktuelle Situation, die Spezifik und den Vergleich kleiner Kulturen in Europa.

Das Sorbische Institut / Serbski institut ist mit zahlreichen wissenschaftlichen Einrichtungen des In- und Auslandes fachlich verbunden, detaillierte Verträge

über wissenschaftliche Zusammenarbeit bestehen mit den slawistischen Instituten der Akademien der Wissenschaften in Prag und Warschau, mit der Universität Lemberg (Lwiw) und der Pädagogischen Hochschule Grünberg (Zielona Góra). Forscher des Bautzener Instituts sind am internationalen slawistischen Vorhaben gleichberechtigt beteiligt. Die wissenschaftlichen Mitarbeiter übernehmen regelmäßig Lehraufträge an Universitäten und Hochschulen vor allem in Sachsen und Brandenburg, aber auch darüber hinaus (so zuletzt u. a. in Leipzig, Potsdam, Saarbrücken, Hamburg, Oldenburg). Durch fächerübergreifende Projekte und institutionelle Kooperationen, die der Profilerweiterung seit der Neugründung Rechnung tragen, werden zunehmend Lösungsmöglichkeiten für strukturelle Probleme und zeitweilige Konfliktlagen im Ethnikum erschlossen. Denn das Institut trägt nicht nur zur Entwicklung der sorabistischen Wissenschaft in Theorie und Methode bei, es wirkt - im Sinne seiner Satzung - zugleich auf die kulturelle und sprachliche Praxis der Sorben in beiden Lausitzen. also der Ober- und der Niederlausitz, gezielt ein.

Mit der doppelten Ausrichtung sowohl auf die sorabistisch-sozialwissenschaftliche Forschung als auch auf die praktische Wirkung im bikulturellen (gemischtnationalen) Einzugsgebiet darf die Konzeption des Sorbischen Instituts / Serbski institut als derzeit in Deutschland einmalig gelten. Es wird damit einem zeitgemäßen, auf Dialog zwischen Wissenschaft und Gesellschaft orientierten Wissenschaftsverständnis gerecht. Als außeruniversitäre Forschungseinrichtung der Länder Sachsen und Brandenburg

besitzt das Institut überregionale Bedeutung und ist den Instituten der "Blauen Liste" vergleichbar. Auch bei der Finanzierung gibt es eine Parallele zu dieser Liste: Der Haushaltsbedarf von rd. 3 Millionen DM pro Jahr wird gedeckt über eine institutionelle Förderung durch die 1991 gegründete Stiftung für das sorbische Volk, deren 35-40-Millionen-DM-Etat anteilig vom Bund (derzeit 3/6), von Sachsen (2/6) und Brandenburg (1/6) gebildet wird. Die Fachaufsicht über das Institut wird von einem dreiköpfigen Kuratorium wahrgenommen, in dem die Wissenschaftsministerien der beiden beteiligten Bundesländer durch die Abteilungsleiter für Forschung vertreten sind. Ein unabhängiger, interdisziplinärer Wissenschaftlicher Beirat (derzeit acht Mitglieder), dem Slawisten aus Deutschland, Polen und Tschechien angehören, prüft die wichtigsten Vorhaben und fördert die Qualifizierung der Mitarbeiter, Er bewertet periodisch Forschungsleistungen und Arbeitspläne des Instituts. Damit ist das Institut bei aller Einmaligkeit des Gegenstandes und der Struktur fest in das deutsche Wissenschaftssystem eingebunden.

Die Arbeitsschwerpunkte des Sorbischen Instituts / Serbski institut werden durch die Benennungen der Forschungsabteilungen orientierend umrissen: Kultur- und Sozialgeschichte (6 Wissenschaftler), Empirische Kulturforschung/Volkskunde (6), Sprachwissenschaft (5) und Niedersorbische (niederwendische) Forschungen (3). Das Institut ist jedoch darauf bedacht, sein Fächer- und Themenspektrum entsprechend den jeweiligen Erfordernissen ständig zu verändern und zu erweitern. Dabei verlangen die fächerübergreifenden Projekte von

allen Mitarbeitern eine hohe Bereitschaft zur Kooperation und Innovation sowie in der Regel einen eigenständigen Beitrag zur Theoriebildung.

Um die Forschungsthemen enger als früher miteinander zu verzahnen und Komplexuntersuchungen zu fördern, sind bei der Neugründung die früheren Abteilungen Geschichte sowie Kultur- und Kunstwissenschaften zu einer Struktureinheit zusammengefaßt worden. Damit sollen Synthesen und Materialdarbietungen zur neueren Geschichte, zur Literatur. Kunst und Musik des 19. und 20. Jahrhunderts, welche zugleich die Entstehung und Ausprägung sorbischer Identität genauer fassen, stärker angeregt werden. - Bei Anwendung vielfältiger Methoden will die Abteilung Empirische Kulturforschung/Volkskunde die historische Entwicklung und die gegenwärtige Situation des sorbischen Ethnikums in beiden Lausitzen umfassend beschreiben, analysieren und werten. Aus dem Vergleich zu den sozialen, rechtlichen und kulturellen Gegebenheiten bei anderen kleinen europäischen Völkern bzw. Minderheiten werden praktische Entscheidungsvorschläge für politische u. a. Institutionen der Region abgeleitet. Die soziokulturellen Wandlungen innerhalb der Region bilden eine besondere fachliche Herausforderung (z. B. im Verhältnis Ethnizität - Religiosität). - Der Bereich der Sprachwissenschaft, traditionell ein Stützpfeiler der Sorabistik, führt bewährte Projekte wie den 15bändigen Sprachatlas zur wissenschaftlichen Beschreibung der sorbischen Dialekte - dies anteilig auch im gesamtslawischen Rahmen - weiter. Hinzu treten neue Forschungsrichtungen, die der theoretischen Durchdrin-

gung des Sorbischen im europäischen Vergleich ebenso dienen wie seiner Anwendung und Vervollkommnung im Alltag, in den Schulen und in den Medien (Entwicklung der Schriftsprache, Interferenzforschung, spezielle Lehr- und Wörterbücher für den Bedarf der Praxis). - Die am 1. September 1992 eröffnete Arbeitsstelle des Sorbischen Instituts im Cottbusser Wendischen Haus erfaßt zunächst mit quantitativen und qualitativen Methoden den Spracherhalt bei den Niedersorben/Niederwenden und erarbeitet gezielt Empfehlungen, wie die zu beobachtende tendenzielle Schwächung identitätstragender Momente (besonders Sprache und Kultur) aufgehalten werden kann. Mit der Erstellung einer umfassenden Datenbank zum Gesamtwortschatz des Niedersorbischen werden Voraussetzungen für neuartige Wörterbücher geschaffen, mit der Erforschung der niedersorbischen nationalen Bewegung nach 1945 beginnt die Neuinterpretation der Nachkriegsgeschichte in der Lausitz.

Dem Institut sind als relativ selbständige Einheiten mit Servicecharakter die Sorbische Zentralbibliothek (SZB) mit ca. 75.000 Bänden (Bücher bzw. Zeitschriften) und das Sorbische Kulturarchiv (SKA) mit ca. 500 laufenden Metern Aktenbestand zugeordnet. Die Bibliothek sammelt - vergleichbar einer Nationalbibliothek - sämtliche sorbischen und sorbenkundlichen Editionen und veröffentlicht kontinuierlich die "Sorbische Bibliographie", das Archiv bewahrt und erschließt die wesentlichen Dokumente der sorbischen Kulturentwicklung aus über 400 Jahren. Beide Bereiche sind, über die interne Funktion von Sammlung und Bereitstellung hinaus,

der öffentlichen Nutzung zugänglich und werden seit der Neuorganisation zunehmend frequentiert. - Die Schriftenreihe des Instituts für sorbische Volksforschung wird unter dem Namen "Schriften des Sorbischen Instituts" mit durchschnittlich zwei Monographien pro Jahr fortgeführt. - Im 41. Jahrgang erscheint 1994 nunmehr als Halbjahresschrift - "Lětopis. Zeitschrift für sorbische Sprache, Geschichte und Kultur". Das Periodikum ist als komplex konzipiertes, interdisziplinäres Fachorgan der sorabistisch-kulturwissenschaftlichen Forschung einzig in seiner Art und vereint in einem neugebildeten Redaktionsbeirat die führenden Spezialisten der einschlägigen Fachgebiete aus dem In- und Ausland, Sowohl die Monographienreihe "Schriften des Sorbischen Instituts" als auch die Zeitschrift "Lětopis" erscheinen im Domowina-Verlag Bautzen, den die Stiftung für das sorbische Volk gleichfalls institutionell fördert

Das Konzept der Öffnung hat sich unterdessen auch personell niedergeschlagen. Grundvoraussetzung für eine Mitarbeit am Sorbischen Institut / Serbski institut ist nicht die Zugehörigkeit zur Volksgruppe, sondern fachliche und sprachliche Kompetenz. Im Ergebnis bundesweiter Ausschreibung wechselten zum 1. September 1992 eine bulgarische Kulturwissenschaftlerin (als Leiterin der Abteilung Empirische Kulturforschung/Volkskunde), ein Regensburger

Linguist, der lange in Amsterdam tätig war (als Abteilungsleiter für Niedersorbische Forschungen), und ein Literaturhistoriker vom Ost-Berliner Zentralinstitut für Literaturgeschichte der AdW (als Direktor sowie Leiter der Abteilung Kultur- und Sozialgeschichte) ans Bautzener Institut. In der Zwischenzeit sind weitere Mitarbeiter eingestellt worden, die ihre Qualifikation außerhalb Sachsens oder Brandenburgs erworben haben. Auf den disziplinären und interdisziplinären Disput und auf die Projektarbeit hat sich diese Horizonterweiterung ebenso positiv ausgewirkt wie auf das Renommee des Hauses in der sorbischen Öffentlichkeit. Zuletzt - Ende 1993 bis Mitte 1994 - wurde das Sorbische Institut / Serbski institut von den verantwortlichen Bund-Länder-Instanzen mit der Leitung einer Strukturkommission beauftragt, die Stand und Entwicklung der sorbischen Kultur umfassend zu analysieren und Empfehlungen zu formulieren hatte. Dies entspricht der Institutsstrategie: durch wissenschaftliche Leistung ein öffentliches Prestige zu gewinnen, das die Beteiligung des Hauses an Erörterung und Entscheidung grundsätzlicher Fragen von sorbischer Sprache, Geschichte und Kultur künftig als Selbstverständlichkeit erscheinen läßt

> Dietrich Scholze, Dr. sc. phil., ist Direktor des Sorbischen Instituts/ Serbski institut Bautzen

Frank Richter (Chemnitz/Freiberg):

Das Potential an arbeitslosen Wissenschaftlern in Sachsen und Thüringen im F&E-Bereich unter dem Aspekt von Beschäftigungsperspektiven¹

Bekanntlich ist der industrielle Transformationsprozeß in Ostdeutschland mit tiefgreifenen Eingriffen auch in deren Forschungslandschaft verbunden. Der Abbau sowohl von Industrie als auch von industrienahem F&E-Potential zugleich läßt die Frage entstehen, ob und wie zumal mit eigenen Kräften - ein industrieller Aufschwung in den neuen Bundesländern möglich sein soll. Paradoxerweise scheint es ja so zu sein, daß bei der noch existierenden Industrie eigentlich sogar noch ausreichendes F&E-Potential, insbesondere in Treuhandbetrieben, zur Verfügung steht. Andererseits gibt es eine Vielzahl von Bemühungen, F&E-Potential in kleinen und mittleren Betrieben zu fördern und inzwischen freigesetztes Potential wieder für den ersten Arbeitsmarkt zu reaktivieren oder auch durch den Einsatz arbeitsmarktpolitischer Maßnahmen - insbesondere über AFG § 249h - zu "parken" und möglichst dann in den ersten Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Dennoch ist in der Literatur von Wissenschaftskatastrophe, Zerstörung der ostdeutschen Forschungslandschaft, von Verdrängungswettbewerb, von Diskriminierung u.ä. die Rede. In Verbindung mit dem Workshop "Angebote für ostdeutsche Wissenschaftler" im Januar in Weimar, dem unlängst eine weitere Veranstaltung folgte, sollte zunächst eine Literaturrecherche erstellt werden. Es zeigte sich aber bald, daß auf diesem Wege zwar ausreichende Informationen über das Freisetzen von F&E-Potential aus den drei Hauptgebieten der früheren DDR-Wissenschaftslandschaft erhalten werden können, daß es auf diesem Wege aber nur sehr bedingt möglich ist, Genaueres über die Reaktivierbarkeit arbeitsloser Wissenschaftler in Abhängigkeit von ihrer disziplinären Zuordnung, von regionalen Gegebenheiten sowie von individuell-biografischen Aspekten auszumachen.

Ausgehend von den Erfahrungen der Mitarbeiter von WISOC auf dem Gebiet der Arbeitsmarktforschung erschien es deshalb als günstig, einen weiteren Akteur auf dem Felde der Wissenschafts- und Strukturpolitik, die Arbeitsämter, und hier wiederum die - übrigens selber von "Abwicklung" bedrohten Fachvermittlungsdienste - in die Analyse einzubeziehen.

Zur Reduzierung des Wissenschaftspotentials in den neuen Bundesländern

Mit Sicherheit geben die Daten, ermittelt insbesondere vom Wissenschaftszentrum Berlin (WZB)/Wissenschaftsstatistik (Meske u.a.) sowie bestätigt und konkretisiert von weiteren Institutionen wie

- Arbeitsgemeinschaft industrieller Forschungsvereinigungen (AIF)
- BMFT
- BMWi
- BMBW
- Bundesanstalt für Arbeit
- Deutsches Institut f. Wirtschaftsforschung Berlin (DIW)
- Forschungsagentur Berlin
- Fraunhofer Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung in Karlsruhe (ISI)
- Friedrich-Ebert-Stiftung
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
- Hans-Böckler-Stiftung (z.B. die Reihe Manuskripte oder Förderung von Projekten und Expertisen)
- HIS Hochschul-Informations-System GmbH Hannover
- Informations- und Pressestelle der Bundesregierung
- Institut für Wirtschaftsforschung Halle
 Institut für Innovationsmanagement e.V.
- Institut für Innovationsmanagement e.V Berlin (Haustein)

- Kasseler Gesellschaft für empirische Studien
- Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern
- Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst
- Prognos AG Basel
- ReFIT Jena
- SÖSTRA Berlin
- OV/Missesses
- SV-Wissenschaftsstatistik GmbH
- Technovation GmbH beim Aufbauwerk des Landes Sachsen
- BASIS e.V. Sachsen
- VDI-Arbeitskreis "Frauen in Naturwissenschaft und Technik"
- Wissenschaftliches Zentrum für Berufsund Hochschulforschung der Universität Gesamthochschule Kassel
- Wissenschaftsrat

ein adäquates Bild vom Abbau von Stellen für F&E in den drei traditionellen Wissenschaftssäulen der DDR bzw. der neuen Bundesländer (Industrieforschung, universitäre und außeruniversitäre Forschung) im Zeitraum von 1989 bis 1993.

Charakteristisch dafür ist u.a. die Arbeit von Meske (1993) mit folgenden Angaben:

Potential	1989	1990	1992	1993
F&E gesamt	132	100	75	55
ndustrie	86	65	25	20
Hochschulen	14	12	10	5
staatl. Einr.	32	23	10	10
ABM, WIP	-		30	20

Angaben in Tausend VBE

Quelle: Meske (1993)2

Von den ursprünglichen 132.000 seien

- 1/3 noch beschäftigt
- 1/3 endgültig aus dem wissen schaftlichen Arbeitprozeß ausgeschieden
- 1/3 in Parkposition.3

Gizewski und Dohnke sprechen von maximal 80.000 arbeitslosen Wissenschaftlern in den neuen Bundesländern"4, aus dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle kommt die Information, in den neuen Bundesländern seien ca. 50.000 Mathematiker, Naturwissenschaftler und Ingenieure arbeitslos, davon 16.000 allein in Sachsen,5

Neben solchen, wesentlich auf F&E bezogenen Analysen, existieren auch solche. die sich mit speziellen Gruppen von formell oder informell (d.h. von Arbeitslosigkeit bedroht zu sein oder nicht der eigentlichen Qualifikation gemäß eingesetzt zu sein) arbeitslosen Angehörigen von Universitäten und Hochschulen (akademischer Mittelbau, Habilitierte) befassen.6

Letztendlich geht ein großer Teil der Zahlen jedoch auf Untersuchungen zurück, die bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1990 angestellt worden sind. Im Versuch, sich den in der DDR tatsächlich vorhandenen Potentialen zu nähern und die sowohl systematischen wie propagandistischen Verzerrungen der DDR-Statistik auszumerzen, sind insbesondere Arbeiten von Brocke (und Foertsch) zu nennen. die sich aber wiederum bereits auf vorangegangene Publikationen stützen können.

Nachdem durch Berücksichtigung der OECD-Kriterien im Gegensatz zur DDR-Statistik, in der die reinen Entwicklungsarbeiten sowie die Techniker anders behandelt wurden, also bereits eine deutliche Reduzierung auftritt, schätzte der geschäftsfsführende Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, Prof. Dr. H. Klinkmann, die reale Situation in der DDR auf ca. 40.000 Vollbeschäftigte in Forschung und Entwicklung, die diesem Anspruch zumindest bedingt gerecht werden würden.8

Eine solche Zahl muß wohl immer hypothetisch bleiben, auch wenn sie zumindest nicht von der Hand zu weisen ist. Welcher Teil der in den Übersichten und Statistiken aufgeführten F&E-Kader wirklich auf dem Gebiet von Forschung und Entwicklung tätig war, hängt natürlich zum einen wirklich von begrifflichen Zuordnungen ab ("Wann ist eine Entwicklungsarbeit noch zu F&E zu rechnen und nicht schon zu einer ingenieurtechnischen Arbeit?", "Ist eine Nachentwicklung unter den spezifischen DDR-Bedingungen zu F&E zu zählen, wenn sie tatsächlich Forschungsarbeiten als Voraussetzung erfordert - auch wenn damit natürlich niemals ein originäres Forschungsergebnis erzielt werden kann?", "Wann ist eine Forschungsarbeit zu F&E zu rechnen. wenn der eigentliche Bezug zu Wirtschaft bzw. Industrie kaum gegeben ist bzw. unter den gegebenen Bedingungen keine Chance auf Realisierbarkeit besteht?"), zum anderen von den konkreten Bedingungen im jeweiligen Wirtschaftszweig,

Dabei ergibt sich folgende Übersicht:7

	nach DDR-Statistik 203.229 VbE		nach OECD-Statistik	reale Situation
			140.567 VbE	40.000 VbE
	dar.	195.073 N, T	132.341	
		8.226 Gewi	8.226	

dem jeweiligen Unternehmen bzw. in den Forschungseinrichtungen der Industrie der DDR (z.B. Forschungsinstitut für Nichteisenmetalle des VEB Mansfeld-Kombinates). Das in der Regel nicht vorhandene Investitionspotential zu tatsächlicher Innovation auf der Grundlage neuartiger wissenschaftlicher Ergebnisse, der oftmals unzureichende Ausstattungsgrad mit moderner Industrie- und Labortechnik sowie Literatur, die Vergeudung kostbarer Arbeitszeit durch eine Fülle nichtwissenschaftlicher Betätigungen und Beschäftigungen, die weitgehende internationale Isolierung u.a. lassen die Schätzung von Klinkmann als berechtigt erscheinen.9 Damit wird also das tatsächliche Potential in Forschung (wobei hier also nicht unbedingt ein Bezug zur Industrie bzw. Wirtschaft bestehen muß) und Entwicklung also auf ca. 20% reduziert;

um so bedenklicher muß natürlich die nachfolgende Reduzierung erscheinen, zumal es nicht klar ist bzw. genauer untersucht werden müßte, ob die verbliebenen geschätzten 10 bis 20% heute nun tatsächlich F&E-Aufgaben im eigentlichen Sinne bearbeiten.

Läßt man solche Überlegungen beiseite und arbeitet man mit den bekannten Zahlen weiter, so lassen sich u.a. folgende detailliertere Aufstellungen erarbeiten:

Im Vergleich zur Wissenschaftsregion Ostberlin, in der 27,326 FuE-Beschäftigte arbeiteten, waren dies in Sachsen 45.276 und in Thüringen 20.199 VbE.10

Auf die drei Säulen des Wissenschaftssystems verteilt ergeben die nach unten gerundeten Zahlen folgendes Bild:

	Forscher	Techniker	Sonstige
gesamt	57.300	33.820	41.140
Akademiesektor	13.800	7.000	11,700
Hochschulen	8.200	2.700	3.200
Wirtschaft	35.300	24.120	26.240

Stellt man nun diese Zahlen den mittlerweile erfolgten Entlassungen u.ä. gegenüber, so ist eine Reaktivierung brachliegenden FuE-Potentials offensichtlich nur über eine grundlegende Umstrukturierung der wissenschaftlichen Einrichtungen wie der Wirtschaftslandschaft in den neuen Bundesländern möglich.

Hinsichtlich des unter diesem Gesichtspunkt noch vorhandenen Potentials bzw. der Etablierung neuer Formen seiner Nutzung, z.B. in Gestalt von

- privaten Forschungs-GmbH (Neugründungen, Ausgliederungen; Liquidationen)11

hochschule ost juli/aug. 1994

- Entwicklungs- und Ingenieurbüros
- Fördermaßnahmen, Kreditprogramme12
- brain drain in die alten Bundesländer
- Stärkung des F&E-Personals in durch AFO und ZFO geförderten Unternehmen
- Umverteilung des Potentials zwischen verschiedenen F&E-Trägern (bei Proanos13)
- Fortbildung und Umschulung
- WIP
- Parken in ABS und ABM

sowie des Übergangs in die Arbeitslosigkeit bzw. des "unbekannten Verbleibs"14 existieren neben und trotz umfangreicher empirischer Untersuchungen jedoch auch

deutlich unterbelichtete Positionen und Grauzonen. Außerdem bleiben auch im Bereich der Natur- und Ingenieurwissenschaften regionale und disziplinäre Aspekte oftmals weitgehend ausgeklammert.

Um das Thema einigermaßen erschöpfend zu behandeln, wären freilich alle Subjekte des Transformationsprozesses in Bezug auf Wirtschaft und Wissenschaft in die Analyse einzubeziehen. Neben den Forschern selber sind das die privaten Unternehmer, mit Regionalpolitik beauftragte Institutionen des Bundes, der Länder und der Kommunen, in wachsendem Maße die mittlerweile auch um Regionalpolitik bemühten Gewerkschaften, natürlich nicht zuletzt die Bundesanstalt für Arbeit.

Weiterhin wäre die Wirksamkeit der Forschungs- und Technologieförderung, die Arbeitsweise der Industrie- und Handelskammern sowie der Gründungs- und Innovationszentren genauer zu untersuchen. Das ist jedoch nicht Aufgabe dieser Studie.

Die Existenz offener Fragen und Problemkreise gilt auch oder gerade unter Berücksichtigung der Tatsache, daß es gegenwärtig sehr viele wissenschaftliche bzw. beratende Institutionen gibt, die sich mit dieser Problematik befassen, ohne daß es eine ausreichende Koordination oder gar Kooperation zwischen ihnen gibt. (Siehe obige Liste, die ganz sicher noch nicht einmal vollständig ist.)

Aus dieser Not ließe sich freilich eine Tugend machen, wenn die Idee eines übergreifenden Netzwerkes; wie es E. Richter und andere angedacht, aber bisher nicht nachdrücklich weiter verfolgt haben, weitergeführt und zu einer Verkopplung dieser bisher weltgehend isoliert voneinander arbeitenden Gruppen führen würde. Gleichzeitig könnte ein solches Netz, das sicher auch noch eine regionale Gliederung erfahren müßte, Beratungsaufgaben übernehmen. Es zeigt sich jedenfalls, daß die bisher auf diesem Gebiet arbeitenden Institutionen den Beratungs- und Unterstützungsbedarf bei den entsprechenden Unternehmen bei weitem nicht abdecken.15

Möglicherweise ist es für die Zukunft aber auch interessanter, sich die Entwicklung auf diesem Gebiet in regionaler und/oder auf bestimmte Technologien sowie auf konkrete Akteure bezogener Hinsicht genauer anzusehen und die Effektivität von Fördersystemen und -maßnahmen konkret einzuschätzen.¹⁶

Damit würde dann auch auf kritische Hinweise eingegangen, daß ein makrotheoretischer Potentialansatz - wie von Meske favorisiert - nur bedingt geeignet Ist, die realen Potentiale und die sich hier abzeichnenden Veränderungen adäquat bestimmen zu können.¹⁷

2. Definitionsprobleme

Im Zusammenhang mit der Beantwortung der gestellten Frage nach dem verfügbaren Wissenschaftspotential treten einige Definitionsprobleme auf, die bei der statistischen Erfassung von "arbeitslosen Wissenschaftlern" deutlich werden

und dann auch die weitere Arbeit auf dem Gebiet der Wieder-Integration in den ersten oder auch zweiten Arbeitsmarkt mitbestimmen.

Das betrifft zum einen die Bestimmung

des Begriffs "Wissenschaftler" im Kontext der F&E-Problematik - insbesondere die Zuordnung der Ingenieure verschiedener Qualifikation zum Wissenschaftspool, die entsprechende Ein- und Zuordnung des Begriffes der "Entwicklung" gegenüber "Forschung" auf der einen, "Ingenieurarbeit" auf der anderen Seite, sowie u.a. auch die interne Klassifikation wissenschaftlich-technischer Berufe durch die Arbeitsämter in dienstleistende oder technische Berufe im Bereich der Natur- und Technikwissenschaften.

Die von der Bundesanstalt für Arbeit dazu erarbeitete Klassifika-tion mag eine Reihe von Defiziten in dieser Hinsicht aufweisen,18 zumal sie aus dem Jahre 1982 stammt; sie ermöglicht aber den regionalen Arbeitsämtern und den Fachvermittlungsdiensten doch eine hinreichend genaue Zuordnung, die dann durch eine möglichst qualifizierte Betreuungs- und Beratungstätigkeit der in den Fachvermittlungsdiensten Tätigen weiter präzisiert und konkretisiert werden kann und muß. Das betrifft gegenwärtig speziell die Einarbeitung bestimmter Berufe, die für die DDR typisch waren. Eine erfolgreiche Vermittlung bedarf dabei sowohl der Kenntnis der insgesamt verfügbaren Berufe als auch eine exakte Bewertung der Fähigkeiten und Erfahrungen der Bewer-

Insofern ist es sicher nicht unproblematisch, wenn die Fachvermittlungsdienste künftig aufgelöst und deren Mitarbeiter in die "normale" Arbeit der regionalen Arbeitsämter integriert werden sollen.

Bei der Bestimmung von "Wissenschaftspotential" muß davon ausgegangen werden, daß es drei Säulen im deutschen Wissenschaftssystem gibt (universitäre, außeruniversitäre und Industrieforschung - dabei sind Fachhochschulen strenggenommen also noch nicht berücksichtigt), innerhalb deren scharfe Grenzen zwischen reiner oder Grundlagenforschung, angewandter Forschung sowie Entwicklung eigentlich in der Praxis viel weniger existieren, als man - geleitet durch traditionelle theoretische Vorstellungen zum Wissenschaftssystem sowie durch die jeweils ver-antwortlichen Institutionen und Fördersysteme - eigentlich annehmen sollte.

Bezogen auf jenes Wissenschaftspotential, welches letztlich in technische Innovationen einmünden soll ("F&E-Potential"), also unter weitestgehender Ausklammerung der Geistes- und Sozialwissenschaften - was unter den gegenwärtigen globalen Bedingungen eigentlich tödlich ist -, ergeben sich daraus bestimmte Klassifikationsprobleme ("Forscher", "Wissenschaftler", "Ingenieurwissenschaftler", "Entwicklungsingenieur", "Diplomingenieur", "Ingenieur"), für deren Lösung die Bundesanstalt für Arbeit ein brauchbares Konzept vorgelegt hat. Die qualitative Seite des Problems wird damit freilich nicht erfaßt.

Das geschieht in der Weise, daß sehr detaillierte Klassifikationen für dienstleistende wissenschaftliche Berufe innerhalb der Berufsklasse 88 "Geistes- und naturwissenschaftliche Berufe" vorgenommen werden, wobei in der Berufsordnung 883 Biologen, Agrarwissen-schaftler, Geographen, Geologen, Geophysiker und Meteorologen erfaßt werden.

Chemiker, Physiker, Mathematiker werden zusammen mit den Ingenieuren unter IV. Technische Berufe erfaßt. Die Ordnungsgruppe 60 steht für die Ingenieure, die 61 für Chemiker, Physiker und Mathematiker.

Die vorgenommene Aufteilung ist theoretisch sicher sehr problematisch, und sie dürfte strenggenommen den Veränderungen im Wissen-schaftssystem nicht mehr entsprechen, wobei es schon früher problematisch war, die Mathematik oder Physik generell den technischen Berufen zuzuordnen. Entscheidend für die Arbeitsämter ist aber offensichtlich die möglichst vollständige Erfassung der verschiedenen Gruppen hinsichtlich einer genauen Erfassung der Fähigkeiten des jeweiligen Bewerbers, wobei sich die eigentliche Berufserfahrung der Betroffenen dann nur im Einzelfall auf freigewordene Stellen unmittelbar projizieren läßt. Hier ist dann für die Reaktivierung von Potential nicht mehr die Statistik, sondern die qualifizierte Arbeit des Fachvermittlers gefragt.

Diese Definitionsproblematik kann hier nicht weiter verfolgt werden. Sie macht jedoch deutlich, daß die Fragen nach dem verfügbaren "Wissenschaftspotential" bzw. dem "Wissenschaftspotential im F&E-Bereich" als auch die nach dem "F&E-Potential" mit einer ganzen Fülle von Hintergrundaspekten belastet sind, die ihre eindeutige Antwort sehr erschweren.

Die Wirklichkeit - etwa im Bereich der sich herausbildenden wirtschaftsnahen Beratungs- und Innovations-Unternehmen - zeigt, wie schwer es selbst den hier Tätigen fällt, ihre eigene Arbeit entsprechend einzuordnen. Die Eigenbewertungen der von mir in dieser Angelegenheit Befragten bewegen sich dabei eher im Spektrum zwischen "Entwicklungsarbeit" und "Ingenieurarbeit", obwohl es sich dabei um frühere Professoren einer technischen Universität handelt. Diese wurden selbstverständlich damals als Forscher gerechnet, freilich mit hoher Industrienähe. Solche Personen bzw. deren Aktivitäten zum Forschungs- oder Wissenschaftspotential rechnen zu wollen, bedürfte also einer entscheidenden begrifflichen Ausweitung der traditionellen Begriffe von Wissenschaft und Forschung.

Andererseits ergeben sich für Regionen mit derartigen technischen Hochschuleinrichtungen wiederum auch hervorragende Möglichkeiten, aus dieser traditionell engen Verflechtung von Wissenschaft und Wirtschaft nun wieder Kapital zu schlagen und den wirtschaftlichen Neubeginn entscheidend zu stimulieren und zu befördern.

3. Territoriale Aspekte der Wissenschaftlerarbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern

3. 1. Statistische Erhebungen der Arbeitsämter

Es war möglich, die statistischen Erhebungen der Fachvermittlungsdienste in Dresden, Leipzig und Chemnitz - und zwar die sogenannten St 15 und St 25 einzusehen und zu verarbeiten.

Die Beschaffung der gleichen Daten für Thüringen erwies sich als komplizierter, allein schon durch die andere Strukturierung des Landesarbeitsamtes Thüringen und Sachsen-Anhalt. Der Vorteil hier lag allerdings in der Tatsache begründet, daß für ganz Thüringen nur ein Fachvermittlungsdienst, und zwar in Jena, existiert. Dafür befindet sich das Landesarbeitsamt für Thüringen in Halle...

Der Bericht konzentriert sich auf die Berichte der Fachvermittlungsdienste in Sachsen und Thüringen sowie auf statistische Erhebungen der Arbeitsämter von Chemnitz, Dresden und Leipzig. Die wichtigsten Statistiken sind die sog. St 15 und St 25, in denen über die im jeweiligen FVD erfaßten Bewerber, die verfügbaren Stellen und die tatsächlich erfolgten Vermittlungen informiert wird. Je nach Struktur des jeweiligen Fachvermittlungsdienstes ergeben sich dann drei bzw. vier Einzelberichte.

Die Struktur in Dresden sieht folgendermaßen aus:

I 91 Maschinenbauingenieure, Chemiker, Physiker

192 Wirtschafts- und Rechtswissenschaftler, EDV-Berufe

I 93 Elektroingenieure, Offiziere, Naturwissenschaftler

I 94 Lehrer, Geistes- und Sozialwissenschaftler.

Die Struktur von Leipzig:

I 91 Ingenieure und Naturwissenschaftler
 I 92 Geisteswissenschaftler, Ärzte, Sozialwissenschaftler

I 93 Kaufmännische und Verwaltungsberufe.

Die Struktur von Chemnitz:

I 91 Dipl.-Ing. d. Masch.baus, Elektro-

technik, Bauwesen u.EDV-Fachkräfte I 92 Geistes- und Sozialwissenschaftler I 93 Dipl.-Ök., Dipl.-Ing.Ök., Führungskräfte, Naturwissenschaftler.

Im Landesarbeitsamt erfolgt dann eine Zusammenstellung der verschiedenen Berichte der Fachvermittlungsdienste, ergänzt durch die statistischen Angaben der Arbeitsamtsbezirke, da die FVD nur diejenigen Bewerber aus dem wissenschaftlichen Bereich erfassen, die tatsächlich bei ihnen geführt werden und das ist eine Bedingung dafür - die sich um eine bundesweite Vermittlung bemühen. Die regionalen Arbeitsämter melden nicht alle Ingenieure und Wissenschaftler an die FVD, wenn angenommen werden kann, daß sich demnächst in der unmittelbaren Region eine Beschäftigung finden läßt. Insofern ist man bei der Erfassung aller arbeitslosen Wissenschaftler letztlich doch auf das jeweilige Landesarbeitsamt angewiesen.

Möglicherweise sind aber schon einige wenige Zahlen für die Beantwortung der entscheidenden Frage nach der Wissenschaftlerarbeitslosigkeit in Sachsen ausreichend:

Bestand an Arbeitslosen und offenen Stellen für Ingenieure und Naturwissenschaftler (Berufsklassen 60 und 61)¹⁹ in Sachsen:

1993	AL gesamt		Männe	er	Fraue	n	offene Stellen
März	9.333		5.344		3.989		611
Sept.	11.094	6.413		4.681		515	

Als Schwerpunkte haben sich im Land Sachsen folgende Berufsklassen herausgebildet (Zahl der Bewerber/Stand Ende 1993):²⁰

Ingenieure des Maschinen-	
und Fahrzeugbaus	2.961
Elektroingenieure	1.884
Fertigungsingenieure	1.013
Wirtschaftsingenieure	1.342
Chemieingenieure und	
übrige Chemiker	655
Physiker/Physikingenieure	319
Mathematiker	200
Bauingenieure	220

Berücksichtigen wir, daß die Zahl der Bewerber nicht unbedingt mit der Zahl der Arbeitslosen in der betreffenden Berufsklasse zusammenfällt (die Differenz schwankt von 40 bis 60%), so ergibt das ca. 4.000 arbeitslose Diplom-Ingenieure und Naturwissenschaftler in Sachsen. Die Differenz zu den vom Institut für Wirtschaftsforschung in Halle genannten 16.000 Arbeitslosen in diesem Gebiet wird durch die zusätzlichen Arbeitslosen im Bereich der Ingenieure/Fachschulingenieure erklärt, die ja nicht über die FVD laufen. Aber letztere werden ja nun eindeutig nicht zu den Wissenschaftlern gezählt. Andererseits ist diese Frage natürlich für das Innovationspotential in Sachsen insgesamt außerordentlich relevant, und sie wird durch die Bestrebungen tausender von ehemaligen DDR-Fachschulingenieuren, ihren Abschluß als einem Fachhochschulabschluß gleichwertig anerkannt zu bekommen, weiter zugespitzt.

Die Bestände an Bewerberangeboten zum 23.12.1993 in Thüringen sehen wie folgt aus:

1.379
1.093
85

Bergb.ing.	58
Hüttening.	39
übr.Fertig.ing.	406
Wirtsch.ing.	128
übr. Ing.	557
Chemieing.	124
übr. Chemiker	189
Physiker	158
Mathematiker	61

Das ergibt zusammen 4.277 Personen.

Die Situation in Bundesgeb	
sich Ende 1993 wie folgt da	r:21
Ing.d.MaschFzBau	8.863
Elektroing.	5.861
Arch., Bauing.	1.084
Bergbauing. u.ä.	218
Hüttening.	607
übr. Fertig.ing.	2.165
Wirtsch.ing.	1.104
übr. Ing.	3.266
Chemieing.	1.001
übr. Chemiker	1.745
Physiker	929
Physiking.	49
Mathematiker	617

Das ergibt insgesamt eine - gerundete - Summe von 27.500 Bewerbern im Bereich der Ingenieure und Naturwissenschaftler bzw. Mathematiker, ohne daß es aus der Quelle heraus möglich ist, den Anteil derjenigen zu bestimmen, die dem FuE-Bereich zuzuordnen wären.

Dieser Betrag ist erheblich geringer, als er aus der Studie des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle hervorgeht, wo von 50.000 gesprochen wird.

In der gleichen statistischen Übersicht erfolgt eine Aufschlüsselung dieser Zahl auf die ostdeutschen Länder:

Rostock	1.075
Magdeburg	13.648

Chemnitz	9.008
Dresden	5.469
Leipzig	4.275
Jena	7.143
Berlin VI	5,503
Berlin VII	3.790
Berlin VIII	3.509
Berlin IX	2.422

Das ergibt insgesamt einen Betrag von 55.842 hochqualifizierten Arbeitslosen in den neuen Bundesländern. Allerdings sind in dieser Summe also auch Lehrer, Sozialwissenschaftler, Wirtschaftswissenschaftler u.a. enthalten. Insofern ist die ungefähre Übereinstimmung mit der Hallenser Zahl rein zufällig.

Die Nutzung bzw. Reaktivierung dieses Potentials ist ein außerordentlich komplexer Prozeß. In einem weiteren Abschnitt sollen in qualitativer Form bestimmte Aspekte angesprochen werden, die diesen Prozeß behindern und befördern.

3. 2. Zur Reaktivierung von in Ostdeutschland brachliegendem wissenschaftlichem Potential

Die folgenden Bemerkungen stützen sich sowohl auf die ausgewertete Literatur wie auf die mit Mitarbeitern der Fachvermittlungsdienste in den Arbeitsämtern geführten Gespräche.

Es ist dabei kaum möglich - so wie in Vorbereitung auf den Workshop in Weimar angedacht -, genau zwischen objektiven und subjektiven Faktoren, die eine solche Reaktivierung hemmen, zu unterscheiden. Wenn z. B. ein Mathematiker aus Leipzig sich als nur schwer vermittelbar erweist, so ist das weder allein in seinen individuellen Neigungen oder in

der Spezifik seines Faches begründet, sondern dafür verantwortliche Ursachen liegen genau so z.B. in der Art, wie er an einem Institut der Akademie der Wissenschaften der DDR dreißig Jahre lang Wissenschaft betrieben hat, wo er seine akademischen Grade erworben hat (z. B. in Moskau oder Sofia) und nicht zuletzt natürlich auch in der wirtschaftlichen Situation und den Veränderungen in der Forschungslandschaft Sachsens.

Weitere Faktoren sind:

- Die Benachteiligung von Frauen in der Wissenschaft und im Ingenieurberuf. Zu dieser Thematik gibt es eine ganze Fülle von Untersuchungen und Publikationen.²² Danach sind gegenwärtig 21% der Ingenieurinnen aus den neuen Bundesländern arbeitslos.²³ Am stärksten sind dabei die Ingenieurinnen für Maschinenbau sowie für Verfahrens- und Verarbeitungstechnik betroffen. Demgegenüber sind Bauinge-nieurinnen deutlich seltener ohne Arbeit.
- Die nur in seltenen Fällen gegebene Möglichkeit, ingenieurwissenschaftliches Potential in ABM bzw. ABS (von gewissen Managementaufgaben abgesehen) zu parken. Die Situation ist hier für Naturwissenschaftler weitaus günstiger, die oftmals in ABM nach § 249h wenigstens zeitweise Beschäftigung finden. Aber die verfügbaren Mittel und Stellen reichen auch hier bei weitem nicht aus, um allen Wünschen entsprechen zu können. Andererseits gibt es aber auch Erfahrungen, wie zeitweilig über ABM industrienahe Forschungsaufgaben bearbeitet werden können, aus denen sich später Neuanstellungen im ersten Arbeitsmarkt ergeben. Vgl. dazu u.a. die Veröffentlichungen des Vereins zur Regionalförderung von Forschung, Innovation und Techno-

logie für die Strukturentwicklung in Thüringen bzw. für die Region Jena. Hier ist es gelungen, seit Mitte 1991 ca. 800 Personen über ABM zu beschäftigen, von denen 350 mit F&E-Aufgaben betraut waren. 200 haben davon den 1. Arbeitsmarkt wieder erreicht. Leider ist diese Tendenz seit Beginn 1993 rückläufig. Um hier gegenzusteuern, wurde der Zweigverein Innovent gebildet, der industrienahe Forschung als Form des 1. Arbeitsmarktes praktiziert, wobei Fördermittel des BMWi eingesetzt werden.

- In den FVD der Arbeitsämter wird kritisch eingeschätzt, daß die Zahl der durch diese Institution vermittelten Arbeitslosen bzw. Bewerber zu gering ist. Das liege zum einen wesentlich an der zu geringen Zahl wirklich besetzbarer freier Stellen, zum anderen an strukturpolitischen Defiziten in den jeweiligen Regionen. Leider lassen sich die guten Erfahrungen bei der Vermittlung von Ingenieuren aus dem Bauwesen nicht auf die anderen Bereiche übertragen. Hier gibt es territoriale Abstimmungen (z. B. in Dresden in Gestalt des Arbeitskreises Bau, der u.a. den Sächsischen Bau-industrieverband und das Aufbauwerk Sachsen unter der Schirmherrschaft des Arbeitsamtes vereinigt, und in dem über Arbeitsschwerpunkte und entsprechende Bildungsmaßnahmen beraten wird).
- Die Weiterbildung oder Umprofilierung wissenschaftlichen Potentials funktioniert gegenwärtig nachdem in den ersten Jahren auch noch die Umorientierung von Mathematikern in Richtung Informatik erfolgreich verlaufen ist (mittlerweile der Bedarf im wesentlichen jedoch gedeckt ist) eigentlich auch nur im Bereich des Bauwesens. Die Qualifizierung von

Ingenieuren des Maschinenbaus und der Elektrotechnik/Elektronik für das Bauwesen (Heizung, Lüftung, Sanitär, Elektrik, aber auch für die Bereiche der Planung und Leitung) verläuft in Sachsen überaus erfolgreich. Das ist auch deshalb einfach notwendig, weil die Absolventen von Bauingenieurfakultäten fast ausschließlich ihre Anstellung in den alten Bundesländern finden.

- Auch von Mitarbeitern der Fachvermittlungsdienste wird Kritik an unzureichender oder fehlender Strukturpolitik geübt.
 Die in der Literatur gelegentlich zu findende Forderung, die Arbeitsämter hätten
 gegenüber den kommunalen Organen und
 den Unternehmen selbst eine aktive Strukturpolitik zu entwickeln, erscheint unter
 den gegenwärtigen Bedingungen kaum
 realisierbar. Hinzu kommt die spezielle
 soziale Aufgabe dieser Ämter, die Unterbringung sozial Schwacher besonders zu
 fördern.
- Auf dem ersten Workshop in Weimar²⁵ wurde in diesem Zusammenhang die Problematik der Forschungsförderung behandelt. Bereits in der Frage, ob es sich bei den dabei auftretenden Problemen (von der Begrenztheit der Mittel hier abgesehen) um die Undurchschaubarkeit oder Unzulänglichkeit der einzelnen Fördersysteme oder nur um Defizite in der Beratungstätigkeit handeln würde, gab es unterschiedliche Auffassungen. Das bereits genannte Manuskript von G. Lehmann legt nahe, daß beide Faktorengruppen als Ursache für Probleme und Mängel in Frage kommen.

Es könnte interessant sein, diese Problematik für bestimmte Industrie- und Wissenschaftsregionen detaillierter zu untersuchen.

3. Schlußfolgerungen

Die Forderung nach einer Reaktivierbarkeit brachliegenden wissenschaftlichen. industrienahen Potentials ist offensichtlich berechtigt, da nur auf diese Weise der industrielle Aufschwung - auf dessen soziale, politische und ökologische Voraussetzungen und Konsequenzen hier nur hinzuweisen ist - aus endogenen Quellen heraus gestaltet werden kann. Die Umsetzung dieser Forderung braucht einerseits Visionen, regionale Leitbilder - die nicht zuletzt Europa und da wieder für uns besonders auch Osteuropa besser ins Blickfeld rücken, andererseits aber auch ganz konkrete politische Schritte, die bisherige, allseits bekannte Defizite in der Wirtschafts-, Regional-, Wissenschaftsund Arbeitsmarktpolitik wirklich beseitigen wollen.

Zu solchen Schritten könnten gehören:

- Die F&E-Förderung für innovative Unternehmen kommt nur dann wirklich zum Tragen, wenn die Phase der Markteinführung neuentwickelter Produkte aus der Förderungspolitik nicht mehr ausgeklammert wird.
- Die starke Trennung zwischen Wirtschaftsförderung einerseits und Arbeitsmarktpolitik andererseits erweist sich als starkes Hemmnis für eine Reaktivierung wissenschaftlicher Potentiale.
- Die Einrichtung regionaler F\u00f6rderkreise und Netzwerke zur Re-Integration arbeitsloser Wissenschaftler ist zu betreiben

bzw. zu intensivieren. Dafür tragen kommunale Organe, aber auch die in der Region angesiedelten Unternehmen und Banken, die jeweiligen Hochschulen und nicht zuletzt die gewerkschaftlichen Interessenvertretungen eine wachsende Verantwortung.

- Die Instrumentarien zur Struktur- bzw. Regionalpolitik auf den verschiedenen Ebenen sind konsequenter zu nutzen bzw. weiterzuentwickeln.
- Die noch bestehenden Kontakte zu osteuropäischen Wissenschaftlern sind zu erhalten, auszubauen und möglichst zu institutionalisieren.²⁶

Natürlich geschieht das alles in einer politischen Landschaft, in der verschiedene Akteure mit unterschiedlichen Konzepten leider nicht immer primär um die Lösung von Sachfragen ringen. Insofern geht es dann also doch nicht einfach um einen "Industrie- und Wissenschaftsstandort Deutschland" schlechthin, sondern die künftige Gestaltung eines solchen Standortes läßt die Beachtung verschiedener Möglichkeiten und Erfordernisse zu. Gerade darin liegt nicht zuletzt die Chance für die betroffenen Wissenschaftler selber.

Frank Richter, Dr. phil. habil., ist Mitarbeiter des Instituts für Wirtschafts- und Sozialforschung (WISOC) e.V. Chemnitz

Anmerkungen:

[†] Auf der Grundlage einer im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung erarbeiteten Studie. Für die Unterstützung möchte ich mich besonders beim Landesarbeitsamt Sachsen sowie den Leitern und Mitarbeiter der Fachvermittlungsdienste, bei REFiT e.V. in Jena und nicht zuletzt bei den Mitarbeitern des Instituts für Wirtschafts- und Sozialforschung (WISOC) e.V. in Chemnitz bedanken.

- ² Werner Meske: Die Umgestaltung des ostdeutschen Forschungs-systems. Eine Zwischenbilanz. WZB Forschungsgruppe Wissen-schaftsstatistik P 93 401, S.7
- ³ Werner Meske: Veränderungen der ostdeutschen Wissenschafts-landschaft im gesamtdeutschen und europäischen Kontext, ausgehend von einem potentialtheoretischen Ansatz. In: Ein Blick auf die neue Wissenschaftslandschaft. Konferenz am WZB im November 1992, P 93-403/1, S.22
- ⁴ Chr. Gizewski und D. Dohnke: Einige Daten zur Wissenschaftsstrukturentwicklung in den östlichen Bundesländern. In: Arbeitsmaterialien des 2. Deutschlandtreffens der Wissenschaftler mit Hochschulqualifikation (Berlin, 2.-4.10.1992)
- ⁵ Rolle der Industrieforschung zur Stärkung der Wettbewerbsfähig-keit industrieller Unternehmen in den neuen Bundesländern Analysen und Entwicklungstendenzen. Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Forschungsauftrag des BMWi, Berlin/Halle 1993
- ⁶ vgl. dazu die Arbeitstagungen der Bundesvertretung Akademischer Mittelbau (BAM) oder das Gremium "Deutschlandtreffen", welches sich auf die Habilitierten konzentriert. (Insofern ergab das III. Deutschlandtreffen Anfang März in Leipzig für die F&E-Problematik keine neuen Aspekte. U.A. stellte Meske hier einen Versuch vor, innerhalb der Gruppe der arbeitslosen Wissenschaftler in den neuen Ländern den Anteil der Habilitierten statistisch genauer zu bestimmen.)
- ⁷ Brocke, Rudolf Horst: Rückblick auf das FuE-Potential der DDR, seine Probleme und Perspektiven im Vereinigungsprozeß. In: IGW-report 3/1990, S.29f. Dabei bezieht sich Brocke auf Informationen des Ministeriums für Forschung und Technologie der DDR, die in der Wirtschaft 9/1990, S. 3 veröffentlicht wurden.
- ⁸ AdW-Pressedienst, Berichte und Informationen aus der Akademie der Wissenschaften der DDR. Sonderausgabe zum Leibniz-Tag. Berlin 29.06.1990, S. 14f.
- ⁹ vgl. dazu auch Günther, P. u.a.: Zur Lage der Beschäftigung von Wissenschaftlern und Forschern beim Umbruch zur Marktwirtschaft. Ursachen, Wirkungen, Erfahrungen dargestellt an der Wissenschaftsregion Jena. Verein zur Regionalförderung von Forschung, Innovation und Technologie für die Strukturentwicklung e.V. (ReFIT e.V.) Jena o.J. (Stand Oktober 1992)
- vgl. auch: Uwe Markus: Ostdeutsche Sozialisationserfahrungen und aktuelle Personalpolitik-Beispiel Industrieforschung. hochschule ost 12/93, S.44
- 10 Brocke, Rückblick auf das FuE-Potential..., a.a.O., S.33
- ¹¹ siehe hier u.a. die Analyse in: Wirtschaftsnahe Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung struktureller Anpassungen in den neuen Bundesländern. Fraunhofer-Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung Karlsruhe und Institut für Wirtschaftsforschung Halle. Halle/Karlsruhe Juni 1993
- ¹² Gerd Lehmann: Zum Stand innovativer Strategien und Aktivitäten bei Klein- und mittelständischen Unternehmen in Sachsen. Technovation Sachsen GmbH, Dresden. Unveröffentlichtes Manuskript 1993
- ¹³ Wirkungsanalyse der FuE-Personal-Zuwachsförderung und Förderung der Auftragsforschung und -Entwicklung in den neuen Bundesländern. Kurzfassung der Prognos AG. März 1993, S.20
- ¹⁴ Over, Albert und Christian Tkocz: Außeruniversitäre Forschungseinrichtungen in den neuen

- Bundesländern. Zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates, Werkstattberichte 43 des Wissenschaftlichen Zentrums für Berufs- und Hochschulforschung der Universität Gesamthochschule Kassel, Kassel 1993
- ¹⁵ Lehmann, Gerd: Technovation GmbH Dresden, Vortragsmanuskript zum Thema "Zum Stand innovativer Strategien und Aktivitäten bei Klein- und Mittelständischen Unternehmen in Sachsen"Dresden 1993, S.5
- ¹⁶ Selbstverständlich existieren auch hierzu bereits Untersuchungen, auch für Sachsen. Vgl. dazu u.a.: Pfeiffer, U. und A. Dübel: Grundzüge einer wirtschaftlichen Entwicklungsstrategie für Sachsen. Friedrich-Ebert-Stiftung Büro Leipzig, Leipzig September 1993. Siehe auch: Regionale Beschäftigungs- und Strukturpolitik in Ostdeutschland. Herausforderungen für arbeitnehmerorientiertes Handeln. Hans-Böckler-Stiftung/Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut des DGB (Manuskripte 117), Bochum 1993
- ¹⁷ Schimank, Uwe: Zum Stellenwert von Potentialanalysen in der Wissenschaftssoziologie. Kommentar. In: WZB Veröffentlichungsreihe der Forschungsgruppe Wissenschaftsstatistik. P 93-403/1, Berlin August 1993, S. 60-69
- 18 Bundesanstalt für Arbeit: Berufsordnung. Verzeichnis der Berufe. Nürnberg 1982
- 19 auf der Grundlage der Quartalsberichte des Landesarbeitsamtes Sachsen
- ²⁰ Landesarbeitsamt Sachsen, Referat Statistik: Statistik der Fachvermittlung für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Stand Ende des 2. Halbjahres 1993 (St 15 A1)
- ²¹ Bundesanstalt für Arbeit, Unterabteilung Statistik, Referat IIb-4224. Bundesgebiet Ost: Bewerber, offene Stellen und Arbeitsvermittlungen für besonders qualifizierte Fach- und Führungskräfte. Berichtszeit: 2. Halbjahr 1993
- ²² vgl. dazu auch die Aktivitäten des Referates für Gleichstellungsfragen der Technischen Universität Dresden im Zusammenhang mit der Entwicklung eines Expertinnen-Beratungsnetzes;
- siehe dazu Karin Reiche: Ingenieurinnen und Naturwissenschaftlerinnen in Sachsen. Hochschule ost 1/94, S.9-17
- ²³ Berufliche Integration und Weiterbildung von Ingenieurinnen aus den neuen Ländern. Ergebnisse einer Befragung. In: Reihe Bildung - Wissenschaft - Aktuell 3/93, herausgegeben vom BMBW Bonn 1993, S.17
- ²⁴ Zur Lage der Beschäftigung von Wissenschaftlern und Forschern beim Umbruch zur Marktwirtschaft. Ursachen - Wirkungen - Erfahrungen, dargestellt an der Wissenschaftsregion Jena. Hrg. von ReFIT e.V. Jena 1992
- ²⁵ Workshop "Angebote von Wissenschaftlern Angebote für Wissenschaftler" am 14. und 15. 01.1994 in Weimar.
- ²⁶ vgl. dazu auch den Forderungskatalog bei Richter, Edelbert und Christian Wipperfürth: Ohne Forschung kein Aufschwung. Zur Reaktivierung des ostdeutschen Forschungspotentials. Die Sozialdemokraten im Europäischen Parlament. Weimar 1994

Werner Anton (Merseburg):

Entwicklung und Probleme des Wissenschaftspotentials in Sachsen-Anhalt

1. Ausgangssituation und vorgesehene Entwicklungsbedingungen für die Hochschulen in der Bundesrepublik und im Land Sachsen-Anhalt

An den Hochschulen in den westlichen Bundesländern erhöhte sich die Zahl der Studienanfänger von 1977 bis 1990 um rd. 73 %, die Zahl der Stellen für wissenschaftliches Personal jedoch nur um 6 % und der Anstieg der finanziellen Mittel, preisbereinigt, um 17,7 %. An den Fachhochschulen stieg in diesem Zeltraum die Zahl der Studienanfänger um 72 % und die Kapazität (flächenbezogene Studienplätze) um 10,5 %. Durchschnittlich studieren bereits ca. 30 % eines Altersjahrganges, dar. rd. 26 % der Studienanfänger, an den Fachhochschulen.

Die Erhöhung der Betreuungsquote (Studierende zu wissenschaftli-ches Personal) stieg an den Universitäten von 13:1 auf 20:1 und an den Fachhochschulen von 17:1 auf 32:1, bei gleichzeitiger wesentlicher Überschreitung der Regelstudienzeiten. Gleichzeitig erhöhten sich zwar die den Hochschulen für Forschung und Entwicklung zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel (1965 bis 1989 auf 627 %, 1981 bis 1989 auf 155 %). reduzierte sich jedoch ihr Anteil an den nationalen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen (1965 19,5 %, 1981 15,3 % und 1989 14 %), bei gleichzeitiger Erhöhung der Drittmittel insgesamt (bis zu 30 % an den Haushaltsausgaben), darunter insbesondere die unmittelbar industriefinanzierte Drittmittelforschung.

Die Erhöhung der Effizienz des Hochschulwesens soll vor allem durch

 die Reduzierung der "Überlast", dabei insbesondere durch die Einhaltung der Regelstudienzeiten und Vereinfachung des Studienabbruches,

 die Entfrachtung der Ausbildung von einer Vielzahl Prüfungen in Spezialgebieten und einer Trennung in praxisorientierte und wissenschaftsorientierte Ausbildung sowie

 eine Erhöhung der Studierenden an Fachhochschulen (Anteil der Studienanfänger an FHS bis zum Jahr 2000 auf 35 %, darüber hinaus 40 %) erreicht werden.

Für die Ausbildung und Forschung soll eine stärkere Bindung an Wettbewerbskriterien erfolgen. Evaluierungskriterien, stärkeres Forschungsmanagment, Erhöhung der Einflußmöglichkeiten durch die Dekane sowie eine höhere Eigenverantwortung im Rahmen eines Globalhaushaltes, aber auch Studiengebühren bei wesentlicher und verschuldeter Überschreitung der Regelstudienzeiten sollen Mittel sein, um verkrustete Ausbildungs- und Forschungsstrukturen zu überwinden, einen zweiten Bildungsweg

hochschule ost juli/aug, 1994

zu ermöglichen und die Durchlässigkeit zwischen Hoch- und Fachhochschulen zu gewährleisten.

Aus der Sicht seit langem geführter Diskussionen, auch im gewerkschaftlichen Spektrum, zur Erhöhung der Autonomie und Wirksamkeit der Hochschulen wäre einigen inhaltlichen Forderungen zuzustimmen. Diese von der Bundesregierung vorgesehene Studienreform soll aber erneut ohne die zusätzliche Inanspruchnahme von finanziellen Mitteln aus dem Bundeshaushalt, also weitestgehend durch Umverteilungen, realisiert werden und verkennt die sich zuspitzende Situation beim gesamten wissenschaftlichen Potential und insbesondere die dramatische Situation in Ostdeutschland.

1992/93 reduzierte sich bereits der Anteil der privaten Wirtschaft an den nationalen Forschungs- und Entwicklungsaufwendungen gegenüber 63 % 1990 auf 58 %, u.a. durch die Reduzierung der Beschäftigten für Forschung und Entwicklung. In den östlichen Bundesländern verringerten sich in diesem Bereich die Beschäftigten von rd. 86.000 1989 auf 22.000 1992 und erreichten je 10.000 Einwohner nur noch 13 Personen gegenüber 46 1991 in den westlichen Bundesländern. Diese drastische Reduzierung ist noch nicht beendet und führte bereits zur akuten Gefährdung der reproduzierbaren Innovationsleistungen. So verringerten sich in den Leuna-Werken, ein Unternehmen der in Sachsen-Anhalt strukturbestimmenden chemischen Industrie, die Beschäftigten im Zentralbereich Forschung von ca. 1.800 Personen auf rd. 300 Anfang 1994 und werden möglicherweise in Verbindung mit der Ausgliederung noch auf 180 bis 150 Beschäftigte reduziert. Diese Entwicklung vollzog sich gleichzeitig mit einer Deindustrialisierung und drastischen Verringerung der Arbeitsplätze, nicht nur in der Industrie, die ebenfalls noch nicht beendet ist. Von den im Oktober 1990 1.375.982 im Land Beschäftigten sind bereits 487.035 durch Vorruhestand und Altersübergang, Arbeitslosigkeit, Fortbildung/Umschulung und ABM aus dem 1. Arbeitsmarkt ausgeschieden.

Der Abbau in der wirtschaftsnahen Forschung wird nicht nur nicht durch die außeruniversitäre Forschung kompensiert, sondern noch verstärkt. Vom Wissenschaftsrat wurde vor allem die Umwandlung der Akademieeinrichtungen der DDR, insbesondere der Akademie der Wissenschaften, bei ebenfalls erheblichen Personalabbau, in Blaue Liste Institute empfohlen.

Ausgehend von den Empfehlungen des Wssenschaftsrates zur Akademie der Wissenschaften hätte das Land bei den empfohlenen Stellen einen Anteil von 8,8 % (ohne vorgesehenen Transfer in Hochschul-einrichtungen), bei einem Bevölkerungsanteil von über 15 %. Zusätzlich wird gemeinsam mit dem Land Sachsen das Umweltfor-schungszentrum als GFE in Leipzig getragen, daß jedoch vorrangig durch die Umlagerung von Instituten aus anderen Regionen gebildet wurde und bei 350 empfohlenen Stellen 1993 rd. 200 Stellen besetzt hatte.

Hinsichtlich der ursprünglichen und die Struktur noch bestimmenden Branchen, vor allem der chemischen Industrie, haben sich die Disparitäten jedoch verstärkt. Von den 1991 noch in der Sektion

Tab. 1: Einrichtungen und empfohlene Stellenentwicklung der außeruniversi tären Forschung

Einrichtung	ursprüngl.	empfohl. Stellen	realis. (1992)
Inst. f. Mikrostrukturphysik	161		
- MPI		100	
- Ast. eines FhI		20	
Inst. f. Neurobiologie u.			
Hirnforschung	168	100	115
Inst: f. Pflanzengenetik u.			
Kulturpfl.forschung (Bl. Liste)	467	270	373
Inst. f. Pflanzenbiochemie			
(Blaue Liste)	162	130	90
nst. f. Wirtschaftsforschung (Blaue Liste/Umlagerung aus			
Berlin)	132	70	66
Zentrum f. europ. Aufklärung (Umlagerung aus versch. Ein-			
richtungen in Berlin) Inst. f. Gewässerforschung		35	
(Landesinstitut)	68	bis 60	

Chemie der Akademie der Wissenschaften vorhandenen 2.319 Stellen be-fand sich keine in einem selbständigen Institut des Landes. Zur Weiterführung wurden 1.747 Stellen, dar. 500 für den Transfer in Hochschulen, empfohlen. Der Transfer konnte bisher aber kaum realisiert werden. Außerdem verblieben von den 562 in Berlin vor-gesehenen Stellen (ursprünglich 1.031 nach Abzug der Überführung in ein MPI, eine Bundesanstalt für Materialprüfung und den Transfer an Hochschulen) noch 275 Stellen. Bis Ende 1993 wurden noch 287 Beschäftigte im Rahmen des WIP gefördert, von denen 91 Personen in Hochschuleinrichtungen (89) bzw. hochschulnahe For- schungseinrichtungen integriert sein sollen. In ein Chemiezentrum

wurden aber nur 152 Personen übernommen, so daß bereits 40 Stellen ersatzlos entfielen.

Als Vereine oder GmbH wurden weiterhin aus Akademieeinrichtungen, Unternehmen oder anderen Organisationsformen Einrichtungen, ebenfalls mit erheblicher Personalreduzierung, entwikkelt.

Nur in engen Grenzen kann dies durch neue Organisationsstrukturen kompensiert werden, deren Auf- und Ausbau sehr langsam vor sich geht. Für die Belebung der Innovationen sollten vorrangig mit Landesmitteln acht Innovations-, Technologie- und Gründerzentren gefördert werden, deren Aufbau- und Ausbauphase sich gegenwärtig jedoch auf 3 konzentriert. Zusätzlich wurden zur Unterstützung für Innovationen Entwicklungsgesellschaften bzw. Agenturen für Technologie- und Innovationsförderung aufgebaut, deren Arbeit sich jedoch fast ausschließlich auf die Förderberatung orientiert und die über kein eigenes, wie auch die Innovations- und Technologiezentren, Innovationspotential verfügen.

Gemessen an den für Forschung und Entwicklung je 10.000 Einwohner 1991 in der Wirtschaft und im Staatssektor in den westlichen Bundesländern Beschäftigten müßten mindestens in Sachsen Anhalt in der Wirtschaft noch ca. 20.000 Stellen und in außeruniversitären Bereich noch 3.600 Stellen vorhanden sein. Das wird bereits um mehrere tausend unterschritten.

2. Situation und vorgesehene Entwicklung der Hochschulen im Land Sachsen-Anhalt

Ende 1989 waren in den Bezirken Magdeburg und Halle (später Land Sachsen-Anhalt) 22.340 Personen an 2 Universitäten, 2 Technischen Hochschulen, 2 Hochschulen, dar. eine künstlerische, 2 Pädagogischen Hochschulen und 1 Medizinischen Akademie sowie 3.425 Beschäftigte an 18 Fachschulen tätig. 1996 sollen noch 12.555 Stellen an den Universitäten und Fach-hochschulen vorhanden sein. Es verbleiben 2 Universitäten, eine künstlerische Hochschule und 4 Fachhochschulen, die neu gegründet wurden.

Tab. 2: Entwicklung der Personalstellen nach Einrichtungsarten und Konzeptionen

Einrich- tungsart	lst 1989	MWF1	LHSK ²	MWF ³	Kabinett ⁴	
		200000			1.10.93	1.1.96
Unis u.						
Hochsch. mediz.	11.112	5.119	5.160	4.441	5.248	4.441
Einrichtgn.		4.481 -				
u. Bereiche Fach-	7.803	7.687	6.600	6.604	6.576	6.581
schulen Fachhoch-	3.425	1.126 -	-		-	-
schulen	-	1.877	2.900	1.533	955	1.533
gesamt	22.340	10.726 - 14.683	14.600	12.578	12.779	12.555

Quellen: ¹ Vorlage des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt für den den Landtagsausschuß Bildung und Wissenschaft, Dez. 1991; ²Empfehlungen der Landeshochschulstrukturkommission, April 1992; ³) Kabinettsvorlage des Ministeriums für Wissenschaft und Forschung des Landes Sachsen-Anhalt v. Nov. 1992; ⁴ Kabinettsbeschluß vom April 1993

Insgesamt soll eine Reduzierung der Arbeitsplätze auf 56,2 % eintreten, bei den Universitäten und Hochschulen auf 40 % und im medizinischen Bereich auf 84,3 %. Von den im medizinischen Bereich verbleibenden 6.604 Stellen sollen jedoch 6.024 in Wirtschaftsplänen geführt werden und nur 580 Stellen für Ausbildung und Forschung erhalten bleiben. Bei dieser Entwicklung bleiben die Beschäftigten der Fachschulen nahezu unberücksichtigt. Insgesamt stehen dann den seit 1989 im universitären Bereich. an den Hochschulen und medizinischen Einrichtungen bzw. Bereichen sowie Fachschulen 11.318 abgebauten Arbeitsplätzen 1.533 "neu" geschaffene Personalstellen an den Fachhochschulen gegenüber, von denen kaum 50 % gegnwärtig besetzt sind und bereits Reduzierungen in den Ausbauzielen angestrebt werden.

Dieser Stellenabbau spiegelt jedoch nur bedingt die Entwicklung im Hochschulwesen des Landes wider. Sie ist verbunden mit einer wesentlichen Verschlechterung der Betreuungsquote, die bei den vorgesehenen ca. 42.000 Studienplätzen und 60.000 Studenten zwar bei den Universitäten geringer als 1990 in den westlichen Bundesländern konzipiert ist. aber die bisherigen Weiterbildungs-leistungen vollkommen unzureichend berücksichtigt. Zusätzlich zu den Direktstudenten an den Universitäten und Hochschulen nahmen noch 1988 allein an der Martin-Luther-Universität, der Technischen Universität Magdeburg, der Technischen Hochschule Merseburg und der Technischen Hochschule Köthen 15.977 Personen an Weiterbildungsmaßnahmen teil. Im Durchschnitt der DDR kamen auf 100 Direktstudenten 87 Weiterbildungsteilnehmer.

Ausgehend von den an den bis 1989 vorhandenen Fach- und Hochschulen kommt es auch zu keiner nennenswerten Erhöhung der flächenbezogenen Studienplätze. Vorgesehen sind ca. 40.000 flächenbezogene Studienplätze bei erwarteten 60.000 Studenten. 1989 studierten an den Fachschulen rd. 15.000 Studenten und an den Universitäten und Hochschulen 1990 19.000. Vorgesehen ist eine grundlegende regionale Umstrukturierung, die mit der Schließung von Einrichtungen und gleichzeitigen Ausbau an anderen Standorten verbunden ist, z.B. den Aufbau von Ausbildungsrichtungen in der Landeshauptstadt bei gleichzeitiger wesentlicher Personalreduzierung für diese an der Universität Halle. So sollen an den Hochschulen (ohne Medizin) gegenüber 1989 im Raum Halle/Merseburg 44 % der Stellen, im Raum Köthen/Bernburg 45 % und im Raum Magdeburg 90 % verbleiben.

Noch gravierender sind jedoch die Umorientierungen zwischen den Ausbildungsrichtungen. So werden bei den Immatrikulationen einer- seits die Fachhochschulen prädestiniert (50 % der Studienanfäger sind konzipiert) und andererseits sind geringere Erhöhungen im vom Wissenschaftsrat anerkannten naturwissenschaftlich-technischen Studienfächern gegenüber der wirtschafts-, sozial- und rechtswissenschaftlichen Ausbildung sowie traditioneller Bereiche, wie Altertumswissenschaften, vorgesehen. Die Istentwicklung führte noch zu Überhöhungen, auch durch unreale öffentliche Orientierungen, (Tab. 3 und 4).

Tab. 3: Vergleich der Absolventen- und Studienanfängerstruktur

Fachgebiet	Absovent	enstruktur 1988	Studienanfängerstruktur		
	DDR	Sachsen- Anhalt	Sachsen- Anhalt Soll	BRD 1990/91	
Mathematik/					
Naturwiss.	5,6	9,1	16,4	18,0	
Technikwiss.	32,1	25,2	20,9	16,0	
Wirtschafts-/					
Rechts-u. So-					
zialwiss.	14,7	16,4	25,5	28,0	
Phil/Staats-/					
Kunst-/Lit/					
Sportwiss, u.a.	8,4	9,3	11,3	13,0	
Agrarwiss,	5,6	5,0	1,8	2,0	
Medizin	10,9	35,7	8,0	4,0	
Lehrer/Pädag.	20,5	30,8	16,2	17,0	
Anzahl	20.848	3.292	5.500	152.100	

Tab. 4: Struktur der Studienanfänger an der MLU

Fachgebiete	WS 1991/92	WS 1992/93
Mathe/Naturwiss.	18,7	14,8
Rechts-/Wirtschaftswiss.	39,8	32,0
Agrarwiss,	2,7	3,8
Gesch., Phil., Kultur,		
Literat.,Sprache u.a.	13,9	19,2
Erziehungswiss.	7,9	10,1
Medizin	15,4	12,4
Anzahl	2.208	1.699

Diese Orientierung führt aber dazu, daß überproportional der Personalbestand für zukunftsorientierte Innovationsfelder.

vor allem in der Industrieregion Halle-Bitterfeld-Merseburg, reduziert wird.

Tab. 5: Entwicklung der Beschäftigten in ausgewählten Fachbereichen der Martin-Luther-Universität nach der Fusion mit der TH Merseburg und PH Halle/Köthen)

Einrichtung/Fach-	Beschäftigte				
bereich	MLU	ktober 1991 TH	PH	gesamt	Soll
Biologie (TH Köthen Biochemie/Bio-	180 9		58	238	150 -)
technologie Chemie (TH Köthen	119 257 18	286	80	119 623	73 232
Pharmazie	88	-	-	88	120
Geowissensch. Physik	72 143	64	39	72 246	94 138
Verfahrenstechnik	-	263		263	139

Praktiziert wurde und wird aber zusätzlich ein Personalaustausch, der die Arbeitsfähigkeit der Wissenschaft entscheidend verringerte. Begonnen hat dies mit der "Abwicklung" von Sektionen, Fachbereichen und Instituten, die ersatzlos aufgelöst wurden, aber auch oft mit "Neugründungen" bei gleichem Aufgabenprofil und Entlassungen verbunden waren. Er setzte sich durch Kündigungen und Abberufungen auf Basis ebenfalls rechtlich bedenklicher Verfahren und Empfehlungen der Personalkommissionen fort. Als weiteres Instrument wurden außerordentliche Berufungskommissionen gebildet, die die Entscheidung über die Besetzung der Eckprofessuren (25 % der Professuren der zukünftigen Struktur) trafen und über die fachliche Eignung von Hochschullehrern und wissenschaftlichen Mitarbeitern befanden, in deren Ergebnis weitere Kündigungen erfolgten und erfolgen.

Allein an der Martin-Luther-Universität

(ohne Medizin) wurden von 366 Professoren und Dozenten im Zeitraum vom 1.9.1990 bis 16.10. 1991 114 Abberufungen realisiert, Im medizinischen Bereich wurde eine Abberufungsquote von 30 % und im nichtmedizinischen Bereich von 39 % erreicht. Im Sommersemester erfolgten im nichtmedizinischen Bereich 14 Neuberufungen, von denen 12 aus den westlichen Bundesländern kamen.

Ausgehend vom bereits erreichten drastischen Personalabbau sind auch in den Folgejahren noch umfangreiche Bedarfskündigungen oder Stellenneubesetzungen vorgesehen (MLU Ist Dezember 1993 3.500 Personen und 3.500 VbE; Soll Ende 1995 2.700 Stellen).

Der Personalaustausch ist jedoch weitaus höher, da zusätzliche Einstellungen in zu erweiternden Fachbereichen zusätzliche Reduzierungen in anderen erfordern. Eine Tätigkeit in den noch aufzubauenden Fachhochschulen ist aber auch nur begrenzt möglich, da auch Hochschulabsolventen aus Hochschulen, Unternehmen und Forschungseinrichtungen aller östlichen und westlichen Bundesländer zu berücksichtigen waren und sind.

Bei den wissenschaftlichen Mitarbeitern soll auch nach 1995 ein Personalaustausch erfolgen. Vorbereitet wurde dies durch die rechtlich bedenkliche Umwandlung unbefristeter in befristete Arbeitsverhältnisse. Gerade diese Beschäftigtengruppe, wie auch für nichtwissenschaftliche Tätigkeiten (Labor, Technik, Verwaltung, Dienstleistungen), zeichneten sich durch einen überproportionalen Frauenanteil aus (mehr als 60 %).

Von 5.189 1989 an den Universitäten und Hochschulen beschäftigten wissenschaftlichen Mitarbeitern sollen Ende 1995 noch 2.312 Stellen, dar. 48 für Lehrkräfte mit besonderen Aufgaben, erhalten bleiben. Während noch 1989 von den 5.189 Mitarbeitern 4.268 unbefristete Arbeitsverträge hatten, werden es 1996 nur noch 840 sein. Damit fehlt zukünftig der wissenschaftliche Mit-

telbau und Nachwuchs an den Hochschulen.

Darüber hinaus werden zunehmend Leistungen des Mittelbaus durch wissenschaftliche Hilfskräfte erbracht, die außerdem noch untertariflich vergütet werden. Gleichzeitig wurden die Hochschulehrer bisherigen Rechts zur Statusgruppe der wissenschaftlichen Mitarbeiter zugeordnet, deren Bestätigung als Hochschullehrer beantragt werden muß, aber Berufung nur noch teilweise möglich ist. Andererseits sollen noch mehr als 100 Stellen den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt aus Akademien des DDR im Rahmen des Wissenschaftlerintegrationsprogrammes (WIP) für die Stärkung der Grundlagenforschung zugeführt werden. Bis Mitte 1993 wurden nur 3 Besetzungen auf Stellen, davon 2 an Fachhochschulen, realisiert. Mit der weiteren Übernahme sind aufgrund der Stellenpläne jedoch weitere Entlassungen verbunden.

Dieser psychisch belastende Prozeß der Personalreduzierung und des Personalaustausch, nur als solcher ist er überwiegend der Öffentlichkeit aufgrund fehlen-

Tab. 6: Entwicklung der wissenschaftlichen Mitarbeiter an den Hochschulen des Landes Sachsen-Anhalt

		1989		Soll 1995		
	gesamt	unbefr.	befr.	gesamt	unbefr.	befr.
Univers./						
HS, ein-						
schl. Med.	5.189	4.268	921	2.264	792	1.472
FH (LbA)	-				48	48
gesamt	5.189	4.268	921	2.312	840	1.472
1989 = 100	%			44,56	19,68	159,8

der transparenter demokratischer Diskussion zur aktiven Erhaltung und Profilierung bekannt, führte nicht nur zur Zerstörung durch den Wissenschaftsrat hervorgeho-bener interdisziplinärer Arbeitsformen, zur nur noch in Rudimenten bestehenden Kooperation mit ostdeutschen Unternehmen und Einrichtungen und zu geringen öffentlich wirksamen wissenschaftlichen Aktivitäten, sondern auch zu einem Vertrauenssverlust bei den Studenten und Studienberechtigten. Nach einer wesentlichen Zunahme der Studienanfänger für das Direktstudium 1990/91 reduzierten sich diese 1992 und erreichten damit gegenüber 1989 nur noch eine Steigerung auf 104 % (118 % in Ostdeutschland gesamt). Bei einem Anteil der Landeskin-

der von 17 % am Altersjahrgang reduzierte sich der Anteil der im Land Studierenden von 16,1 % 1989 auf 14,6 %, bei einem Anteil von 30,9 % Studienanfängern an den Fachhochschulen und einer Reduzierung des negativen Wanderungssaldos zu westlichen Einrichtungen.

Die Deindustrialisierung und fehlende Alternativen für die Beschäftigung, so auch im Hochschulbereich, sind aber nicht nur entscheidende Ursachen für die geringe Anzahl Studenten (gegenüber 1989 wäre aus dem Vergleich mit den westlichen Bundesländern eine Verdopplung möglich), die wiederum die akute Gefahr der weiteren Verringerung der Beschäftigung, einschließlich des Ausbildungsprofils, bedingen.

3. Schlußfolgerungen

Die Situation der geringen Erwerbstätigkeit in Ostdeutschland und insbesondere in der wirtschaftsnahen Forschung ist Ausdruck dafür, daß sich vor allem die den Markt beherrschenden und die sozialen Probleme verursachenden Unternehmen, in noch stärkeren Maß als in den westlichen Bundesländern, ihrer Verantwortung für wirksame Innovationen zur Gewährleistung der "sozialen" Marktwirtschaft entziehen und die bisherigen staatlichen Regulierungsinstrumentarien zu unwirksam sind. Eine aktive staatliche Innovations- und Industriepolitik ist in Sachsen-Anhalt, wie in Ostdeutschland insgesamt, entscheidende Bedingung zur Wiederherstellung der Innovationsfähigkeit der Regionen geworden.

Das erfordert auch neue Forschungsinstrumentarien und -strukturen, die reproduktionsfähige Innovations- und Produktionsstandorte gewährleisten. Das sollten z.B. Forschungs- und Entwicklungseinrichtungen für zukunftsorientierte Unternehmensverbunde, aber auch für neue Beschäftigungsfelder sein.

Eine grundsätzlich neue Bedeutung müssen deshalb die Hochschulen, als Landeseinrichtungen, im Verbund mit den staatlich finanzierten außeruniversitären Forschungseinrichtungen als Trägerorganisationen erhalten. Das erfordert aber mindestens den vorgesehenen weiteren Personalabbau zu beenden, die erforderliche Finanzausstattung zu gewährleisten (sie ist gemessen am Bevölkerungsanteil in Größenordnungen bereits im Vergleich zu den westlichen Bundeslöändern zu gering) und umgehend mit dem Aufbau und der Neustrukturierung als Wissenschaftszentren zu beginnen. Das ist mit regional orientierten Entwicklungs- und Strukturkonzepten und der

Bündelung der Förderprogramme zu verbinden, an deren Erarbeitung die Beschäftigten der Wissenschaftseinrichtungen des Landes aktiv mitwirken müssen, die aber auch Erfordernisse für regionalbezogene Aufgaben der Hochschulen enthalten sollten.

Das Ziel muß darin bestehen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit nicht durch die Reduzierung der Lohn- und Gehaltskosten oder die Konzentration der Innovationspotentiale auf arbeitsplatzreduzierende Produktivitätssteigerungen zu erreichen, sondern durch sozial- und ökologieverträgliche Lebensund Produktionsformen.

Wirksam umgesetzt werden könnte dies im Land Sachsen-Anhalt durch die Verbindung der biologisch/biotechnologisch orientierten Forschungen und Entwicklungen, einschließlich der medizinischen Forschung, mit den bisher strukturbestimmenden Branchen, wie chemische Industrie, Maschinen- bau, Lebensmittelindustrie und Landwirtschaft.

Die auf Bio- und Gentechnologien ausgerichteten Blaue Liste Institute sind dabei sogar ein entscheidendes Potential in der Bundesrepublik, da sich von 6 Instituten 5 in Ostdeutschland und 3 in Sachsen-Anhalt befinden. Sie werden fast ausschließlich durch Bundes- oder Landesmittel finanziert (andere Mittel unter 10 %). Das führte wiederum zur Orientierung auf Forschungsscherpunkte westdeutscher bzw. westeuropäischer Unternehmen. So ist z.B. das Institut für Pflanzengenetik in gentechnologische Forschungs- und Entwicklungsarbeiten der Unternehmen Hoechst und Scheering einbezogen.

Weder in den Regionen (Landkreise, Regierungsbezirke), noch durch die Landesregierung sind die konzeptionellen Vorstellungen und Aktivitäten für eine aktive Strukturpolitik ausreichend. So sind die erst seit September 1993 vorliegenden Technologischen Leitlinien der Landesregierung weitesgehend nur eine Aufzählung vorhandener Innovationsmöglichkeiten, ohne sie durch nachvollziehbare Aktivitäten, Bündelungen von Fördermaßnahmen und Vernetzungen zu untersetzen. In regionalen Entwicklungsprogrammen werden Innovationsschwerpunkte kaum erwähnt.

Werner Anton, Dr. oec., ist als wissenschaftlicher Oberassistent an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, Standort Merseburg tätig Zu: Bruno W. Reimann (Gießen): "Die Habilitation in der Perspektive empirischer Studien", hochschule ost 2/1994, S. 16 - 26

Durch einen Dateikonvertierungsfehler sind in dem genannten Artikel bedauerlicherweise sämtliche Fußnoten verloren gegangen. Da diesem Vorgang auch die Fußnotenziffern im Text zum Opfer fielen, macht es keinen Sinn, die Anmerkungen als kompletten Textbaustein nachzutragen. Wenigstens jedoch sollen die Quellen und Literaturverweise genannt sein, auf die Bruno W. Reimann in seinem Beitrag Bezug genommen hatte:

Brenner, Peter J.: Habilitation als Sozialisation. In: Ders. (Hg.): Geld, Geist und Wissenschaft. Frankfurt a.M. 1993.

Fachbereich Gesellschaften der Philipps-Universität Marburg: Gutachten und Stellungnahmen im Habilitationsverfahren Dr. Reinhard Kühnl. Neuwied und Berlin 1971.

Holtkamp, Rolf; Fischer-Blum, Karin; Huber, Ludwig: Junge Wissenschaftler an der Hochschule. Bericht der Arbeitsgruppe "Lage und Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses". Frankfurt/New York 1986.

Hübner, Horst; Schindelmeister, Jochen: "Was sie wollten - was sie wurden!" Habilitationen an der Universität Münster in den 80er Jahren und beruflicher Verbleib der Habilitanden. Münster 1992.

Karpen, Ulrich in Verb. m. Manfred Borchert und Bruno W. Reimann unter Mitarb. v. Dieter Mross: Zur Lage des habilitierten wissenschaftlichen Nachwuchses. Bad Godesberg 1986.

Kossbiel, Hugo; Helfen, Peter; Flöck, Gerhard: Situation und Perspektiven der Habilitanden an bundesdeutschen Hochschulen. Hamburg 1986.

Neuordnung der Hochschullehrerbesoldung. In: Mitteilungen des Hochschulverbandes 6/1989.

Nolte, Ernst: Universitätsinstitut oder Parteihochschule? Eine Dokumentation zum Habilitationsverfahren Kühnl. Köln 1971.

Thieme, Werner: Deutsches Hochschulrecht. Das Recht der wissenschaftlichen Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland und im Lande Berlin. Berlin, Köln 1956.

Wissenschaftsrat: Grunddaten zum Alter der deutschen Hochschulabsolventen und des wissenschaftlichen Nachwuchses.

WRK: Zur Reform des Habilitationswesens. Empfehlungen der 69. Westdeutschen Rektorenkonferenz Bad Godesberg, 21. Januar 1969.

50 Jahre Habilitation von Frauen in Deutschland. Eine Dokumentation über den Zeitraum von 1920 - 1970. Bearb. v. Elisabeth Boedeker und Maria Meyer-Plath. Göttingen 1974.

Bärbel Last / Hans-Dieter Schaefer (Berlin):

Nachbetrachtung zu einer Rezension

Die Zahl der Arbeiten, die sich mit den Ausgangsbedingungen für den Transformationsprozeß in den neuen Bundesländern auf der Grundlage empirischer Forschungen zu einzelnen sozialen Bereichen befassen, ist nicht übermäßig groß. Das hat vielfältige Ursachen. Der Spezialisierungsgrad der auf den einzelnen Gebieten tätigen Wissenschaftler(gruppen) ist erheblich, und in Ostdeutschland ist das sozialwissenschaftliche Potential durch Abwicklungen schmerzhaft reduziert worden. Darüber hinaus liegt für den Sozialwissenschaftler in der Gegenwart ohnehin die Versuchung nahe, sich nach einer mehr oder weniger summarischen Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit - so sie denn erfolgt ist - der Dramatik der aktuellen Umbrüche zuzuwenden. So ist kontroverse Diskussion über vorgelegte Arbeiten nicht eben häufig.

Um so mehr ist es zu begrüßen, daß sich eine Rezension eines Kompendiums zu den Wissenschaftsbeziehungen der DDR-Hochschulen mit Osteuropa einer Erörterung aufgeworfener wichtiger und komplizierter Fragen zuwendet. Die rezensierte Arbeit war von den Autoren 1992, in einer frühen Phase der sozialen Transformation in Ostdeutschland, mit

der Zielsetzung vorgelegt worden, "die Suche nach tragfähigen Ansätzen für die Weiterführung der Zusammenarbeit (der ostdeutschen Hochschulen mit ihren osteuropäischen Partnern) zu unterstützen" (S. 2). Und in dieser Richtung bestätigt und ergänzt der Rezensent eine Reihe wesentlicher Aussagen der Autoren.

Gleichzeitig jedoch werden bei Fragestellungen, die der Rezensent anders sieht (und deren Behandlung er dann mit dem Terminus "tendenziös kommentiert" belegt), grundlegende Probleme der Analyse der DDR-Entwicklung deutlich, die weit über den speziellen Untersuchungsgegenstand hinausgehen.

Der Rezensent nimmt vor allem zwei Einschätzungen aufs Korn, die Grundfragen der historischen Aufarbeitung des DDR-Systems betreffen.

Die Autoren des Kompendiums heben

* H.-J. Schulz: Recht gut dokumentiert -tendenziös kommentiert (H.-D. Schaefer/B. Last: Die Wissenschaftsbeziehungen der Hochschulen der ehemaligen DDR mit Osteuropa. Kompendium. Projektgruppe Hochschulforschung, Berlin 1992), hochschule ost, März/April 1994, S. 125 ff.

unter den Merkmalen der auswärtigen Wissenschaftsbeziehungen der DDR zwei Charakteristika hervor, eine "übermäßige Konzentration (dieser Beziehungen) auf die ehemals sozialistischen Länder, dabei insbesondere auf die osteuropäischen," und die "starke Zentralisierung des Mechanismus der auswärtigen Wissenschaftsbeziehungen". (S. 2f.)

Der Rezensent wendet ein, daß zur Erklärung der Konzentration auf Osteuropa doch außenpolitische Gegebenheiten zu berücksichtigen seien, die der DDR keine andere Wahl gelassen hätten (Bedingungen des Kalten Krieges). Dabei erweckt die Argumentation des Rezensenten den Anschein, als ob die Orientierung auf die ehemals sozialistischen Länder und - wie es seine Darlegungen zu den "Direktbeziehungen" (vgl. S. 129) vermuten lassen - auch der Zentralismus der Regulierung überwiegend (oder ausschließlich?) extern bedingt und nicht der inneren Entwicklung geschuldet wären. Damit wird das Schwergewicht der Erklärung von Wesenszügen der sozialökonomischen und politischen Entwicklung der DDR von inneren auf externe Faktoren verschoben.

Beim Problem des Zentralismus kommt hinzu, daß der Rezensent zunächst die grundsätzlichen Aussagen der Autoren "allgemein zutreffend" nennt, dann jedoch - um seiner Argumentationslinie von der "mehr und mehr zum Etikett verkommenden Zentralismus-These" folgen zu können -, gelinde gesagt, selektiv liest.

So erklärt er dem Leser, daß den auf ministerieller Ebene vereinbarten internationalen Forschungsprogrammen "in aller Regel Vorschläge der Wis-

senschaftler zugrundelagen", die Mehrzahl der Themen "unter maßgeblicher Mitwirkung der Hochschulen sowie von wissenschaftlichen Gremien" in derartige Vereinbarungen aufgenommen wurden usw. (S. 128). Leider, so fügt er hinzu, vermisse man in dem vorgelegten Band "jegliche Hinweise auf solche Prozesse des Zustandekommens der genannten Programme" (S. 129), um daran weitere Betrachtungen über die Herangehensweise der Autoren zu knüpfen. Sollten sich diese unklar ausgedrückt haben, als sie formulierten, daß "die Vereinbarungen der höheren Ebenen gespeist (wurden) von angedachten oder bereits laufenden Kooperationen auf unterer Ebene" (S. 7)?

Zu diesem Vorgehen gehört auch, daß der Rezensent mit peinlicher Sorgfalt alle Hinweise im rezensierten Band überliest und folgerichtig auch dem Leser seines Artikels vorenthält, die Ausformungen und Modifizierungen dieser politischen Grundzüge besonders in den 80er Jahren zum Gegenstand haben ("Dabei kam es zu Gewichtsverlagerungen zugunsten westlicher Industrieländer ... " usw., Kompendium, S. 5; es "zeichneten sich deutliche Tendenzen zum Abbau der übermäßigen Zentralisierung ab ... ", Kompendium, S. 3, u. a.m.). Gegen ein vereinfachtes Bild läßt es sich eben trefflich polemisieren.

Mit einem solchen Herangehen kann man u. E. dem historischen Phänomen der Entwicklung des sozialistischen Systems in der DDR und seines Scheiterns weder auf Teilgebieten - in unserem Falle den internationalen Hochschulbeziehungen - noch im ganzen gerecht werden. Und in diesem Zusammenhang noch eine Bemerkung zum Nutzen der Zusammenarbeit, einer Frage, die im historischen Kontext nicht von der Zentralismus-Problematik zu trennen ist. Diese Frage hat darüber hinaus jedoch auch eine überaus aktuelle Bedeutung. Von ihrer Beantwortung hängt es in hohem Maße ab, ob langjährige Arbeitskontakte auch unter den neuen Bedingungen erhalten und weitergeführt werden oder nicht.

Anhand der Struktur der Kooperationen nach Wissenschaftsgebieten ficht der Rezensent die getroffene Einschätzung an, daß auf den Gebieten Mathematik/ Naturwissenschaften und Technische Wissenschaften "ein realer, die Aufwendungen am ehesten zu rechtfertigender Nutzen (der Zusammenarbeit) erwartet wurde". Im Kompendium werde dafür "eine auf angeblich ökonomischen Gesichtspunkten beruhende 'Begründung' gegeben" (S. 130 der Rezension).

Die anschließenden Darlegungen des Rezensenten zur Abstimmung der einbezogenen Hochschulkooperationen mit denen anderer Einrichtungen bzw. unter der Regie anderer Ministerien sind zweifellos zutreffend (im Kompendium wird vor allem auf die Zusammenarbeit der Hochschulen im Rahmen der Akademie-Vereinbarungen hingewiesen; vgl. S. 9 f., S. 29). Allerdings widerlegen diese nicht die von den Autoren für die einbezogenen Hochschulen (im Verfügungsbereich des Ministeriums für Hochund Fachschulwesen) vorgenommene Aussage. Zur Verdeutlichung fügen wir hier noch eine Passage aus der im Kompendium mehrfach herangezogenen "Einschätzung der internationalen Hochschulbeziehungen im Jahre 1986" an:

Die sich 1986 abzeichnende verstärkte Einbeziehung der DDR-Hochschulen in die wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit hatte zur Folge, daß sich die Einbindung der Hochschulzusammenarbeit von der kulturell-wissenschaftlichen Strecke zur wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit verschob ... Schwerpunkt wird insgesamt die Entwicklung und Durchsetzung neuer, effektiver Formen und Methoden einer ergebnisorientierten Forschungszusammenarbeit mit der UdSSR und den anderen sozialistischen Ländern sowie zur engeren Verflechtung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Hochschulen mit der wissenschaftlich-technischen und ökonomischen Zusammenarbeit der Kombinate und Produktionsvereinigungen sein ... " usw. (Hervorhebung: d. A.) Andere im Bundesarchiv zugängliche Dokumente des DDR-Hochschulwesens könnten ebenfalls wie auch Zeitschriftenartikel herangezogen werden; auch der "Arbeitsstandpunkt" von 1988 erläutert die Zielstellung einer, verstärkten Durchsetzung ökonomischer Gesichtspunkte".

Die Rezension stellt in diesem Falle Ansätze für Neuorientierungen in den internationalen Beziehungen der DDR-Hochschulen in Frage (in welchem Maße entsprechende Veränderungen tatsächlich eingetreten sind, neue Handlungsspielräume geschaffen bzw. vorhandene legalisiert wurden, das müßte im einzelnen untersucht werden). Ein solches Herangehen behindert die Klärung eines so grundsätzlichen Problems wie des Wesens und Wirkens des Zentralismus im Hochschulwesen der DDR. Das schließt auch die Frage ein, ob und wie an den DDR-Hochschulen in bestimmter

Hinsicht den veränderten Bedingungen der 70er und vor allem der 80er Jahre Rechnung getragen wurde. Letztlich verstellt eine solche Betrachtungsweise den Blick bei der Suche nach Wesenszügen und Ergebnissen der DDR-Hochschulentwicklung, an die im Verlauf der Einpassung der DDR-Hochschulen in die gemeinsame Wissenschafts- und Forschungsstruktur der Bundesrepublik in positiver Weise angeknüpft werden kann. Und dazu gehören, um zum Ausgangs-

punkt zurückzukehren, auch die Traditionen und Erfahrungen einer auf vielfältige Ergebnisse orientierten Wissenschaftszusammenarbeit mit den osteuropäischen Partnern.

Bärbel Last, Dr., und Hans-Dieter Schaefer, Prof. Dr., sind wissenschaftliche Mitarbeiter der Projektgruppe Hochschulforschung Berlin-Karlshorst

Infolge des Abdrucks zweier Texte aus Mecklenburg-Vorpommern - der Rede von Kultusministerin Steffi Schnoor zur "Hochschulreform in Mecklenburg-Vorpommern" und der Mitteilung aus gleichem Hause über die Führung der Bezeichnungen "Professor", "Dozent" und "Hochschuldozent" - im letzten Heft erhielten wir von der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde nachfolgende Erklärung mit der Bitte um Publikation zugesandt.

Erklärung der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, Berlin, Juli 1994

Das Land Mecklenburg-Vorpommern hat am 09. 04. 1994 ein neues Landeshochschulgesetz erlassen, das allen Hochschullehrern der DDR, die nach dem 9. November 1989 entlassen wurden, also auch denen, die sich in Arbeitslosigkeit oder Vorruhestand befinden sowie Rentnern, auferlegt, sich bis 30. 06. 1994 in Anträgen an Rektoren ihrer früheren Einrichtungen zu wenden und gezwungenermaßen die bislang fraglose Führung

ihrer Titel Professor, Hochschuldozent oder Dozent zu beantragen. Bedingung für die Weiterführung der Titel soll ein "vorbehaltloses Votum einer Ehrenkommission" des Landes Mecklenburg-Vorpommern sein, ansonsten "muß ein Verfahren vor einer zentralen Personalkommission des Landes" durchgeführt werden. Die Entscheidung trifft die Kultusministerin Steffi Schnoor (CDU).

Die Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V. (GBM) ruft die Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland auf, sich diesem neuen unerhörten Akt der Diskriminierung der Intelligenz der DDR entgegenzustellen.

Aus diesem Vorgehen ist zu ersehen, daß bestimmte Politiker nach wie vor keine Versöhnung wollen. Nach zahlreichen sozialen und administrativen Diskriminierungen - von Abberufungen und Arbeitsplatzverlust bis zur Strafrente - werden Entwürdigungen fortgesetzt. Und zwar wiederum rechtswidrig.

Viele der Betroffenen besitzen noch die Zusicherungen des letzten DDR-Wissenschaftsministers, "es besteht das Recht zur Führung des Titels", bzw. können sich auf entsprechende Passagen des Einigungsvertrages verufen. Hier heißt es eindeutig: "Das Recht auf Füh-

rung erworbener, staatlich anerkannter oder verliehener akademischer Berufsbezeichnungen, Grade und Titel bleibt in jedem Falle unberührt." (Art. 37)

Wir wenden uns gemeinsam mit den Erstunterzeichnern* an eine kritische Öffentlichkeit, an Wissenschaftler und Hochschullehrer, sich hinter diese Erklärung zu stellen, um bei den politischen Entscheidungsträgern der Bundesrepublik auf allen Ebenen Protest anzumelden.

* Der uns übermittelte Text führt die Erstunterzeichner nicht auf. Ein Nachsatz informiert jedoch darüber, daß "nach Angaben des Vorsitzenden der Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde, Prof. Dr. Wolgang Richter, bis Mitte August 1994 ca. 250 Wissenschaftler aus Ost und West" die Erklärung unterzeichnet haben. (Red.)

Abiturienten aus den neuen Ländern: Anhaltender Trend an die Fachhochschulen und in die Berufsausbildung

Eine anhaltend hohe Attraktivität der insbesondere "heimatlichen" - Fachhochschulen bei insgesamt rückläufiger Studierneigung und die kontinuierlich zunehmende Wahl einer Berufsausbildung sind zwei zentrale Befunde der Befragung der Abiturienten des Schuljahres 1992/93, die von der HIS Hochschul-Informations-System GmbH in Hannover jeweils ein halbes Jahr nach Abgang von der Schule durchgeführt wurde. Das wesentliche Ziel dieser vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (BMBW) geförderten Untersuchungen liegt darin, Aufschlüsse über die nachschulischen Werdegänge der Studienberechtigten in den neuen Ländern zu gewinnen - auch und gerade im Vergleich zu ihren Kollegen aus den alten Ländern. Für den Jahrgang 93 können erstmals auch repräsentative Aussagen über die nachschulische Qualifizierung von Studienberechtigten mit einer Fachhochschulreife gemacht werden.

Im Dezember 1993 waren 66% der Abiturienten 93, also der Studienberechtigten mit allgemeiner Hochschulreife, die
ihre Studienberechtigung in einem der
neuen Länder erworben haben, entweder bereits an einer Hochschule eingeschrieben oder beabsichtigten, dies zu
einem späteren Zeitpunkt zu tun. Damit
setzt sich der seit dem Abiturienteniahr-

gang 91 beobachtbare Trend kontinuierlich rückläufiger Studienneigung (Brutto-Studierquote) nicht nur fort, sondern beschleunigt sich sogar etwas im Vergleich zu den früheren Jahrgängen. Bei den Abiturienten 90 waren es noch 78%. bei den 91ern 74% und bei den Abiturienten 92 72%. Aufgrund dieses Rückgangs liegt die Studienneigung der Abiturienten aus den neuen Ländern nun deutlich unterhalb des Niveaus der Abiturienten aus den alten Ländern (Jahrgang 92: 76%). Bei den Abiturienten des Jahrgangs 1990 waren die Studierquoten noch praktisch gleich hoch (78% vs. 77%). Diese Rückläufigkeit der Brutto-Studierquote ist sowohl bei Männern als auch - stärker noch - bei Frauen zu beobachten.

Die erstmals in den neuen Ländern erhobene Brutto-Studierquote für Schulabsolventen mit Fachhochschulreife beträgt 65%, also praktisch genau so hoch wie die der Abiturienten, aber 4 Prozentpunkte weniger als für die entsprechende Gruppe aus den alten Ländern (Jahrgang 92).

Hinsichtlich der gewählten Hochschulart bzw. der angestrebten Studienabschlüsse ist die wohl augenfälligste Entwicklung die schnell gestiegene und mittlerweile über dem West-Niveau (16% vs.

12%) liegende Wahl von Fachhochschulgängen durch Studienberechtigte mit allgemeiner Hochschulreife und der damit korrespondierende Attraktivitätsverlust der summierten universitären Abschlüsse (Abiturienten 91: 65%, Abiturienten 93: 50%, alte Länder: 64%), Festzuhalten ist in diesem Zusammenhang, daß der o.g. Rückgang der Studienneigung ausschließlich zulasten der universitären Studiengänge geht, M.a.W.: Die Attraktivität der universitären Studiengänge unterliegt im Entscheidungsprozeß der nachschulischen Ausbildungswahl einem doppelten Erosionsprozeß: sinkende Studienneigung einerseits und zunehmende Orientierung auf Fachhochschulstudiengänge andererseits. Dabei ist - im Gegensatz zu den Universitäten - das Potential an Interessenten für ein Studium an Fachhochschulen bislang nur zum kleineren Teil ausgeschöpft. Denn von allen Abiturienten 93 aus den neuen Ländern haben zusätzlich 40% ein Fachhochschulstudium als Alternative zu der von ihnen tatsächlich begonnenen Tätigkeit anfänglich ernsthaft erwogen. Hinsichtlich eines Universitätsstudiums gilt dies nur für 23%.

Der Anteil der Abiturienten, die sich ein halbes Jahr nach Schulabgang in einem beruflichen Ausbildungsverhältnis befanden, stieg zwischen den Jahrgängen 90 und 93 um mehr als das Doppelte von 16% auf 34% an. Weitere 7% des Jahrgangs 93 wollen demnächst eine Berufsausbildung beginnen; ein Anteil von zusätzlich 24% hat eine berufliche Ausbildung ursprünglich als Alternative erwogen. Besonders beliebt sind - wie in den alten Ländern - die betrieblichen Ausbildungen im dualen System. Eine hohe, deutlich über dem Westniveau liegende Attraktivität haben aber auch

die sog. Beamtenausbildungen; dies gilt besonders für weibliche Studienberechtigte sowohl mit allgemeiner wie mit Fachhochschulreife. Bemerkenswert ist auch, daß bei den Abiturienten 93 - deutlich anders als in den alten Ländern üblichdie Quoten des direkten, d.h., sechs Monate nach dem Schulabgang bereits erfolgten Übergangs in eine Berufsausbildung erstmals höher ist als die der direkten Studienaufnahme.

Von den Abiturienten 93 aus den neuen Ländern, die sich entschieden haben zu studieren, wählten 60% als Studienort eine Hochschule des Bundeslandes, indem sie auch die Hochschulreife erworben haben. Damit liegt die "Verbleibs-Quote" um 17 Prozentpunkte über der des Jahrgangs 91, für den die bisher niedrigste landesspezifische Brutto-Studierquote ermittelt wurde (43%). Kontinuierlich gewachsen und mittlerweile überdurchschnittlich hoch ist die "Verbleibsquote" bei den Abiturienten, die einen Fachhochschulstudiengang gewählt haben (68%). Der Anstieg des Anteils der Studienberechtigten, die zum Studium in ihrem "Heimatland" bleiben wollen, ging - bei Konstanz der Wanderung an eine Hochschule in einem anderen der neuen Länder - ausschließlich zulasten der "West-Wanderer"-Quote. Nun haben nur noch 19% der studienwilligen Abiturienten (23% derjenigen mit Fachhochschulreife) eine in den alten Ländern liegende Hochschule gewählt. Damit verfestigt sich die bereits bei der vorhergehenden Untersuchung gewonnene Einschätzung, daß der Höhepunkt der "West-Wanderung" der ostdeutschen Studienberechtigten überschritten ist.

(Hochschul-Informations-System)

"Centers of Excellence" an ostdeutschen Hochschulen Die ersten sieben Innovationskollegs werden eingerichtet

Der Hauptausschuß der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) hat am 22. Juni 1994 die Einrichtung von sieben Innovationskollegs beschlossen. Dieses neue Förderprogramm wurde speziell für die neuen Bundesländer entwickelt. Es wird aus Sondermitteln des Bundesministeriums für Forschung und Technologie (BMFT) finanziert. Zugesagte Mittel in Höhe von bislang 24,6 Millionen DM ermöglichen die Förderung der sieben Kollegs für die Jahre 1994 bis 1997.

Innovationskollegs sollen die Strukturen für die Forschung an den Hochschulen des neuen Bundesgebietes verbessern und damit die Leistungsfähigkeit der Hochschulen stärken. In den Kollegs werden Gruppen von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern mit innovativen Forschungskonzepten gefördert. Neben der Strukturerneuerung sind die interdisziplinäre Zusammenarbeit und der Anschluß an den internationalen Stand der Forschung Ziele des neuen Programms. Die Mitarbeit auswärtiger und ausländischer Forscherinnen und Forscher in den Innovationskollegs ist daher ein zentrales Element, Zudem soll die Zusammenarbeit der Hochschulen mit außeruniversitären Institutionen - einschließlich der Industrie gestärkt werden.

Die Förderungsmaßnahme "Innovationskollegs" hat in den neuen Bundesländern großes Interesse gefunden. 65 Initiativen wurden der DFG vorgelegt, die in 15 Anträgen mündeten. Mit der Einrichtung von sieben Kollegs sollen "Centers of Excellence" entstehen, also wissenschaftlich herausragende Forschergruppen, von denen Impulse und Ermutigung für die Forschung erwartet werden.

Das "Ökologische Entwicklungspotential der Bergbaufolgelandschaften im Lausitzer Braunkohlerevier" will das Innovationskolleg an der Technischen Universität Cottbus untersuchen. Das Kolleg greift ein spezifisches Problem der Region auf. Neben deutschen und amerikanischen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sind daher auch polnische Gruppen beteiligt, die - geographisch benachbart-, sich mit ähnlichen Problemen befassen. Die Gestaltung und Nutzung von Bergbaufolgelandschaften sind mit Blick auf die künftige Anwendung von Rekultivierungsmaßnahmen von überregionaler Bedeutung.

Ziel des Innovationskollegs "Glaskeramik mit neuen Eigenschaften" an der Universität Jena ist die Erschließung neuer Eigenschaften glaskeramischer Werkstoffe. Hierbei stehen elektrische, magnetische, mechanische und thermische Eigenschaften im Vordergrund. Großen Anteil am geplanten Projekt hat die Herstellung der sogenannten gerichteten Glaskeramiken. Hierdurch soll der Zugang zu einer bisher nahezu unbekannten beziehungsweise stark vernachlässigten Werkstoffklasse eröffnet werden.

Den Methoden und Materialsystemen für den Nanometerbereich widmen sich Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau. Anliegen dieses Innovationskollegs ist es, eine breite Klasse von Materialsystemen mit typischen Strukturabmessungen im Nanometerbereich zu erforschen. Davon werden wesentliche Impulse für die seit langem anerkannte Festkörperforschung in Chemnitz erwartet.

Mit "Formalen Modellen kognitiver Komplexität" will sich das Innovationskolleg der Universität Potsdam befassen. Die Verknüpfung der Disziplinen Mathematik, Theoretische Physik, Psychologie und Allgemeine Sprachwissenschaft ist für Deutschland noch einzigartig. Naturund geisteswissenschaftliche Forschung werden hier integriert. Spracherwerb bei Kindern, Sprachentwicklung im hohen Alter, die Belastung des Arbeitsgedächtnisses sowie Vorgange bei der Koordination und Synchronisation motorischer und sprachlicher Leistungen sind Beispiele für die Arbeit des Innovationskollegs.

An der Humboldt-Universität in Berlin wird ein Innovationskolleg "Theoretische Biologie" eingerichtet. Im Laufe ihrer Geschichte entstand in der Biologie ein so komplexes gedankliches Fundament, daß eine Teilung von experimenteller und theoretischer Forschung erforder-

lich wurde. In Deutschland sind zur Zeit die theoretischen Biowissenschaften nicht institutionalisiert. Dieses Defizit möchte das Innovationskolleg überwinden. Die Wissenschaftler wollen Regeln und Strategien der Evolution auf molekularer und zellulärer Ebene untersuchen. Auch die Funktionsstruktur neuronaler Systeme, ein weiterer Schwerpunkt, wird im Kolleg bearbeitet. Diese bekommt - infolge ihrer Mittlerrolle zwischen Organismus und Umwelt - eine immer größere Bedeutung.

An der Universität Magdeburg wird das Innovationskolleg "Analyse und Interpretation von Bildinformationen auf verschiedenen Organisationsebenen biologischer Systeme" eingerichtet. Veränderungen an der Oberfläche von T-Lymphozyten, Sekundärschaden im Zentralnervensystem, morphologische Änderungen von Nervenzellen bei Lernprozessen und die Rolle des Calciums im Nervensystem sollen erforscht werden. Grundidee des Kollegs ist dabei, aus der neuartigen Analyse biologischer Muster neue funktionelle Bedeutungen zu interpretieren.

"Neue Polyoermaterialien durch gezielte Modifizierung der Grenzschichtstrukturen/Grenzschichteigenschaften in heterogenen Systemen" werden an der Universität Halle-Wittenberg entwickelt. Diese Materialien sollen als innovative Werkstoffe Anwendung finden. Die Aufklärung der physikalischen Mikromechanismen ermöglicht, Grenzschichten und Polymersysteme zu modifizieren, um damit deren Eigenschaften zu verbessern.

(Deutsche Forschungsgemeinschaft)

MPG gründet neue Institute in Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern

Der Senat der Max-Planck-Gesellschaft zur Förderung der Wissenschaften e.V. (MPG) hat auf seiner Sitzung am 9. Juni 1994 anläßlich der 45. Ordentlichen Hauptversammlung der MPG in Göttingen die Gründung zweier weiterer Forschungseinrichtungen in den neuen Ländern beschlossen:

- ein Max-Planck-Institut f
 ür Gravitationsphysik in Golm bei Potsdam,
- ein Teilinstitut des Garchinger Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik in Greifswald.

Damit erhöht sich die Zahl der Forschungseinrichtungen der Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Ländern auf zehn.

Die Gründung eines Max-Planck-Instituts für Gravitationsphysik wurde von der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion der Max-Planck-Gesellschaft empfohlen, weil im Vergleich zu den intensiven und vielseitigen internationalen Aktivitäten auf diesem Gebiet in Deutschland eine empfindliche Forschungslacke bestehe. Zwar existierten an einzelnen Universitäten kleinere, verteilte Forschungsgruppen, doch gebe es keine Einrichtung, die sich dezidiert diesem Forschungsthema widme.

Das neue Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik soll aus drei Abteilungen bestehen und sich schwerpunktmäßig mit folgenden Themen befassen: Physikalische Grundlagen und mathematische

Methoden der Allgemeinen Relativitätstheorie. Ziel sind weitere physikalische Anwendungen dieser Theorie und Klärung von Fragen wie: unter welchen Bedingungen bilden sich Singularitäten des Gravitationsfeldes, wann entstehen bei Kollapsvorgängen Schwarze Löcher? Quantentheorie und Gravitation. Die Allgemeine Relativitätstheorie beschreibt erfolgreich Raumzeitstruktur und Gravitation im makroskopischen Bereich, die Quantenfeldtheorie erfaßt Struktur und Verhalten der Materie im mikroskopischen Bereich. Ziel der Forschung ist eine Vereinigung von Relativitäts- und Quantentheorie - also ein theoretisches Modell, das beide Theorien beibehält, die Divergenzen zwischen ihnen aber beseitigt. * Beobachtungsorientierte Gravitationstheorie. Hier soll vor allem an einer Theorie der Gravitationswellen gearbeitet werden, die sowohl Modelle für die Quellen solcher Wellen enthält (Supernovae, Doppelsternsysteme, Neutronensternbeben usw.) als auch die Eigenschaften und das Ausbreitungsverhalten solcher Wellen beschreibt. Diese Forschung sollte in enger Kooperation mit dem Max-Planck-Institut für Quantenoptik in Garching betrieben werden, das seit Jahren an einem Gravitationswellendetektor arbeitet, der wahrscheinlich in Niedersachsen errichtet wird.

Das Max-Planck-Institut für Gravitationsphysik wird nur über vergleichsweise wenige Dauerstellen für Wissenschaftler verfügen, aber mit einer größeren Zahl von Positionen für Gastprofessoren und Nachwuchswissenschaftler ausgestattet sein. Als Standort ist der geplante MPG-Campus in Golm bei Potsdam vorgesehen.

Die Gründung eines Teilinstituts des Garchinger Max-Planck-Instituts für Plasmaphysik (IPP) in Greifswald, die ebenfalls von der Chemisch-Physikalisch-Technischen Sektion der MPG empfoh-Ien wurde, soll den Weg eröffnen, eine der beiden am IPP untersuchten Forschungslinien für einen künftigen Kernfusions-Reaktor - das Tokamakprinzip und das Stelleratorprinzip - in den neuen Ländern weiter zu verfolgen. Parallel dazu konnte damit an der Universität Greifswald ein Schwerpunkt Fusionsforschung und -technologie etabliert und die Bewerbung Greifswalds als Standort des geplanten "International Thermonuclear ExperimentalReactor" (ITER) mit einem passenden akademischen Umfeld unterstützt werden.

Vorgesehen ist, die Stelleratorlinie in Greifswald weiterzuentwickeln und dort das mit europäischer Beteiligung geplante Experiment Wendelstein 7-X (das Nachfolgeexperiment des in Garching erfolgreich erprobten Wendelstein 7-AS) aufzubauen. Ziel dieses Experiments soll sein, ein heißes und dichtes Plasma mit

einer Temperatur von etwa 50 Millionen Grad zu erzeugen und es durch magnetische Felder rund 20 Sekunden lang kontrolliert einzuschließen, damit das Verhalten des Plasmas erforscht und das Reaktorpotential dieser Linie abgeschätzt werden kann.

Die wissenschaftliche Betreuung des Experiments am Institut sollte durch zwei Bereiche für experimentelle Plasmaphysik und einen Bereich für theoretische Plasmaphysik erfolgen. Um parallel zum Aufbau des Wendelstein 7-X die Plasmaphysik auch an der Universität Greifswald zu etablieren, wird vorgeschlagen, die für das Teilinstitut des IPP vorgesehenen wissenschaftlichen Direktoren gleichzeitig an die Ernst-Moritz-Arndt-Universität berufen zu lassen.

Über die Einrichtung weiterer MaxPlanck-Institute auf chemisch-physikalisch-technischen, biologisch-medizinischen und geisteswissenschaftlichen Gebieten finden in den entsprechenden Sektionen der MPG intensive Beratungen statt. Bis zum Ende des Jahrzehnts will die Max-Planck-Gesellschaft in den neuen Ländern auf einen Bestand von – je nach Größe der zu gründenden Einrichtungen - fünfzehn bis zwanzig Max-Planck-Insituten kommen und damit eine vergleichbare Institutsdichte wie im alten Bundesgebiet erreichen.

Michael Globig (München)

Bereits 1874 wurde das Astrophysikalische Observatorium als erstes der Königlich Preussischen Observatorien auf dem Telegrafenberg gegründet. Bis 1892 schlossen sich die Gründung der Observatorien für Magnetismus und Meteorologie an. Im gleichen Jahr zog das bereits 1870 in Berlin gegründete Königlich Preussische Geodätische Institut in sein neues Gebäude auf dem Telegrafenberg um. 1969 faßte dann die ehemalige DDR im Zuge der Reform der Akademie der Wissenschaften hier ihre geowissenschaftliche Forschung im Zentralinstitut für Physik der Erde (ZIPE) zusammen.

Als nach der Wiedervereinigung das wissenschaftliche Potential der Zentralinstitute der Akademie der Wissenschaften der DDR evaluiert wurde, hat der Wissenschaftsrat die am ZIPE geleistete Arbeit als gut eingestuft. Das Ergebnis war, daß bereits zum 01. 01. 1992 vier neue Einrichtungen ihre Arbeit auf dem Telegrafenberg aufnehmen konnten:

- die Forschungsstelle Potsdam des Alfred-Wegener-Instituts für Polar- und Meeresforschung (AWI),
- das Astrophysikalische Institut Potsdam (AIP),
- das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) und
- das Geo-Forschungs-Zentrum Potsdam (GFZ), eine der drei neuen Groß-

forschungseinrichtungen in den neuen Bundesländern.

Vor allem die größte dieser vier Einrichtungen, das GPZ, führt die geowissenschaftliche Tradition des Telegrafenbergs fort und arbeitet dabei eng mit den Hochschulen zusammen.

Entsprechend der Konzeption aller neuen Großforschungseinrichtungenist das GFZ relativ klein und themenzentriert. Unter einem Dach sind alle Geodisziplinen wie Geodäsie, Geophysik, Geologie, Mineralogie und Geochemie vereint. Neben dieser Interdisziplinarität in der Grundlagenforschung sind der Anwendungsbezug und die Vorsorgeforschung Programm. So widmet sich das GFZ der Erforschung der geothermischen Energie und der Lagerstättenprospektion und beteiligt sich an den internationalen Aktivitäten im Rahmen der Internationalen Dekade zur Verhütung von Naturkatastrophen (IDNDR) der Vereinten Nationen. Es arbeitet mit den osteuropäischen Ländern zusammen und spielt eine besondere Rolle bei der Unterstützung des know-how-Transfers zur Sicherung wertvoller geowissenschaftlicher Daten.

Allerdings ist es mit der Ansiedlung von vier neuen außeruniversitären Einrichtungen mit mehr als 600 Mitarbeitern auf dem Telegrafenberg eng geworden: Vor allem Räume für die Arbeit mit speziellen technischen Geraten fehlen.

Das BMFT hat daher im Einvernehmen mit dem Land Brandenburg entschieden, daß das GFZ, als die weitaus größte Einrichtung mit dem größten und vielfältigsten Bedarf, einen Neubau erhalten soll. Dadurch wird auch für die anderen Einrichtungen mehr Platz in den historischen und noch nutzbaren Gebäuden geschaffen. Die Zeit der Provisorien mit Baracken und Containern dürfte also bald zu Ende gehen.

Die Kosten für den Neubau werden ca. 83 Mio. DM betragen, von denen das BMFT 72 Mio. DM und das Land Brandenburg 11 Mio. DM - unter Einbeziehung von Mitteln aus dem Investitionssonderprogramm - finanzieren wird. Außerdem ist ein weiteres Gebäude geplant, das zentrale Einrichtungen wie Hörsäle und Kantine aufnehmen soll. Die Bauzeit des GFZ-Neubaus soll 30 Monate betragen; das Gebäude sollte also 1997 bezugsfertig sein.

Der Architektenentwurf ordnet den Neubau am Nordrand des "Wissenschaftsparks Albert Einstein" in einer Mulde zwischen dem Telegrafenberg und dem Brauhausberg an. Dadurch wird der dominierende Eindruck der historischen Gebäude auf dem Telegrafenberg nicht beeinträchtigt. Auch die äußere Form und die Fassadengestaltung soll sich an den vorhandenen Gebäuden orientieren, so daß insgesamt ein harmonischer Gesamteindruck entsteht.

Dabei sind insgesamt 8.700 Beschäftigungsmöglichkeiten entstanden. Die Stellen sind im Schnitt zu ca. 90 % mit Mitarbeitern der ehemaligen Institute der Akademie der Wissenschaften (AdW) der DDR besetzt.

Von den 133 Wissenschaftlern des GFZ, die Planstellen haben, stammen 77 aus den neuen Bundesländern, also im wesentlichen aus dem ehemaligen ZIPE. Insgesamt hat das GFZ derzeit 458 Mitarbeiter einschließlich Annex- und Drittmittelpersonal; davon stammen 306 aus den neuen Bundesländern. Von den Leitungspersonen sind 10 in gemeinsamen Berufungen mit Hochschulen bestellt worden (6 gemeinsam mit der Universität Potsdam, 4 gemeinsam mit der Freien Universität Berlin).

Das BMFT fördert die institutionelle Forschung in den neuen Bundesländern 1994 mit rund 830 Millionen DM. Das entspricht einer überproportionalen Steigerungsrate von ca. 13 % gegenüber dem Vorjahr. Dem GFZ stehen 1994 74,4 Mio. DM als Grundfinanzierung zur Verfügung, von denen das BMFT ca. 67 Mio. DM (90 %) trägt.

(BMFT)

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung, auf Beschluß des Sächsischen Landtages am 17. Juni 1993 gegründet, schloß am 20. Juni 1994 eine Vereinbarung über die Zusammenarbeit mit der Technischen Universität Dresden ab. Die Vereinbarung wurde vom Sächsischen Wissenschaftsminister Hans Joachim Meyer, dem Rektor der TU Dresden, Günther Landgraf und dem Gründungsdirektor, Alexander Fischer, unterzeichnet.

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung i. G. (HAIT) und die TU Dresden legen in der Vereinbarung fest, ihre Forschungsprogramme und die wissenschaftliche Arbeit gemeinsam abzustimmen, Der Direktor des HAIT wird auf der Grundlage einer besonderen Vereinbarung zwischen den beiden Einrichtungen gemeinsam berufen und ist zugleich Mitglied des Lehrkörpers der TU Dresden. Um die gegenseitige Unterstützung in Lehre und Forschung zu befördern, können wissenschaftliche Mitarbeiter mit Lehraufgaben für die Institute der Philosophischen Fakultät betraut werden. Andererseits wird das HAIT Doktoranden,. Diplomanden und Praktikanten der TU betreuen. Beide Einrichtungen stimmen ihre Investitionsvorhaben ab, um eine optimale Nutzung der Forschungsausrüstungen zu erreichen. Die Vereinbarung schafft die Voraussetzung dafür, daß das HAIT Bibliotheks-, Arbeits- und Archivräume der TU Dresden nutzen kann.

Das Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung widmet sich der Aufgabe, politische und gesellschaftliche Strukturen der NS-Diktatur und des SED-Regimes zu erforschen und ihre Folgen für die Entwicklung Deutschlands zu untersuchen. Entsprechend seinem Auftrag betreibt es zeitgeschichtliche Forschung und Widerstandsforschung über Formen von Gewaltherrschaft auf deutschem Boden. Die Wissenschaftler des HAIT werden das Schicksal von Opfern der NS-Dikatur, der Sowjetischen Besatzungsmacht und des SED-Regimes untersuchen, die Opferverbände unterstützen sowie die Ergebnisse ihrer Forschungstätigkeit anderen Hochschulen, Lehrerbildungseinrichtungen und den Schulen zur Verfügung stellen. Die politische Unabhängigkeit des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung wird in seiner Satzung verankert.

(Sächs. Staatsministerium für Wissenschaft und Kunst)

100 Jahre Ingenieurausbildung in Ilmenau Wissenschaftsminister Dr. Fickel: "TU Ilmenau wird wissenschafts- und technologieorientiertes Zentrum Thüringens!"

"Von der Landesregierung wurden in den vergangenen vier Jahren in Ilmenau wesentliche Voraussetzungen geschaffen, um in Zukunft eine hochwertige Grundlagenforschung, einen direkten und schnellen Wissens- und Technologietransfer mit einer guten Ausbildung der Studierenden zu gewährleisten und die Verkehrsanbindung Ilmenaus zu verbessern", erklärte Thuringens Wissenschaftsminister, Dr. Ulrich Fickel (F.D.P.), anläßlich der stattfindenden Festveranstaltungen "100 Jahre Ingenieurausbildung in Ilmenau". "Die Absolventen der Technischen Universität genießen in der ganzen Bundesrepublik einen guten Ruf und haben deshalb Chancen auf dem Arbeitsmarkt". Von den derzeit rund 2.700 Studenten stammen knapp 10 % aus den alten Bundesländern, weitere 10 % sind ausländische Studierende.

Der Minister zog eine Bilanz der Umstrukturierung der Technischen Universität Ilmenau. Durch den Aufbau der Wirtschaftswissenschaften und den Ausbau der Fakultät Maschinenbau (Studiengang Maschinenbau seit 1990) sowie Informatik und Automatisierung (Studiengang Informatik seit 1989) habe sich die Einrichtung von einer spezialisierten Hochschule zur "Technischen Universität" entwickelt. Mit dem Beschluß, in Jena Technikwissenschaften abzubauen und die Ausbildung in

Ilmenau zu konzentrieren sei eine wichtige strukturpolitische Entscheidung für den gesamten Südthüringer Raum gefallt worden, resümierte der Minister. Mehr als 40 Mio. DM flossen seit 1991 in die Grundsanierung einzelner Gebäude, den Erwerb von Geräten, in den Umbau und kleinere Neubaumaßnahmen sowie in die Büchergrundbestände. Die Universität verfügt jetzt über rund 1.000 Computer, die bereits weitgehend an das Rechnercampusnetz "THILAN" angeschlossen sind. Damit besitzt die TU eine der modernsten technischen Ausstattungen in der Bundesrepublik.

Bauliche Sanierungsmaßnahmen im Gesamtumfang von 23 Mio. DM sind im Jubiläumsjahr begonnen worden. In den 24. Rahmenplan sind nach den Empfehlungen des Wissenschaftsrates Bauvorhaben mit einem Gesamtkostenumfang von 142 Mio. DM für die TUI aufgenommen worden. Dazu gehören beispielsweise der Neubau der Wirtschaftswissenschaften, die Grundsanierung des Kirchhoffbaus, des Helmholtzbaus und des Faradaybaus. Die Grundsanierung Hörsaalanbau und Umwidmung des Curiebaus für die Fakultät Mathematik und Naturwissenschaften für 17 Mio. DM ist seit einem Jahr genehmigt und die Grundsanierung und Umwidmung der Maschinenhalle für 10,3 Mio. DM ist im Haushalt 1995 angemeldet.

Im Bereich der Forschung erhält die TU Ilmenau einen überproportional hohen Anteil der Projektfördergelder. 1993 wurden beispielsweise 31 Projekte mit einem Umfang von rund 2,7 Mio. DM gefördert. Dies war etwa ein Drittel aller an Thüringer Hochschulen und Forschungseinrichtungen geförderten Projekte. Im ersten Halbjahr 1994 sind bereits für 28 Projekte mehr als 1,9 Mio. DM aufgewendet worden (zum Vergleich FSU Jena: 20 Projekte mit 1,1 Mio. DM).

Modellversuche, wie der im Wintersemester 1993/94 begonnene für "Elektronische Medientechnik", werden durch Mittel von Bund und Land mit hoher technischer Ausstattung versehen und gemeinsam gefördert. "Die TU Ilmenau wird sich weiter zu einem wissenschafts- und technolgieorientierten Zentrum Thüringens entwickeln und entscheidende Impulse, auch für die wirtschaftliche Entwicklung der Region geben", bekräftigte der Minister.

Die personelle und fachliche Erneuerung an der Universität ist nahezu abgeschlossen. Anfang 1994 waren 62 C4- und C3-Professoren, 383 befristete und unbefristete wissenschaftliche Mitarbeiter sowie rund 150 über Drittmittel beschäftigte Mitarbeiter an der Universität tätig. Dies bedeutet ein sehr günstiges Betreuungsverhältnis, das neben den guten Studienbedingungen (Wohnheimplätze, kulturelles Umfeld) als Hauptgrund für die Beliebtheit der Universität bei den Studierenden zu nennen ist. Minister Dr. Fickel wünschte der Universität abschließend zum Jubiläum, "...daß auch in 50 Jahren die Ingenieurausbildung von Ilmenau einen solch guten Ruf wie heute haben wird".

(Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst)

Pädagogische Hochschule Erfurt/Mühlhausen: Rektorbericht 1993/94

Auf seiner 5. Sitzung beriet das Konzil der PHEM den Bericht des Rektors für die Jahre 1993/94. In seinen Ausführungen ging der Rektor der Pädagogischen Hochschule, Prof. Dr. Pommer, sehr ausführlich auf die Personalsituation an der PHEM und hier speziell auf die Diskussionen um den Vorschlag der Hochschule zur Stellenbewirtschaftung bis zum Jahr 2000 ein und wies öffentlich gemachte Forderungen zurück, da sie den derzeitigen Realitäten in keiner Weise Rechnung tragen. Bei Fragen zur Übernahme der Aufgaben der PHEM durch die Universität Erfurt verwies der Rektor auf den Antrag an den Wissenschaftsrat und dessen endgültige Entscheidung im Herbst. Die Übernahme der Verwaltung der PH in die Uni bezeichnete er als geklärt. In der Diskussion gab es Anfragen zum Stellenplan, zum Konzept der Naturwissenschaften, zur Vorgehensweise bei deren Erstellung, zur Bibliothek und zur Forschung. Im einzelnen führte der Rektor u.a. aus:

Die Entwicklung der Hochschule im Berichtszeitraum war geprägt von folgenden wesentlichen Ereignissen:

- Abschluß der Umbruchphase der PHEM durch Neuwahl aller Kollegialorgane, des Rektors und der Prorektoren bei gleichzeitiger Umstrukturierung der bisherigen zehn Fachbereiche in vier Fakultäten und 24 Institute (Anhang 1), Verabschiedung der Grundordnung der Hochschule;
- Abschluß der fachlichen und persönlichen Evaluation des wissenschaftlichen Personals der Hochschule und letztendliche Übernahmeentscheidungen des Ministers für Wissenschaft und Kunst in die neue Personalstruktur im August 1993;
- Verabschiedung des Gesetzes zur Gründung der Universität Erfurt in Verbindung mit den Empfehlungen des Strukturausschusses der Gründungskommission im Januar 1994 und dem Antragspapier des Freistaates Thüringen zur Gründung der Universität Erfurt beim Wissenschaftsrat im April 1994;
- 4. Verschärfung der Rahmenbedingungen für die Personalentwicklung der Hochschule durch arbeitsrechtliche Probleme beim Personalabbau, Verfügung eines zusätzlichen Stellenabbaus für das Haushaltsjahr 1994 und negative Entwicklung der Bewerberzahlen für die grundständigen Lehramtsstudiengänge.

Im Ergebnis der fachlichen und persönlichen Evaluation wurden 24 Hochschullehrer zur Überleitung auf C4/C3-Universitätsprofessuren (7 C4 und 17 C3) empfohlen. 17 habilitierte Mitarbeiter wurden zur Überleitung auf eine C2-Stelle und 141 wissenschaftliche Mitarbeiter zur Übernahme auf eine unbefristete (92) bzw. befristete (49) Stelle empfohlen. Gleichzeitig war damit entschieden, daß 74 noch an der Hochschule tätige wissenschaftliche Mitarbeiter nicht übernommen werden konnten (im nichtwissenschaftlichen Bereich waren es 39 Beschäftigte) und ihnen "mangels

Bedarf" zu kündigen war. Die soziale Abfederung dieser Personalmaßnahmen gestaltete sich außerordentlich schwierig, zumal der Kündigungsgrund "mangels Bedarf" nach dem Einigungsvertrag zum Ende des Jahres 1993 entfiel.

Zum Abschluß des Jahres 1993 belastete die Hochschule ein Überhang von 36,3 Stellen im BAT Ila-Bereich, der sich durch eine weitere durch den Haushalt 1994 verfügte Stellenreduzierung auf 56,3 Stellen zu Beginn des Jahres 1994 entwickelte. Damit waren der Hochschule alle Möglichkeiten einer sinnvollen Personalpolitik bis hin zur Besetzung dringend notwendiger Professuren zur Absicherung der Lehre in den neu aufzubauenden Bereichen genommen. Der am 28.8.93 verfügte Erlaß des MWK zur Stornierung sämtlicher Neueinstellungen besiegelte die nunmehr eingetretene personalpolitische Agonie der Hochschule. Die inzwischen erfolgte Freigabe einzelner Hochschullehrerstellen (auf begründeten Einzelantrag) hat punktuelle Erleichterung gebracht, löst aber die grundsätzlichen Probleme auf absehbare Zeit nicht.

Das Gesetz zur Gründung der Universität Erfurt vom Dezember 1993 und die Empfehlungen des Strukturausschusses der Gründungskommission halten eine Einbindung der PHEM mit ihrem verbliebenen bzw. neu hinzugewonnenen wissenschaftlichen und sachlichen Potential auf der Grundlage einer Fach-zu-Fach-Zuordnung und Bildung einer Fakultät für Erziehungswissenschaften für sinnvoll. Das läßt auf die seit langem von der Hochschule geforderte Perspektive und gleichzeitig auf den Ausweg aus der oben geschilderten Situation hoffen.

Die laufenden Gespräche mit dem im Februar 1994 vom Minister für Wissenschaft und Kunst berufenen Gründungsbeauftragten für die Universität Erfurt, Herrn Dr. K.-D. Wolff, sowie mit dem Vorsitzenden des Strukturausschusses der Gründungskommission, Herrn Prof. Dr. H. Lubbe, die alle sehr konstruktiv und sachlich verliefen, bestätigten diese Erwartungen. Bezüglich der weiteren Perspektive der Hochschulbibliothek und ihres Personals sowie möglicher und sinnvoller Modalitäten einer Fach-zu-Fach-Zuordnung des wissenschaftlichen Personals der Philologischen und Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Pädagogischen Hochschule wurden wichtige und notwendige Vorabsprachen getroffen. Eine Regelung zur Wahrnehmung des Promotionsrechtes der Hochschule im Rahmen der Universität Erfurt konnte ebenfalls vereinbart werden.

Völlig unbefriedigend dagegen ist die Situation der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Pädagogischen Hochschule. Jedes der vier Institute der Fakultät (Institut für Biologie, Institut für Chemie, Institut für Mathematik und Informatik, Institut für Physik) hat seit 1969, dem Gründungsjahr der Pädagogischen Hochschule, eine eigene wissenschaftliche Entwicklung genommen, die sich auf der Grundlage von mindestens fünf Fachprofessuren pro Fach an universitären Kriterien orientierte und sowohl in der Lehre als auch der Forschung auf reichhaltige Erfahrungen und Ergebnisse verweisen kann.

Die erbrachten wissenschaftlichen Leistungen haben international Anerkennung gefunden und sind durch Publikationen und Buchveröffentlichungen belegt. Nicht zuletzt ist die Evaluation der Hochschullehrer und des wissenschaftlichen Personals nach universitären Kriterien von bundesweit zusammengesetzten Fachkommissionen Ausdruck dieser Anerkennung.

Für den Standort Erfurt erscheint es daher geboten, die von der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät der Pädagogischen Hochschule erworbene Fachkompetenz in Lehre und Forschung zu erhalten und in einer geeigneten Form in die Universität Erfurt zu integrieren.

Den Organisationsformen der Universität angepaßt, wäre die Integration der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät in Form eines Universitätszentrums die bestgeeignete Lösung, da es eine entsprechende Fakultät angesichts der Kosten und des Bedarfes in Thüringen auf absehbare Zeit nicht geben wird. Ein entsprechender Antrag der Hochschule wurde im Mai 1994 dem MWK und dem Wissenschaftsrat übergeben .

Der derzeitigen Personalsituation, der Entwicklung der Bewerberzahlen für Lehramtsstudiengänge im Bereich der Grund- und Regelschule sowie der Entscheidung des Freistaates Thüringen zur Gründung der Universität Erfurt mit ihrem abzusehenden Profil Rechnung tragend, wurde der Personalstrukturplan der Hochschule im Sinne des Anspruchs einer "unabweisbaren" Mindestpersonalstruktur für die derzeit genehmigten Studiengänge überarbeitet. Dies geschah unter intensiver Mitwirkung der einzelnen Institute und Fakultäten sowie unter Anhörung des Personalrates. Zugrunde gelegt wurden Bewertungskriterien und Prämissen, die bei der Ermittlung des Personalbedarfes einer Hochschule verbindlich sind und die der Senat der Hochschule nochmals bestätigt hatte. Im wesentlichen sind dies das sich aus den Prüfungs- und Studienordnungen ergebende Lehrvolumen, die Lehrverpflichtungsordnung mit den Lehrdeputaten der einzelnen Statusgruppen unter Berücksichtigung der jeweiligen Fachsystematik und fachspezifischer Betreuungsrelationen. Die Ergebnisse dieser Berechnungen verdeutlichen, daß zur Erfüllung der aus den Prüfungs- und Studienordnungen für die derzeit genehmigten Studiengänge der PHEM resultierenden Lehraufgaben der Aufbau der neuen Bereiche dringend fortzuführen ist, während eine Reihe von Stellen in den etablierten Bereichen zugunsten ersterer nach ihrem natürlichen Freiwerden wegfallen können.

Vergleicht man die im Amtsblatt veröffentlichte Personalstruktur mit dem nunmehr vorliegenden Vorschlag zur Stellenbewirtschaftung unserer Hochschule bis zum Jahr 2000, so wird deutlich, daß sich die Gesamtzahl der benötigten Wissenschaftlerstellen nur geringfügig reduziert, jedoch vorhandene interne Disproportionen sukzessive abgebaut werden sollten. Dies ist gleichzeitig bei aller Akzeptanz der schwierigen allgemeinen finanziellen Rahmenbedingungen der letztmöglich annehmbare Kompromißvorschlag der PHEM im Personalbereich.

(PHEM-Report 4/1994)

Hinrich Enderlein, Brandenburgischer Minister für Wissenschaft, Forschung und Kultur: Die Universität Potsdam hat mein Vertrauen und meine Unterstützung

Rede aus Anlaß der Festveranstaltung der Universität Potsdam zum Abschluß der Gründungsphase am 7. Juni 1994

Die Universität Frankfurt habe ich als Selbstläufer bezeichnet. Sie steht für die West-Ost-Komponente der brandenburgischen Politik. Die Technische Universität Cott-bus ist das Reformmodell einer technischen Universität. Sie steht für die High-Tech-Perspektive der kombinierten brandenburgischen Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik.

Bei der Universität Potsdam ist das mit griffigen Formulierungen nicht so ganz einfach. Klar und unstrittig ist, daß sie das Flaggschiff der brandenburgischen Wissenschaften ist. Die Gründung der Universität Potsdam war mit Sicherheit die schwierigste der vielen Hochschulgründungen, die wir hier in Brandenburg nach der Wende auf Kiel gelegt haben, auch wenn - anders als bei Frankfurt und Cottbus - der Wissenschaftsrat nicht erst von der Sinnhaftigkeit dieses Unternehmens überzeugt werden mußte; anders als bei manchen Berlinern, die zu Recht den Wettbewerb sahen.

Die Schwierigkeit bestand vor allem darin, daß wir den Weg der Neugründung gegangen sind, bei der eine bestehende, wenn auch leicht ramponierte, aber im Aufbruch befindliche Hochschule integriert werden mußte. Rektor und Gründungssenat waren also nicht nur Planungsgremien der Neugründung, sondern gleichzeitig Leitungsgremien der zu intergrierenden Hochschule, ohne freilich – was den Gründungssenat angeht – von dieser gewählt worden zu sein. Der zwangsweise autoritäre Akt der Einsetzung von Gründungsgremien durch den Minister stand dabei im Widerspruch zu dem Autonomieanspruch der bestehenden Hochschule.

Sicher waren alle von der Universitätsgründung überzeugt. Aber es gab Überlegungen, die Neugründung der Universität, die Weiterführung der Pädagogischen Hochschule und ihre spätere Integration strikt voneinander zu trennen. Wieder andere wollten die Universität langsam aus der Pädagogischen Hochschule entwikkeln. Wir haben nicht den einfachsten Weg gewählt, aber dafür den richtigen und deshalb allein erfolgreichen. Ich wage zu behaupten, daß die anderen Wege nicht zum Ziel geführt hätten.

Und ich habe diesen Weg nicht allein gewählt, sondern in Übereinstimmung und steter enger Abstimmung mit Ihnen, lieber Herr Mitzner, dem Gründungsrektor, und damit natürlich auch in Abstimmung mit der Hochschule. Die enge Abstimmung und Kooperation mit Ihnen gehört zu den erfreulichsten Erfahrungen, die ich in den

vergangenen, schwierigen Jahren gemacht habe. Und das ist beileibe keine Selbstverständlichkeit. Es ist Teil des von mir immer wieder berufenen und beschworenen Brandenburger Weges, daß ein Rektor und ein Wissenschaftsminister so vertrauensvoll zusammenarbeiten, wie es kein Hochschulgesetz formulieren kann und wie es eingefahrenen Verhaltensmustern zwischen Hochschulen und den für sie zuständigen Politikern sicher nicht entspricht. Es ist ein erfolgreicher Weg, den ich zur Nachahmung empfehlen kann.

Die Hochschule hat dabei einen guten Teil der Strecke allein zurückgelegt. Das Vetrauen hatte ich und habe ich. Bei uns gab es keine Spezialgesetze für Erneuerung, Umstrukturierung und Evaluierung. Und es ist im hohen Maße bewundernswert, wie die Hochschule auch in schwierigsten Aufgabenfeldern ihre Kraft zur Autonomie unter Beweis gestellt hat. Wenn einigen das Ergebnis nicht gefällt, dann werden sie damit leben müssen.

Aber wir werden künftig, Minister und Universität, gemeinsam offensiv den eingeschlagenen Weg nach außen vertreten. Ich bin das schon denen schuldig, die in den vergangenen Jahren eine unglaublich verdienstvolle Arbeit geleistet haben, in der Universität, aber auch von außen.

Lassen Sie mich mit einigen wenigen Strichen das markante Profil der Universität Potsdam zeichnen, das für uns alle Perspektive und Herausforderung ist. Die Juristische Fakultät, die nahezu komplett ist, gehört zu dem qualitativ Besten, was in dieser Republik auf dem Markt ist. Das Fachsprachenprogramm und das Institut für Menschenrechte geben ihr zusätzlich Profil. Die Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät mit ihrer stark interdisziplinären und integrativen Ausrichtung zwischen den Wirtschaftswissenschaften, der Soziologie und den Politikwissenschaften verspricht, eine besonders innovative Fakultät in Lehre und Forschung zu werden. Der Diplomstudiengang Verwaltungswissenschaften ist hier zu nennen.

Zwei philosophische Fakultäten sind schon für sich genommen eine kreative Neuerung. Sie werden gemeinsam das Potsdamer Modell der Lehrerbildung auf den Weg bringen, von dem ich mir sehr viel verspreche.

Ich bin froh, daß die Geschichtswissenschaft in Potsdam eine so prominente Rolle spielt. Auch sie ist Teil des markanten Profils. Die Historiker sollten auf der Suche nach dem Geist des Ortes Potsdam mehr mitwirken als manche Politiker. Die Sprachwissenschaften haben sich bereits erfreulich zu einem Schmuckstück profiliert. Und ich nenne die Sportwissenschaften, die auf dem besten Weg sind, das zu verwirklichen, was man anderswo hatte, aber nicht mehr wollte. Sprachenzentrum und Weiterbildungszentrum werden weitere Profilierungspunkte in diesem Bereich sein. Auch die Mathematisch-Naturwissenschaftliche Fakultät ist dabei, einige Glanzlichter aufzustecken. Ein besonderer Profilpunkt ist die Kooperation mit den außeruniversitären Einrichtungen in Potsdam. Informatik, Ernährungswissenschaft, Geo- und Biowissenschaften - hier wird ein reicher Tisch gedeckt.

Ich verspreche, daß die Landesregierung die hier geleistete erfolgreiche Arbeit weiterhin tatkräftig unterstützt. Für das Geleistete danke ich allen Beteiligten. Ich danke den vielen Wissenschaftlern aus der ganzen Bundesrepublik, die diese Aufbauarbeit getragen haben. Ich danke den Studierenden, die eine konstruktive und kooperative Rolle in der Gründungsphase gespielt haben. Ich danke dem Gründungssenat und den neugewählten Gremien, die so überaus effektiv an die Arbeit gegangen sind. Die Universität ist eine erfolgreiche Neugründung.

(Potsdamer Universitätszeitung 12/94)

Viadrina Frankfurt/Oder: Fehlendes akademisches Umfeld gefährdet Begründung internationaler Forschungskapazität an der Europa-Universität

Das noch immer fehlende wissenschaftliche Umfeld für die Entwicklung der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder) war Ende Juni d.J. zum wiederholten Male Thema im Landtagsausschuß für Wissenschaft, Forschung und Kultur in Potsdam. Bereits während der letzten Sitzung war Kritik am Wissenschaftsministerium wegen der ungleichgewichtigen Standortverteilung künftiger wissenschaftlicher Institute im Land Brandenburg geübt worden. Der Rektor der Viadrina, Prof. Dr. Hans N. Weiler, schilderte dem Ausschuß die Situation:

Trotz intensiver Bemühungen seitens der Hochschule sei es in den fast drei Jahren nach Universitätsgründung nicht gelungen, auch nur ein einziges Zentrum wissenschaftlicher Forschung nach Frankfurt (Oder) zu holen. Weiler verwies in diesem Zusammenhang auf eine Entscheidung des Wissenschaftsministeriums zur Gründung eines internationalen Menschenrechtszentrums in Potsdam. Auch damals hatte sich die Europa-Universität um eine Ansiedlung bemüht, da eine wissenschaftliche Bindung zur Juristischen Fakultät der Europa-Universität nahelag. Als "herbe Enttäuschung" bezeichnete der Rektor die Gründung eines Instituts für Kunstwissenschaften in Potsdam. "Diesem neuen Institut wird eine Aufgabe übertragen, die sich nahtlos und in geradezu idealer Weise an das interdisziplinäre Konzept der Kulturwissenschaften der Viadrina anschließen würde. Die wissenschaftliche Einbindung der Künste wäre die folgerichtige Weiterentwicklung der hier bereits bestehenden Kapazitäten in Literaturwissenschaft, Kunstgeschichte und Ästhetik", so Weiler. Die überaus lebendige Präsenz der bildenden wie der darstellenden Künste in Frankfurt (Oder) hätte zudem mit einem solchen Institut außerordentlich gut korrespondiert. Die Standortwahl Potsdams mit seiner ohnehin eindrucksvollen Konzentration wissenschaftlicher Institutionen sei somit unverständlich.

Die neugegründete Viadrina brauche ein wissenschaftliches Umfeld für eine Bereicherung des akademischen Lebens, Trotz mehrfacher Zusage seitens des Potsdamer Ministeriums für Wissenschaft, Forschung und Kultur, dieses Anliegen zu unterstützen, sei bisher keine Entscheidung zugunsten der Europa-Universität gefallen. Die von Wissenschaftsminister Hinrich Enderlein im Landtagsausschuß zugesicherte Gründung einer Arbeitsgruppe, die sich mit der Ansiedlung künftiger Institute in Frankfurt befassen soll, bezeichnete Rektor Weiler als "hilfreich aber unzureichend". Die extern außerordentlich hohe Wertschätzung des Wissenschaftsstandortes Frankfurt (Oder) widerspiegle sich nicht in Entscheidungen der Landesregierung. Der Landtagsausschuß sagte zu eine Entschließung für das Plenum in der kommenden Woche vorzubereiten, in der die Landesregierung gebeten wird, sowohl den Standort eines Forschungsschwerpunktes für Kultur und Geschichte Ostmitteleuropas als auch des Instituts für Kunstwissenschaften nochmals zugunsten Frankfurts zu überprüfen. Zudem liegen an der Europa-Universität weitere Vorschläge zur Ansiedlung wissenschaftlicher Einrichtungen vor, wie beispielsweise für ein Institut für Interkulturelle Kommunikation, ein Interdisziplinäres Institut für Ethik, ein Institut für interdisziplinäre Transformationsstudien und ein Interdisziplinares Institut für Innovationsforschung.

(Viadrina)

101

Presseerklärung der Kultusministerin des Landes Mecklenburg-Vorpommern zu dem Artikel "Ost-Professoren liebäugeln mit Beamtenstatus" in der Schweriner Volkszeitung (SVZ) vom 16.08.94

Der in der SVZ unter dem Stichwort "Kuhhandel" abgedruckte Kommentar und der auf Seite 4 abgedruckte Artikel "Ost-Professoren liebäugeln mit Beamtenstatus" trifft – sowohl was die Fakten als auch die Rechtsgrundlagen angeht – nicht den tatsächlichen Sachverhalt und bedarf daher in jeder Hinsicht der Richtigstellung:

- 1. Nach den Bestimmungen des Landesbeamtengesetzes werden Professoren zu Beamten auf Lebenszeit ernannt. Dies resultiert nicht nur aus den bundesrechtlichen Rahmenregelungen, an die das Land gebunden ist, sondern ist auch Praxis in anderen Bundesländern. Die Verbeamtung bedarf wegen der hauswirtschaftlichen Auswirkungen der Mitwirkung der Finanzministerin, wenn ein von ihr festgesetztes Lebensalter (allgemein das 45. Lebensjahr) überschritten wird.
- Es trifft nicht zu, daß die Frage der Verbeamtung erst jetzt aufgegriffen wird.
 Vielmehr ist diese seit der Übernahme der Professoren in die neue Personalstruktur

zum 01.10.1992 immer wieder Gegenstand von Verhandlungen zwischen der Finanzministerin und der Kultusministerin gewesen. Zudem reiht sich diese Maßnahme ein in den Prozeß des Landes, die Frage der Verbeamtung der Mitarbeiter nach und nach zu einem Abschluß zu führen.

- 3. Die Professoren nehmen gegenüber den anderen Landesbediensteten insofern eine besondere Stellung ein, als sie weit über die Landesgrenzen hinaus, vielfach auch international in den Bereichen Wissenschaft und Forschung für unser Land wirken. Insofern stehen sie auch in ständiger Konkurrenz gegenüber den Wissenschaftlern der anderen Länder. Nachdem sich dieser Personenkreis im Rahmen der Erneuerung unserer Hochschulen besonderen persönlichen und fachlichen Evaluierungen unterzogen hat, hat das Land ein besonderes Interesse daran, diese wissenschaftlich Befähigten an das Land zu binden und gegenüber Angeboten aus anderen Hochschulen unempfänglich zu machen. Bei der Entscheidung über die Verbeamtung sind nach den Vorschriften der Landeshaushaltordnung die Vorteile einer Verbeamtung für das Land einerseits mit den haushaltswirtschaftlichen Folgen andererseits sorgfältig abzuwägen.
- 4. Finanzministerin und Kultusministerin haben sich daher auf Kriterien geeinigt, die es erlauben, einerseits die Einmaligkeit dieser Maßnahme deutlich werden zu lassen, andererseits dem besonderen Landesinteresse an einer funktionsfähigen Hochschullandschaft gerecht zu werden.

Es sollen vor allem Professoren verbeamtet werden, die in den Universitäten herausragende Hochschulfunktionen bekleiden. Die Größenordnung des dafür in Betracht kommenden Personenkreises, für die zugleich eine Altersgrenze vereinbart wurde, beläuft sich auf eine Anzahl von etwa 35 Fällen. Insgesamt wären dann im Lande Mecklenburg-Vorpommern von 365 übernommenen Professoren ca. 100 in den Beamtenstatus überführt worden. Mit dieser Größenordnung bleibt Mecklenburg-Vorpommern weit hinter den anderen Bundesländern zurück, in denen zum Teil die Verbeamtung der Professoren bis zum 55. Lebensjahr der Regelfall ist. Dies zeigt, mit welcher bildungspolitischen und finanzpolitischen Sensibilität die Ministerinnen versuchen, zum einen den Ansprüchen und Erwartungen der Betroffenen, zum anderen der finanzwirtschaftlichen Lage des Landes gerecht zu werden und damit gleichzeitig Schaden für den weiteren Aufbau der Hochschulen abzuwehren.

(Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern)

PROJEKTE

GSFP - Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik mbH

Als der Verlag Volk und Welt Ende 1990 die Zeitschrift INITIAL - Nachfolgerin der früheren "Sowjetwissenschaft. Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge" - aus Kostengründen einstellte, bildete sich um den Berliner Philosophen Peter Ruben der Verein Berliner Debatte INITIAL, um die Zeitschrift weiterzuführen. Nach etwa einem Jahr sahen sich Mitglieder des Vereins veranlaßt, nach einer effizienteren Organisationsstruktur für die Projektforschung und die Verlagstätigkeit zu suchen. Für eine Reihe vorwiegend jüngerer Ostberliner Gesellschaftswissenschaftler war dies eine Möglichkeit, die Zeitschrift in eigener Regie fortzuführen und damit eine Gelegenheit, ihre in den 80er Jahren eher am Rande des mainstreams der DDR-Gesellschaftswissenschaft entstandene informelle Zusammenarbeit nun in institutionalisierter Form und öffentlichkeitsorientiert fortsetzen zu können. So wurde im Januar 1992 die GSFP (Geschäftsführer: Dr. Erhard Crome, Dr. Rainer Land) als eine gemeinnützige GmbH gegründet, die seit nunmehr zwei Jahren mit einer weitgehend neubesetzten Redaktion die auch im Profil deutlich veränderte "Berliner Debatte INITIAL. Zeitschrift für sozialwissenschaftlichen Diskurs" herausgibt und dabei ist, eine eigenständige Forschungstätigkeit aufzubauen.

Sozialwissenschaftliche Forschung

Probleme der Transformationsprozesse in Ostdeutschland und Osteuropa bilden die Themen der von der GSFP initiierten bzw. beantragten und ausschließlich durch Drittmittel finanzierten Forschungsprojekte. 1992 wurden zwei von der KSPW geförderte "Kurzstudien" abgeschlossen - zur Formierung von Teilen der ostdeutschen Bürgerbewegung zur Partei Bündnis 90 (J.Wielgohs, M.Schulz, H. Müller-Enbergs) und zur Entwicklungsgeschichte politischer Diskurse von Intellektuellen in der DDR (R.Land, R.Possekel). Das letztgenannte Projekt wird mit Förderung durch die DFG in Zusammenarbeit mit dem Sozialwissenschaftlichen Forschungszentrum Berlin-Brandenburg (SFZ) fortgeführt. Desweiteren wird z.Z. in Zusammenarbeit mit Mitarbeiter/innen der Arbeitsgruppe "Transformationsprozesse" der Max-Planck-Gesellschaft, des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin sowie soziologischer Institute in Moskau und Sankt-Petersburg ein Dokumentationsprojekt über Tendenzen und Stand der Transformationsforschung in der russischen Sozial- und

Politikwissenschaft vorbereitet. Das Projekt ist zur Förderung bei der VW-Stiftung beantragt.

Die GSFP ist seit November 1993 Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sozialwissenschaftlicher Institute e.V. (ASI).

Sozialwissenschaftliche Publikationen

Das generelle Anliegen der Zeitschrift Berliner Debatte INITIAL, der ersten und nach wie vor wichtigsten Publikation der GSFP war und ist es, den Diskurs zwischen verschiedenen sozialwissenschaftlichen Schulen, Strömungen und Disziplinen sowie eine "herrschaftsfreie" Kommunikation zwischen etablierten und nachwachsenden Sozialwissenschaftler/inne/n, zwischen Autor/inn/en aus Ost- und West zu fördern. Wenngleich die Zeitschrift zum Teil länger anhaltende Debatten zu globalen Themen ("Ist der Mensch paradiesfähig?"/ Nr. 2/92; "Globaler Umbruch wirtschaftlicher Regulation"/ Nr. 5/92) initiiert hat, gilt ihr besonderes Interesse den Transformationsprozessen in Gesellschaft und Wissenschaft in Osteuropa wie Ostdeutschland, was sich außer in thematischen Heftschwerpunkten (Nr. 4/92; 6/92; 4/93) in regelmäßigen Rubriken niederschlägt. Eine "Uni-Seite" dokumentiert in knapper Form den Aufbau geistes- und sozialwissenschaftlicher Fachbereiche an den ostdeutschen Universitäten, informiert über die Besetzung von Lehrstühlen, die Lage des Mittelbaus u.a.m. Ausführlicher thematisiert wird die Reorganisation der - auch außeruniversitären - Forschungslandschaft in der Rubrik "Sozialwissenschaften in Ostdeutschland".

Berliner Debatte INITIAL (verantwortl. Redakteur: Rainer Land) erscheint sechsmal jährlich in einer Auflage von z.Z etwa 1200 Exemplaren. Sie ist an fast allen wichtigen sozialwissenschaftlichen Forschungs- und Lehranstalten in Ostdeutschland sowie zunehmend auch in westdeutschen Institutionen präsent. Die meisten neuen Abonnementbestellungen kamen in den letzten zwei Jahren jedoch aus dem Ausland, insbesondere aus Japan, den USA, Skandinavien sowie der Schweiz und Österreich.

Im Dezember 1992 hat die GSFP mit der "Edition Berliner Debatte" ihr Verlagsprogramm auf die Produktion sozial- und politikwissenschaftlicher Bücher ausgedehnt. Auch hier stehen Themen der DDR-Geschichte sowie der Transformation der osteuropäischen Gesellschaften im Vordergrund. Mit der "Edition Berliner Debatte" verfolgt die Gesellschaft insbesondere das Anliegen, die Publikation von Forschungsberichten, Dissertationen und anderen Manuskripten vornehmlich des wissenschaftlichen Mittelbaus zu fördern, die auf dem kommerziellen Buchmarkt keine hinreichenden Absatzmöglichkeiten vorfinden, für die wissenschaftliche Diskussion aber nichtsdestoweniger von Bedeutung ist.

Im September 1993 wurde die Produktion der "WeltTrends - Internationale Politik und vergleichende Studien" aufgenommen, einer Zeitschrift, die gemeinsam vom

Instytut Zachodni Poznan und dem Politischen Club Potsdam e.V. herausgeben wird. Desweiteren sind Kooperationsprojekte mit der Kommission für die Erforschung des sozialen und politischen Wandels in den neuen Bundesländern (KSPW) sowie anderen außeruniversitären Instituten vereinbart bzw. vorgesehen.

Postanschrift: GSFP, PF 158, 10412 Berlin, Tel.: (030) 4482681

"... stürmt die Festung Wissenschaft"
Die Humboldt-Universität zu Berlin 1946- 1996
Eine wissenschaftliche Konferenz anläßlich des 50jährigen Jubiläums der
Wiedereröffnung der Berliner Universität im Januar 1995

Die Wiedereröffnung der Berliner Universität im Januar 1946 bietet einen würdigen Anlaß, eine wissenschaftliche Konferenz durchzuführen, die die Geschichte der Humboldt-Universität zu Berlin in der SBZ/DDR sowie die Zeit seit dem Herbst 1989 behandelt.

Dies scheint uns ein dringendes Projekt zu sein, da bisher keine Diskussion um die Vergangenheit unserer Universität zustande kam.

Wir rufen deshalb alle Interessierten, ob nun Zeitzeugen oder Forscher, auf, sich an der Vorbereitung dieser Konferenz, die im Januar 1996 stattfinden sollte, zu beteiligen. Die Schwerpunkte der Konferenz sollen auf einer ersten Vorbereitungssitzung gemeinsam diskutiert werden.

Wir würden uns freuen, wenn Sie uns mitteilen könnten, ob Sie Interesse an einer solchen Konferenz haben und ob Sie sich an der Vorbereitung beteiligen wollen. Dankbar wären wir Ihnen außerdem, wenn Sie über unser Projekt weitere Interessenten informieren könnten

Berlin, den 15. Mai 1994

Dr. sc. Gerd Dietrich (Assistent an der HUB); Dr. Rainer Eckert (Assistent an der HUB); Ulrich Geyer (Archivar); Ilko-Sascha Kowalczuk (Student an der HUB); Dr. Isolde Stark (Assistentin an der HUB); Dr. Stefan Wolle (Assistent an der HUB)

Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland":

Rolle und Funktion der Wissenschaft im SED-Staat*

1. Ziele der SED-Wissenschaftspolitik

Es gibt kaum ein Gebiet des gesellschaftlichen Lebens, in dem mehr pluralistische Meinungsvielfalt und individualistische Selbständigkeit vorhanden und notwendig sind als in der Wissenschaft. "Wissenschaftler sind Individualisten oder sie sind keine Wissenschaftler." (-> Schroeder, Protokoll Nr. 33). Entsprechend groß waren die Schwierigkeiten für die SED, wissenschaftliche Einrichtungen in das sozialistische Ganze der SED-Diktatur einzufügen und sie sich als theoretisches Instrument für die Planung und Lenkung des gesamten Gesellschaftsprozesses verfügbar zu machen.

Den Naturwissenschaften und der Technik hat die SED-Führung entscheidende Bedeutung in der "Klassenauseinandersetzung mit dem Imperialismus" beigemessen. Sie meinte, daß der Wettbewerb zwischen den Gesellschaftssystemen auf dem Gebiet der Produktivkräfte und der Arbeitsproduktivität entschieden werde. Wissenschaft und Technik wollte die SED-Führung bewußt auch nutzen, um die Wirtschaft international konkurrenzfähig zu machen, die "Verteidigungsfähigkeit" des Landes zu sichern und international Ansehen zu erwerben. Sie glaubte, aufgrund ihrer "wissenschaftlichen Weltanschauung" einen Vorteil bei der Nutzung der Wissenschaft gegenüber dem Westen zu haben. Den Gesellschaftswissenschaften wurde folglich vorrangig eine ideologische, sinnstiftende, interpretierende und motivierende Funktion zugeordnet.

Die SED-Führung erhob den Anspruch, die wissenschaftliche Entwicklung nach ihren Vorstellungen zu leiten. Sie glaubte, die wissenschaftliche Forschung ähnlich planen zu können, wie sie es in der Wirtschaft vorhatte. Die wissenschaftliche Kommunikation wurde zudem überwacht und gestört, Berichte wurden geschönt, wissenschaftliche Öffentlichkeit fehlte insbesondere in kritischen Bereichen. Aus

diesem Grunde konnte man nicht aus Fehlern lernen und sie nicht rechtzeitig korrigieren.

Folglich gab es auch für die wissenschaftlichen Einrichtungen keinen Raum

für eigenständige Kompetenzen. Jede Universität und jede Forschungsstätte war im Verständnis der SED eine ausschließlich staatliche Institution, der bestimmte Aufgaben zur eigenen Erledigung übertragen wurden, der jedoch keine wirkliche Eigenkompetenz zukam. Alle, die z. B. ein Amt an einer Universität innehatten, waren prinzipiell den Parteifunktionären nachgeordnet.

Die externen Steuerungsversuche der Partei störten die Einhaltung der für wissenschaftliche Qualität unerläßlichen Kriterien und behinderten die wissenschaftliche Kommunikation. Da die notwendige finanzielle und materielle Unterstützung für die Forschung oft fehlte und wissenschaftliche Fragestellungen stets den politischen untergeordnet wurden, gelang es auch nur in eingeschränktem Maße, mit Hilfe der Wissenschaft internationale Reputation für die DDR zu erlangen. Die ständigen Rechtfertigungs- und Legitimierungsbestrebungen der Wissenschaftler gegenüber der Partei, deren Einmischung in fachliche Angelegenheiten, untergruben die gesellschaftlichen und organisatorischen Voraussetzungen für wissenschaftliche Produktivität und Kreativität. Diese Wissenschaftspolitik war zwar realitätsfern, wenn dennoch teilweise beachtliche wissenschaftliche Leistungen erbracht wurden, dann lag das daran, daß die SED Kompromisse eingehen mußte (-> Meyer, Wolf, Protokoll Nr. 33).

2. Die Politik der SED gegenüber Hochschulen und Akademien

Hochschulen

Wie für das sozialistische Schulwesen begann auch für das Hochschulwesen in der SBZ/DDR die Entwicklung mit der sogenannten antifaschistisch-demokratischen Ordnung, die durch die 1. Hochschulreform hergestellt wurde. Die traditionelle Fakultäten- und Ordinarienstruktur der deutschen Universitäten blieb erhalten. Aber die notwendige Entfernung nationalsozialistischen Personals und die Wiedereinsetzung politisch und rassisch verfolgter Hochschullehrer wurde bald verbunden mit dem systematischen Zurück- und Hinausdrängen solcher Gelehrter, die als antisozialistisch oder antikommunistisch galten. Es folgte die Zerschlagung von demokratisch gewählten Studentenräten, weil SED und FDJ in diesen keine Mehrheiten gewinnen konnten (-> Meyer, Protokoll Nr. 33).

Wichtig für die Struktur der geplanten sozialistischen Hochschule war die Einrichtung von Vorstudienanstalten für Kinder aus der Arbeiter- oder Bauernschaft, die ab 1946 unter dem Namen "Arbeiter- und Bauernfakultäten" fortgeführt wurden. Neben dem berechtigten Anliegen, die Zugangsmöglichkeiten sozial weiter zu öffnen, dienten sie dem Zweck, eine der SED nahestehende Intelligenz heranzubilden, um die damals noch unverzichtbare bürgerliche Intelligenz allmählich ablösen zu können.

Erst durch die 2. Hochschulreform von 1951 unter der Losung "Stürmt die Festung Wissenschaft" wurde der Marxismus-Leninismus als obligatorisches Studienfach für

^{*} Aus: Deutscher Bundestag: Bericht der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages "Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland". Bundestags-Drucksache 12/7820

alle Studiengänge eingeführt (dreijähriger Kurs mit den Bestandteilen marxistischleninistische Philosophie, Politische Ökonomie und Wissenschaftlicher Sozialismus). Russisch wurde obligatorische Fremdsprache. Ein erstes zentralistisches
Leitungselement wurde durch die Einrichtung von Prorektoraten für Studienangelegenheiten und für marxistisch-leninistisches Grundstudium in die Hochschulstruktur
eingeführt. Die direkte Einflußnahme der SED wurde dadurch erreicht, daß SEDund FDJ-Repräsentanten in die Senate der Universitäten einzogen.

Bereits auf der 3. Hochschulkonferenz 1958 orientierte die SED die Gesellschaftswissenschaften allein auf den Dialektischen und Historischen Materialismus und stellte ihnen im wesentlichen zwei Aufgaben: die "Wissenschaftlichkeit" der Politik der Partei zu belegen und zur "sozialistischen Bewußtseinsbildung der Werktätigen" beizutragen.

Eine weitere Zäsur läßt sich für die Zeit des Mauerbaus ausmachen. Zwischen August 1961 und Januar 1962 fand die große Verhaftungswelle nach dem Bau der Mauer statt, und in dieser Zeit gab es an den Universitäten große Disziplinierungsaktionen. Der Anteil der berufenen SED-Mitglieder betrug damals an den gesellschaftswissenschaftlichen Fakultäten 90 v.H., an den naturwissenschaftlichen Fakultäten lediglich 20 -40 vH (-> Mitter, Protokoll Nr. 33).

Mit der 3. Hochschulreform 1968/69 versuchten Ulbricht und die Parteiführung, die Wissenschaft effektiv und für die gesellschaftliche Entwicklung unmittelbar nutzbringend zu gestalten. Großzügige finanzielle Ausstattungen wurden zur Umstrukturierung der Universitäten in Aussicht gestellt (z. B. die Errichtung eines Universitätscampus mit modernsten Einrichtungen in Jena-Lobeda, im Stadtzentrum von Halle und in Berlin-Friedrichsfelde), aber dann doch nicht aufgebracht. Verwirklicht wurden lediglich tief in die historisch gewachsene disziplinäre Struktur der Universität greifende Änderungen durch Auflösung von Instituten und Fakultäten, an deren Stelle Sektionen traten. Ohne die betroffenen Wissenschaftler zu konsultieren, wurden aus ideologischen und ökonomischen Gründen in den Natur- und Geisteswissenschaften Fächer zu Sektionen zusammengefaßt, die oft nicht zusammenpaßten. Sie waren zum Teil so abenteuerlich und wirklichkeitsfremd, daß sie teilweise schon nach wenigen Wochen wieder zurückgenommen wurden.

Durch diese Hochschulreform wurde an den Universitäten der Einfluß der Parteileitungen gestärkt, die den Status von Kreisleitungen hatten (-> Meyer, Protokoll Nr. 33). War auch vorher schon der Einfluß der SED z. B. in Berufungsfragen sehr deutlich gewesen, so wurde er nun noch direkter durchgesetzt. Es gab aber keinen vollständigen Austausch der Hochschullehrer.

Gravierende Veränderungen erfuhren die Geisteswissenschaften durch die Beseitigung der - ideologisch natürlich besonders verdächtigen - historischen Fächer, wie etwa der Klassischen Philologie und der Alten Geschichte, oder der historischen

Fachteile, z. B. der Mediavistik in der Germanistik, Romanistik und Anglistik. Die Fremdsprachen-Philologien sollten durch die Ausblendung des kulturellen Kontextes auf die bloße Sprachvermittlung verwiesen werden (-> Meyer, Protokoll Nr. 33).

Strukturell gesehen bedeutete diese Reform einen radikalen Bruch mit der Universitätstradition und einen schweren Eingriff in die Wissenschaftsfreiheit. Die Einordnung von Lehrstühlen und Instituten in Sektionen führte zum Verlust eigener Etats und zur Einschränkung der selbständigen Gestaltung des Lehrangebots. Die Direktoren der Sektionen waren weisungsgebunden und unterstanden direkt dem Rektor und ersten Prorektor der Universität. Dieser Schritt beinhaltete zugleich die zentrale Lenkung der Professorenschaft.

Nach der 3. Hochschulreform versuchte die Partei, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Probleme durch stärkere Einbeziehung wissenschaftlicher Erkenntnisse, insbesondere aus den Wirtschaftswissenschaften, der Operationsforschung und der Kybernetik, zu lösen. Die sog. Leitungswissenschaften wurden vorübergehend stark gefördert. Da aber auch hier die ideologische Anpassung wichtiger war als wissenschaftliche Solidität, versandeten — auch zum Teil aus Geldmangel — die Reformbemühungen schnell wieder. Es kam sogar zu Gegenkampagnen (z. B. zur neuerlichen Stigmatisierung von Kybernetik und der Anwendung mathematischer Methoden in den Gesellschaftswissenschaften).

Mit Honeckers Machtantritt wurde die Unterstützung des Hochschulwesens durch den Staat deutlich eingeschränkt (-> Meyer, Protokoll Nr. 33). Im Zuge der umfangreichen Sparmaßnahmen wurden an manchen Universitäten und in manchen Fächern sogar die Institutsbibliotheken aufgelöst (z. B. an der Universität Leipzig) und zentralistisch zusammengefaßt. Die Isolierung von der internationalen wissenschaftlichen Kommunikation, die erhebliche Einschränkung des Zugangs zu westlicher Fachliteratur ab 1976 und die sich ständig verschlechternden Arbeitsbedingungen von Lehre und Forschung führten zu einem deutlichen Rückgang der wissenschaftlichen Leistungsfähigkeit. Den Dozenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern wurde immer wieder nahegelegt, den Studierenden sowjetische Fachliteratur zu empfehlen. Bei Qualifikationsarbeiten, z. B. Dissertationen, mußte in speziellen Fragebogen angegeben werden, wieviel sowjetische Autoren zitiert worden waren.

Gestaltung des Studiums

Das Hochschulwesen galt in seiner erzieherischen Funktion als Fortsetzung der DDR-Volksbildung für eine spezielle Gruppe. Es zeichnete sich dementsprechend durch ähnliche Elemente aus wie die Volksbildung: Verschulung, ideologische Indoktrination mit Hilfe des Marxismus-Leninismus, "Betreuung" der Studenten, straff organisierte Ausbildung, Einfluß militärischer Organisationsformen und Inhalte im Studienablauf, hoher gesellschaftlicher Organisationsgrad, ideologisch geprägte Kaderauswahl.

Die Studierenden wurden intensiv in Seminargruppen fachlich und politisch "betreut" (-> Meyer, Protokoll Nr. 33). Zu Beginn jeden Studienjahres im September gab es eine Woche, in der in fast nur politischen Veranstaltungen die Studierenden auf die aktuelle politische Situation im Sinne der Partei eingestimmt werden sollten (-> Berg, Protokoll Nr. 31). Zu Beginn des Studienjahres oder während der Sommerferien nahmen Studenten an Ernteeinsätzen auf dem Lande teil.

Die Studierenden waren organisatorisch in Studienjahre eingeteilt und hörten in der Regel studienjahresweise Vorlesungen. Die Studienjahre waren wiederum in Seminargruppen (von fünfzehn bis zwanzig Studenten) unterteilt. In jeder Seminargruppe, die einer FDJ-Gruppe mit gewählter FDJ-Leitung entsprach, gab es eine "Parteigruppe Studenten".

In der staatlichen Leitungshierarchie der Sektionen war der Stellvertretende Direktor für Erziehung und Ausbildung für Erziehungsfragen zuständig. Ihm waren Studienjahresleiter aus dem Lehrkörper unter stellt und diesen wiederum Seminargruppenbetreuer. Die FDJ-Gruppenleitung hatte Einfluß auf studienorganisatorische Maßnahmen. Ein Vertreter der FDJ-Leitung hatte z. B. in den achtziger Jahren das Recht als Beisitzer bei mündlichen Prüfungen teilzunehmen. Gab es "ideologische Probleme" bei Studierenden hatten die Seminargruppen oder die übergeordneten Leitungen (SED- und FDJ-Kreisleitung) unterschiedliche Sanktionsmitteln, die man auch differenziert einsetzte. Durch die straffe Organisation des Studiums, die Betreuung, aber auch die Verschulung, wurden kurze Studienzeiten eingehalten. Die Verschulung des Studiums wurde besonders am ungeliebten obligatorischen Fach Marxismus-Leninismus deutlich. Damit dieses Fach, das oft — allerdings nicht immer — recht einseitig und unkritisch gelehrt wurde, von den Studierenden auch wirklich ernstgenommen wurde, mußte die Gesamtnote in Marxismus-Leninismus bei der Festlegung der Diplomnote berücksichtigt werden.

Es bildete sich eine Art des Studiums heraus, das eher Unselbständigkeit als wissenschaftliche Selbständigkeit forderte (-> Mitter, Berg, Protokoll Nr. 33).

Immer wieder wurde versucht, die Verschulung aufzubrechen und die Studierenden zu "eigenverantwortlichem Handeln" und "schöpferischem Denken" zu erziehen. Man versuchte, die gebremste Kreativität in der DDR-Wissenschaft, besonders im Studium, durch Reformen zu stimulieren: "wissenschaftlich-produktives Studium", d. h. die Einbeziehung der Studierenden in die Forschung, alljährliche Durchführung von Studententagen in Verantwortung der FDJ, Begabtenförderung durch spezielle Stipendien und von Schülern direkt durch die Universität, Leistungsschauen, Auslandspraktika. Da die Partei aber auch bei diesen Aktivitäten nicht über ihren Schatten springen konnte, waren sie nur begrenzt erfolgreich.

Akademien und sozialwissenschaftliche Einrichtungen

Im Zuge der 3. Hochschulreform wurde — sowjetischem Vorbild entsprechend — die Akademie der Wissenschaften zur zentralen Forschungseinrichtung der DDR

umstrukturiert (zuletzt insgesamt 60 Institute mit ca. 25.000 Mitarbeitern). Hauptaufgabe war die Grundlagenforschung vor allem in den Natur- und Technikwissenschaften. Die Geistes- und Sozialwissenschaften banden nur etwa 10 v.H. des Potentials. Fächer, die weder einen ökonomischen noch militärischen Nutzen in ihrer Anwendung versprachen (z. B. Klassische Philologie oder die Alte Geschichte) wurden vernachlässigt.

Mit der Umstrukturierung der Akademie der Wisssenschaften der DDR bahnte sich eine Entwicklung an, die von dem alten Humboldtschen Ideal der Einheit von Forschung und Lehre mehr und mehr Abschied nahm. Gleichzeitig wurde versucht, die Wissenschaft dem Zugriff der SED total auszuliefern. An der Akademie führte das dazu, daß alle fünf Jahre ein Zentraler Forschungsplan aufgestellt wurde, der vom Politbüro des ZK der SED bestätigt werden mußte. Über Einhaltung und Durchführung dieses Plans hatte die Kreisleitung der SED zu wachen. Die ideologische Ausrichtung der Belegschaft der Akademie wurde intensiviert, ebenso die straffe Anbindung an das ZK. Sicherheitspolitisch relevante Forschungsarbeiten führten wohl dazu, daß die Staatssicherheit großen Einfluß auf die Akademie gewann. Ab 1988 hatte eine Ablehnung durch die Staatssicherheit bei einer geplanten Einstellung absolut bindende Wirkung (-> Schütrumpf, Protokoll Nr. 33).

1951 wurde das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED — seit 1976 Akademie der Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED — gegründet mit der Aufgabe, "Kader" für die Durchsetzung des Marxismus-Leninismus in den Gesellschaftswissenschaften der DDR auszubilden. Viele der so Ausgebildeten wurden nach Abschluß ihrer Dissertation an die Universitäten delegiert, wo sie oft Schlüsselpositionen übernahmen und die Linie der SED durchsetzten. Von der Akademie für Gesellschaftswissenschaften wurden auch Kräfte ausgebildet, die für die Besetzung von geistes- und sozialwissenschaftlichen Lehrstühlen in der Bundesrepublik vorgesehen waren, um auf diese Weise für eine mögliche Wiedervereinigung geistig gerüstet zu sein (-> Schütrumpf, Protokoll Nr. 33).

Seit den siebziger Jahren spielte das Institut für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED keine wichtige Rolle mehr. Es blieb Produzent von promovierten Kadern. Weiterhin gepflegt wurde die gesellschaftswissenschaftliche Forschung. Doch die Ergebnisse hatten kaum noch Wirkung auf die Politik der SED.

Eine politisch bedeutsame Rolle erhielt die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED, die eng mit der Sowjetischen Akademie der Wissenschaften kooperierte und gemeinsame interdisziplinäre Forschungsprojekte durchführte. Daneben gab es Parteihochschulen der Blockparteien, die jedoch kein Promotionsrecht besaßen. Die Akademie für Gesellschaftswissenschaften trat nach 1985 anläßlich der Gespräche der SED-Führung mit der SPD bei der Erarbeitung des SED-SPD-Papiers von 1987 (-> Schütrumpf, Protokoll Nr. 33) ins öffentliche Bewußtsein.

Die eigentliche Kaderschmiede der SED, an der die ersten und zweiten Kreissekretäre geschult wurden, war die Parteihochschule. Spitzenfunktionäre wurden zusätzlich an den Hochschulen der KPdSU qualifiziert.

Soziologische Fragen wurden bis zum Beginn der sechziger Jahre ausgeklammert. Bis dahin glaubte man, die Soziologie auf den historischen Materialismus reduzieren zu können. Ab 1963/64 jedoch wurde plötzlich der Ruf nach empirischer sozialwissenschaftlicher Forschung durch das Politbüro laut (Schlagwort "konkrete Sozialforschung"). Ein Institut für Meinungsforschung wurde gegründet (bezeichnenderweise wurde es dem Minister des Innern zugeordnet) sowie das bis zum Ende der DDR in der empirischen sozialwissenschaftlichen Forschung führende Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig. Dieses war direkt dem Ministerrat, also der Regierung, unterstellt. Wenige Jahre nach seiner Gründung durfte dieses Institut seine empirischen Forschungsergebnisse nicht mehr veröffentlichen und die institutseigene Zeitschrift "Jugendforschung" wurde eingestellt.

3. Lenkung und Instrumentalisierung der Forschung durch die SED

Das Prinzip der Selbststeuerung der Wissenschaft wurde von der SED-Führung auch für die Forschung außer Kraft gesetzt. Die Strukturen für die Forschung (Institutsgründungen oder -umstrukturierungen z. B.) wurden von der Partei festgelegt, die Forschungsmittel und von ihr als wichtig angesehene Forschungsthemen beschlossen, die leitenden Wissenschaftler von ihr berufen. An den Hochschulen und Akademien hatten nach der 3. Hochschulreform die SED-Kreisleitungen auch die Forschungspolitik zu bestimmen (-> Meyer, Schütrumpf, Protokoll Nr. 33).

Die Wissenschaftler gerieten aufgrund der externen Steuerung der Forschung unter Legitimierungszwänge. Es gab zwei grundsätzliche Begründungsmuster: Den Nutzen für die sozialistische Gesellschaft, den die jeweiligen Forschungsergebnisse erbringen würden, und der ideologische Gewinn, der mit den betreffenden Untersuchungen in der internationaler Klassenauseinandersetzung zu erzielen sei. Der Forschungsalltag unterschied sich allerdings oft von diesen Begründungsvorgaben (-> Meyer, Protokoll Nr. 33). Die an den Universitäten und Akademien offiziell durchgeführte Forschung war in Plänen unterschiedlich hoher Ebenen niedergelegt. Es gab Forschung, die in zentralen Staatsplänen verankert war (sog. ZP-Themen), in Plänen auf Ministeriumsebene (ZM-Themen) oder lediglich auf Universitätsebene.

Wegen der Ausrichtung auf den ökonomischen Nutzen war die Industrieforschung in der DDR stark entwickelt. Die Pläne Wissenschaft und Technik erfuhren durch Parteivorgaben besondere Wertung. Diese Kampagnen entsprachen den auf Parteitagen der SED vorgegebenen Hauptzielstellungen. Auf die entsprechenden Betriebe wurden Staatsplanthemen, Arbeitskräfte, Investitionen und Material konzentriert. Staatsplanthemen waren in der Regel gleichzeitig unter Parteikontrolle (-> Jork, Protokoll Nr. 33).

Politisch als wichtig erachtete Forschungsthemen und -arbeiten wurden oft geheimgehalten. Das hatte zur Folge, daß ein freier Informationsaustausch innerhalb der wissenschaftlichen Gemeinschaft nicht möglich war, nicht einmal im eigenen Land.

Offen ist, ob durch solche Geheimforschungen interessante wissenschaftliche Erkenntnisse erbracht wurden. Erste Recherchen lassen die Vermutung sinnvoll erscheinen, daß das in der Regel nicht der Fall gewesen sein dürfte, außer vielleicht im militärischen Bereich (-> Expertise Voigt). Als besonders kritische Gebiete, in der die Geheimhaltung recht intensiv und extensiv betrieben wurde, galten militärische Bereiche, andere "sicherheitsrelevante" Themen (z. B. aus der Kriminalistik), ökonomische Fragestellungen, sportwissenschaftliche Untersuchungen (z. B. zu Trainingsmethoden von Leistungssportlern) und empirische Forschungsergebnisse aus den Sozialwissenschaften. Generell geheim war die Tätigkeit an der Juristischen Hochschule Potsdam des MfS (-> Arbeitsgruppe Staatssicherheit), an der Staatssicherheitsoffiziere im Direkt- und Fernstudium zu "Diplom-Juristen" ausgebildet wurden. Die Stasi-Kaderschmiede besaß auch Promotions- und Habilitationsrecht, das sie mißbräuchlich für politische Zwecke nutzte (-> Expertise Voigt).

In den ersten Jahren der SBZ/DDR wurde besonders im Hochschulbereich die "Brechung des Bildungsmonopols" der Bourgeoisie als Ziel verkündet und durch entsprechende Maßnahmen (Förderung von Arbeiter- oder Bauernkindern) umgesetzt. In späteren Jahrzehnten kam es jedoch mehr und mehr zur Rekrutierung der Studierenden aus den herrschenden Schichten der Partei- und Militärbürokratie sowie aus der Intelligenz. Dem Ziel, hochqualifizierte, politisch ausgerichtete "Kader" heranzubilden, wurde durch strikte politische Auswahl nachgeholfen. So konnten männliche Studienbewerber ihre Aussichten, für begehrte Fächer zugelassen zu werden, beträchtlich erhöhen, wenn sie sich verpflichteten, drei Jahre statt achtzehn Monate ihren "Ehrendienst bei der Nationalen Volksarmee" abzuleisten. Die Hochschulen hatten auch die Aufgabe, "Kader" in höheren Leitungspositionen, die sich bereits politisch bewährt hatten, aber keine ausreichenden Fachkenntnisse besaßen, fachlich weiterzubilden (-> Expertise Voigt). Der größte Teil der nur begrenzt anpassungsfähigen oder -bereiten Wissenschaftler blieb im Mittelbau stecken, d. h. in meistens unbefristeten Stellen als wissenschaftliche Assistenten oder Oberassistenten, in der Regel promoviert, oft auch habilitiert, aber ohne reale Aussicht, jemals als Hochschullehrer berufen zu werden.

4. Nachwirkungen des SED-geprägten Umgangs mit der Wissenschaft

Lehre und Forschung wurden einerseits direkt von der SED gelenkt, andererseits zur "wissenschaftlichen" Steuerung von Wirtschaft, Kultur, Bildung und allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens instrumentalisiert. Die DDR ist ein Beispiel für den Versuch externer Steuerung der Wissenschaft.

Die Neuordnung des Hochschulwesens in den neuen Bundesländern hatte vor allem

die Wiederherstellung der Freiheit der Wissenschaft durch eine angemessene Struktur der Hochschulen und der Forschungseinrichtungen zum Ziel, ferner den Wiederaufbau der kulturwissenschaftlichen Fächer, die Beseitigung des Faches Marxismus-Leninismus, die erneute Wiederherstellung der Einheit von Forschung und Lehre durch Abbau bzw. Neustrukturierung der Akademie der Wissenschaften und anderer Forschungseinrichtungen. Mit diesen strukturellen Neuordnungen ging der Abbau enormer Überkapazitäten einher, vor allem aber auch die Entlassung solcher Wissenschaftler, die sich zum Nachteil ihrer Kollegen und Studenten in den Dienst des MfS hatten einspannen lassen.

Zur Bewältigung dieser Probleme wurden in den einzelnen Ländern unterschiedliche Wege eingeschlagen, und es muß späteren Untersuchungen und Berichten vorbehalten bleiben, ein differenziertes und umfassendes Bild über diese noch nicht abgeschlossenen Vorgänge zu entwerfen. Das Bemühen durch Evaluierungen und durch Stasi-Überprüfungen eine gerechte Auswahl unter den Betroffenen vorzunehmen, scheint im großen und ganzen gelungen, wenn auch in Einzelfallen zweifelhafte Entscheidungen getroffen wurden (-> AG Seilschaften). Der Wiederaufbau einiger besonders betroffener Fächer war nur durch Berufungen westdeutscher oder ausländischer Professoren möglich, weil in der DDR dafür überhaupt kein qualifiziertes, nicht-kompromittiertes und erfahrenes Hochschulpersonal vorhanden war.

Dies alles zusammengenommen führte zu mancher Unzuträglichkeit und wurde und wird von den Betroffenen vielfach nicht ganz verstanden oder falsch interpretiert. Durch die "Feststellung der Gleichwertigkeit von Bildungsabschlüssen im Sinne des Artikel 37 Abs. 1 des Einigungsvertrages" wurden Anerkennungen und Anerkennungsverfahren für alle mit den Abschlüssen der alten Bundesländer vergleichbaren Bildungsabschlüssen der DDR durch die Kultusministerkonferenz der Länder festgelegt. Für die Studierenden aus den neuen Bundesländern bedingt die neue Situation an den Hochschulen (Strukturänderung, Freiheit der Wissenschaft und Forschung), eine erhebliche Umstellung und ein hohes Maß an Selbständigkeit.

5. Offene Fragen und Forschungsdesiderata

Rolle und Funktion der Wissenschaft im SED-Staat konnten von der Enquete-Kommission nicht eingehend behandelt werden, so daß gerade in diesem Bereich vielfältige Themen für die weiterführende Forschung empfohlen werden müssen:

- Exemplarische Studien über einzelne Hochschulen und Wissenschaftsdisziplinen sowie das Verhalten von Wissenschaftlern bei dem Versuch der SED, die wissenschaftliche Entwicklung durchgängig extern zu steuern
- Auswirkungen marxistisch-leninistischer Dogmen und Prägungen auf die Geisteswissenschaften und die Rolle und Funktion von Parteiinstitutionen im Bereich vor allem der Geisteswissenschaften

- Die Rolle der Industrieforschung in der DDR und ihre Wirksamkeit in der sozialistischen Planwirtschaft
- -- Auswirkungen der Bündnispolitik der SED mit der Intelligenz auf die Gegenwart
- Umfang und Ergebnisse nichtregulärer Forschungen in der Wissenschaft der DDR infolge persönlichen Engagements von Wissenschaftlern
- Ursachen und Folgen aus ideologischen Gründen verhinderter und abgelehnter Qualifikationsarbeiten an den Universitäten und Hochschulen der DDR
- Ursachen und Bedingungen für hohe Leistungen in einzelnen Wissenschaftsdisziplinen trotz der ständigen Versuche der externen Einflußnahme, so in der Linguistik oder in der Psychologie
- Untersuchung der Frage, ob die Ausweitung von Fachschulen als Kompensation für die Einschränkung des Hochschulstudiums zu werten ist.

Sondervotum der Mitglieder der Fraktion der SPD und der Sachverständigen Faulenbach, Gutzeit und Weber zur Funktion von Wissenschaft und Forschung in der DDR

"Die Arbeitsgruppe der SPD in der Enquete-Kommission hält es für angebracht, in den Abschlußbericht keinen Abschnitt über das Thema Wissenschaft (und Forschung) aufzunehmen. Dafür gibt es a) formale und b) sachliche Gründe:

- a) Die Kommission konnte sich aus Zeitgründen dem Thema nicht in der notwendigen Intensität zuwenden. Zu den wichtigsten Problemkreisen wurden keine Expertisen erstellt. In einer Anhörung wurden nur Teilaspekte des Themas erörtert, so daß zwangsläufig kein halbwegs vollständiges Bild von der Wissenschafts- und Forschungslandschaft in der DDR bis zur Wende im Herbst 1989 sowie von ihrer strukturellen wie ideologischen Bedeutung für das Herrschaftssystem entstehen konnte.
- b) Eine nur beiläufige oder verknappte Darstellung der Funktion von Wissenschaft und Forschung in der DDR widerspräche zunächst einmal dem Anspruch jener Menschen auf gerechte Beurteilung, die häufig ein ganzes Leben im Wissenschaftsund Forschungsbetrieb der DDR verbracht haben. Sie würde aber auch nicht dem Stellenwert gerecht, den dieses gesellschaftspolitische Aktionsfeld für die Herrschenden besessen hat. Für die hier notwendige und hinreichende Akkuratesse wäre die systematische Klärung einer Reihe grundsätzlicher Fragen notwendig gewesen.

Hierzu gehörte:

die Definition der Begriffe "Wissenschaft", "Forschung" und vor allem "Wissenschaftlichkeit" sowie "Wahrheit" im ideologischen Sprachhaushalt des in der DDR propagierten Marxismus-Leninismus (ML)

Wissenschaftsfunktionäre der SED eingesetzt wurde

— die sorgsame Analyse des Verhältnisses von Grundlagen- zur angewandten, von Akademie-, Universitäts- und Industrieforschung in der DDR. In diesem Kontext wäre die Frage zu beantworten, warum die — auch im internationalen Vergleich — erheblichen Mittel, die die SED über vier Jahrzehnte für Wissenschaft und Forschung ausgegeben hat, in einigen Bereichen nur Mittelmäßigkeit erzeugt haben, und warum in anderen, zumeist den natur- bzw. technikwissenschaftlichen aber beachtliche, auch international beachtete Resultate erzielt wurden

- die Kaderpolitik an den Lehr- und Forschungseinrichtungen in den einzelnen Phasen der DDR-Geschichte einschließlich ihrer Auswirkungen auf die Lage der Studentenschaft und ihr Selbstverständnis (Versorgungsmentalität, Anpassungsverhalten etc.)
- die (Anleitungs-)Funktion der außeruniversitären, insbesondere der SED-Institute mit wissenschaftlichem Anspruch (AfGW, IPW, IfML, Institut für Meinungsforschung, Hochschule "Karl Marx" etc.)
- die Erörterung der Frage, welche Folgen die ideologisch fixierte Vorstellung von der Planbarkeit von Wissenschaft und Forschung in der Praxis gehabt hat
- die Darstellung der Formen der Abschottung von Wissenschaft und Forschung von den internationalen Kommunikationsströmen, v.a.. den westlichen, und ihre Folgen, einschließlich der internen, z. T. ins Absurde gesteigerten Geheimhaltungspraxis, die weit über den militärwissenschaftlichen und sicherheitspolitischen Bereich hinausreichte
- die Analyse der mittel- und unmittelbaren Eingriffe der Partei in den Lehr- und Forschungsbetrieb.

Dieser Aufgabenkatalog ist nicht vollständig. Schon die genannten Themenkomplexe lassen sich aber nicht en passant oder, wie im vorliegenden Fall, im Weg eines
rhapsodischen Eklektizismus erledigen. Für die Aufarbeitung der Geschichte eines
Systems, dessen Träger sich jeder Kritik mit dem Hinweis entzogen, daß ihre Politik
auf einer wahren, weil "wissenschaftlichen Weltanschauung" beruht, ist jedoch die
adäquate Bewertung der Funktion gerade von Wissenschaft und Forschung unerläßlich. Hierbei waren insbesondere die schon vorliegenden Ergebnisse der Wissens- und Wissenschaftssoziologie zu berücksichtigen. Angesichts des Zeit- und
Arbeitsdrucks, unter dem die Kommission stand, war das leider nicht möglich.

Anne Pütz: Literaturwissenschaft zwischen Dogmatismus und Internationalismus. Das Dilemma der Komparatistik in der Geschichte der DDR, Peter Lang (= Europäische Hochschulschriften, Reihe XVIII Vergleichende Literaturwissenschaft, Bd. 64), Frankfurt a. M./ Berlin/ Bern/ New York/ Paris/ Wien 1992, 193 S. DM 59,-.

Politische Umbrüche können vorher entstandenen Texten neue Relevanz geben. Die Besichtung der DDR-Wissenschaftslandschaft ist von einer vereinzelten (mithin beinahe exotisch anmutenden) Übung zu einer nun häufiger nachgefragten Leistung aufgestiegen. Wohl deshalb hat die Verfasserin ihre 1988 in Aachen abgeschlossene Magisterarbeit "wesentlich überarbeitet" und mit einem Geleitwort ihres Lehrers Hugo Dyserinck, der eine international vergleichende Geschichte der Komparatistik anstrebt, veröffentlicht, Leider erfährt der Leser der Version von 1992 nichts Genaues über Kriterien und Ausmaß der Überarbeitung, die sich auf neu zugängliche Quellen und Gespräche mit DDR-Wissenschaftlern stütze, obwohl gerade dies (wenigstens für den Leser im Osten, der gern etwas über die Verschiebung westlicher Sichtweisen wüßte) wissenschaftsgeschichtlich von Interesse wäre. Jedenfalls besteht die Korrektur nicht vordringlich in einer Verschärfung der Sprache einer sachlich

beschreibenden Arbeit, die um Aufmerksamkeit für ihren Gegenstand wirbt. Das offenkundig 1992 angefügte Schlußkapitel, dem man eine Antwort auf die Frage zutraut, in welchem Verhältnis die vorherige Analyse zum aktuellen Umgang mit der Literaturwissenschaft in Ostdeutschland steht, bleibt allerdings unter den Erwartungen, weil es zwar für die Berücksichtigung ostdeutscher Ansätze und Erfahrungen plädiert, dafür aber kaum Begründungen liefert.

Aufgabe der Autorin war es offensichtlich, im Kontext des umfangreicher konzipierten Projektes, Gelände zu vermessen und Entwicklungslinien nachzuzeichnen. Sie verzichtet weitgehend darauf, einen eigenen Standpunkt als Bewertungsmaßstab vorzugeben, sondern rekonstruiert die Entwicklung der DDR-Literaturwissenschaft von innen heraus. Diese Art von Feldforschung impliziert einen narrativen, weniger einen analytisch angelegten Stil. Das muß kein Schaden sein. Der Leser erfährt auf diese Weise allerlei Nützliches über die einzelnen Etappen der Komparatistik in der DDR-Literaturwissenschaft: vom geringen Einfluß der aus der Vorkriegszeit "übriggebliebenen" Gelehrten an den ostdeutschen Hochschulen bis Mitte der fünfziger Jahre; von der Bedeutung des neu nach Leipzig gekommenen Romanisten Werner Krauss und des Germanisten Hans Mayer, dessen Praxis der Befassung mit Weltliteratur die Autorin in ihrer Wirkung auf folgende Generatio-

nen möglicherweise unterschätzt; von der Ausarbeitung einer eigenständigen, sowjetische Modelle rezipierenden und westliche ("bürgerliche") Konzepte ebenso explizit ablehnenden wie dann doch sachlich aufnehmenden Komparatistik in den sechziger Jahren; von der Hinwendung zu Rezeptionsforschung und Kommunikationsästhetik in den siebziger und achtziger Jahren. Dies alles wird vorrangig anhand von programmatischen Aufsätzen ostdeutscher Romanisten. Germanisten und Slavisten nachgezeichnet. Wie in den meisten Arbeiten über DDR-Wissenschaftsgeschichte werden zwar die Einflüsse des Auslandes, nicht jedoch die von DDR-Wissenschaftlern ausgegangenen Anregungen untersucht - zugespitzt formuliert entsteht so ein Bild von nur bedingt lernwilligen Nachzüglern unter der Knute allgewaltiger Politik, der sie sich opportunistisch beugen. Es bleibt zu hoffen, daß sich Ostdeutsche alsbald mit wiedererwachten Selbstbewußtsein und geschärfter Sensibilität daran machen, Ergebnisse und Grenzen des ost-westlichen Dialogs nach neuerschlossenen Gegenstandsbereichen und veränderten methodologischen Fragestellungen abzuklopfen.

Die Beschränkung auf programmatische Texte (oder die Vorbemerkungen größerer Arbeiten) zeigt eine Literaturwissenschaft, die in der Kritik anderer Ansätze ausführlicher und überzeugender ist, als in der Formulierung stringenter eigener Ansätze. Die Probe aufs Exempel, nämlich die Prüfung, wieweit die programmatischen Vorschläge in den Darstellungen eingelöst worden sind, macht die Verfasserin indes nicht. Dies hätte möglicherweise - das sei gerechterweise angemerkt-den Rahmen einer

Magisterarbeit überstiegen, ist aber wohl für ein Urteil, was diese DDR-Komparatistik getaugt und eventuell Weiterführendes geleistet habe, unverzichtbar.

Dem Anspruch ihres Gegenstandes ein wenig folgend, Literatur und Literaturwissenschaft auf Gesellschaftliches zurückzuführen, untersucht Pütz die Zusammenhänge zu politischen Konzepten. Ohne Zweifel hat es einen Konnex zwischen den Vorstellungen zur nationalen Frage und den Äußerungen zur vergleichenden Literaturwissenschaft, die mit Überlegungen zum Verhältnis von Nationalliteraturen untereinander und zu dem, was jeweils als Weltliteratur angesehen wurde, in einer Relation zur politischen Debatte stehen. Man wird der Verfasserin zustimmen, wenn sie konstatiert: "Die Analyse der komparatistischen Arbeitsmodelle der DDR hat nun ... deren grundlegendes Dilemma offengelegt: unter dem propagandistischen Deckmantel des Internationalismus konnte das nationale Denken in vielen gesellschaftlichen Bereichen und erst recht in der Literaturwissenschaft im wesentlichen unhinterfragt fortbestehen." (S. 140) Auf eine Interpretation dieses Sachverhaltes, die das moralische Urteil über individuelles ("opportunistisch" motiviertes) Versagen übersteigt, hat Pütz indes verzichtet.

Für die Bundesrepublik von 1988 mag es wichtig und zugleich ausreichend gewesen sein, die wichtigsten Fachvertreter und Aufsätze in der komparatistischen Debatte der DDR, mit der es keine zwingenden Zusammenhänge gab, zu beschreiben. Vier Jahre später ist der Übergang zur Erklärung eines Zustandes, der nicht ohne Einfluß auf

eine nun gemeinsame Situation bleibt, dringend geworden, hat das Thema eine neue Relevanz. Wenigstens für jene, die DDR-Wissenschaftsgeschichte nicht als museales Besichtigen erschröcklicher, zum Glück aber überwundener Zustände ansehen.

Matthias Middell (Leipzig)

Christiane Krause: Studenten im Aufbruch. Ein Beitrag nicht nur zur Rostocker Universitätsgeschlichte. Norddeutscher Hochschulschriften Verlag Rostock 1994. 181 S. DM 34,-.

Die Geschichte der DDR und einzelner Bereiche des Alltags ihrer Menschen wird auch bis in die ferne Zukunft Gegenstand von kontroversen Diskussionen in den Medien, in der Publizistik, aber auch in den politischen Wissenschaften und hier insbesondere der Geschichtswissenschaft sein.

An die Stelle einer einseitigen, zum Teil glorifizierenden Geschichtsbetrachtung aus der Sicht der "Sieger" der Geschichte auf der einen Seite und einer ebenso einseitig vom kalten Krieg geprägten Historiographie über die DDR auf der anderen Seite wird wohl auch künftig keine ausgewogene, differenziert betrachtende Geschichtsschreibung treten. Zu unterschiedlich sind die Erfahrungen mit mit dem realen Sozialismus der DDR, mit der Macht der Parteielite, den Möglichkeiten individueller Selbstverwirklichung, dem Anspruch und der

Realisierung von Mitbestimmung, zu verschieden die Blickwinkel und Betrachtungsweisen auf einen territorialen und temporären Abschnitt deutscher Geschichte.

Oft sind es die einfachen Denkmuster, z.T. suggeriert von den Medien und kultiviert von den neuen Siegern der Geschichte, die den Blick auf eine kritische, aber auch gleichermaßen kreative Betrachtung der Geschichte der DDR verstellen. Zweifellos war die Geschichte der DDR facettenreicher und von einer stärkeren Eigendynamik geprägt, als es heute zahlreiche Historiker - vielleicht auch getrieben vom Zwang der "Geschichtsbewältigung" und "Geschichtsaufarbeitung" - beschreiben können oder wollen.

Der Schriftsteller Günter de Bruvn schreibt über einen wichtigen Sachverhalt menschlichen Verhaltens: "Jeder Staat, jede Gesellschaft erzeugt, auch bei größter Freiheit, einen Anpassungsdruck, der zur Unehrlichkeit und Selbstaufgabe führen kann. Ökonomischer Druck kann nicht weniger deformierend wirken als politischer." Diesem Anpassungsdruck sind Historiker und andere Sozialwissenschaftler ebenso ausgesetzt wie Politiker, die auf der Suche nach politischem Konsens ebenso Grundpositionen verlassen müssen, um das vermeintlich politisch Machbare zu realisieren.

Der Historiker findet sich in einer ganz und gar ähnlichen Situation. Zunächst gehört er seiner "Zunft" an, die keinen unwesentlichen Einfluß auf seinen weiteren wissenschaftlichen Werdegang hat. Außerdem ist er, gebunden an herrschende Lehrmeinungen und politische Einflüsse, auch darüber hinaus keineswegs frei in der Bestimmung seiner Forschungsstrategie und der Publizierung seiner Ergebnisse. Marktmechanismen auch die wissenschaftliche Erkenntnis und das Buch sind schließlich Waren wirken ebenso wie politische Determinanten. Sie münden letztlich in die Frage, wer unterstützt welche Forschungen zu welchem Zwecke. Wissenschaftliche Ergebnisse müssen sich ebenso "rechnen" wie die Herstellung einer Ware; politikwissenschaftliche Ergebnisse geraten damit stets in die Gefahr der politischen Ausnutzung.

Der Leipziger Historiker Manfred Kossok hat kurz vor seinen Tode im Februar 1993 in seiner letzten wissenschaftlichen Arbeit, der er den Titel "Im Gehäuse der selbstverschuldeten Unmündigkeit oder Umgang mit der Geschichte" gab, betont, daß Klio die wehrloseste aller Musen ist. Geschichte wird schnell zur Magd der Politik, läßt sich beliebig zur eigenen Machtlegitimation oder - begründung mißbrauchen.

Was im Staatssozialismus auf diesem Gebiet dekretiert wurde oder anderweitig Eingang ins geschichtsphilosophische Denken von Geisteswissenschaftlern fand, muß künftig - günstigenfalls unter Einbeziehung der Betroffenen - genauer untersucht werden. Doch immer gilt: Geschichte wird stets aus der Gegenwart heraus betrachtet, an ihren Wirkungen auf das Jetzt beurteilt. Zu schnell erfolgen oft Bewertungen, wird ge- und auch verurteilt. Geschichte aber ist das Handeln von Menschen, kann aufrechtes Engagement sein, aber auch politischen Mißbrauch befördern, in Aktionismus verkommen - weit entfernt von ursprünglichen Idealen und Zielen.

Wie schwer fällt es Menschen, zu erkennen und dafür einzustehen, daß Utopie nicht ohne Abstriche realisierbar ist, oder daß der Weg falsch gewählt war. Doch stellt sich mit jeder gesellschaftlichen Utopie nicht auch immer die Frage nach den Perspektiven der menschlichen Gesellschaft überhaupt? Politisch denkende und handelnde Personen werden sich, soweit sie nicht aus Karierismus oder purem Opportunismus oder Egoismus agierten, diese Fragen stellen müssen.

Politische Umbruchsituationen bringen zweifellos immer in besonderer Weise die Notwendigkeit mit sich, über Vergangenes nachzudenken und die eigenen Positionen zu bestimmen. Zwangsläufig leitet sich daraus das Erfordernis ab, den eigenen Platz unter den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen festzulegen.

Christiane Krause, geboren 1955 in Greifswald, beschäftigt sich, von Unterbrechungen abgesehen, seit Beginn der 80er Jahre auch mit speziellen Fragen der Nachkriegsentwicklung der Rostokker Universität. Hauptergebnis dieser Forschungen war ihre 1985 verteidigte Dissertationsschrift zum Thema: "Die Entwicklung der Hochschulgruppe der FDJ an der Universität Rostock im Zeitraum 1945/46 bis 1952".

Mit ihrem Buch bekennt sie sich zu eigener wissenschaftlicher und politischer Neubestimmung. Sie unternimmt den Versuch, eine ähnliche Umbruchsituation, wie die von den Menschen in der DDR 1989 erlebte, in Form einer Mikrountersuchung zu beschreiben.

Die Autorin läßt in diesem Buch 30 ehemalige Rostocker Studenten über den studentischen Alltag in den Jahren 1945 bis 1949 und über die Ausprägung und Entwicklung ihrer Weltsicht, ihres politischen Denkens reflektieren. Sie zählten zu jenen, die sich in den Studentenräten oder in den Hochschulgruppen von FDGB, FDJ oder Kulturbund bzw. in den Betriebsgruppen der CDU, LDP oder SED engagierten und oft heftig über Möglichkeiten einer demokratischen Entwicklung an der Universität und eines freiheitlich-demokratischen Deutschlands gestritten hatten. Ihre Wege trennten sich - sie lebten in den beiden deutschen Staaten. Es ist Zufall, daß sie später anerkannte Positionen in Politik. Wissenschaft und Kultursowohl der BRD als auch der DDR bekleideten.

Die sprachlich gekonnte Gegenüberstellung ihrer Erinnerungen - z.T vor und nach 1989 - mit zeitgeschichtlichen Quellen bildet die Grundlage für eine sehr individuelle und einfühlsame Gestaltung. Deutlich wird, daß es der Autorin keinesfalls um eine einseitige Be- und schon gar nicht um eine Verurteilung von Personen oder Personengruppen geht, sondern um die Darstellung eines komplexen Beziehungsgefüges. Dieses setzt sich zusammen aus der "großen" und der "kleinen" Politik, aus individuellen und gesellschaftlichen Hoffnungen, aus dem Widerstreit politischer Meinungen und persönlicher Weltsichten. Christiane Krause verwebt dabei deutsche Nachkrieospolitik mit Entwicklungen an der Universität Rostock.

Die Art der Darstellung von Lebensläufen Rostocker Studenten erlaubt auch Blicke auf Situationen, die politisches Denken prägten und beförderten - gewiß ein Reiz des Buches.

"Studenten im Aufbruch" vermittelt zwar

wissenschaftlich verwertbares Material, ist jedoch kein wissenschaftliches Buch im strengen Sinne und schon gar kein Sachbuch. Zu den Problemen, die dieses Buch aufwirft, gehört in Anbetracht des Fehlens eines detaillierten Quellennachweises und angesichts der Verfremdung der Namen die Frage nach der Authentizität. Gerade in diesem Punkt kommt die Autorin einer moralischen aber auch rechtlichen - Pflicht nach. Zudem verbindet sie mit einer solchen Vorgehensweise auch das Anliegen, am Beispiel der Universität Rostock für Hochschuleinrichtungen in der sowjetischen Besatzungszone typische Entwicklungsprobleme im Bereich der politischen Profilierung der studentischen Nachkriegsgeneration aufzuzeigen. Der bei erster Betrachtung befremdlich erscheinende Untertitel des Buches weist darauf hin.

Geschickt verbindet die Autorin sachliche Faktologie und narrative Geschichtsschreibung mit essayistischen Elementen. Durch die Auswertung von Quellen der oral history stellt dieses Buch zudem einen interessanten Beitrag zur Mentalitätsgeschichte der studentischen Nachkriegsjugend in der sowjetischen Besatzungszone dar. Die Gegenüberstellung der unterschiedlichen Lebenserfahrungen und Weltsichten in Ost und West des nun vereinten Deutschlands ist für den unvoreingenommenen Leser anregendes Philosophieren.

Alles in allem handelt es sich um einen mutigen Versuch, mit Geschichte umzugehen, sich ihr zu nähern. Es geht Christiane Krause nicht darum, sie im engen Sinne "aufzuarbeiten".

Ingo Koch (Rostock)

Krönig, Waldemar; Müller, Klaus-Dieter: Anpassung Widerstand Verfolgung: Hochschule und Studenten in der SBZ und DDR 1945-1961. Köln: Verlag Wissenschaft und Politik Claus-Peter von Nottbeck, 1994. DM 48,-. ISBN 3-8046-8806-3

Nach ihrem 1990 erschienenem Buch "Nachkriegs-Semester", das das Studium in der Nachkriegszeit in Westdeutschland und West-Berlin untersucht, legen die Verfasser jetzt eine weitere gewichtige zeitgeschichtliche Publikation über Studierende und Studium in der sowjetischen Besatzungszone und in der DDR vor. Der Gegenstand wird anhand der Aussagen von etwa 320 ehemaligen Studierenden dargestellt, von denen die Autoren die Beantwortung von Fragebögen, ergänzende Ausarbeitungen, Korrespondenzen und Interviews erhalten haben.

Von 242 Beteiligten an diesem Projekt "Studieren in der SBZ und in den Anfangsjahren der DDR", die in einer anonymisierten Liste aufgeführt sind, wurden Mitteilungen in die Publikation aufgenommen. Davon sind 52 Frauen. 133 wohnen heute in den alten, 109 in den neuen Bundesländern. Eine detaillierte statistische Analyse der Gesamtheit der am Projekt Mitwirkenden ist beigegeben.

Ihrem eigentlichen Stoff stellen die Autoren als eine Einleitung eine Methodenkritik und als zweites Kapitel einen historiografischen Überblick über Entwicklung des Studiums und der Hochschulen in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR voran, in dem sie sich vor allem kritisch mit der von der Hochschulge-

schichtsschreibung der DDR vorgelegten Literatur auseinandersetzen. Das geschieht in einer sachlichen, auf wesentliche Mängel und Schwächen dieser Literatur konzentrierten Weise. Für den Leser der Studie ist dies ein informativer Leitfaden, für den weiteren Erkenntnisfortschritt auf diesem Wissenschaftsgebiet ein konstruktiver zeitgeschichtlicher Beitrag. Die geschichtswissenschaftliche Erörterung ihrer Details muß natürlich das Anliegen der Fachdiskussion sein.

Die sich daran anschließenden vier Kapitel (der fortlaufenden Zählung nach die Kapitel drei bis sechs) sind um Erlebnisse und Erfahrungen gruppiert, die die Befragten in ihrer Berührung, oft ihrem Konflikt mit der hochschulpolitischen Konzeption der SED hatten. In der Darstellung der Sachverhalte, Ereignisse und Standpunkte machen die Autoren kein Hehl aus ihrer Meinung. Sie bemühen sich aber redlich und mit Einfühlsamkeit darum, alle Standpunkte zu Worte kommen zu lassen. Motive des Handelns sichtbarzu machen und die Widersprüchlichkeit der heutigen Urteile der Zeitzeugen nicht zu verwischen.

Es werden viele Dokumente, darunter auch von den Autoren entdeckte Belege aus Archiven der ehemaligen DDR und zahlreiche Hinweise auf neue und versteckte Literatur zur jeweiligen Problematik in das dargelegte Befragungsmaterial eingeblendet.

Im dritten Kapitel berichten die Autoren darüber, wie sich der damalige studentische Alltag in der Erinnerung der Befragten widerspiegelt. Vom "Alltag" werden im Buch die kulturelle Seite des studentischen Lebens, bis hin zur studentischen Geselligkeit, und die wirt-

schaftliche Lage, die Finanzierung des Studiums, die Stipendiensituation und das Wohnen, hervorgehoben. "Das Bild vom studentischen Leben wäre völlig verzeichnet, wenn es nur Politisierung und Widerspruch und Widerstand gegen diese Politisierung darstellen würde", schreiben die Autoren. Sie reklamieren für die erste Zeit nach dem Kriege im Grunde einen "gesamtdeutschen Alltag", mit vielen Gemeinsamkeiten allgemeiner studentischer Freude am Leben und Studieren, in der Bewältigung wirtschaftlicher Nöte und Sorgen, ohne dabei Spezifika der östlichen Besatzungszone und später der DDR außer acht zu lassen. "Fast unisono äußern die Mitwirkenden, daß ihnen das Studium trotz aller Schwierigkeiten Freude gemacht hat", verallgemeinern die Verfasser die Meinungen, die sie angetroffen haben.

Die über Seiten zitierten konkreten Äußerungen zeigen aber auch ernste kritische und ablehnende Wertungen der politischen Situation im Osten, wie zum Beispiel "zunehmende Befürchtungen politisch motivierter Repressalien", "lästiger Zwang zur Marxismus-Vorlesung und zum Russisch-Studium", "häufige Inanspruchnahme durch politische Veranstaltungen", "keine Möglichkeiten zu Sprachstudien im westlichen Ausland", nicht erkennbarer Sinn des Russischstudiums, nicht errreichbare russische Fachliteratur usw. Die Autoren berichten, daß von fast allen Beteiligten am "Ärzteprojekt" - einem speziellen, von Klaus-Dieter Müller bearbeiteten Forschungsprojekt über die Situation von Ärzten in der ehemaligen DDR - dieser Teil des Studiums vollständig abgelehnt und mit Begriffen wie katastrophal, erniedrigend.

geisttötend und ähnlichen Ausdrücken beschrieben wurde. (S.65)

Die zunehmende Politisierung des Kulturlebens in den fünfziger Jahren, die damit einhergehende Verengung des geistigen Horizontes, gehäufte Ernteeinsätze der Studenten, organisierte "Praxisverbindungen" ganzer Universitäten waren Symptome einer Fehlentwicklung, die Alfred Kantorowicz auf den Nenner gebracht hat: "Gesinnung zeigen ist alles, Leistung ist verdächtig". Sein "Deutsches Tagebuch", aus dem die Autoren zitieren, muß von uns neu gelesen werden.

Vorauszusehen war, daß Fragen nach der materiellen Situation und dem Stipendienwesen von den Interview-Partnern in sehr unterschiedlicher, oft gegensätzlicher Weise erlebt und nachträglich ebenso kommentiert werden würden. Der Wert der Darstellung der Autoren liegt meines Erachtens gerade darin, daß sie dieses Kampfgetümmel der Meinungen anschaulich wiedergeben und in ihm das Stipendiensystem der DDR - mit seinen Lichtseiten für die einen und den Schatten für die anderen - objektiv zu rekonstruieren versuchen.

Manche Antworten bringen die Irrationalität der damaligen Lage sehr anschaulich auf den Punkt, etwa: Zu existieren in damaliger Zeit "ist mir Im nachherein rätselhaft, denn es ist mit den heutigen Maßstäben nicht zu messen. Zum Leben brauchte man nicht viel, die Lebensmittel waren rationiert (Marken), aber billig (Festpreise)." (S. 86). Das Stipendiensystem beschreiben die Autoren knapp und treffend so: "Anfang der fünfziger Jahre bekam die große Mehrheit der Studierenden ein - freilich sehr

unterschiedlich hohes - Stipendium. Der Staat organisierte seine allumfassende Fürsorge und erwartete dafür Dankbarkeit oder zumindest Loyalität." (S. 87) Diese Rechnung ging natürlich nicht auf, was ich selbst lange Zeit nicht wahrhaben wollte.

Auch über die Ernährungslage, das Mensaessen, Studenten auf dem Schwarzen Markt und beim "Hamstern" vermittelt das Buch ein farbiges, konträres Bild durch Berichte, die zur eigenen Erinnerung anregen. In dieser Zeit begann sich die wirtschaftliche Lage der beiden deutschen Staaten, in der Folge auch die Lebensweise der Menschen sprunghaft auseinanderzuentwickeln.

Im vierten Kapitel, das sich mit der Einführung des Marxismus-Leninismus als Pflichtfach und mit der Mobilisierung der FDJ an den Hochschulen befaßt, äußern sich Zeitzeugen über die folgenschwere Auseinandersetzung um die Studentenräte, über den "Sturm der FDJ auf die Festung Wissenschaft", der allerdings bei vielen, wie auch ein Teil der Berichte bestätigt, zu einem lauen Lüftchen erstarb, als sich die Krieger der FDJ mit den Unbegreiflichkeiten wissenschaftlicher Arbeit konfrontiert sahen. Die Lyssenko-Attacke gegen die Wissenschaft, vor allem die Biologie und die Landwirtschaftswissenschaften in der SBZ und DDR, scheiterte zwar am Widerstand einflußreicher Genetiker, wie Prof. Stubbe, richtete aber doch, wie die Autoren an Darstellungen ihrer Korrespondenten zeigen, erheblichen Schaden an.

Der fünfte Abschnitt über die Unterdrükkung studentischen Widerstandes durch die Repressivorgane behandelt das dun-

kelste Kapitel der Hochschulgeschichte der DDR. Die Überschrift "Studenten und die Sowietisierung des Hochschulwesens" deckt allerdings nicht die Substanz des Kapitels. Durch umfangreiche Archivstudien wird hier in Erlebnis- und Leidensberichten dargestellt, was zu den übelsten Erscheinungsformen politischstaatlicher Gewaltpolitik im Hochschulbereich gehörte und was schlechthin alles zu beschmutzen drohte, was an lauteren politischen Absichten zu reifen schien und was sich damals in studentischen Utopien und kritischen demokratischen Alternativen auszuformen begann. Sicher war dies nicht das Ganze der Entwicklung an den Hochschulen der sowjetischen Besatzungszone, aber es wurde zum Symptom der Krankheit des politischen Systems und fordert zu schonungsloser theoretischer Analyse heraus. Den Autoren gebührt Dank, daß sie dieses von uns ehemaligen DDR-Historikern, der Mehrheit zumindest, bisher gemiedene oder verzerrt und falsch behandelte Thema zur Sprache bringen.

Sie tun es mit fundiertem Tatsachenmaterial - sicher nicht allem, das hier in der Folge noch untersucht werden muß und mit eigenen weiterführenden Untersuchungsergebnissen. Die wissenschaftlich vorbildlich und mit neuen archivalischen Quellen belegten Berichte über die Verfolgung der Evangelischen Studentengemeinden an den Hochschulen, über das Leiden von Studenten in sowietischen und deutschen Haftanstalten und Straflagern wird bei den Lesern Trauer, Mitleid und Solidarität hervorrufen. Analytiker dieser Zeit - Historiker, Soziologen, Politologen, alle wissenschaftshistorisch Tätigen - dürfen diese Tatsachen als maßgebliche Systemkriterien nicht mehr aus dem Auge verlieren. Erst wenn das ganze Umfeld exakt beschrieben, auf alle Zusammenhänge und Ursachen hin untersucht sein wird, darf die Forschung ihre Schwerpunkte neu bestimmen. Auf das vorliegende Material wird Forschung und Lehre immer wieder zurückkommen müssen.

Unterabschnitte des Kapitels befassen sich mit der Entwicklung der "Republikfluchten". Die Autoren verarbeiten neues, jetzt zugängliches umfangreiches Archivmaterial und analysieren anhand ihrer Befragung Gründe der Hochschulangehörigen für ihr Bleiben in der DDR oder ihren Weggang, einschließlich ihrer Erinnerung an die Aufnahme im Westen. In diesen Abschnitten, aber auch in anderen Partien der Arbeit, wird der individuelle Charakter der getroffenen Entscheidungen, ihre Bindung sowohl an grundsätzliche politische und weltanschauliche als auch an ganz private Beweggründe besonders deutlich.

In einem knappen letzten Kapitel werden Meinungen der Befragten aus der Zeit vom Frühjahr 1991 bis zum Herbst 1992 über die politische Entwicklung seit 1989 vorgestellt. Im Fragebogen waren Äußerungen zur Wende erbeten worden, die nun zur Sprache kommen aus marxistischer Sicht, der "Sicht von Reformwilligen" und "der Zufriedenen und Erlösten", wie die Antworten von den Autoren gebündelt wurden. Auch auf eine letzte Frage nach Erhaltenswertem aus der DDR kamen problemgeladene und zum Teil sehr gefühlsstark konträr gewertete Äußerungen über Rechte und rechtliche Regelungen, die Wirtschaft, soziale Sicherheit, das Gesundheitswesen, Frauen- und Familienförderung, Bildung, Wissenschaft und Kulturzusammen. Die Knappheit dieses Abschnittes sieht man dem Bemühen der Autoren um Markantes und Bedenkenswertes nach.

In einem hundertseitigem Anhang stellen die Autoren einundzwanzig "exemplarische Schicksale damaliger Studierender" als biographische Berichte vor. in den Namen verschlüsselt und für den Leser anonym. Die Texte stammen aus den Erhebungen und sind von den Autoren gerafft und mit authentischen Zitaten versehen worden. Die Respondenten, unter ihnen sechs Frauen, sind bis auf zwei über 60 Jahre alt. Die Berichte der beiden "jüngsten", Jahrgang 1937 und 1939, lassen keinen direkten Erlebnisbezug mehr zum zweiten Weltkrieg erkennen. Sie schöpfen schon aus anderen Grunderlebnissen als die Generation vor ihnen, was man übrigens bei Analysen über das Geschichtsdenken überhaupt mehr in Rechnung stellen soll-

"Exemplarisch" heißt nach dem Duden "beispielhaft, warnend, abschreckend" keine dieser Bedeutungsnuancen dürfte gemeint sein. Ich glaube nicht, daß die Autoren "Typen" vorstellen wollen, vielmehr soll die enorme Unterschiedlichkeit der Lebensläufe in der ehemalige DDR verdeutlicht werden. Unter den Vorgestellten sind ehemalige Studenten, die selbst schon in der Widerstandsbewegung gegen das Naziregime gestanden hatten oder die aus Familien mit dieser Tradition kamen, Ich vermisse aber Lebensläufe von Studenten aus jüdischen Familien, die im Zugang zu den Hochschulen der SBZ dieser Tatsache wegen, nicht nur als organisierte Kämpfer gegen den Faschismus,

gefördert werden sollten. Es berichten Offiziere der Wehrmacht, Jungvolkführer, aus Kriegsgefangenenlagern mit grundverschiedenen Auffassungen Zurückgekehrte, um nur einige Schicksale anzudeuten. Zu Wort kommen Studenten, die wegen ihrer kritischen Haltung zur DDR der Verfolgung ausgesetzt waren. Ein Marburger Professor, der 1950 als Student an der Universität Rostock von einem sowjetischen Militärtribunal zu zweimal 25 Jahren Haft verurteilt wurde, berichtet über schwere Jahre, die er in Workuta verbringen mußte.

So unvergleichbar und grundverschieden diese biographischen Berichte sind. so lehrreich ist jeder für sich auf seine Weise. Sehreindrucksvoll finde ich auch diejenigen von Studenten und späteren Hochschullehrern, die sich ihren Weg an den Verlockungen geschlossener Ideologiesysteme und modischer Klischees vorbei, mit einer gesunden Portion Verachtung für Karrieredenken, allein entlang der Forderungen ihres Wissenschaftsgebietes und handfest bewiesener Menschlichkeit gebahnt haben. Zu zwei von ihnen, die die Autoren mit viel Verständnis und Einfühlungskraft für die Lage in der DDR als exemplarisch erkannt haben, seien wenigstens ein paar Stichworte angeführt.

Eine der mit Biographie Vorgestellten gehört dem Jahrgang 1927 an, ist "bürgerlicher Herkunft". Ihr Vater war in der Weimarer Zeit Fabrikbesitzer in Rostock und Landtagsabgeordneter für die Volkspartei. 1932 ging er bankrott und 1944 kam er bei einem Bombenangriff ums Leben. Für seine einzige Tochter, die 1944 Abitur gemacht und der 'der Arbeitsdienst Spaß gemacht hatte', blieb er lebenslang Vorbild. Sie wurde Neu-

lehrerin. Nach sieben Jahren Berufstätigkeit bekam sie vom Schulrat endlich die Genehmigung, Altphilologie und Anglistik zu studieren. Das Gesellschaftswissenschaftliche Grundlagenstudium 'ging ihr streckenweise auf den Geist'. die vorgeschlagenen Texte aber las sie und bemühte sich, sie zu verstehen. Nach dem Staatsexamen mit Auszeichnung promovierte sie, schon seit der Sprachoberschule gut mit Französischkenntnissen ausgestattet, mit einer Dissertation über die Internatserziehungspläne der Zeit der Französischen Revolution. Später habiliterte sie zum Dr. sc. phil. und wurde zum Professor berufen. Schon während des Studiums hatte man sie gedrängt, der SED beizutreten. Da sie ein nahezu lupenreiner "Einserkandidat" war, konnte sie diese Werbungen gut parieren und fühlte sich "stets in der Lage, auch ohne solche Hilfen weiterzukommen". "Nur Idjoten können doch denken, daß eine Parteizugehörigkeit für den Charakter bürgt," meint sie. 1976 trat sie unter dem Eindruck der Ereignisse in Chile der SED bei.

Ein anderer Bericht stammt von einem Respondenten des Jahrgangs 1926, aus einer "bürgerlichen" sudetendeutschen Familie. Die Nazizeit war für ihn Wirtschaftsoberschule, Flieger-HJ, Betreuer eines KLV-Lagers im Riesengebirge und dann folgten schließlich vier Jahre Kriegsgefangenschaft, erst amerikanische, dann - von den Amerikanern als Angehöriger der Heeresgruppe Mitte (Schörner) der Roten Armee übergeben sowjetische. Disziplin und Ordnung waren wie weggeblasen, schreibt er. "Der deutsche Herrenmensch verhielt sich unter den schweren Lebensbedingungen der Gefangenschaft in keiner

Weise anders als die niederen Ostvölker, von denen man uns immer erzählt hatte." (S. 482) 1949 kehrte er zurück, wurde Neulehrer, dann ABF-Dozent für Russisch. Nach externem Studium promovierte und habilitierte er sprachwissenschaftlich, wurde Universitätslektor, Gastdozent im Ausland und schließlich Universitätsprofessor. Er war Mitglied der FDJ und wohl auch der SED, für die Politik scheint er nicht sehr viel Zeit gehabt zu haben.

Sicher bleibt ein Teil der Lebensdaten für den Leser ohne Zusammenhang, es sind eben Kurzbiographien. Sie vermitteln aber einen Eindruck von der Vielfalt und Widersprüchlichkeit der Menschenschicksale, von den guten Gründen für positive oder negative Entscheidungen zu den gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR.

Dieser Anhang ist auf alle Fälle eine wesentliche Bereicherung des Buches, eine heilsame Lektion gegen einseitige und vorschnelle negative oder positive Urteile über Wissenschaftler und Studenten an den Hochschulen der damaligen DDR und eine Aufforderung an die Forschung, Feststellungen über die gesellschaftlichen Verhältnisse und die geschichtliche Entwicklung mit aller Differenziertheit und Genauigkeit an der Lebensgeschichte einzelner festzumachen.

Autobiografischen Charakter hat der erstmalig von W. Krönig und K.-D. Müller veröffentlichte Bericht des 1992 verstorbenen Regensburger Linguisten Prof. Dr. Klaus Matzel, der 1946 bis 1949 Germanistik in Jena (S. 373), Halle und Leipzig (S. 491) studierte und von November 1950 (S. 491 offenbar un-

richtig "1949") bis Januar 1954 in Strafvollzugsanstalten der DDR inhaftiert war. Prof. Matzel hatte sein Manuskript nach seiner Flucht in den Westen 1954 unter Pseudonym verfaßt und unterzieht in diesem erschütternden Bericht die Verhältnisse im Strafvollzug der DDR, wie er sie selbst als Häftling seit seiner Ankunft im Zuchthaus Bautzen 1951 bis zu seiner Entlassung erlebte, einer systematischen Analyse. So drückend die Erblast drakonischer zaristisch-stalinistischer und eigenständig preußisch-deutscher Strafjustiz (man denke nur an Hans Fallada) gewesen sein mag, so eklatant und beschämend sind die Belege für die Unfähigkeit des politisch-staatlichen Systems der DDR auch hier, demokratischen Prinzipien Geltung zu verschaf-

Das Buch von W. Krönig und K.-D. Müller ist eine Fundgrube für den Historiker, für jeden, der sich über Wege und Konflikte des Studiums in der ehemaligen DDR informieren, der seine eigenen Erinnerungen auffrischen und ergänzen will. Es enthält aktuelle Literaturhinweise und einen Anhang von 16 signifikanten Dokumenten. Die Interpretation des Materials durch die Autoren des Buches stellt ein eigenständiges Diskursangebot von hohem Neuigkeits- und Informationswert dar, dessen Heranziehung zu Forschungen und Debatten über das Thema Hochschulen ich für unabdingbar halte - ganz gleich, von welchen Gesichtspunkten, Ausgangserkenntnissen und methodologischen Prinzipien sich die Nutzer leiten lassen.

Aus Publikation und Fragebogen ist nicht erkennbar, wie mit dem riesigen Datenmassiv in urheber- und personenschutzrechtlichem Zusammenhang weiterhin umgegangen wird. Ich nehme an, daß die Primärdaten einem staatlichen Archiv überwiesen und damit der wissenschaftlichen Öffentlichkeit nach den gültigen Regeln zugänglich gemacht werden. Das Verfahren ist für die Beteiligte am Projekt wichtig wie auch für alle, die

Fragen an die Autoren und an die Respondenten richten möchten. Es bedürfte vor allem aber auch genereller wissenschaftlicher Diskussion im Kreise der kompetenten Fachleute.

Roland Köhler (Berlin)

PUBLIKATIONEN

Albrecht, Ulrich/ Heinemann-Grüder, Andreas/ Wellmann, Arend: *Die Spezialisten.*Deutsche Naturwissenschaftler und Techniker in der Sowjetunion nach 1945.

Dietz Verlag, Berlin 1992. 212 S. DM 24,-. Über den Buchhandel.

Dargestellt werden – einleitend – die deutsche Wissenschaftleremigration in die UdSSR vor 1941 und die sowjetische Reparationspolitik nach Ende des 2. Weltkrieges, fokussiert auf die Reparationsdienste durch die in die Sowjetunion Verbrachten bzw. freiwillig Gegangenen deutschen Spezialisten. Sodann werden in Einzelstudien deren Mitarbeit am sowjetischen Atomprojekt, an der Raketenforschung und der Luftfahrtforschung behandelt. In einem abschließenden Kapite finden sich "Grenzgebiete" (Chemie, Elektronik/Elektrotechnik, Marinerüstung, Optik) sowie "Wirkungen des Know-how-Transfers" beschrieben.

Im Namen des Volkes? Über die Justiz im Staat der SED. Wissenschaftlicher Begleitband zur Ausstellung des Bundesministeriums für Justiz. Forum Verlag, Leipzig 1994. 320 S. DM 30,-. Über den Buchhandel.

Der Band enthält u.a. Beiträge zu folgenden für die Geschichte der DDR-Rechtswissenschaft relevanten Themen: "Zentrale Archivbestände zur Justizgeschichte der SBZ/DDR" (Christian Meyer-Seitz), "Justizakten in den Beständen des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) der DDR" (Hansjörg Geiger), "Die Volksrichterausbildung" (Andreas Gängel), "Entwicklung des Familien- und Erbrechts" (Gerhard Lingelbach), "Entwicklung des Gerichtsverfassungs- und Strafprozeßrechts" (Peter Rieß), "Die Entwicklung des politischen Strafrechts" (Friedrich-Christian Schroeder), "Nachwuchskader' - Zur Auswahl und Ausbildung von Juristen in der DDR", "Die Ausbildung von Kirchenjuristen" (Steffen Heitmann) und "Die Babelsberger Konferenz von 1958" (Karl A. Mollnau).

Linke, Dietmar: Theologiestudenten an der Humboldt-Universität. Zwischen Hörsaal und Anklagebank. Darstellung der parteipolitischen Einflußnahme auf eine Theologische Fakultät in der DDR anhand von Dokumenten (Historisch-Theologische Studien zum 19. und 20. Jahrhundert Bd. 3). Neukirchener, Neukirchen-Vluyn 1994. 529 S. Über den Buchhandel.

Der Verfasser, 1971 - 1983 Gemeindepfarrer in der DDR, 1983 ausgebürgert, hat Archive der Humboldt-Universität, der SED, der Ministerien für Hoch- und Fachschulwesen und für Staatssicherheit ausgewertet. Desweiteren kommen ehemalige Studierende und die einstigen Dekane zu Wort.

Land, Rainer/ Possekel, Ralf: Namenlose Stimmen waren uns voraus. Politische Diskurse von Intellektuellen in der DDR (Herausforderungen. Historisch-politische Analysen Bd. 1). Verlag Dr. Dieter Winkler, Bochum 1994. 111 S. DM 29,80. Über den Buchhandel.

Land und Possekel, Philosoph und Historiker aus Ost-Berlin, analysieren die Weltsicht der DDR-Intellektuellen und leisten damit einen Beitrag zum Verständnis von Mitmachen, Hinnehmen und Widerstehen. In einem vergleichenden Überblick stellen sie die wichtigsten Interpretationsmuster zur Deutung der DDR-Wirklichkeit sowohl innerhalb der SED als auch im Umfeld der evangelischen Kirche vor.

Bleek, Wilhelm/ Mertens, Lothar: Bibliographie der geheimen DDR-Dissertationen. Bd. 1: Bibliographie. Bd. 2: Register. K. G. Saur, München/ New Providence/ London/ Paris 1994. 9794 + 315 S. DM 398,-. Über den Buchhandel. -->

Die Bibliographie verzeichnet Autorln, Titel, Seitenzahl, Ort und Institution, Charakter der Arbeit (Diss. A bzw. B), Jahr sowie Geheimhaltungsstufe (VD, NfD, VS, VVS, GVS). Eine 12seitige Einleitung informiert über die Praxis der Geheimhaltung von Dissertationen in der DDR, die empirischen Strukturen der Geheimhaltung und das Ende der Geheimhaltung.

Kuczynski, Jürgen: Ein hoffnungsloser Fall von Optimismus? Memoiren 1989 - 1994. Aufbau-Verlag, Berlin 1994. 331 S.

Kuczynski, 90, setzt mit diesem Band seine ersten beiden Memoiren-Bände fort und beendet ihn mit "Fortsetzung folgt".

Eckert, Rainer/ Kowalczuk, Ilko-Sascha/ Stark, Isolde (Hrsg.): Hure oder Muse? Klio in der DDR. Dokumente und Materialien des Unabhängigen Historiker-Verbandes. Edition Berliner Debatte GSFP, Berlin 1994. 448 S. DM 44,-. Über den Buchhandel oder bei GSFP, PF 158. 10412 Berlin.

Der Band versammelt Dokumente und Erklärungen des UHV seit seiner Gründung Anfang 1990, desweiteren Aufsätze und Zeitungsartikel von UHV-Aktivisten zur DDR- und ostdeutschen Geschichtswissenschaft bzw. zur DDR-Geschichtserforschung und von außenstehenden AutorInnen über den UHV. Dokumentiert wird zudem die Debatte um den Potsdamer Forschungsschwerpunkt Zeithistorische Studien. Die Band führt 51 zuvor verstreut erschienene Beiträge zusammen.

Kaelble, Hartmut/ Kocka, Jürgen/ Zwahr, Hartmut (Hrsg.): Sozialgeschichte der DDR. Klett-Cotta, Stuttgart 1994. 600 S. DM 48,-. Über den Buchhandel.

Der Band enthält einige in unserem Kontext interessierende Aufsätze: "Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR" (Dietrich Mühlberg), "Erfahrungen und Strukturen. Prologemena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR" (Lutz Niethammer), "Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära" (Ralph Jessen), "Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik in der SBZ/DDR" (Hartmut Zimmermann) und "Politische Ideologie und Rechtstheorie, Rechtspolitik und Rechtswissenschaft" (Gerhard Dilcher).

Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH (Hrsg.): Tätigkeitsbericht 1993 der geisteswissenschaftlichen Forschungsschwerpunkte. München o.J. (1994). 263 S. Kostenlos bei: Förderungsgesellschaft Wissenschaftliche Neuvorhaben mbH, Theatinerstr. 23, 80333 München.

Zusammenstellung der Tätigkeitsberichte der einzelnen Forschungsschwerpunkte Zeithistorische Studien (Potsdam), Wissenschaftsgeschichte und Wissenschaftstheorie, Europäische Aufklärung, Moderner Orient, Allgemeine Sprachwissenschaft, Typologie und Universalienforschung, Literaturwissenschaft, Geschichte und Kultur Ostmitteleuropas (alle Berlin).

Gesellschaft für sozialwissenschaftliche Forschung und Publizistik (Hrsg.): Frauenforschung Ost / Geschichtswissenschaft im Dissenz (H. 4/1994 der Zs. Berliner Debatte Initial). Berlin 1994. 128 S. DM 15,-. Bezug bei: GSFP, PF 158, 10412 Berlin. Das Heft enthält im ersten thematischen Schwerpunkt u.a. Artikel zu "Hochschulerneuerung an der Humboldt-Universität. Umbau der Personalstruktur und Auswirkungen auf Wissenschaftlerinnen" (Marianne Kriszio) und "Zur Situation und zu Erfahrungen von Wissenschaftlerinnen (Ost) an den Hochschulen in Berlin und Brandenburg" (Brita Baume/Christina Felber). Der zweite Themenschwerpunkt besteht aus drei Beiträgen: "Historische Gründe für das Scheitern der Selbsterneuerung an den ostdeutschen Universitäten" (Ilko-Sascha Kowalczuk), "Perspektiven auf die Historiographiegeschichte der DDR. Bemerkun-

gen zur Diskussion" (Wolfgang Küttler) sowie einem Gespräch zwischen Küttler und Kowalczuk über methodische Differenzen.

Völker, Klaus (Hrsg.): Hochschule für Schauspielkunst "Ernst Busch" Berlin. Ein Querschnitt durch Geschichte und Ausbildungspraxis. Edition Hentrich, Berlin 1994. 155 S. DM 19,80. Über den Buchhandel.

Mit zahlreichen Fotos von Roger Melis.

Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern: Bericht zur Hochschulgesamtplanung. Beschlußfassung der Landesregierung vom 11.1.1994. Schwerin 1994. 197 S. Kostenlos bei: Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Werderstr. 124, 19048 Schwerin.

Behandelt werden der "Stand der Erneuerung – Entwicklungen seit März 1992", die Planungsziele für den Hochschulbereich, der Stand und Entwicklung der einzelnen Hochschulen, die Medizinischen Fakultäten/ Universiätskliniken, Forschung und Technologietransfer, Internationales, Nachwuchsförderung und Frauenförderung, Hochschulbibliotheken, die soziale Förderung der Studenten und die finanziellen Perspektiven für den Hochschul- und Forschungsbereich. Anlagen zu: Personal der Hochschulen des Landes Februar 1991 bis Januar 1993, Studiengänge an den Hochschulen des Landes Wintersemester 1993, Studentenstatistik Wintersemester 1993/94, Außerhochschulische Forschungseinrichtungen und aktuelle Forschungsaktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern.

Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Hochschulrecht in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin 1994. 184 S. Kostenlos bei: Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Werderstr. 124, 19048 Schwerin.

Enthält das Landeshochschulgesetz, Hochschulerneuerungsgesetz-Auszüge, das Landesgraduiertenförderungsgesetz und eine zugehörige Verordnung, das Studentenwerksgesetz und eine zugehörige Verordnung, das Gesetz zum Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen und zugehörige Verordnungen.

Kultusministerium Mecklenburg-Vorpommern (Hrsg.): Fördermöglichkeiten für einen Studien- und Forschungsaufenthalt von Studenten und Wissenschaftlern im Ausland. Ratgeber für Schüler, Studienbewerber, Studenten und die interessierte Öffentlichkeit (Schriftenreihe "Internationalisierung der Wissenschaftsbeziehungen" Teil 1). Schwerin 1994. o.S. Kostenlos bei: Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Werderstr. 124, 19048 Schwerin.

Ministery of Education, Science, Culture, Youth and Sports of Mecklenkburg-Western Pomerania (Ed.): Study an Research Faicilities in Mecklenburg-Western Pomerania for Foreign Students and Researchers (series "Internationalization of scientific relations" Vol II). Schwerin 1994. Kostenlos bei: Kultusministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Werderstr. 124, 19048 Schwerin.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hrsg): Das Ministerium stellt vor - Wissenschaft, Forschung und Kultur Im Land Brandenburg. Potsdam 1994. 52 S. Kostenlos bei: MWFK, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam.

Illustrierte Übersichtsdarstellung.

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg (Hrsg): Studieren im Land Brandenburg. Potsdam 1994. 52 S. Kostenlos bei: MWFK, Friedrich-Ebert-Str. 4, 14467 Potsdam. -->

Mit Beiträgen der Rektoren der Potsdamer Universität, Rolf Mitzner, der Frankfurter Europa-Universität, Hans N. Weiler, der TU Cottbus, Günter Spur, desweiteren des HRK-Präsidenten, Hans-Uwe Erichsen, und des Vorsitzenden der Landeskommission für Fachhochschulen, Peter Schulte. Vorstellung aller Brandenburgischen Hochschulen. Im Anhang das Gesetz über die Hochschulen des Landes Brandenburg und die Verordnung über den Hochschulzugang für beruflich qualifizierte Bewerber ohne schulische Hochschulzugangsberechtigung.

Brandenburger Verein für politische Bildung (Hrsg.): Landtagswahl '94. Die wissenschaftspolitischen Wahlaussagen von sechs Parteien (Brandenburgische wissenschaftspolitische Hefte H. 4/1994). Potsdam 1994. 46 S. Kostenlos bei: Brandenburger Verein für politische Bildung, Georg-Mendel-Str. 3, 14469 Potsdam.

Die Broschüre enthält die Positionen der Landesverbände von Bündnis 90/Die Grünen, BürgerBündnis freier Wähler, CDU, F.D.P., PDS und SPD.

Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt (Hrsg.): Personal an Hochschulen 1992 Land Sachsen-Anhalt. Halle/S. 1994. 38 S. DM 7,-. Bezug bei: Statistisches Landesamt Sachsen-Anhalt, Dezernat Öffentlichkeitsarbeit, PF 262, 06106 Halle/S. Stichtag der Erfassung war der 1.12.1992.

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Aufklärung und Erneuerung - 300 Jahre Universität in Halle (DUZ special, Beilage zur Deutschen Universitätszeitung vom 17.6.1994). Bonn 1994. 11 S.

Mit Beiträgen u.a. von MLU-Rektor Gunnar Berg und dem Dekan der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät Alfred Schellenberger.

Technische Universität Chemnitz-Zwickau, der Rektor (Hrsg.): Jahresforschungsbericht 1993 der Technischen Universität Chemnitz-Zwickau. Chemnitz o.J. (1994). 364 S. Bezug bei: TU Chemnitz-Zwickau, Abt. Technologietransfer, PF 964, 09009 Chemnitz.

Meyer, Hans Joachim: Gedanken zur Situation der Geisteswissenschaften (Vorträge aus dem Hannah-Ahrendt-Institut H. 3). Hrsg. vom Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung. Dresden 1994. 26 S. Kostenlos bei: Hannah-Ahrendt-Institut für Totalitarismusforschung, Mommsenstr. 13, 01062 Dresden.

Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst (Hg.): Forschung und Technologie in Thüringen. Abschlußbericht der Strategiediskussion. o.O. (Erfurt) o.J. (1994). 101 S. + 26 gez. Bl. Anh. Kostenlos bei: Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Werner-Seelenbinder-Str. 1, 99096 Erfurt.

"In den neuen Bundesländern haben sich alle Verhältnisse nach der Vereinigung sprunghaft geändert... Damit fielen die vorher auch angepaßten Wissenschafts- und Wirtschaftslandschaften unabhängig voneinander total auseinander... Es besteht... zur Zeit keine Anpassung der beiden auseinanderdriftenden Landschaften." Vor dem Hintergrund dieser Beschreibung versuchte die von Oktober 1993 bis Juni 1994 arbeitende Strategiekommission zu bestimmen, welche Rahmenbedingungen thüringische Wissenschafts- und Wirtschaftspolitik schaffen müsse, damit eine aufeinander abgestimmte Wissenschafts- und Wirtschaftslandschaft entstehen kann.

Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst/ Thüringer Ministerium für Wirt-

schaft und Verkehr (Hg.); *Thüringen innovativ. Transferkatalog Thüringer Forschungseinrichtungen.* Erfurt 1993. 214 S. Kostenlos bei: Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, Werner-Seelenbinder-Str. 1, 99096 Erfurt.

Leistungsangebote sämtlicher Hochschul-, außeruniversitärer und wirtschaftsnaher Forschungseinrichtungen.

Jacobs, Peter/ Prast, Wolfgang: "Ilmenau soll leben..." Die Geschichte des Thüringischen Technikums von 1894 bis 1955 und der studentischen Verbindungen und Vereine von 1894 bis heute. Meditec Verlag, Wehrheim 1994. 288 S. DM 29,80. Über den Buchhandel.

Die im Titel genannten Themen werden in zwei getrennten Darstellungen behandelt. 1955 war das alte Technikum, seit 1933 Ingenieurschule, geschlossen worden. Die heutige TU Ilmenau, 1953 gegründet, ist nicht direkte Nachfolgerin dieser Einrichtung, versteht sich aber heute in ihrer Tradition (in diesem Jahr wurde an der TU "100 Jahre Ingenieurausbildung in Ilmenau" gefeiert). Die studentischen Korporationen werden als Kontinuitätsträger dieser Tradition gesehen. Folglich ist die zweite Abhandlung des Bandes frei von verbindungskritischer Darstellung und Wertung. Die drei heute wieder in Ilmenau aktiven Verbindungen werden vorgestellt.

Aus Politik und Zeitgeschichte (Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament B 25/94). Bonn 1994. 25 S. Bestellung an: Das Parlament-Vertriebsabt., Fleischstr. 62-65, 54290 Trier.

Das Heft befaßt sich mit der Existenz und Entwicklung von Universitäten in begrenzenden Rahmenbedingungen. Zwei Beiträge sind in unserem Kontext relevant: "Das gesamtdeutsche Haus für Forschung und Lehre. Die Umstrukturierung der Forschungs- und Hochschullandschaft in Ostdeutschland im Kontext einer gesamtdeutschen Hochschulreform" (Gerhard Neuweiler), "Die Hochschulen in Ostdeutschland vor und nach der Einigung" (Wolfgang Schluchter).

Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft (Hrsg.): ERASMUS an Fachhochschulen der neuen Bundesländer. Veranstaltung des Wissenschaftsforums Bildung und Gesellschaft e.V. am 19. April 1994 in der Fachhochschule für Technik und Wirtschaft Berlin. Berlin 1994. 53 S. + Anh. Bezug bei: Wissenschaftsforum Bildung und Gesellschaft e.V., Hoffmannstr. 1-5, 12435 Berlin.

Das Tagungsprotokoll enthält u.a. Beiträge zum Tagungsthema allgemein (Wolfgang Kehr), zur europäischen Hochschulkooperation am FB Sozialwesen der FH Neubrandenburg, Erfahrungen mit ERASMUS an der FH Jena (Georg Habenicht) und der FH Schmalkalden (Martin Golz), desweiteren die Dokumentation der Diskussionen zum Management von ERASMUS, zur Doppeldiplomierung, zu Auslandspraktika und ERASMUS an Verwaltungs-FHs.

Ensel. Leo: "Warum wir uns nicht leiden mögen..." Was Ossis und Wessis voneinander halten (agenda Zeitlupe Bd. 1). agenda Verlag, Münster 1993. 218 S. DM 25,-. Über den Buchhandel.

Dokumentation sechs seminaristischer Treffen von Oldenburger, Leipziger und Potsdamer Studierenden, bei denen mittels szenischer Übungen versucht wurde, sich gegenseitig die differierenden Lebenserfahrungen und die Vorurteile übereinander zu vermitteln. Mit zahlreichen Fotos, der Text zugleich anspruchsvoll und unterhaltsam.

Konzertierte Aktion Weiterbildung (Hrsg.): Unfreiwillig in den vorzeitigen Ruhestand

kann Weiterbildung helfen? Werkstattgespräch mit Betroffenen und Projektträgern am 9. und 10. Juni 1993 in Ludwigsfelde. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1994. 59 S. Kostenlos bei: BMBW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 20 01 08, 53 170 Bonn.

Ein Großteil der ca. 1 Million ostdeutschen VorruheständlerInnen sind AkademikerInnen bzw. war zuvor im Wissenschaftsbereich tätig. Unter anderem an diese richten sich die auf der Tagung vorgestellten und hier dokumentierten Projekte und Initiativen.

Konzertierte Aktion Weiterbildung (Hrsg.): Wissenschaftliche Weiterbildung und Technologietransfer in den neuen Bundesländern. Werkstattgespräch zu Fragen der wissenschaftlichen Weiterbildung am 1. und 2. Juli 1993 in Magdeburg. Hrsg. vom Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft. Bonn 1994. 112 S. Kostenlos bei: BMBW, Ref. Öffentlichkeitsarbeit, PF 20 01 08, 53 170 Bonn.

Die Tagungsdokumentation ist gegliedert in die Kapitel "I. Anforderungen an die berufsbezogene wissenschaftliche Weiterbildung und den Technologietransfer an Hochschulen" ("Welche Erwartungen hat die Wirtschaft an die Hochschulen?", "Wie greifen die Hochschulen die Erwartungen auf?", "Welche Instrumentarien der Abstimmung sind denkbar bzw. werden praktiziert?", "Welche Handlungsstrategien sind kurz- und mittelfristig erforderlich?"), "II: Darstellung von Prjekten der wissenschaftlichen Weiterbildung und des Technologietransfers", "III. Rechtliche Rahmenbedingungen und Organisationsstrukturen in den neuen Ländern". Ausführlicher Anhang mit für die Praxis hilfreichem Material.

Informationszentrum Sozialwissenschaften IZ, Abt. Berlin (Hrsg.): Sozialwissenschaften im neuen Osteuropa. Institutionen und Projekte 1992. Berlin 1994. 300 S. DM 36,-. Bestellungen an: Informationszentrum Sozialwissenschaften, Lennéstr. 30, 53113 Bonn.

Der Band eröffnet eine Reihe, die künftig ständig aktualisierte Auskünfte zur mittel-osteuropäischen Sozialforschung liefern soll. 1992 hatte das IZ eine Erhebung durchgeführt,
die im vorliegenden Band dokumentiert wird: 60 sozialwissenschaftliche Institutionen aus elf
mitttel-ost-europäischen Ländern werden vorgestellt, darüber hianus von 42 Institutionen
200 einzelne Forschungsprojekte, die 1992 liefen oder soeben abgeschlossen waren. Die
Angaben beruhen auf Selbstauskünften der Einrichtungen und WissenschaftlerInnen.
Erschlossen wird die Dokumentation durch Personen-, Sach- und Institutionenregister. Mit
einleitenden Übersichtsartikeln zum Stand der polnischen, russischen und tschechischen
Soziologie.

Nadiraschwili, Alexander: Die Transformation der Wissenschaft in den Ländern der ehemaligen UdSSR. Angaben zum Ressourceneinsatz als eine Ausgangsbedingung für die Transformation (WZB paper P 94-401). Hrsg. vom Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin 1994. 81 S. Kostenlos bei: WZB, Presse- und Informationsreferat, Reichpietschufer 50, 10785 Berlin.

Den Schwerpunkt der Publikation bildet die vergleichende statistische Analyse der Verteilung der Ressourcen der UdSSR-Wissenschaft zwischen den ehemaligen Unionsrepubliken. Diese Ressourcenverteilung wird als eine wichtige Ausgangsbedingung für die gegenwärtige Transformation der Wissenschaft angesehen. Ergänzend zur retrospektiven Analyse von Umfang und Dynamik des Ressourceneinsatzes für die Wissenschaft Ende der 80er und Anfang der 90er Jahre erfolgt anhand ausgewählter Beispiele eine fragmentarische Beschreibung aktueller Umbruchserscheinungen in den Wissenschaftssystemen einiger Nachfolgestaaten der UdSSR.

Üb immer Treu, und red nicht rein! Tips für Arbeitssuchende aus den neuen Bundesländern Herausgegeben vom Ministerium zur Verhinderung der Lösung offener

Probleme bei der Vereinigung Deutschlands

Sehr verehrte Werktätige der ehemaligen DDR, Arbeiter, Angestellte, Nomenklaturkader, Helden der Arbeit, Verdiente Wissenschaftler des Volkes, Soldaten, Matrosen, Maate, Offiziere! Liebe

Sonstige!

Halten wir uns erst gar nicht lange damit auf, die Lage auf dem Arbeitsmarkt zu kommentieren; sehen wir die Sache völlig unverkrampft; suchen wir, was auch immer geschehen mag, nach Lösungsmöglichkeiten - trotz alledem!

Gewiß haben auch sie angesichts Ihres weiter sinkenden Lebensstandards schon einmal mit dem Gedanken gespielt, sich eine Arbeit oder einen Posten in den Altbundesländern zu beschaffen. Ein solcher Gedanke ist begrüßenswert, zeugt er doch davon, daß die deutschen Tugenden Fleiß, Tatkraft und Leistungswille auch vom sowjetischsten System nicht auszulöschen sind. Jedoch sind selbstverschuldete Flops bei der Bewerbung noch allzu häufig.

Hier einige Tips, die Ihnen helfen werden, Fehler in Personalbüros zu vermeiden.

- 1. Nehmen Sie sich nicht wichtiger als Sie sind, und bringen Sie diese Haltung beim Bewerbungsgespräch deutlich zum Ausdruck. Wie Sie das anstellen, bleibt Ihrer Phantasie überlassen. Es muß ja nicht in jedem Fall soweit gehen, daß Sie vor dem Personalchef auf die Knie fallen, obwohl dies Ihrer Situation zweifellos angemessen wäre.
- 2. Vergessen Sie nie, daß der Personalchef ein leitender Angestellter ist und ein
 Anrecht darauf hat, als solcher respektiert zu werden. Vermeiden Sie alles,
 was auch nur andeutungsweise seine
 Autorität in Frage stellen könnte. Seien
 Sie bescheiden! Falls Sie zufällig einen
 Kopf größer sind, bemühen Sie sich um
 eine leicht gebückte Haltung. Nicht setzen, bevor Sie dazu aufgefordert werden! Und: Benutzen Sie keinesfalls die
 gesamte verfügbare Sitzfläche des

Stuhls; plazieren Sie sich unmittelbaran der Vorderkante, die Knie zusammengepreßt, die Hände im Schoß verschränkt.

- 3. Werden Sie gefragt, ob Sie für die Staatssicherheit gearbeitet haben, antworten Sie unbedingt mit "Ja", auch wenn es nicht stimmt. Loyale Mitarbeiter sind überall gefragt.
- 4. Passen Sie Ihre Sprechweise dem westdeutschen Standard an. Das wird gern gehört. Solange Sie nicht kapiert haben, daß "Konsum" nicht auf der ersten, sondern auf der zweiten Silbe betont wird, haben Sie in der freien Marktwirtschaft keine Chance.
- 5. Wie Sie ein Bewerbungsschreiben

formulieren, liegt ganz in Ihrer Hand. Das Ah und Oh einer Bewerbung aber ist und bleibt die korrekte Orthographie. Als Negativbeispiel hier der Fall eines international renommierten ostdeutschen Akademiemitglieds, das sich um eine Stelle als Hauptschullehrer in Bayern bewarb und fatalerweise den ostdeutschen Duden zu Rate gezogen hatte. Natürlich hatte er nicht die Spur einer Chance. Urteil des bayerischen Kultusministers Xaver Z. (Name von der Redaktion geändert): "Lernen's selber erscht amoal richtik doitsch, bevor's unsere Kinder edwas beibringen wolen!"

Hubert Schirneck

(aus: Eulenspiegel, Berlin, 11/1993)

	Bestellung	
Ich bestelle:		
 ein kostenloses Probe 	exemplar zum Kennenlernen	
unten angekreuzte H	efte zum Heftpreis von DM 5,- (1.+2	2. Jg.) bzw. DM 9,50 (ab 3.
Jg.) zzgl. Versar	ndgebühr	
	st im Jahresabonnement	
(6 Hefte incl. Inla		DM 65,-
4malhochschule o	st im PrivatabonnentInnen-Abo	
(incl. Inlandversa		DM 37,-
	st im Abonnement für Nichtverdiene	ende
(incl. Inlandversa		DM 25,-
(Begründung der	Anspruchsberechtigung bitte unters	streichen:
Studierende/r -	Erwerbslose/r - Vorruheständler/ii	n - Pensionär/in -
Sonstiges:)	
Die Bezanlung erfolgt na	ch Rechnungslegung mit dem erste	en Heft.
nabe ich mich für 3., 4. 00	ler 5. entschieden, so erkläre ich mic	n damit einverstanden, daß
Poststompolities Ablant	weils um ein Jahr verlängert, wenn i	ch es nicht bis vier Wochen
i nererember) voi voian	f der Bestellfrist kündige.	
Name	***************************************	
17-3310.F-		
Adresse		

Datum	Unterschrift	
s ist mir bekannt, daß m	eine Bestellung erst wirksam wird, w	enn ich sie gegenüber dem
andieter nicht innernalb	von zehn Tagen (Poststempel) wider	rrufe.

		2. Unterschrift
tte einsenden an: Arbeits	kreis Hochschulpolitische Öffentlichl	keit, StuRa Uni Leipzig, PSF
20, 04 009 Leipzig		
piervorlage für Nachbe	stellungen:	
kt. 91: Schwerpunkte: Die	ostdeutschen Hochschulgesetze * Lag	ne der Sozialwissen-
haften in (Ost-) Deutschla	and AutorInnen: R. Will, B. Okun/H. P	Poldrack M Middell
Nitsch u.a.	The state of the s	- and an initiation,
v. 91: Schwerpunkte: Die	Erneuerung und ihre Kriterien * DDF	R-Wissenschaftsge-
hichte. AutorInnen: G. No	Ite, L. Klinzing, K. Nowak u.a.	
z. 91: Hochschulstruktur	n Sachsen. Rundtischgespräch mit A	. Förster, M. Rösler,
Häckel, E. Noack, G. Wa	tenberg, S. Fröhlich, P. Porsch, W. k	Kriesel, W. Berg, W.
umann, M. Gibas.		
	nk und der I Imaana mit uneerer Vergan	

1/92: Schwerpunkte: Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft: Perspektiven der Hochschulentwicklung * Ostdeutsche Geschichtswissen-

schaft zwischen Gestern und Morgen. Teil 1. AutorInnen: F. Klein, W. Küttler, A. Thom, P. Pasternack u.a.	
2/92: Schwerpunkte: Ostdeutsche Geschichtswissenschaft zwischen Gestern und	_
Morgen. Teil 2 * Jürgen Teller Honorarprofessor * Fortsetzung zum "Fall Fink".	(
AutorInnen: F. Klein, W. Ernst, M. Middell, J. Teller, E. Uhl, F. Geißler, IS. Kowalczuk	
u.a.	
3/92: Hochschulrahmenrecht nach der deutschen Neuvereinigung. Eine Anhörung mit	_
G. Päselt, H. Schramm, D. Keller, D. Odendahl, T. Bultmann, L. Klinzing, Hj. Otto, M.	
Tolksdorf, H. J. Block, J. Lange.	
4/92: Schwerpunkte: Ehrenpromotion Hans Mayer in Leipzig * HRG - Genesis im	
Westen und Wirkung im Osten. AutorInnen: G. Lerchner/K. Pezold/H. Richter, H.	
Mayer, HU. Feige, R. v. Thadden, W. Nitsch, T. Bultmann, L. Klinzing u.a.	
5/92: Schwerpunkte: Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion * BdWi-	1
Frühjahrsakademie: Kritische Geistes- und Sozialwissenschaften nach dem Ende des	()
Sozialismus * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 1. AutorInnen: Chr. Kähler, R. Mau,	
M. Onnasch, B. Okun/H. Poldrack, P. Pasternack, Chr. Dahme/H. Halberlandt u.a.	_
6/92: Schwerpunkte: Europäische Universität Erfurt * Wissenschaft Ost 1989/90	()
Teil 2. Autorinnen: H. J. Meyer u.a.	
7/92: Schwerpunkte: Fortsetzung: Ostdeutsche Geschichtswissenschaften * Wis-	1
senschaft Ost 1989/90 Teil 3. AutorInnen: V. Didczuneit, M. Gibas, M. Middell, H.	()
Klinkmann u.a.	\simeq
8/92: Schwerpunkt: Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 4: Die Studierenden. AutorInnen:	()
Chr. Füller, U. Starke, P. Pasternack, M. Dürkop u.a.	\leq
9/92: Schwerpunkte: Streitsache Latinum * Wissenschaft Ost 1989/90 5. AutorInnen:	()
R. Kößling, H. Klenner, H. Werner u.a.	
10/92: Schwerpunkte: Drei Jahre Wissenschaftsumbau in Berlin-Ost * Wissenschaft	0
Ost 1989/90 Teil 6. AutorInnen: M. Höppner/R. Kürschner/K. Arias, G. Nolte u.a.	0
11/92: Schwerpunkt: 2. Deutschlandkongreß habilitierter Wissenschaftler. AutorIn-	0
nen: D. Dohnke/Chr. Gizewski, KH. Heinemann, B. Okun, G. Maibaum u.a.	
12/92: Schwerpunkt: Frauen in der Ostwissenschaft. Autorinnen: K. Reiche, B.	\sim
Bütow, F. de Haas, A. Franzke, U. Dietrich, E. Mehnert, G. Jähnert, HU. Erichsen u.a.	()
1/93: Schwerpunkte: Tagungs des SPD-Wissenschaftsforums * Sächsische	\times
Hochschulerneuerung aus Oppositionsperspektive. AutorInnen: E. Richter, R. Schnei-	()
der, C. Weiss, A. Förster, P. Porsch u.a.	
2/93: Schwerpunkt: Ostdeutsche Studentengemeinden - Geschichte und Funktions-	0
wandel. AutorInnen: KD. Kaiser, A. Hoff, P. Straube, E. Tiefensee, HU. Erichsen,	
G. Aulerich/K. Döbbeling u.a.	_
3/93: Schwerpunkte: Hochschulen und MfS - der Umgang mit einem unbequemen	0
Erbe * Vorschläge zur Hochschulreform * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 7. Autorin-	()
nen: A. Sasse/M. Obststück, K. Taut, U. Schneckener, HH. Emons u.a.	
4/93: Schwerpunkte: Methodologische Wende? * Institution Hochschule und Landes-	
hochschulrecht * Verbände (-Schicksale) im Osten Teil 1. AutorInnen: H. J. Sandküh-	()
ler, J. Jünger, B. Brentjes, H. J. Meyer, E. Hödl, H. Elsenhans ua.a	
5/93: Schwerpunkte: Ostdeutsche Entwicklungsländerforschung in der DDR und	
danach * Wissenschaft Ost 1989/90 Teil 8 * Verbände(-Schicksale) im Osten Teil	
2, Institution Hochschule und Landeshochschulrecht Teil 2. AutorInnen: G. Barthel,	
M. Robbe, H.D. Winter, D. Wahl, Chr. Pommerening, G. Eiselt, IS. Kowalczuk, M.	
[사용으로 교육으로 보고 Native (1997) 이번에 가장 보고 있는데 보고 있는데 보고 있다면 보고 있는데 보고 있다면 되었다면 보고 있다면 함께 되었다면 보고 있다면 보고 있는데 되었다면 되었다면 되었다면 보고 있는데 되었다면 되었다면 되었다면 되었다면 되었다면 되었다면 되었다면 되었다면	
Daxneru.a.	0
Juni 93 (special): Positionen zum Sächsischen Hochschulgesetz. AutorInnen: H. J.	()
Meyer, G. Wartenberg/M. Middell, GEW-Uni-Gruppe Leipzig, S. Brentjes.	\sim
6/93: Schwerpunkt: Aspekte der Personalstruktur-Neugestaltung in der otsdeutschen	()
Wissenschaft. AutorInnen: J. Hentschke, S. Gäbelein, A. Franzke, WH. Kraut, J.	

Kuczynski, H. J. Meyer, K. Klinzing u.a. 193: Schwerpunkte: Die ostdeutschen Archive * Verbände(-Schicksale) im Osten Teil L. AutorInnen: U. Geyer, V. Kahl, I. Pardon, Hg. Meyer, P. Pasternack, IS. Kowalczuk	0
i.a. id. i.a. i.a. i.a. i.a. i.a. i.a. i	0
i/93: Schwerpunkte: Sozial- und Geisteswissenschaften Ost: Zwischenbilanzen des Imbaus Teil 2 * Aktivitäten politischer Stiftungen an ostdeutschen Hochschulen. IutorInnen: W. Schluchter, B. Muszynski, W. Nitsche, R. Gries, JD. Gauger, HJ. Schulz u.a.	0
0/93: Schwerpunkte: Erneuerungsgruppen bilanzieren * Institution Hochschule und andeshochschulrecht. Autorinnen: D. Jorke, M.H. Olbertz/ J. Riße, HD. Klein, M. ähne, Th. de Maizière, HJ. Schulz, B. Rabehl u.a.	\bigcirc
1-12/93: Schwerpunkt: Politische Kündigungen in der ostdeutschen Hochschulmedin – eine Debatte. AutorInnen: J. & E. Seidel, W. Beck, T. Seyfarth, I. Rapoport, W. ach, K. Klinzing, E. Badstübner, IS. Kowalczuk u.a.	\bigcirc
/94: Schwerpunkte: Gleichstellungsmanagement Ost * Bundestagsdebatte: Indutrieforschung in den neuen Bundesländern. AutorInnen: K. Reiche, G. Landgraf, H.J. Meyer, D. Keller, WP. Krüger, M. Catenhusen, Th. Neie, S. Kiel u.a. //94: Schwerpunkte: Habilitiertentagung in Leipzig * Streitfall Multiple Choice. utorInnen: W. H. Hauthal/Chr. Gizewski, W. Meske, H. Jahn u.a.	0
/94: Schwerpunkt: Studierende 1994. AutorInnen: T. Bargel, I. Lischka, th. molck, P. asternack, M. Höppner/G. Petruschka, R. Eckert u.a.	0